

NUMMER 35 DEUTSCHSPRACHIGE AUSGABE DEZEMBER 2024

Marxisten und Palästina: 100 Jahre Versagen

LEHREN UND PERSPEKTIVEN »

Auch in dieser Ausgabe: China • Indien • Frankreich • und mehr

Zu dieser Ausgabe

Wir stehen vor harten Zeiten

Unsere letzte Ausgabe des *Spartacist*, die eine wichtige Wende für unsere Tendenz darstellte, war der Weltlage gewidmet und skizzierte den Niedergang der US-amerikanischen Hegemonie als übergreifendes Merkmal unserer Zeit. Ausgehend von einem Überblick über die Geschichte der postsowjetischen Periode bis in die 2020er-Jahre stellen wir die große Frage unserer Zeit: Wird der Niedergang der US-Ordnung in einer Spirale aus Kriegen, politischer Reaktion und ethnischen Konflikten verlaufen, wie wir es bisher gesehen haben, oder wird die Arbeiterklasse imstande sein, diese Gelegenheit zu ergreifen, um ihre Position zu stärken und erneut die Möglichkeit eröffnen für die Errichtung einer sozialistischen Ordnung? Ob Letzteres eintritt, hängt ganz von der Qualität und der Fähigkeit der Führung der Arbeiterklasse ab, wie wir dargelegt haben, und diese Führung wird überall von Liberalen und Bürokraten gestellt, die eine Niederlage nach der anderen zu verantworten haben. Die Aufgabe der Sozialisten besteht darin, eine neue, revolutionäre Führung zu schmieden durch einen Kampf für einen Bruch mit den Verteidigern der von den USA angeführten Weltordnung und ihren Versöhnlern in der Arbeiterbewegung.

Die Ereignisse der letzten anderthalb Jahre haben diesen Kampf noch dringlicher gemacht. Allerdings werden die Kampfbedingungen immer schwieriger. Die Welle von Streiks und sozialen Kämpfen nach den anfänglichen Schockreaktionen auf Pandemie und Ukrainekrieg ist abgeflaut. Die pro-palästinensische Bewegung verliert an

Fortgesetzt auf Seite 68

Inhalt

Diese Ausgabe widmen wir unserem langjährigen Redakteur und Genossen Vladimir Zernin

Deutschsprachige Ausgabe

SPARTACIST

Ein Organ des revolutionären Marxismus

Herausgegeben vom Internationalen Exekutivkomitee der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Philipp Clyde (verantwortlich), Renate Müller (herausgebend), Nadja Dostal, Doris Kohn, Daniel Müntzer, G. Perrault, Herminio Sanchez

PRODUKTION: Nadja Dostal, Carla Alvisi

VERTRIEB: Barbara Köhler

SPARTACIST PUBLISHING COMPANY
Box 1377 GPO, New York, NY 10116, USA
Telefon: +1(212) 732-7862 · spartacist@spartacist.org

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion. Viele Artikel dieser Ausgabe erschienen zuerst im englischsprachigen Spartacist *Nr. 69, August 2024.*

Druck: Drucktechnik Bisping & Odenthal GmbH, Hamburg
Gedruckt in einem tarifgebundenen Betrieb
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. Dezember 2024

Nummer 35 **DEZEMBER 2024**

Titelfoto: Weiken/EPA



Fotos: Qadri/AP; Asad/Times of India

Der Kampf gegen Modi: Was nun?

von Mansa Kaur

Links: INDIA-Allianz. Sitaram Yechury von der CPI(M) (dritter von links) sitzend neben Rahul Gandhi von der Kongresspartei, Dezember 2023. Rechts: Gesamtindischer Generalstreik, Bengaluru, Januar 2019

Bei den indischen Wahlen wurde Modi „gedemütigt“. Anstatt eine große Mehrheit zu erreichen, sitzt die BJP (Bharatiya Janata Party) nun in einer Koalitionsregierung und hat ein eher abgeschwächtes Mandat für ihre neoliberale hindu-nationalistische (Hindutva) Agenda, die sie 2014 an die Macht brachte. Die Kongresspartei steht an der Spitze der Opposition INDIA (Indian National Developmental Inclusive Alliance), einer großen Koalition, die sich von den Kommunistischen Parteien auf der Linken bis zu hindu-nationalistischen Anti-BJP-Parteien auf der Rechten erstreckt. Nach einem Jahrzehnt völliger Machtlosigkeit reklamieren Kongresspartei und Linke einen „moralischen Sieg“ für sich, der die indische Demokratie vor dem Hindu-Nationalismus gerettet habe.

Oberste Pflicht von Revolutionären ist es, die Wahrheit zu sagen. Und die Wahrheit über die Wahlen ist, dass die Menschen *trotz* des von der Kongresspartei angeführten Blocks gegen Modi gestimmt haben. Modis Partei wurde nicht aus Begeisterung für die Kongresspartei abgestraft, sondern weil sie nicht in der Lage war, den enormen Entwicklungsbedarf Indiens zu erfüllen, vor allem das dringende Bedürfnis nach Arbeitsplätzen. Die Kongresspartei mag mit der Rettung der Demokratie hausieren gehen, doch solange Indien von allgemeiner Armut gezeichnet ist, ist es unmöglich, demokratische und Minderheitenrechte sicherzustellen. Im Grunde kann die Kongresspartei weder Demokratie noch Entwicklung gewährleisten, da sie grundsätzlich nach demselben Muster wie die BJP vorgeht: Wahrung der Interessen derjenigen Klasse, die ein Hindernis für Entwicklung darstellt, nämlich der indischen Bourgeoisie.

Angesichts der kolossalen Bedürfnisse Indiens gibt es

keinen schrittweisen Entwicklungsweg. Die Alternativen sind klar: weitere chauvinistische Reaktion auf dem kapitalistischen Weg oder ein revolutionärer Kampf der Massen gegen die Herrschenden, sowohl die einheimischen als auch die im Ausland. Um diesen Weg einzuschlagen, muss das von den Stalinisten und anderen Linken propagierte Bündnis mit der Kongresspartei gebrochen werden. Es ist entscheidend zu verstehen, dass diese Abhängigkeit den Kampf gegen die BJP nicht voranbringt, sondern die Massen genau an die Klasse bindet, die sie bekämpfen müssen. Wir sehen diesen Artikel als Grundlage, um einen revolutionären Pol in Opposition zur Volksfront der Kongresspartei aufzubauen und einen neuen Weg zur Hebung des Bewusstseins der Massen zu beschreiten.

I. DIE KONGRESSPARTEI EBNET DER BJP DEN WEG: 1947–2014

Um die BJP zu besiegen, muss man ihren Weg an die Macht verstehen. Wie konnte eine hindu-nationalistische Partei am Rande des politischen Lebens des Landes mit absoluter Mehrheit an die Macht galoppieren und die Kongresspartei, Indiens historische Regierungspartei, derart schwächen? Die Antwort lautet: Die Kongresspartei selbst ebnete der BJP den Weg. Seit der Unabhängigkeit schaffte sie es nicht, für eine bedeutsame Entwicklung zu sorgen, was große Teile der Bevölkerung, einschließlich der Bourgeoisie, veranlasste, sich der BJP als Alternative zuzuwenden. Um die Gründe dafür zu verstehen, muss man mit den Aufgaben beginnen, die aus dem Erbe von zwei Jahrhunderten kolonialer Ausplünderung stammen.

1. Partei der neokolonialen indischen Bourgeoisie

Die Herrschaft der Briten verarmte den indischen Subkontinent völlig und schürte unzählige Zwistigkeiten entlang von Religions-, Kasten- und Nationalitätengrenzen, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die Einführung kapitalistischer Verhältnisse in Indien führte zur Entstehung einer erbärmlichen kolonialen Bourgeoisie, die sich von den Brosamen des britischen Kapitals ernährte, das die Wirtschaft beherrschte. Neben der indischen Bourgeoisie förderten die Briten parasitäre Grundherren, durch die sie die Bauernschaft mit Schulden erdrückten. Der stalinistische Historiker R. P. Dutt beschreibt, was das koloniale Indien ausmachte:

> „Chronische Agrarkrise, Hungersnot, Schuldsklaverei, die Fesseln des Kastenwesens und des Pariatums, schrankenlose industrielle Ausbeutung, die Gegensätze zwischen reich und arm, die entsetzlicher sind als in irgendeinem Lande der Erde, soziale Konflikte und Religionskämpfe, der Klassenkampf, auftauchende nationale Probleme innerhalb Indiens – all diese Probleme, die in vieler Hinsicht die Rückständigkeit und verzögerte Entwicklung eines Landes widerspiegeln, das Jahrhunderte hindurch der Kolonialherrschaft unterworfen war.“
>
> – *Indien heute und morgen* (Dietz Verlag Berlin, 1958)

Das unabhängige Indien erbte alle Merkmale der kolonialen Wirtschaft – Privateigentum, knappes Kapital, allgemeine Rückständigkeit, Unterordnung unter den Imperialismus – und auch die koloniale Verwaltungsstruktur. Grund für den Fortbestand dieser Merkmale war, dass es keinen ***Bruch*** in den gesellschaftlichen Verhältnissen gab durch eine antikoloniale Revolution, die die imperialistische Vorherrschaft gestürzt hätte. Stattdessen wurde die Unabhängigkeit durch Verhandlungen zwischen Britannien und der Kongresspartei herbeigeführt, die dabei auch den Subkontinent auseinanderrissen und in Blut ertränkten.

Die indische Bourgeoisie übernahm das Ruder, aber ihre Fähigkeit, das Land zu entwickeln, war von Anfang an durch die Rückständigkeit der Wirtschaft, die sie geerbt hatte und aus der sie hervorgegangen war, begrenzt. Aufgrund ihrer organischen Verflechtung mit der Kolonialwirtschaft konnte die Bourgeoisie die Gesellschaftsstruktur nicht grundlegend umgestalten, aus Furcht, dies könnte zu einem Aufstand der verarmten und landhungrigen Massen führen, der das Privateigentum und damit ihre eigene Herrschaft insgesamt bedrohen würde.

Schwach und mit gewaltigen Aufgaben konfrontiert, musste die Bourgeoisie einerseits die Interessen der Unterschichten berücksichtigen, die Land und Arbeit wollten, und andererseits ein gewisses Maß an Autonomie gegenüber dem imperialistischen Finanzkapital erlangen, um als Ausbeuterklasse zu wachsen. Die Existenz der UdSSR verschaffte ihr einen gewissen Spielraum, dem Druck des Weltimperialismus entgegenzuwirken. Diesen nutzte sie aus und begann mit einer staatlich gelenkten Industrialisierung, dem Nehru’schen „Sozialismus“.

2. Das Scheitern der Nehru’schen Planung

Nach dem Vorbild der Sowjetunion versuchte Indien die Industrialisierung anhand seines eigenen Systems von Fünf-Jahres-Plänen zu bewerkstelligen, aber es gab einen wichtigen Unterschied: Während die Planung in der UdSSR auf kollektiviertem Eigentum und einer sozialen Revolution beruhte, ging die Nehru’sche Planung von den Interessen der Bourgeoisie aus, und ihre Ziele wurden von den Bedürfnissen dieser Klasse diktiert. Diesbezüglich erklärte Trotzki: „In einer Gesellschaft, in der Privateigentum vorherrscht, ist es für die Regierung unmöglich, das Wirtschaftsleben



AP

September 1947, muslimische Flüchtlinge in der Nähe von Neu-Delhi auf der Flucht aus Indien. Britische Herrschaft nährte blutige interkommunale Konflikte, die während der Teilung ausbrachen



Nehru Memorial

Indiens erster Premierminister, Jawaharlal Nehru, spricht im August 1949 in Faridabad zu den Massen, die vor der Teilung geflüchtet sind

nach einem ‚Plan' zu lenken" („Über den zweiten Sechsjahresplan Mexikos", 14. März 1939, unsere Übersetzung). Zur Veranschaulichung:

Ziel der Planung war es, die schwache indische Bourgeoisie durch Einfuhrbeschränkungen und den „License Raj", ein restriktives Regelwerk für den Zugang zu Schlüsselsektoren, zu fördern. Dies begünstigte die Entstehung eines ausufernden bürokratischen Apparats zur Verwaltung der knappen Ressourcen und bildete die Grundlage für die grassierende Korruption, die das indische Behördenwesen kennzeichnet. Das Nehru'sche Modell war zum Scheitern verurteilt, da es einer rückständigen Wirtschaft lediglich ein Regime von Planungskommissionen überstülpte, ohne die Fesseln des Privateigentums und der archaischen Traditionen zu sprengen.

Dieses auf die Schwerindustrie ausgerichtete Modell schuf nur in begrenztem Umfang Arbeitsplätze, brachte aber eine kleine und parasitäre Monopolbourgeoisie hervor. Während in den klassischen kapitalistischen Ländern Monopole in einem späteren Entwicklungsstadium des Kapitalismus entstehen und dessen Zerfall signalisieren, kündigt das frühe Entstehen von Monopolen in einem rückständigen Land wie Indien denselben Zerfall an, allerdings in der Anfangsphase der Bourgeoisie. Dieses bestimmende Merkmal des rückständigen Kapitalismus schränkt die Fähigkeit der Bourgeoisien dieser Länder, die für die Modernisierung notwendigen demokratischen Aufgaben zu erfüllen, grundlegend ein.

Im Falle der Nehru'schen Planung zeigte sich diese Beschränktheit am deutlichsten in der Unfähigkeit, die Agrarfrage zu lösen. Die Kongresspartei führte minimale Landreformen durch, die das Zamindari-Grundbesitzsystem der kolonialen Wirtschaft abschafften, war aber wegen ihrer Verflechtung mit den landbesitzenden Klassen nicht in der Lage, darüber hinauszugehen. Die Macht der Großgrundbesitzer wurde nicht gebrochen, und parasitäre Schichten auf dem Lande wurden begünstigt, die die auf kleinen, unproduktiven Parzellen festsitzende und dem Pachtverhältnis und der Ausbeutung durch örtliche Geldverleiher unterworfene Bauernschaft nach wie vor im Würgegriff hielten. Diese durch Rückständigkeit geprägte DNA der Wirtschaft blieb weitgehend unangetastet: ineffiziente Landwirtschaft aufgrund geringer Produktivität und Fortbestehen des Parasitismus.

Die Folge war zunehmende Verarmung auf dem Lande, gleichzeitig gab es keine einheimische Verbraucherbasis für die begrenzte Produktion der indischen Fertigungsindustrie. Aufgrund der allgemeinen Armut gab es nur geringe Rücklagen in der Bevölkerung mit der Folge, dass das Kapital knapp blieb, was die Expansionsmöglichkeiten der Industrie einschränkte und die Abhängigkeit Indiens von ausländischem Kapital aufrechterhielt. Kurz gesagt, das Scheitern der Landreform bedeutete das Scheitern der Konsolidierung eines Binnenmarktes und der Stimulierung von Wachstum.

Die Verheißungen des Nehru'schen Sozialismus verblassten Anfang der 1960er und wichen einer brodelnden Unzufriedenheit unter den Massen. Verschärft durch Dürren und ausbleibende Monsune führte die geringe Produktivität zu wiederholten Hungersnöten, zu deren Bewältigung Indien auf das Wohlwollen des Weißen Hauses angewiesen war. Da die Regierung Indira Gandhis nicht zu weiteren Eingriffen in die Rechte der Grundbesitzer bereit war, führte sie zur Lösung des Agrarproblems die Grüne Revolution ein – ein Programm zur Produktivitätssteigerung durch fortschrittliche Agrartechnologie aus dem Westen. Die landwirtschaftliche Produktion wurde gesteigert, allerdings auf Kosten der Kleinbauern, die aufgrund der hohen Anbaukosten und des Fehlens billiger Kredite in die Schuldenfalle gerieten. In dieser bürgerlichen Methode, die Agrarfrage anzugehen, liegt der Kern der heutigen Krise auf dem indischen Lande.

Auf die wachsende Armut reagierte die Kongresspartei jahrzehntelang mit Almosen, um ihre verschiedenen Wählergruppen zu beschwichtigen. Dies forderte von den Staatsfinanzen einen hohen Tribut und erhöhte die Staatsschulden. Unter dem Druck des gescheiterten Nehru-Entwicklungsmodells setzte Indira Gandhi schließlich die bürgerlichen Freiheiten außer Kraft und verhängte 1975 den Ausnahmezustand. Anfang der 80er-Jahre begann sie dann mit der Liberalisierung der Wirtschaft, um die durch das staatliche Wirtschaftsmodell gefesselte Monopolbourgeoisie zufriedenzustellen.



Palmer/CIAT

Mangels einer radikalen Landreform schuften auch Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit noch Millionen von Menschen unter primitiven Bedingungen auf dem Land


Dinodia Photos


Shrishinde333

Ergebnis der neoliberalen Reformen in Indien: IT-Arbeitsplätze und milliardenschwerer Reichtum. Ambanis Wolkenkratzer-Villa erhebt sich über Mumbais schnell wachsende Elendsviertel

Die Kongresspartei umwarb ausländisches Kapital und begann mit dem schrittweisen Abbau des License Raj, mit der Liberalisierung von Krediten und der Senkung der Steuern auf einheimisches Kapital. Dies alles erleichterte das Vordringen von Kapital in Sektoren, die zuvor unter staatlicher Kontrolle standen. Daraus resultierte ein vorübergehendes Wachstum, da bestimmte Branchen Zugang zu ausländischer Technologie und Kapitalzufuhr erhielten. Gleichzeitig musste das Land zur Finanzierung der wachsenden Schulden Kredite des IWF in Anspruch nehmen, die es nicht zurückzahlen konnte, so dass es 1991 zu einer IWF-Rettungsaktion kam.

Die neoliberalen Reformen von 1991 waren ebenso sehr eine Auflage des IWF wie das Ergebnis der inneren Widersprüche des Nehru'schen Modells, das weder den Forderungen der Massen noch denen der Bourgeoisie gerecht werden konnte: Die einen hatten noch immer keine qualitative Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erfahren, und die anderen waren Nutznießer des Staats, wurden aber gleichzeitig von ihm eingeschränkt. Auf internationaler Ebene spielte der Zusammenbruch der Sowjetunion eine entscheidende Rolle, denn er schwächte den Druck, der von links auf die Kongresspartei ausgeübt wurde. Der Aufstieg der USA zur Hegemonialmacht in der postsowjetischen Periode verstärkte den Druck auf Indien, sich den USA anzunähern und sich durch den Beitritt zur WTO im Jahr 1995 stärker in die Weltwirtschaft zu integrieren. Die neoliberale Wende wurde zwar durch eine noch nie dagewesene Krise ausgelöst, entsprach aber auch dem Interesse des Kapitals, Indien der Welt zu öffnen.

3. Neoliberalisierung einer rückständigen Wirtschaft

Die Kongresspartei und andere Koalitionsregierungen führten in den 1990ern schrittweise neoliberale Reformen durch, um Indien für Investitionen attraktiv zu machen. Ziel war es, die Arbeiterbewegung zu brechen, die Bodenordnung zu lockern und öffentliche Unternehmen zu privatisieren. Dieses Paket wurde als der Weg verkauft, einen Boom in der verarbeitenden Industrie einzuleiten und für Beschäftigung und Wohlstand zu sorgen. Indiens BIP wuchs, angeheizt durch ein explosionsartiges Wachstum im Finanz- und Bausektor. In weniger als einem Jahr nach Einführung dieser Reformen stieg der indische Aktienindex Sensex auf mehr als das Dreifache. In den 2000er-Jahren boomte die Wirtschaft und Indien wurde zum Backoffice des wachsenden IT-Sektors der imperialistischen Länder. Der Zustrom ausländischen Kapitals führte zum Wachstum einer gebildeten Mittelschicht und zu einem Anstieg bestimmter Entwicklungsindikatoren auf breiter Front, wodurch der Anteil der in absoluter Armut lebenden Menschen sank.

Doch selbst die glühendsten Verfechter des Neoliberalismus können sich der Realität nicht verschließen, dass er nicht zu der Entwicklung geführt hat, die sie sich vorgestellt hatten. Wie sehr Indien auch versuchte, ausländische Investitionen anzulocken und China als Produktionsstandort nachzuahmen, die Ergebnisse waren enttäuschend. Indien blieb aufgrund seiner allgemeinen Rückständigkeit unattraktiv: a) ungelernte Arbeitskräfte aufgrund des allgemeinen gesellschaftlichen Verfalls; b) eine verheerende Infrastruktur: Fabriken können wegen der unzureichenden Stromversorgung ihre Produktionsziele nicht erreichen und wegen des dürftigen Straßennetzes ihre Waren nicht transportieren; c) die zahlreichen bürokratischen Hürden, die den Markteintritt extrem erschweren.

Kurz gesagt, das Hindernis für die Ankurbelung eines Booms in der verarbeitenden Industrie durch das Finanzkapital war die Rückständigkeit der Wirtschaft selbst, die die Attraktivität der spottbilligen Arbeitskräfte untergrub. Solche Hindernisse könnten nur durch eine vollständige Umgestaltung der Gesellschaft überwunden werden: durch massive Ausgaben für allgemeine Bildung, das Gesundheitswesen und den Wohnungsbau, um die Qualität der Arbeitskräfte und die Lebensbedingungen der Massen zu verbessern; durch ein gigantisches Programm öffentlicher Arbeiten, um die städtische Infrastruktur aufzubauen, die Lebensqualität zu verbessern, die Industrie anzukurbeln und die Städte zu modernisieren; eine radikale Agrarreform, um die Bedingungen auf dem Lande zu verbessern und die Grundursache der wirtschaftlichen Rückständigkeit zu beseitigen.

Dass diese Maßnahmen nicht ergriffen wurden, liegt nicht an einer verfehlten Politik der Kongresspartei und anderer Regierungen, sondern an der einfachen Tatsache, dass die Grundlage der Wirtschaft auf den Klasseninteressen der Bourgeoisie beruht, die kein Interesse an einer Entwicklung für die breiten Massen hat und deren politische Herrschaft auf der bestehenden Gesellschaftsstruktur fußt. Wenn sie gezwungen ist, Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft

zu ergreifen, tut sie dies auf ihre eigene Weise, indem sie das Moderne mit dem Archaischen vermischt: Sie baut glänzende IT-Zentren, um dann die Glasfaserkabel mitten in das städtische Chaos zu verlegen, wo sich Ochsenkarren und Luxusautos die Straße teilen.

Das Wesen dieser Vermischung besteht in der Überlagerung primitiver wirtschaftlicher Grundlagen mit modernen Technologien und Methoden. Der Neoliberalismus, der die politischen Parteien von einem „strahlenden Indien" schwadronieren ließ, richtete die untersten Schichten des Landes zugrunde. Das neoliberale Indien konnte unter der anhaltenden Bürde einer rückständigen Wirtschaft auf dem internationalen Markt nicht wirksam konkurrieren, was das Ausmaß begrenzte, in dem die Globalisierungswelle das Land mitreißen konnte. Das Ergebnis war, dass bei einer wachsenden Bevölkerung die Nachfrage nach Arbeitsplätzen von 35 Millionen Menschen im Jahr 1983 auf 58 Millionen im Jahr 2000 in die Höhe schoss. Diese Bedingungen bereiteten der Ausbreitung von chauvinistischem Fanatismus einen fruchtbaren Boden.

Gleichzeitig schieden immer mehr Frauen aus dem Erwerbsleben aus, und die Mehrheit der Bevölkerung schuftete auf dem Lande, wo die Landwirtschaft aufgrund schlechter Bewässerung, kleiner Anbauflächen und allgemeiner Ineffizienz weiter in sehr schlechtem Zustand war. Viele Landwirte sahen ihre einzige Hoffnung auf Überleben darin, auf westliches genetisch behandeltes GVO-Saatgut zurückzugreifen, um ihren Ertrag zu steigern. Dabei wurden ihnen lähmende Schulden aufgebürdet, die – in grausamer Ironie – Hunderttausende in den Selbstmord trieben.

Das neoliberale Indien wurde zu einem Schauplatz ungleicher und kombinierter Entwicklung: Eine kleine Minderheit wurde noch reicher, während das moderne Finanzkapital eine archaische Gesellschaft überflutete, aber die Mehrheit lebte im Elend. Der Milliardär Mukesh Ambani, der kürzlich eine über eine halbe Milliarde US-Dollar teure Hochzeit für seinen Sohn ausrichtete, baute in Mumbai eine opulente 27-stöckige monströse Villa, die sich über die Slums der Stadt erhebt. Menschen durchstöbern die Straßen auf der Suche nach Brauchbarem direkt neben bewachten Wohnanlagen der Reichen. Büffel pflügen weiterhin die Felder, auch wenn das Saatgut fortschrittliche Technologie enthält.

Bis 2008 wuchs die indische Wirtschaft, was größtenteils auf die günstigen internationalen Bedingungen zurückzuführen war. Niedrige von den USA festgelegte Zinssätze bedeuteten, dass es billiges Geld gab, das nach „Wachstumsmärkten" Ausschau hielt. Im Gefolge der Krise von 2008 brach die Globalisierungswelle zusammen und das billige Geld begann abzufließen, was die zugrundeliegende Wirtschaftskrise noch verschärfte. Der Neoliberalismus hatte Indien zwar in die Weltwirtschaft integriert, das Land damit aber für sein weiteres Wachstum noch abhängiger von den Launen des Finanzkapitals gemacht. Bereits 2011 meinte Gideon Rachman von der *Financial Times*:

> „Die Globalisierung florierte und schlug Wurzeln in einer Zeit, in der alle großen Mächte der Welt ein starkes Wirtschaftswachstum verzeichneten. Sie wird durch eine neue Welt bedroht, in der es den aufstrebenden Mächten spürbar besser geht als den etablierten westlichen Volkswirtschaften. Die Bedrohung der Globalisierung wird zunehmen, wenn es nicht zu einem koordinierten globalen Aufschwung kommt."
>
> – „Is Globalisation on the Retreat in 2011?" [Ist die Globalisierung 2011 auf dem Rückzug?] (3. Januar 2011)

Wie jedoch ein ehemaliger indischer CEO in seiner Antwort auf Rachman feststellte, „mag die Globalisierung 2011 kurz innehalten, aber sie kann nicht rückgängig gemacht werden, wenn viele Milliarden Inder und Chinesen sie wollen. Jedes Land, das sich diesem neuen globalen Spiel entzieht, tut dies auf eigenes Risiko". Diese Zuversicht lässt völlig außer Acht, dass Indien und China einfach nicht das Sagen haben; nicht die „Milliarden Inder" oder gar die indische Kapitalistenklasse kontrollieren den Kurs der Weltwirtschaft, sondern die imperialistischen Mächte, allen voran die USA, die ihre Hegemonie gegen ein aufstrebendes China zu sichern versuchen. Es ist diese inhärente Abhängigkeit Indiens vom Imperialismus, die das Tempo seiner höchst ungleichmäßigen Entwicklung grundlegend bestimmt. Ob unter einer Kongress- oder einer BJP-Regierung, dieses entscheidende Merkmal wird die Entwicklung Indiens so lange heimsuchen, wie die Wirtschaft mit den Interessen der Bourgeoisie verzahnt ist, die ihrerseits mit dem Weltimperialismus verbunden ist.

II. DER INDISCHE LIBERALISMUS BEFEUERT DEN AUFSTIEG DES HINDU-NATIONALISMUS

Allgemeine Knappheit und Armut drohten die unzähligen Spaltungen in der indischen Gesellschaft zur Explosion zu bringen. Die Methode der Kongresspartei bestand darin, verschiedene Segmente ihrer Wählerschaft – traditionell Muslime, Dalits und untere Kasten – zu beschwichtigen, indem sie an ihre eng begrenzten Interessen appellierte, um ihre politische Unterstützung zu erhalten. Diese Methode ist die tragende Säule des indischen Liberalismus, der sich rühmt, der beste Verteidiger von Minderheiten zu sein. In Wirklichkeit wird dadurch nicht nur die Unterdrückung von Minderheiten aufrechterhalten, sondern auch das Wachstum der Hindu-Nationalisten angefacht, die den Liberalen vorwerfen, die Hindus entlang der Kastenlinien zu spalten und Minderheiten auf Kosten der Hindu-Mehrheit zu privilegieren. Im Mittelpunkt dieses reaktionären Kreislaufs von Liberalismus und chauvinistischer Reaktion steht die brennende Frage der indischen Revolution: Wie kann die Einheit der arbeitenden Massen erreicht werden? Um diese Frage zu beantworten, muss man zunächst die Natur der Hindernisse verstehen.

1. Das Erbe der Vergangenheit

Da es keine antikoloniale Revolution gab, die die archaischen, von den Briten aufrechterhaltenen Formen gesellschaftlicher Organisation hinwegfegen konnte, erbte das unabhängige Indien alle vorkapitalistischen Relikte der Vergangenheit. Aufgrund dieses gewaltigen Vermächtnisses wurde Indien lange Zeit exotisch dargestellt als „einzigartig" und „komplex", aber den Massen waren die Spaltungen aufgebürdet, und die herrschende Klasse machte sich diese zunutze, um ihre Herrschaft zu sichern und zu erhalten. Dazu gehörten Spaltungen aufgrund von Kaste, Religion, nationaler und sprachlicher Identität und Geschlecht.

Mit der Unabhängigkeit stellten diese unzähligen Spaltungen eine Herausforderung für die herrschende Klasse dar, deren oberste Priorität darin bestand, politische und soziale Stabilität zu erreichen, um eine sichere Grundlage für

ihre Klassenherrschaft zu schaffen. Im Kampf gegen die Briten hatte die Oberkasten-Hindu-Bourgeoisie unter Führung der Kongresspartei versucht, die „Nation“ durch ihre „Toleranz“ gegenüber nicht-hinduistischen Religionen zu vereinen. Als die Briten weg waren, setzte sie diesen Kurs fort und gewährte bestimmte Zugeständnisse, um diese sozialen Widersprüche zu bewältigen. Um die heikle Frage der Religion in den Griff zu bekommen, insbesondere nach den kommunalistischen Gräueln der Teilung, umgab sie sich mit einem eigentümlichen Säkularismus, der sich angebliche Toleranz gegenüber allen Religionen, nicht aber die Trennung von Religion und Staat auf seine Fahnen schrieb. Doch „Toleranz“ ist in einer armen Gesellschaft weitgehend bedeutungslos, da die Mehrheit aufgrund ihrer dominanten Stellung als Erste Vorteile erlangen wird. Als Folge kam es immer wieder zu rein religiös motivierten Pogromen, wie z.B. das Massaker an Sikhs 1984 in Amritsar.

Zur Lösung der nationalen und sprachlichen Probleme (mit mindestens 14 großen Sprachgruppen und 1652 Muttersprachen) führte Indien ein begrenztes Föderalsystem ein, das das Land letztendlich entlang der Sprachgrenzen gliederte. Dies ging einher mit der Zwangsintegration jener Regionen, die die Unabhängigkeit anstrebten, von Kaschmir im Norden bis zu verschiedenen Gebieten im Nordosten und den Tamilen im Süden.

Das „indischste“ – und explosivste – dieser Relikte ist die hierarchische Gliederung der Gesellschaft nach dem Kastensystem: eine ererbte Einteilung der Menschen in vier Rangstufen (Varnas) auf Grundlage ihres Berufs, wobei die soziale Funktion und der Rang in der Gesellschaft den Körperteilen des Hindugottes Brahma entsprechen sollen. So waren die „edleren“ und „reineren“ Berufe, wie Priester und Intellektuelle, den Brahmanen vorbehalten, die aus dem Mund hervorgingen; die Kshatriyas, der Adel, kamen aus den Armen; die Vaishyas, Händler und Landwirte, aus den Schenkeln; und die Shudras, Arbeiter, die niedrigsten innerhalb des Kastensystems, aus den Füßen von Brahma.



Völlig ***außerhalb*** des Kastensystems stehen die Ausgestoßenen, die Dalits, die im Hinduismus wegen ihrer sozialen Rolle als Putzer, Müllsammler oder Entsorger menschlicher und tierischer Abfälle als „unberührbar“ gelten. „Unberührbar“ zu sein bedeutet, zu einem Leben jenseits aller Vorstellungskraft verdammt zu sein. Man darf nicht im Schatten eines Brahmanen laufen, um dessen Reinheit nicht zu beschmutzen. Man muss am Dorfrand leben, um die Varnas nicht durch unsaubere Anwesenheit zu beleidigen. Man darf sich nicht über sein vorbestimmtes Dasein erheben und es nicht wagen, eine Frau aus einer höheren Kaste anzusehen, es sei denn, man hat vor, sich einem Lynchmob zu stellen.

Laut Perry Anderson bekannte Mahatma Gandhi – Befürworter des Kastensystems und hochverehrter Führer des Unabhängigkeitskampfes – einmal im Hinblick auf die schwierige, aber notwendige Aufgabe, die Dalits in die hinduistische Gemeinschaft einzugliedern, „dass die Unberührbaren, sobald man ihnen eine eigene Identität zubilligte, sich mit ‚muslimischen Hooligans zusammentun und Hindus aus den Kasten umbringen‘ könnten“ (*Die indische Ideologie*, Berenberg, Berlin 2014). Angesichts eines solchen archaischen Schandflecks auf ihren Modernisierungsbestrebungen versuchte die Nehru-Regierung, Indien eine fortschrittliche Fassade zu verleihen. Sie lud B.R. Ambedkar, Führer der Dalits, zur Ausarbeitung der Verfassung ein, die Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit für illegal erklärte und gezielte Fördermaßnahmen vorsah, um die Dalits aus ihrem elenden und stigmatisierten Dasein herauszuholen. Doch die Kastenzugehörigkeit ist im sozialen Gefüge Indiens verwurzelt; sie bestimmt nach wie vor die Aussichten des Einzelnen. Egal wie weit ein Dalit wirtschaftlich aufsteigen mag, gesellschaftlich ist es unmöglich, das Stigma des Dalit-Seins abzulegen.

Indiens Verfassung, die als das Kronjuwel der Unabhängigkeit gilt, schreibt diese Rechte fest und wird als Garant einer fortschrittlichen, säkularen und demokratischen Gesellschaft angesehen. Die Dalits sind stolz auf die Tatsache, dass Ambedkar maßgeblich an ihrer Ausarbeitung beteiligt war. Dennoch verteidigt die Verfassung letztlich die sozialen und materiellen Grundlagen für die Aufrechterhaltung der Herrschaft der indischen herrschenden Klasse. Sie basiert auf dem Schutz des Privateigentums, d.h. dem Kapitalismus, der der Hauptgrund für die Rückständigkeit Indiens ist. So schafft sie immer neue soziale Spaltungen und bringt die verschiedenen Gruppen im Wettbewerb um knappe Güter und Arbeitsplätze gegeneinander auf.

Als Marxisten wissen wir, dass die Wurzel sozialer Probleme grundlegend in den materiellen Verhältnissen liegt, die die Gesellschaft bestimmen. Ohne gesellschaftliche Entwicklung können alle Gesetze, die Diskriminierung für illegal erklären, nichts an der Realität sozialer Unterdrückung ändern. Zur Befreiung der Unterdrückten muss die materielle Grundlage der Unterdrückung zerstört werden. So erklärte Trotzki:

> „Die Grundlage der Gesellschaft sind nicht Religion und Moral, sondern die natürlichen Hilfsquellen und die Arbeit. Die Marx’sche Methode ist ***materialistisch***, weil sie vom Sein zum Bewusstsein geht und nicht umgekehrt. Die Methode Marx’ ist ***dialektisch***, weil sie Natur und Gesellschaft in ihrer Entwicklung betrachtet, und die Entwicklung selbst als beständigen Kampf der Gegensätze.“
>
> – Trotzki, „Marxismus in unserer Zeit“ (April 1939)



Pramod Pushkarna



Times of India

Oben: BJP-Führer L.K. Advani auf Streitwagen 1990 schürt antimuslimische Unruhen auf dem Weg nach Ayodhya, wo auf angeblichem Geburtsort des Hindu-Gottes Ram die Babri-Masjid-Moschee stand. Zwei Jahre später zerstörte der Mob sie (links)

Wie sich die indische Gesellschaft in Zukunft weiterentwickeln wird, hängt von der Konstellation der widerstreitenden Kräfte ab: Hindus gegen Muslime, Dalits gegen Hindus, Kaschmiris gegen den Rest Indiens, oder irgendeine andere derartige Konstellation? Oder werden sich die indischen Massen mit aller Macht gegen die indische Oberkasten-Bourgeoisie und ihre Parteien stellen? Um auf dem Weg zur Abschaffung der Kasten und anderer Formen der Unterdrückung voranzukommen, müssen Spaltungen überwunden und die arbeitenden Massen geeint werden. Dies kann nur im Kampf gegen die Herrschaft des Privateigentums geschehen. Andernfalls werden die Versuche der Kongress-Liberalen oder der Hindu-Nationalisten, ihre Herrschaft in Indien zu sichern, die Spaltungen weiter aufrechterhalten.

Zwei Ereignisse in der jüngeren indischen Geschichte reichen aus, um diesen Kreislauf der Reaktion und die Sackgasse liberaler Politik zu verdeutlichen: die Shah-Bano-Episode und die Mandal-Affäre, die sich zu einem Festival der Reaktion verdichteten, das zum Abriss der Babri Masjid (Moschee) führte und die BJP auf die nationale Bühne katapultierte.

2. Von Bano zum Mandir: Der reaktionäre Charakter des indischen Säkularismus

Die Bano-Affäre, ein Höhepunkt religiöser Polarisierung, war der Fall einer muslimischen Frau, Shah Bano, die ihren Ex-Ehemann auf Unterhalt verklagte. Im Jahr 1985 entschied der Oberste Gerichtshof zu ihren Gunsten. Dies erregte den Zorn der muslimischen Ulema (Gelehrten), die in der Entscheidung einen Verstoß gegen die Scharia (islamisches Recht) sahen, nach der eine geschiedene Frau wieder von ihrer Familie versorgt werden muss. Die Kongresspartei sah sich zunehmendem Druck des Klerus ausgesetzt, die Entscheidung rückgängig zu machen oder die Stimmen der Muslime zu verlieren; das All India Muslim Personal Law Board (AIMLB: Gesamtindischer Rat für muslimisches Personenrecht) organisierte Massendemonstrationen. Die Kongresspartei kapitulierte und hob im Wesentlichen den Beschluss auf.

Es kam zu Unruhen und Protesten. Die größte Herausforderung kam von den Hindu-Nationalisten. Die BJP ging in die Offensive und beschuldigte die Kongresspartei des „Minderheitentums“, das die Hindus zu Bürgern zweiter Klasse degradiere. In den 1980er-Jahren hatte der Zusammenschluss von BJP und RSS (einer hindu-chauvinistischen paramilitärischen Organisation) eine Massenbewegung wiederbelebt, die den Bau eines Mandirs (Tempels) an der Stelle der Babri Masjid in Ayodhya forderte, einer Moschee aus der Zeit der Mogule, die angeblich auf der Geburtsstätte des Hindugottes Ram erbaut worden war. Diese Bewegung machte sich nun die Bano-Affäre zunutze, um kommunalistische Konflikte zu schüren und ihre Kampagne voranzutreiben. Um der wachsenden Herausforderung von rechts zu begegnen, öffnete die Kongresspartei die Tore der Babri Masjid, die seit 1949 geschlossen war, um religiös motivierte Gewalt einzudämmen.

Diese Gratwanderung der „säkularen“ Kongresspartei begünstigte das Anwachsen der Bewegung, die Moschee abzureißen und an ihrer Stelle einen Tempel zu errichten, und verschärfte die religiöse Polarisierung. „Durch die Entfernung des Schlosses wurde das umstrittene Bauwerk praktisch als Tempel anerkannt, so dass die Forderung nach dem Bau eines richtigen Tempels, in dem die bereits im Gebäude stattfindenden Zeremonien durchgeführt werden konnten, an Kraft gewann“ (business-standard.com, 28. März 2017). 1989 verlor die Kongresspartei die Wahlen, zum Teil wegen eines anderen Skandals, und die BJP steigerte sich von zwei Sitzen im Jahr 1984 auf 85 Sitze, was die Zunahme ihrer Attraktivität verdeutlichte.

Der Fall Bano warf ein Schlaglicht auf den reaktionären Charakter des indischen Säkularismus, eines zentralen Bestandteils des indischen Liberalismus. Der „Säkularismus“ der Verfassung spiegelt die berechtigten Bestrebungen der Minderheiten wider, in Würde leben und ihre Religion ausüben zu können. Doch wie die Bano-Episode zeigt, ist die Bourgeoisie gezwungen, blindlings zwischen den konkurrierenden Kräften zu balancieren, und verschärft so die Spaltungen. Sie setzt die Verfassung als Instrument ein, um die Massen zu entzweien und ihre politische Herrschaft aufrechtzuerhalten. Der wahre ideologische Zweck der Verfassung besteht darin, die Spaltungen zu kaschieren, die in dem überall im Land herrschenden Mangel einen fruchtbaren Boden vorfinden.

Der Hindu-Chauvinismus ist zum Teil eine Folge des allgemeinen Elends, unter dem die Mehrheit der Gesellschaft

leidet. Solange sich die erbärmlichen Lebensbedingungen der breiten Massen nicht verbessern, wird die Bourgeoisie in der Lage sein, die Reaktion gegen Minderheiten aufzuhetzen und diese wiederum gegen die Mehrheit zu instrumentalisieren. Dies zeigt, dass die soziale und wirtschaftliche Befreiung sowohl der arbeitenden Hindu-Massen als auch der Minderheiten ohne ein Bündnis zwischen ihnen unmöglich ist. Um ein solches Bündnis zu schmieden, ist es die Pflicht der Hindu-Mehrheit, sich für die Rechte der Minderheiten einzusetzen und in gemeinsamem Kampf gegen die Oberkasten-Hindu-Bourgeoisie ihr Vertrauen und ihre Unterstützung zu gewinnen.

3. Von Mandal bis Ayodhya: Liberale Kastenpolitik stärkt Hindutva

Die hindu-chauvinistische Gegenreaktion auf die Bano-Affäre kollidierte 1990 mit der Umsetzung des Mandal-Berichts – der Gewährung von Fördermaßnahmen oder Quotierungen im öffentlichen Sektor für benachteiligte Schichten der Other Backward Classes (OBCs) [Andere rückständige Schichten], ein Begriff, der sich mit der untersten Kastengruppierung überschneidet und damals etwa 52 Prozent der Bevölkerung umfasste. Der Bericht wurde von einer kurzlebigen Anti-Kongress-Koalitionsregierung umgesetzt, die sowohl von den Kommunisten als auch von der BJP unterstützt wurde. Zusammen mit den bereits bestehenden Quotierungen für Dalits (15 Prozent) und Stammesangehörige (7 Prozent) beliefen sich die neuen 27 Prozent für OBCs auf 49 Prozent der Quotierungen im öffentlichen Sektor, so dass die oberen und mittleren Kasten um den Rest der Arbeitsplätze konkurrierten.

Damit stachen sie in ein „Wespennest“, wie Rajiv Gandhi es nannte, und die Kastengegensätze explodierten. Studenten der höheren Kasten veranstalteten Massenproteste und über hundert verbrannten sich selbst, da die zunehmenden Quotierungen ihre Aussichten bedrohten und das soziale Gleichgewicht der Kastenordnung, die sie begünstigte, unterminierten. Diese Angst vor materieller Unsicherheit schlug in Gewalt zwischen den Kasten um. Eine RSS-Zeitschrift schrieb, der Mandal-Bericht habe einen „Kastenkrieg“ entfacht. Ein Leitartikler meinte: „Die Verwüstung, die die Quotenpolitik im sozialen Gefüge anrichtet, ist unvorstellbar“ und „verschärft die Kluft zwischen den Kasten“ (zitiert in Christophe Jaffrelot, *Modi’s India: Hindu Nationalism and the Rise of Ethnic Democracy* [Modis Indien: Hindu-Nationalismus und ethnische Demokratie im Aufwind], Princeton und Oxford: Princeton University Press, 2019).

Der Aufruhr brachte die BJP in eine Zwickmühle. Wenn sie sich gegen den Mandal-Bericht stellte, würde nicht nur die Regierung stürzen und die Kongresspartei wahrscheinlich wieder an die Macht kommen, sondern die BJP würde auch die OBC-Wähler verprellen und ihre Hoffnungen auf ein Regierungsamt zunichtemachen. Unternähme sie jedoch nichts, würde sie ihre traditionelle Oberkasten-Basis verprellen. Um für Hindu-Einheit zu werben und Kastenspaltungen zu überwinden, verband die BJP-RSS die Unzufriedenheit mit Mandal mit ihrer Kampagne für den Bau eines Tempels anstelle der Babri Masjid. Auf einen Schlag wollte die BJP so die unteren Kasten in ihre brahmanische Weltanschauung einbinden und den oberen Kasten signalisieren, dass sie mit ihrer Kampagne zur „Rückeroberung“ der Geburtsstätte Rams von den Muslimen der entschiedenste Verfechter des Hinduismus und damit des Kastensystems sei.

Im September 1990 bestieg der BJP-Führer L.K. Advani einen „Triumphwagen“ und begann eine 10 000 Kilometer lange Fahrt nach Ayodhya. Einer der Organisatoren dieser Reise war Modi, damals ein vielversprechender Kader. Überall, wo der Wagen hinfuhr, brachen kommunalistische Unruhen aus, was zur Verhaftung Advanis führte. Doch die Geschichte war noch lange nicht zu Ende. Zwei Jahre später, am 6. Dezember 1992, fielen bewaffnete Hindu-Banden über Ayodhya her, um an einer Kundgebung der BJP-RSS-



Familie teilzunehmen und die Moschee mit blanker Gewalt zu zerstören. Es folgten wochenlange Tumulte, die sich bis nach Mumbai und sogar nach Pakistan und Bangladesch ausweiteten und Tausende von Toten forderten, die meisten von ihnen Muslime.

Die OBC-Quotierungen wurden schließlich sowohl von der Kongresspartei als auch von der BJP akzeptiert, da sie der Schlüssel zur Eroberung der strategischen Wahlkreise des Hindi-Gürtels waren, die sich in Nord-Zentralindien von Osten nach Westen erstrecken. Zusammen mit dem Säkularismus ist die Quotenregelung für untere Kasten ein Eckpfeiler liberal-progressiver Politik in Indien. Die Forderung nach Quotierungen spiegelt die Hoffnung der unterdrückten Kasten wider, aus einem Leben in Unsicherheit ausbrechen zu können. Dieselbe Forderung schürt die Verunsicherung des Kleinbürgertums der oberen Kasten. Die herrschende Klasse und Politiker nutzen diese Spaltungen, um die politische Macht und die Kastenstruktur der Gesellschaft zu erhalten. Als Revolutionäre müssen wir fragen: Wie kann man die Notwendigkeit von Quotenregelungen überwinden und die Kastenunterdrückung insgesamt beenden?

Dass Quotierungen überhaupt notwendig sind, rührt daher, dass sich im Laufe der Entwicklung die materielle Lage der Massen ***insgesamt*** nicht verbessert hat. Eine Entwicklung, die nicht gegen die Interessen der Kapitalistenklasse gerichtet ist, geht auf Kosten der Massen. Das niedrige Wachstums- und Entwicklungsniveau hat die bereits vorhandenen Gräben zwischen den Kasten (und Religionen) insgesamt vertieft, und trotz der Aufwärtsmobilität eines zu vernachlässigenden Teils der unteren Kasten werden die Lebensperspektiven nach wie vor von der Kastenunterdrückung bestimmt, einschließlich der Frage, ob man sich den Schulbesuch leisten kann oder überhaupt zur Schule gehen darf. Dies verlangt die ***Abschaffung der Kasten***, nicht das Herumbasteln an der Verteilung eines kümmerlichen wirtschaftlichen Kuchens. Um aus der Kastenunterdrückung auszubrechen, muss die Herrschaft der Hindu-Bourgeoisie angegriffen werden, die den materiellen Mangel verewigt und die Privilegien der oberen Kasten zementiert.

Der soziale Liberalismus der Kongresspartei stellt keine Bedrohung für die Herrschaft der oberen Kasten dar. In der Tat ist die Kongresspartei die historische Partei der Oberkasten- und Grundbesitzereliten. Wenn sie heute Mandal 2.0 verspricht, dann in dem verzweifelten Versuch, an die Macht zurückzukehren, um weiterhin den Interessen der Bourgeoisie zu dienen. Solange Indien im Interesse dieser Klasse regiert wird, ist es zu allgemeiner Armut verdammt, die sein soziales Gefüge auf Kosten der Unterdrückten zugrunde richtet. Die zynischen Wahlkampfstrategien der Kongresspartei, der BJP und ihrer Verbündeten gießen weiter Öl in dieses Feuer. Die einen geben vor, ein Freund der Unterdrückten zu sein, verteidigen aber die gesellschaftliche Grundlage des indischen Kapitalismus voll und ganz; die anderen wollen die Hindus durch ein ethno-nationalistisches Programm vereinen, das darauf abzielt, allen Kasten ihren „rechtmäßigen Platz“ zuzuweisen und Minderheiten zu vernichten. Beides sind gefährliche Sackgassen.

Das Mittel zur Bekämpfung der mörderischen Hindutva der BJP ist nicht eine Wiederbelebung von Mandal, wie viele Liberale heute argumentieren, sondern:

> „Unbedingt nötig ist die Trennung der Produktionsmittel von ihren parasitären Besitzern und die Organisation der Gesellschaft nach einem rationalen Plan. Dann erst wird es möglich sein, die Gesellschaft wirklich von ihren Übeln zu heilen. Alle, die arbeiten können, werden Arbeit finden. Die Länge des Arbeitstages wird stufenweise vermindert werden. Die Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft werden mehr und mehr befriedigt werden.“
>
> – Trotzki, „Marxismus in unserer Zeit“



Dave/Reuters

Narendra Modi bei Ansprache vor seinen Anhängern in Gujarat im Mai 2014 nach überwältigendem Sieg bei Parlamentswahlen

Die Voraussetzung, um die Gesellschaft auf diese Weise zu organisieren, ist die Vereinigung der arbeitenden Massen in Opposition zur Herrschaft der Bourgeoisie und die Führung eines revolutionären Kampfes, um die indische kapitalistische Kastenordnung mit Stumpf und Stiel auszurotten. Dies kann nur erreicht werden durch Eintreten für die Rechte aller Unterdrückten – Dalits, Adivasis (Stammesangehörige), religiöse Minderheiten und Frauen – mit dem Ziel, den materiellen Wurzeln ihrer Unterdrückung zu Leibe zu rücken. Linksliberale vergießen den lieben langen Tag Tränen über die Schrecken, die die Unterdrückten erleiden, und machen sich daran, den Status quo durch kastenübergreifende und interkonfessionelle Ehen zu erschüttern. Diese edle Geisteshaltung trägt nichts dazu bei, das für die Unterdrückung verantwortliche System zu konfrontieren. Es wird keine allmähliche Verbesserung der Lage der Unterdrückten geben. Nur durch die Vereinigung der Kämpfe der Unterdrückten und Arbeiter unter dem Banner der indischen Revolution können die Massen die zahllosen Spaltungen überwinden, die von der Oberkasten-Bourgeoisie und ihren Parteien geschürt werden.

III. DIE BJP-JAHRE: ENTWICKLUNG INDIENS NACH DEM „GUJARAT-MODELL“

Modi erlangte während seiner Regierungszeit in seinem Heimatstaat Gujarat im Westen Indiens von 2001 bis 2014 nationale und internationale Bekanntheit. In dieser Zeit machte er das „Gujarat-Entwicklungsmodell“ populär. Wie der Titel eines Buches von Christophe Jaffrelot, einem Experten für hindu-nationalistische Politik, es ausdrückt, war „Gujarat unter Modi“ das „Labor des heutigen Indien“. Um zu verstehen, wie und warum dies Modi und die BJP an die Regierung des Landes katapultiert hat, hier zunächst ein Überblick über das Gujarat-Modell, bevor wir erklären,



Dave/Reuters



D'Souza/AFP

Gujarat-Modell: Finanzkapital verbindet sich mit Hindu-Mob. Wirtschaftsgipfel „Vibrant Gujarat" 2013 (links), muslimfeindlicher Pogrom in Ahmedabad, 2002 (rechts)

warum diese tödliche Mischung kapitalistisch-chauvinistischer Hindu-Reaktion Gift für die indischen Massen ist.

1. Gujarat unter Modi: Finanzkapital und Pogrome

Auf einen Nenner gebracht, geht es beim Gujarat-Modell darum, in- und ausländisches Kapital zu umwerben und antimuslimische Reaktion zu fördern. Der Aufstieg der BJP in Gujarat spiegelt in gewisser Weise das landesweite Muster des sozialen Liberalismus der Kongresspartei wider, der dem Hindu-Nationalismus den Weg ebnete. Die Unruhen zwischen den Religionen und unter verschiedenen Kasten in Gujarat in den 1980ern wurden durch die Ausrichtung der Kongresspartei auf die KHAMs – Kshatriya-Kaste aus der unteren Mittelschicht, Harijans (genauer gesagt Dalits), Adivasi und Muslime – ausgelöst und hatten der hinduchauvinistischen Gegenreaktion Vorschub geleistet. Die BJP instrumentalisierte die Angst der Mittelschichten vor einem eventuellen Aufstieg der untersten Schichten und ritt auf dieser Welle 1995 zur Macht.

Modi, ein RSS-Kader seit 1972, wurde im Oktober 2001 Chief Minister [Ministerpräsident] und führte von Anfang an die Oberaufsicht bei den berüchtigten Gujarat-Unruhen im Februar 2002 – einem antimuslimischen Gemetzel, ausgelöst durch den angeblichen Angriff muslimischer Männer auf einen Zug mit Kar Sevaks (hindu-nationalistische Freiwillige). Es wird allgemein angenommen, dass die Modi-Regierung die Ermordung von Muslimen als Vergeltungsmaßnahme organisiert hat. Dieser Vorfall hatte für Modi ein Einreiseverbot in die USA zur Folge und sorgte für Kritik seitens des liberalen Establishments, einschließlich der Confederation of Indian Industry (CII), dem Sprachrohr des indischen Kapitals. Dies veranlasste Modi, eine CII-Messe zu boykottieren, und den Gujarater Kapitalisten Gautam Adani, eine konkurrierende Handelskammer zu gründen. Die CII zog ihre Kritik umgehend zurück, da sie die Geschäftsmöglichkeiten in dem Bundesstaat gefährdet sah. Tarun Das, Generaldirektor der CII, entschuldigte sich persönlich bei Modi mit den Worten: „Wir bedauern zutiefst, was geschehen ist" (*The Times of India*, 7. März 2003).

Modi gewann mehrere Wahlen hintereinander durch eine Kombination aus Hindu-Nationalismus und neoliberaler Entwicklungspolitik. Dieses Modell sicherte ihm eine solide soziale Basis im städtischen Kleinbürgertum – der sogenannten neuen Mittelklasse –, dessen Begehrlichkeiten durch die wirtschaftliche Liberalisierung des vergangenen Jahrzehnts geweckt worden waren und das darin das beste Mittel zur Erreichung von Wohlstand sah. Indisches und ausländisches Kapital, angelockt durch attraktive Subventionen, laxe Arbeitsgesetze, Steuersenkungen, billige Kredite und schnelle Genehmigungen – alles das Ergebnis von Modis Auftreten als starker Mann der Entwicklung – strömte nach Gujarat. Im Jahr 2003 rief Modi Vibrant Gujarat [Pulsierendes Gujarat], einen zweijährlichen Wirtschaftsgipfel zur Kapitalanwerbung, ins Leben. Die Investitionszusagen stiegen von 13,3 Milliarden US-Dollar im Jahr 2005 auf 260,4 Milliarden US-Dollar im Jahr 2011, und Tausende von Hektar wurden für Sonderwirtschaftszonen reserviert. Modi wurde zum Liebling des Kapitals. Wie Jaffrelot in *Gujarat Under Modi: Laboratory of Today's India* [Gujarat unter Modi: Labor des heutigen Indien] (London: C. Hurst & Co, 2024) schreibt:

> „Im Jahre 2007 erklärte Mukesh Ambani: ‚Narendrabhai ist eine Führungspersönlichkeit mit einer großartigen Vision ... unglaubliche Zielstrebigkeit und Entschlossenheit ... ein starkes, mit moderner Einstellung verbundenes Ethos, Dynamik und Leidenschaft.' ... Der milliardenschwere Industrielle K. M. Birla ging sogar noch weiter: ‚Gujarat ist wegen seiner politischen Führung so pulsierend, und Modi ist Vollzeit-Chief-Minister des Staates und wirklich der Chief Executive Officer von Gujarat'. Während des ‚Vibrant-Gujarat'-Treffens 2013 verglich ihn Anil Ambani, der Modi bereits als nächsten indischen Premierminister ins Auge gefasst hatte, mit Mahatma Gandhi ... und Arjun, dem Helden des Mahabharata [Hindu-Epos], dann nannte er ihn ‚König der Könige'."

Gleichzeitig war Modis Hindutva die Antwort für Millionen „wütender junger Männer". Ausgeschlossen von der Wirtschaft und enttäuscht von ihren Hoffnungen, „es zu schaffen", wurden für diese Schichten die Verteidigung der Hindu-Nation und das Versprechen von Wachstum zum ein-

zigen Weg, ihre soziale Stellung zu verbessern und endlich in den Schoß der hinduistischen Gesellschaft aufgenommen zu werden. Als Lumpenproletarier und Deklassierte wurden diese Schichten zum idealen Rekrutierungsfeld für die paramilitärischen Banden des RSS.

Trotz aller Versprechungen war das Gujarat-Modell für die arbeitenden Massen alles andere als pulsierend. Die glänzenden BIP-Zahlen beruhten auf Investitionen in kapitalintensive Sektoren wie Chemie, Erdöl und Pharmazeutika. Hinter diesen Zahlen verbarg sich wenig Entwicklung und eine wachsende Staatsverschuldung aufgrund von Zugeständnissen an das Kapital – ein Anstieg von 5,7 Milliarden Dollar im Jahr 2001/02 auf 17,4 Milliarden Dollar im Jahr 2011/12. Der einfache Grund dafür, dass es keine Entwicklung auf breiter Basis gab, ist, dass dieses Modell auf den Interessen der Milliardärsclique und des ausländischen Kapitals beruht, die beide Investitionen bevorzugen, die nur wenige Arbeitsplätze schaffen. In der Tat ging das Beschäftigungswachstum in Modis Amtszeit zurück. Die vorhandenen Arbeitsplätze waren armselig und die durchschnittlichen Tageslöhne für Gelegenheitsarbeiter in den Städten waren nur in Uttar Pradesh und Chhattisgarh niedriger. Bildungs- und Gesundheitswesen waren stark unterfinanziert, was zu hoher Kindersterblichkeit und Unterernährung führte.

Der aggressive Neoliberalismus des Gujarat-Modells war und ist untrennbar mit dem Hindu-Nationalismus verbunden, denn die Idee einer „Hindu-Nation" dient als einigende Kraft, hinter der die Interessen der herrschenden Klasse vorangetrieben werden. Darüber hinaus ist die Hindutva-Ideologie in der Lage, das frustrierte Hindu-Kleinbürgertum gegen Muslime, Dalits und Adivasi zu mobilisieren – die aus Sicht der Hindu-Gesellschaft „Anderen", deren Aufwertung die eigenen Aussichten gefährden könnte. In einer ähnlichen Dynamik wie in der Mandal-Ayodhya-Episode gelang es der BJP in Gujarat, die Unterstützung der Gujarater OBCs und sogar von Dalit-Schichten zu gewinnen, indem sie sie in die „Hindu-Nation" einband und ihnen dazu verhalf, ihr soziales Ansehen gegenüber den Nicht-Hindus zu heben. Ab 2014 versuchte die Modi-Regierung dann, die Grundzüge des Gujarat-Modells auf die nationale Ebene zu übertragen.

2. Indien unter Modi: Die Sackgasse einer Milliardär-Hindutva-Raj

Modi errang 2014 einen Erdrutschsieg als „Vikas Purush" (Mann der Entwicklung). Obwohl Hindutva und die Unruhen in Gujarat einen Schandfleck darstellten, der einigen im Establishment Unbehagen bereitete, war die Aussicht auf eine schwächelnde Wirtschaft schlimmer: Die Wachstumszahlen waren seit 2011/12 rückläufig, die Inflation lag im zweistelligen Bereich, Beschäftigungs- und Agrarkrise waren unverändert, und der IWF warnte vor Indiens „schwierigem makroökonomischen Umfeld".

Indiens Milliardäre unterstützten Modis Gujarat-Modell, weil sie es für einen besseren Weg hielten, das Land zu vergewaltigen, als mit den überkommenen Methoden des Kongresses. Die in London ansässige *Financial Times*, Sprachrohr des Finanzkapitals, gab ihr Einverständnis: „Herrn Modis Anziehungskraft besteht unter anderem darin, dass er durch schiere Willenskraft in der Lage sein könnte, einige der Kontrollmechanismen der indischen Demokratie außer Kraft zu setzen und etwas von der Klarsichtigkeit des wachstumsgetriebenen Chinas einzuführen" (19. März 2014). Einige Liberale sahen in Modi sogar die Antwort auf die Instabilität der „lärmenden Demokratie". Modi und Hindutva – Moditva – seien die Antworten für „eine Nation auf der Suche nach einem Erlöser" (Ashoka Mody, *India Is Broken: A People Betrayed, Independence to Today* [Indien ist gebrochen: Ein verratenes Volk, von der Unabhängigkeit bis heute], Stanford: Stanford University Press, 2023).

Doch Modis ganze Kraftmeierei und sein Auftreten als starker Mann der Wirtschaft reichten nicht aus, um seine Entwicklungsversprechen zu halten. Einige Daten mögen helfen, die Alarmglocken, die hinter den erstaunlichen Wachstumsraten Indiens schrillen, ins rechte Licht zu rücken. Der Stand der Dinge in der Nach-Covid-Periode:

- Über 45 Prozent der Arbeitskräfte arbeiten in der Landwirtschaft.
- Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am BIP ist auf 13 Prozent ***gesunken***.
- 800 Millionen Menschen benötigen subventionierte Lebensmittel.
- Über 100 Millionen Menschen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren sind weder in der Schule noch aktiv auf der Suche nach einem Arbeitsplatz.
- Die Jugendarbeitslosigkeit steigt sprunghaft an und liegt für 25- bis 29-Jährige bei 14 Prozent und für 20- bis 24-Jährige bei fast 45 Prozent.

Die Methoden des Gujarat-Modells – Hofieren der Kapitalisten-Kumpane, Schaffung nur weniger neuer Arbeitsplätze und Auspressen der Menschen am Boden der Gesellschaft, alles verpackt in ein mörderisches Paket chauvinistischer Raserei – können die explosive Situation im Innern der indischen Wirtschaft nur weiter anheizen. Aber zeigen wir konkret auf, warum es niemals möglich sein wird, Indien zu entwickeln, wenn man sich auf ausländisches Kapital und die Milliardäre verlässt, geschweige denn bis zum von der Regierung vorgegebenen Ziel 2047, dem hundertsten Jahrestag der Unabhängigkeit.

In den 2000er-Jahren konnte Gujarat dank des billigen Geldes, das in der Weltwirtschaft umherschwappte, ein gewisses



Abidi/Reuters

Massenprotest von Bauern am Stadtrand Neu-Dehlis, Januar 2021

Entwicklungstempo erreichen. Seit der Finanzkrise von 2008 hat sich die Weltlage jedoch verändert. Die Dynamik, die der Globalisierung zugrunde liegt, hat sich umgekehrt, was zu einem stagnierenden Anteil des Welthandels am BIP führte. Protektionismus der imperialistischen Länder nach dem Vorbild von Bidens Wirtschaftspolitik (Bidenomics) bedeutet, dass Indien mit großen Fischen konkurriert. Obwohl viele das Land angesichts des Einfrierens der Beziehungen zwischen den USA und China als Investitionsalternative sehen, hat Indien nicht den erwarteten Geldsegen durch Kapitalflucht aus China erfahren. Der Grund dafür ist derselbe, der auch schon dem neoliberalen Modell der Kongresspartei zu schaffen machte: Nach allen Maßstäben bleibt die indische Wirtschaft wegen der extrem schlechten Infrastruktur, der niedrigen Arbeitsproduktivität und der Korruption in der Regierung ein „riskantes“ Anlageziel. Insgesamt lässt sich sagen, dass die viel gepriesene „Make-in-India“-Initiative der Modi-Regierung, mit der die Fertigungswirtschaft angekurbelt und Arbeitsplätze geschaffen werden sollten, ein katastrophaler Fehlschlag war. In der Tat beschäftigte die indische Wirtschaft 2018 weniger Menschen als noch 2012.

Das Milliardär-Hindutva-Modell, das für infrastrukturgetriebene Wachstumszahlen verantwortlich ist, basiert auf billigen Staatskrediten. Schon vor der BJP-Regierung war der Anteil der faulen Kredite am Gesamtkreditvolumen gestiegen. Raghuram Rajan warnte im April 2015, als er noch Gouverneur der Reserve Bank of India [Zentralbank] war, dass gut vernetzte indische Geschäftsleute die staatlichen Banken betrügen würden. Er wurde nicht gebeten, im Amt zu bleiben, und unter Modi stiegen die faulen Kredite von vier Prozent Ende 2014 auf neun Prozent im Jahr 2017. Daraufhin fuhren die staatlichen Banken die Kreditvergabe an die Industrie herunter und würgten damit das Wachstum ab. Gleichzeitig macht die steigende Staatsverschuldung Indien anfälliger für finanzielle Schocks seitens der Weltwirtschaft und gefährdet die Ersparnisse von Millionen.

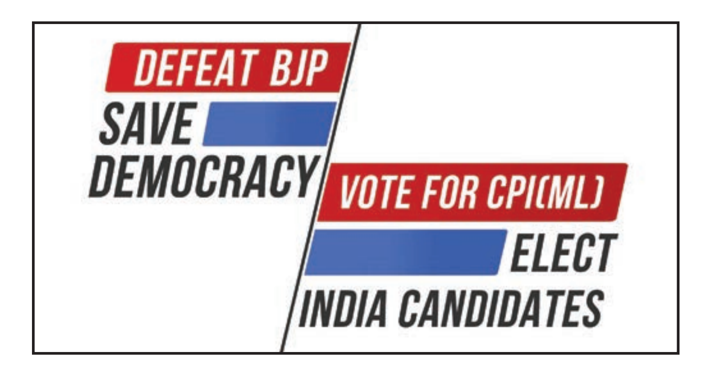
Modis Milliardärsfreunde, die zu den reichsten Menschen der Welt gehören, zeichnen das Bild eines Indien, das auf der Weltbühne angekommen ist – eine wirtschaftliche Supermacht – und inszenieren sich als nationale Champions. Aber diese Gauner sind vollständig mit dem imperialistischen Kapital verflochten und entwickeln Indien gemäß den Interessen des Finanzkapitals, d.h. durch Maßnahmen, die die Aktienkurse in die Höhe treiben. Als der in New York ansässige Leerverkäufer Hindenburg Research die Aktienmanipulationen und den Bilanzbetrug hinter Adanis Vermögen aufdeckte, verlor die Adani-Gruppe über 150 Milliarden Dollar, und Adani fiel vom drittreichsten Mann der Welt auf Platz 30 zurück. Die Hindenburg-Episode ist der eklatanteste Beweis dafür, dass am Ende des Tages die Imperialisten und Wall Street das Sagen haben.

Um Hindenburg zu widerlegen, veröffentlichte Adanis Unternehmen einen 413-seitigen Bericht, in dem es dem Leerverkäufer „einen kalkulierten Angriff auf Indien, die Unabhängigkeit, Integrität und Qualität der indischen Institutionen sowie die Wachstumsgeschichte und die Ambitionen Indiens“ vorwirft (*Guardian*, 30. Januar 2023, zitiert in stern.de, 2. Februar 2023). Dieser Appell an die Nation ist ein zynischer Versuch, das Land weiter auszurauben. Wir sagen Herrn Adani: Wenn Ihnen die Nation so lieb und teuer ist, dann übergeben Sie die Adani-Gruppe der Nation und überlassen Sie dem Volk das Ruder – überlassen Sie die Adani-Gruppe der Verstaatlichung.

Die Versuche der Modi-Regierung, die Wirtschaft zu modernisieren, um „die reibungslose Geschäftstätigkeit“ zu steigern, haben die Massen und die kleinen Firmen zusehends erdrückt. Die Entmonetarisierung, angepriesen als Maßnahme zur Bekämpfung der allgegenwärtigen Korruption und zur Verbesserung des internationalen Images des Landes, zog die im Umlauf befindlichen 500- und 1000-Rupien-Scheine von heute auf morgen aus dem Verkehr. Auf diese Weise wurde der informelle Sektor, der größtenteils aus kleinen Unternehmen und Bauern besteht und in dem fast 90 Prozent der indischen Arbeiter beschäftigt sind, zugrunde gerichtet. Typisch für die kapitalistische Modernisierung, wurde die Integration der Bevölkerung in den formellen Bankensektor – eine objektiv gute und notwendige Sache – auf Kosten der unteren Klassen vollzogen.

Maßnahmen wie diese werden durch Modis typischen armenfreundlichen Populismus konterkariert, z.B. durch das Aufstellen von Toiletten, um der öffentlichen Defäkation ein Ende zu setzen, die aufgrund der schlechten Infrastruktur immer noch von Millionen von Menschen praktiziert wird; durch die Eindämmung der Benutzung von Holzöfen, indem Gasflaschen bereit gestellt werden; oder einfach durch die Verteilung von Bargeld – 6000 Rupien (etwa 66 Euro) werden jedes Jahr an etwa 110 Millionen Bauern vergeben. Die offiziellen Statistiken, die diese Maßnahmen begleiten, lassen die Modi-Regierung so aussehen, als würde sie endlich die Probleme der Ärmsten in Indien angehen. Doch es ist nicht schwer zu erkennen, dass dies nur kümmerliche Versuche sind, einen Balanceakt zu vollführen. Die Behelfstoiletten sind nicht an das Abwassersystem angeschlossen und werden daher immer noch von Hand entleert, wobei sie aufgrund ihrer schlechten Qualität oft verwahrlosen. Und wenn die Gasflaschen einmal leer sind, können es sich die Menschen einfach nicht leisten, sie nachzufüllen, und sie greifen auf die alten Methoden zurück.

Einer der umstrittensten Aspekte der Regierung Modi war der gescheiterte Versuch, Landwirtschaftsgesetze einzuführen, mit dem das System der Mindeststützungspreise (MSP) abgeschafft werden sollte, das seit langem Teil einer Politik ist, Bauern durch Preisgarantien für bestimmte Feldfrüchte zu unterstützen. In Wirklichkeit kommen die Mindeststützungspreise einer kleinen Schicht reicher Landwirte zugute, die über ausreichend großen Grundbesitz verfügen und Gewinne erwirtschaften. Für die Mehrheit der Bauern, von denen etwa 85 Prozent weniger als 0,8 Hektar Land besitzen, sind die MSPs bestenfalls ein Mittel, um eine Ka-



CPI (ML) Liberation verkauft ihre Seele (wieder einmal) an Kongresspartei im Namen von „Antifaschismus“

tastrophe abzuwenden. Denn die MSPs decken kaum die hohen Kosten für Betriebsmittel – vom Kauf von Saatgut und Düngemitteln über die Kreditaufnahme bei örtlichen Geldverleihern bis hin zur Zahlung von Provisionen an Zwischenhändler auf staatlich regulierten Märkten.

Obwohl die MSPs der Masse der Bauern nicht zugutekommen, würde ihre Abschaffung die Bauern dazu zwingen, ihre Produkte direkt an eine Handvoll großer Agrarkonzerne zu verkaufen, die dann die Handelsbedingungen diktieren und damit im Wesentlichen die Kleinbauern vernichten würden. Die Gesetze gegen die MSPs lösten im Jahr 2020 Massenproteste aus und zwangen die Regierung zum Einlenken. Die Proteste wurden größtenteils von den reichen Landwirten und parasitären Zwischenhändlern angeführt, die bei einer Abschaffung der MSPs am meisten zu verlieren hätten. Aber auch arme Bauern sahen ihre eigenen Interessen in der Bewegung widergespiegelt.

Dennoch ist das MSP-System ***keine*** Lösung für die arme Bauernschaft, da es die Krise der Landwirtschaft nicht wirklich in Angriff nimmt. Indiens Wirtschaft beruht auf einer rückständigen Landwirtschaft, und die Lösung kann nur eine demokratische Agrarrevolution sein, die aber von der Kongresspartei und allen anderen Parteien blockiert wird. Das Hindernis dafür – und für ***jede andere Maßnahme zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen*** – ist nicht nur Modi, sondern auch die Anti-Modi-Truppe von der INDIA-Allianz, mit der wir uns als nächstes beschäftigen.

IV. INDISCHE VOLKSFRONT BESCHWÖRT DAS GESPENST DES FASCHISMUS HERAUF

Der Schlachtruf der INDIA-Allianz lautet: Rettung der Demokratie vor dem Hindu-Faschismus. Rahul Gandhi, vierte Generation der Nehru-Gandhi-Dynastie, führt das Bündnis an. Die indischen Stalinisten – die Kommunistische Partei Indiens (CPI), die CPI (Marxist) oder CPI (M) und die CPI Marxist-Leninist Liberation – haben sich alle in INDIA zusammengeschlossen ... zusammen mit einem Flügel der faschistoiden Shiv Sena, einer offen hindu-chauvinistischen Partei.

Die INDIA-Koalition jubelt, dass sie Modis große Mehrheit untergraben hat. Hinter den Unwägbarkeiten des Wahlsystems verbirgt sich die Tatsache, dass der Anteil der BJP geringfügig von 37,3 Prozent im Jahr 2019 auf 36,5 Prozent im Jahr 2024 zurückging. Während die BJP im hindisprachigen Gürtel Einbußen hinnehmen musste, baute sie ihre Reichweite im nicht-hindisprachigen Süden von 18 auf 24 Prozent aus. Der Gesamtanteil des Kongresses stieg im gleichen Zeitraum nur von 19,4 auf 21 Prozent. INDIA ist nicht nur eine ineffektive Wahlstrategie, sondern stellt das ***zentrale Hindernis*** im Kampf gegen Modi dar.

Den Grund dafür findet man im ABC des Marxismus: Jede Maßnahme zur Bekämpfung der Reaktion muss sich gegen die Bourgeoisie ***als Ganzes*** richten. Da die faschistische Geißel aus den fauligen Eingeweiden einer zerfallenden bürgerlichen Gesellschaft kommt, muss der Kampf gegen sie völlig unabhängig von ***allen*** bürgerlichen Kräften sein und sich stattdessen auf die unabhängige Mobilisierung der arbeitenden Massen stützen, die einzige Kraft, die in der Lage ist, den Kapitalismus zu stürzen. Ein Bündnis mit der Kongresspartei lähmt die Versuche einer solchen Mobilisierung, die ***heute*** dringend notwendig ist, und lenkt die Energie der Massen in die legalen und bürokratischen Kanäle eines Staates, der auf der Vorherrschaft der Hindus beruht.

Verdeutlichen wir uns das Ganze: Was ist nötig, um bewaffnete Banden der Bajrang Dal oder einer anderen Organisation dieser Art zu bekämpfen? Jemand, der verdächtigt wird, Rindfleisch zu essen oder zu verkaufen, oder ein interkonfessionelles Paar sieht sich einer Bande dieser Schläger gegenüber, die mit Schwertern und Schusswaffen bewaffnet sind – eine unmittelbare Bedrohung für ihr Leben. Die ***einzige*** Methode, um diesen faschistischen Abschaum abzuwehren und die Angegriffenen wirklich zu verteidigen (d.h. ihre Ermordung oder Vergewaltigung zu verhindern!), sind bewaffnete Mobilisierungen von Arbeitern und Unterdrückten – Muslime, Dalits, Sikhs, Christen, Frauen –, die bereit sind, sich ***zur Wehr zu setzen***. Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden.

Wie würde das bei den Führern des INDIA-Blocks ankommen? Würden Rahul Gandhi oder Uddhav Thackeray von der Shiv Sena gerne ***Arbeiter bewaffnen***? Ganz sicher nicht, denn sie wissen sehr wohl, dass sich dies leicht gegen sie selbst wenden könnte. Stattdessen nähren sie die Illusion, dass Minderheiten vom Staat verteidigt werden, der selbst auf der Vorherrschaft der Hindus beruht – man stelle sich nur die schlimme Misere eines Dalit oder eines Muslim vor, der versucht, auf einer Polizeistation eine Anzeige zu erstatten. Wenn sich die Führer der Kommunistischen Parteien mit Leuten wie Gandhi und Thackeray verbünden, sind sie ein gewaltiges Hindernis für die ***unmittelbare Verteidigung*** der Unterdrückten. Noch einmal: Jegliche Allianz mit der Bourgeoisie kann den Kampf gegen den Hindutva-Mob nur ***lähmen***! Und wie schon gesagt, hat die Kongresspartei ***keine Lösung*** für den allgemeinen Verfall der indischen Gesellschaft. Wer sich mit ihr verbündet, kann die Massen nur zu einem Leben im Elend und zu Angriffen auf die demokratischen Rechte verdammen.

Das absolute Lakaientum der Stalinisten zeigt sich ganz unverhüllt in ihrer offenen Unterstützung der Kongresspartei; mit ihrem Anspruch auf das Banner des Kommunismus in Indien binden sie die Massen an die herrschende Klasse. Aber es gibt in Indien eine Handvoll Nicht-Stalinisten – darf man sie wirklich Trotzkisten nennen? – , die einige prinzipientreue Polemiken gegen die Kongresspartei geführt haben ... nur um dann den linken Parteien innerhalb der von der Kongresspartei geführten Volksfront ihre Stimme zu geben! Im Vorfeld der Wahlen schrieb der mit Ernest Mandels Vierter Internationale verbundene *Radical Socialist*:

> „Wir rufen dazu auf, für die Linke zu stimmen, für unabhängige Kandidaten der Zivilgesellschaft, für Dalits, Adivasi, Vertreter regionaler Minderheiten, wenn sie nicht mit der BJP konform gehen... Aber wir warnen alle Werktätigen, alle unterdrückten Massen, dass jeder Aufruf, für jemand anderen als die BJP zu stimmen, die Gefahr birgt, dass sich die Tragödien der Vergangenheit wiederholen... Der längerfristige Kampf, um die Kräfte der Hindutva dauerhaft zu besiegen, erfordert einen viel stärkeren Kampf an den verschiedensten außerparlamentarischen Fronten. Hier ist der Wiederaufbau einer intern viel demokratischeren und nicht-sektiererischen Linken, die Stalinismus und Maoismus abgeschüttelt hat, notwendig... Das geringste Vertrauen in bürgerliche Liberale schwächt die unabhängigen Kämpfe der Massen."
>
> – *International Viewpoint*, 26. April 2024

Diese politischen Verrenkungen haben eine einzige Botschaft: Wählt die Linke, die sich zufällig im großen Zelt des INDIA-Blocks befindet, der auf der Logik „jeder außer der


L.Y. Leonidov

„Die Avantgarde des indischen Proletariats beginnt erst mit der Lösung ihrer großen Aufgaben. Vor ihr liegt ein weiter Weg. Die Reihe von Niederlagen ist der Preis nicht nur für die allgemeine Rückständigkeit des Proletariats und der Bauernschaft, sondern auch für die Sünden der Führung. Die Hauptaufgabe besteht jetzt darin, eine klare marxistische Konzeption für die Triebkräfte der Revolution zu entwickeln, eine richtige Perspektive und eine weitsichtige Politik, die die alten Muster, Schablonen und bürokratischen Vorlagen beiseite schiebt und bei der Verwirklichung der großen revolutionären Aufgaben den realen Etappen des politischen Erwachens und des revolutionären Wachstums der Arbeiterklasse sensibel Rechnung trägt.“

— Leo Trotzki, „Die Revolution in Indien“ (Mai 1930)

BJP“ aufbaut. In klassisch zentristischer Manier kommt das einer Unterstützung für INDIA *durch die Hintertür* gleich. Doch halt, es gibt eine Warnung: Wenn man links wählt (d.h. die Stalinisten), dann wird das zu Tragödien führen! Was soll ein Arbeiter mit diesem Schlamassel anfangen? Aber unsere Akademiker geben sich damit zufrieden, dass sie die wichtigsten Punkte abgehakt haben: Kongresspartei schlecht, Stalinisten schlecht, Kampf gut ... nur um sich selbst zu untergraben, indem sie die Linke unterstützen und sich auf den linken Flügel der Volksfront stellen. Dies bringt den Namen des Trotzkismus in Indien völlig in Verruf.

Die Aufgabe von Trotzkisten besteht darin, die Hegemonie des Stalinismus in der indischen Linken zu bekämpfen. Dies geschieht durch die Aufdeckung ihres Verrats und die Ausnutzung des Widerspruchs zwischen ihrem verrotteten Programm und den Millionen Menschen, die (immer noch!) Hammer und Sichel als das Symbol ihrer Befreiung ansehen. Es gilt, einen ***unabhängigen*** Weg des Kampfes gegen Modi und die Hindutva anzubieten. Trotz allen Geredes von *Radical Socialist*, dass die Linke „Stalinismus und Maoismus abschütteln“ müsse, kann ihre indirekte Unterstützung für die Volksfront den Einfluss der Stalinisten nur ***stärken***!

V. AKTIONSPROGRAMM FÜR INDIEN

Indien steht am Scheideweg zwischen zwei Sackgassen: Der starke Mann Modi will Indien durch sein völkermörderisches Modell in eine Supermacht verwandeln; Gandhi kriecht zu den Imperialisten und bittet sie, zur Rettung der indischen Demokratie einzugreifen. Die Lage der Massen kann nicht verbessert werden ohne das, was Trotzki einen „revolutionären Eingriff in das kapitalistische Eigentumsrecht“ nannte. Nur so können die Widersprüche Indiens überwunden werden; jedes Programm, das zu kurz greift, wird in einer von Armut geprägten Gesellschaft unweigerlich den Chauvinismus schüren.

Um die Massen gegen ihre Unterdrücker zu ***vereinen***, bieten wir den Weg des revolutionären Internationalismus gegen den Imperialismus und seinen Lakaien, die indische nationale Bourgeoisie. Dies erfordert einen politischen Bruch mit der Kongresspartei, INDIA und allen Flügeln der indischen Bourgeoisie.

1) Für eine Arbeitermiliz zur Bekämpfung der Hindutva-Mobs. Eine Sofortmaßnahme, um die Bedrohung durch die Lynchmobs der RSS zurückzuschlagen, ist die ***Bewaffnung*** des Proletariats und Aufstellung einer integrierten Miliz zur Verteidigung der Minderheiten. ***Dalits, Adivasis, Hindus, Muslime, Sikhs, Christen: Vereinigt euch gegen den faschistischen Abschaum!***

2) Organisiert die Werktätigen in den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind die elementaren Verteidigungsorganisationen des Proletariats in Stadt und Land. Die meisten Werktätigen arbeiten in der Landwirtschaft und in der informellen Wirtschaft und sind überhaupt nicht abgesichert. Wir rufen zu gewerkschaftlichen Masseninitiativen auf, um alle Arbeiter zu organisieren!

3) Agrarrevolution. Die gesamte Wirtschaft basiert auf der gescheiterten Landreform, die arme Landbevölkerung wird weiterhin langsam erdrosselt und die Entwicklung des Landes blockiert. Indien kann nicht vorwärtsgehen ohne eine Agrarrevolution, die die vollständige Beseitigung des Grundbesitzertums und aller Parasiten erfordert, die das Land verelenden. Wir sagen: Land denen, die es bebauen, Streichung der Schulden, Kollektivierung der industriellen Großbetriebe auf dem Land! Brecht das Saatgutmonopol der Imperialisten!

4) Planwirtschaft. Um die Lebensbedingungen der Massen zu verbessern, sind Hunderte Millionen von Arbeitsplätzen, Wohnungen, ausreichende Nahrungsmittelversorgung, universelle und qualitativ hochwertige Bildung und Gesundheitsversorgung erforderlich, die ***jedem*** ohne Diskriminierung aufgrund von Kaste, Religion oder Geschlecht zur Verfügung stehen. Um dies zu erreichen, bedarf es einer enormen Entwicklung der Produktivkräfte – fortschrittliche Fabriken mit moderner Technologie und modernen Werkzeugen, Millionen von Schulen zur Ausbildung von Fachkräften, Straßen, Brücken, Kanalisation, Elektrizität und vieles mehr. Aber die Wirtschaft steht unter der Kontrolle der Oberkasten-Milliardäre, die ihrerseits mit den imperialistischen Räubern verbunden sind. Enteignet die Milliardäre; verstaatlicht die gesamte Industrie unter der demokratischen Kontrolle der Gewerkschaften!

5) Revolutionärer Internationalismus. Die Entwicklung Indiens wird durch seine Unterordnung unter den Weltimperialismus gehemmt, von dem es sich nicht befreien kann, solange das Land intern gespalten bleibt. Der Imperialismus hat die zahllosen Spaltungen herbeigeführt, Völker und Nationen in willkürliche Grenzen gezwungen; um sich zu befreien, müssen sich die südasiatischen Massen gegen den Imperialismus und ihre eigenen parasitären Herrscher vereinigen. ***Für das Selbstbestimmungsrecht Kaschmirs und aller anderen Nationen, die es wollen! Proletarier aller Länder, vereinigt euch!*** ■

Vladimir Zernin


Workers Vanguard

1934–2024

Unser Genosse Dimir starb am 27. Juli, kurz vor seinem 90. Geburtstag. Über 50 Jahre lang war er Mitglied der Spartacist League/U.S. und widmete sein Leben der Emanzipation der Arbeiterklasse. Er war einer unserer gebildetsten und kultiviertesten Parteikader. Viele von uns lernten von ihm und profitierten von seinen Sprach- und Übersetzungsfähigkeiten und seinem breiten Wissen über Geschichte, Literatur, Musik und viele andere Themen. Dimir war von Anfang an bis fast zu seinem Lebensende Mitglied der Redaktion der deutschsprachigen Ausgabe des *Spartacist*.

Dimirs Vater, den Dimir als „zaristischen russischen Aristokraten" beschrieb, floh nach der Russischen Revolution und ließ sich in den USA nieder, wo er Schiffskapitän wurde. Seine Mutter war hauptsächlich für die Erziehung des brillanten und frühreifen Kindes verantwortlich und sie unterrichtete Dimir zeitweise zu Hause, während sein Vater auf See war. Dimir schloss vorzeitig die High School ab und studierte dann an der Universität Yale und in Deutschland. Er promovierte in Vergleichender Literaturwissenschaft und lehrte Deutsch an der Princeton University, der Rutgers University und der Florida State University (FSU).

An der FSU verliebte er sich in seine Studentin Tweet Carter (1943-2012), die er später heiratete. Tweet war Mitglied einer linken SDS-Ortsgruppe in Tallahassee, Florida, und sie hat ihn zur SL rekrutiert. Eine Genossin der New Yorker Ortsgruppe der SL meinte dazu: „Man könnte sagen, ihre Beziehung war eine Einheit der Gegensätze! Genossin Tweet kam durch Erfahrung zur revolutionären Politik, Dimir durch Bücher und Theorie." Vor allem aber war es sein ernsthaftes Studium marxistischer Klassiker wie Friedrich Engels' *Anti-Dühring*, das ihn zu einem lebenslangen Kommunisten machte.

Seit Beginn unserer politischen Arbeit in Österreich und Deutschland Anfang der 1970er-Jahre spielte er eine Schlüsselrolle bei der Herausgabe der ersten Ausgaben des deutschsprachigen *Spartacist*, da er der einzige Genosse war, der unsere Dokumente übersetzen konnte. Wenn diese Artikel in den frühen Ausgaben sich etwas seltsam lesen, liegt das daran, dass Dimir ziemlich in der deutschen Literatur des 18. Jahrhunderts aufging. Das führte manchmal zu amüsanten Auseinandersetzungen. Als er einmal über die Verwendung eines bestimmten archaischen Wortes befragt wurde, berief er sich auf das Goethe-Wörterbuch.

Neben seiner Arbeit für den deutschsprachigen *Spartacist* und als Korrektor für *Workers Vanguard* und den englischsprachigen *Spartacist* gab Dimir einer Reihe von Genossen Deutschunterricht. Er war großzügig mit seiner Zeit, freundlich und immer bereit, seinen Sprachunterricht mit Geschichte und Kultur zu erweitern. Er arbeitete auch jahrelang im Büro des Internationalen Sekretariats, das sich damals in New York befand, wo er insbesondere an Übersetzungen und Recherchen arbeitete.

Er verfasste u. a. den herausragenden Artikel „Architecture as a Tool of Social Transformation" [Architektur als Instrument der gesellschaftlichen Umgestaltung] (*Women and Revolution* Nr. 11, Frühjahr 1976) über die Anstrengungen in der frühen Sowjetunion, die unterdrückerische bürgerliche Familie durch Formen des kollektiven Zusammenlebens als Teil des sozialistischen Umbaus der gesamten Gesellschaft zu ersetzen.

Im Laufe der Jahre erwarb Dimir eine umfangreiche Bibliothek über die internationale Arbeiterbewegung (insbesondere in Deutschland), Geschichte, Archäologie, Sprachwissenschaft, Literaturkritik und Musikgeschichte. Als versierter Musiker baute er fast im Alleingang ein großes Cembalo und besaß eine umfangreiche Sammlung von Aufnahmen klassischer Musik.

Dimir war ein echter Intellektueller – kein Gelehrter, der im Elfenbeinturm sitzt, sondern der politischen und kulturellen Bildung und Bereicherung seiner Genossen und der Arbeiterklasse verpflichtet. Er war ein schüchterner Mensch mit einem großen Sinn für Humor. Besonders großen Spaß fand er daran, immer wieder neue Wortspiele oder amüsante Reime zu erfinden. Er war dem Marxismus zutiefst verpflichtet, und fast bis zum Schluss war er begierig darauf, von der Arbeit der Partei zu hören. Ein Genosse erinnerte sich daran, wie erfreut er über unsere Artikel im *Workers Hammer* über die Kampagne der Spartacist League/Britain „Nieder mit der Monarchie!" war.

Wir danken seinen Freunden, seinen beiden Pflegerinnen und auch den Genossen, die sich in den letzten Jahren, in denen er an Demenz litt, so gut um Dimir gekümmert haben. Er erlebte noch Momente des Glücks und starb zu Hause, was sein Wunsch war. Wir werden ihn schmerzlich vermissen.

Marxistische Prinzipien und Wahltaktik neu überdacht





Lange Tradition sozialistischer Präsidentschaftskandidaturen: Eugene Debs kandidierte für die Socialist Party der USA, 1920 (links); Ernst Thälmann, Kandidat der KPD, wurde unterstützt von der trotzkistischen Linken Opposition in ihrer Zeitung *Permanente Revolution*, März 1932

*Im März 2024 beschloss das Internationale Exekutivkomitee (IEK) der IKL, unsere seit 2007 vertretene Position zu korrigieren, dass es für Marxisten grundsätzlich falsch sei, Exekutivämter in kapitalistischen Regierungen zu übernehmen oder an Wahlen zu solchen Ämtern teilzunehmen. Der IEK-Antrag verwarf den Artikel „Marxistische Prinzipien und Wahltaktik“ (*Spartacist*, deutschsprachige Ausgabe Nr. 27, Frühjahr 2009) und betonte, dass Wahlkämpfe für Exekutivämter notwendig seien, um „die Illusionen der Arbeiterklasse in die bürgerliche Demokratie zu zerstören, den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie zu stärken und den Kampf für proletarische Macht voranzutreiben“.*

Das nachstehend abgedruckte Dokument von Vincent David bildete die Grundlage für diesen Antrag. Es wurde für den Spartacist *redigiert und auf Grundlage der IEK-Diskussion geringfügig ergänzt. Wir widmen es dem Andenken an Ed Kartsen (1953–2023) und Marjorie Stamberg (1944–2024), die bei bürgerlichen Wahlen und darüber hinaus für den Kommunismus kämpften.*

Im Jahr 2024 findet eine Rekordzahl an nationalen Wahlen statt. Da der Niedergang der US-Hegemonie zunehmende Unruhe und Instabilität mit sich bringt, werden alle diese Wahlen eine wachsende Polarisierung und tiefe soziale Unzufriedenheit widerspiegeln. Offene Herausforderer des liberalen Status quo der letzten Jahrzehnte, hauptsächlich von der populistischen Rechten, werden sich an ihnen beteiligen und wahrscheinlich in einigen Fällen gewinnen. Die verstärkte politische Aktivität bei Wahlkämpfen gibt uns die Gelegenheit, unsere Vorstellungen zu verbreiten und den Kampf für den Aufbau eines marxistischen Pols gegen die Verteidiger der morschen liberalen Ordnung und ihre reaktionären Gegner voranzutreiben. Um dabei erfolgreich zu sein, muss die IKL zuerst die Überreste der sektiererischen und doktrinären Methode loswerden, die uns auf diesem Gebiet belasten.

Viele Genossen bringen Argumente vor, dass der Artikel „Marxistische Prinzipien und Wahltaktik“ falsch sei. Das ist er in der Tat. Aber es ist eine Sache, das zu sagen und Zitate von Engels, Lenin und der Komintern zusammenzutragen, um zu entlarven, wie falsch die verschiedenen Argumente in diesem Artikel sind. Eine andere Sache ist es, die gesamte Methode des Artikels mit richtigen Argumenten anzugreifen und ihr eine andere Methode entgegenzustellen: eine marxistische Methode.

Die Aufgabe der proletarischen Revolution gegenüber der bürgerlichen Demokratie ist von unserer Bewegung längst klargestellt worden. Die bürgerliche Demokratie ist eine Fassade für die Herrschaft des Kapitals, die durch Arbeiterdemokratie (Sowjets) ersetzt werden muss, so wie auch die kapitalistische Staatsmaschinerie durch die Diktatur des Proletariats ersetzt werden muss. Aber in verschiedenen Ländern hat die Masse politisch fortgeschrittener Arbeiter immer noch Illusionen in die bürgerliche Demokratie. Solche Illusionen reichen von dem Glauben, die Wahl von arbeiterfreundlichen Politikern könne die Bedingungen der Arbeiter verbessern, bis hin zu der Vorstellung, der Sozialismus könne mit parlamentarischen Mitteln erreicht werden. Deshalb besteht für Kommunisten die zentrale Frage darin, ***wie man solche Illusionen zerstören kann***. Jede Diskussion über unsere Herangehensweise an Wahlen, die nicht von

diesem Standpunkt ausgeht, ist leeres Geschwätz.

Und genau das ist der *Spartacist*-Artikel. Die darin ausgedrückte Haltung zu Exekutivämtern und Wahlen hat ***nichts*** mit der Bekämpfung von Illusionen in die bürgerliche Demokratie zu tun. Obwohl der Artikel anerkennt, wie weit verbreitet sie sind, schlägt er absolut nichts zu ihrer Bekämpfung vor außer abstrakter Propaganda und der falschen Antwort, sich nicht an Wahlen zu Exekutivämtern zu beteiligen. Der Aufhänger dieses Artikels war die Zurückweisung der früheren Position der IKL, wonach Kommunisten für Exekutivämter kandidieren können, sofern sie erklären, dass sie solche Ämter nicht übernehmen werden. Aber auch diese Position hatte nichts zu tun mit der Hauptfrage: wie die Illusionen in den kapitalistischen Staat und den Parlamentarismus zerstört werden können. Beide Positionen und vor allem die ihnen zugrunde liegende Methode sind klassische Beispiele für formalistisches Denken und Scholastik, die dem Marxismus völlig fremd sind.

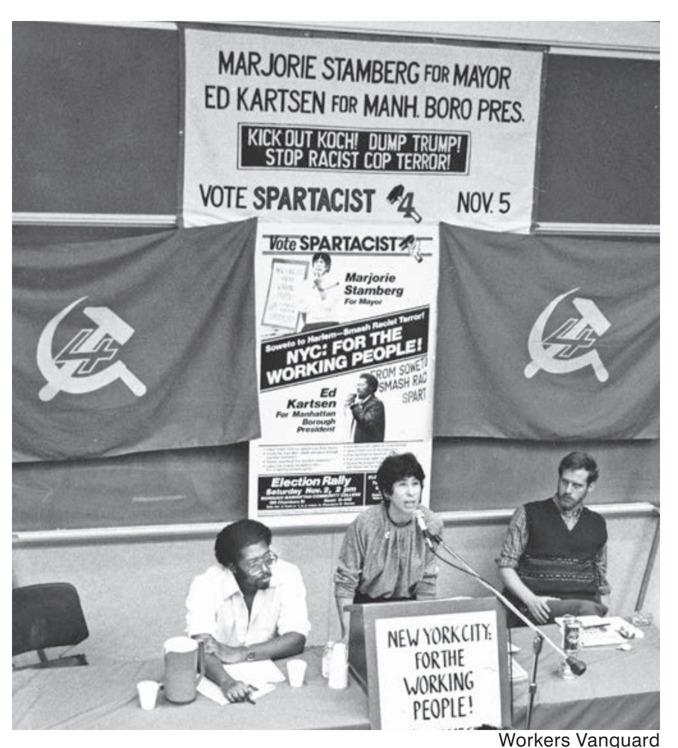


Pictorial Press

Petrograder Sowjet, 1917

Scholastik kontra Marxismus

Die Methode des *Spartacist*-Artikels besteht darin, abstrakte marxistische Prinzipien zu propagieren und politische Positionen auf dieser Grundlage zu bewerten, völlig losgelöst von den lebendigen Kämpfen der Massen und ihren bürgerlichen Illusionen. Diese idealistische Gymnastik wird durch eine Vielzahl marxistischer Schriften aus der Vergangenheit untermauert, die nicht als Anleitung zum Handeln, sondern als zeitlose heilige Schriften verwendet werden.



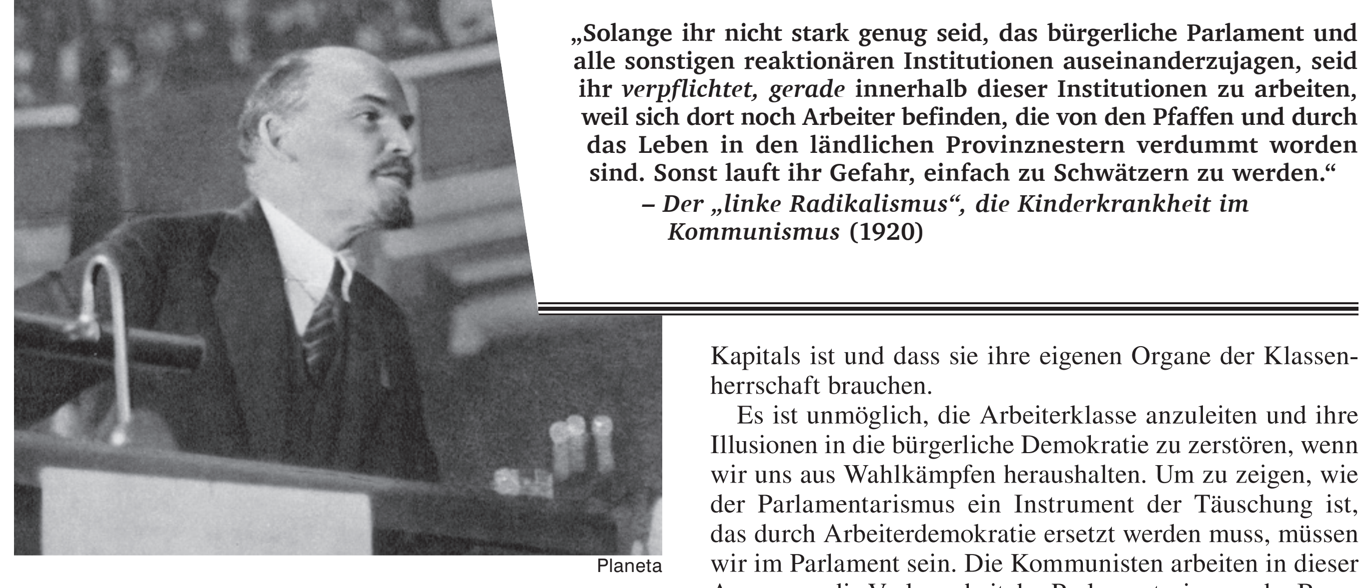
Workers Vanguard

Spartacist League kandidierte 1985 mit Marjorie Stamberg für das Amt des Bürgermeisters von New York City und mit Ed Kartsen für das Amt des Bezirkspräsidenten von Manhattan

Alles wird im luftleeren Raum betrachtet, wobei jede neu verkündete „Weiterführung" der Arbeit der Kommunistischen Internationale nur zur Folge hat, dass wir uns noch weiter von den Realitäten und Kämpfen der Arbeiterklasse entfernen. Das liegt daran, dass bei dieser Methode das Hauptanliegen nicht der Kampf um die Führung der Massen ist, sondern die Suche nach einem Talisman, der uns vor möglichem Opportunismus bewahren kann. Die Logik dahinter: Wenn du nicht ertrinken willst, geh nicht ins Wasser.

Ein Problem der bisherigen Diskussion bestand darin, den *Spartacist*-Artikel lediglich auf theoretischer Ebene zu kritisieren durch den Nachweis, wie die Geschichte der marxistischen Bewegung in dieser Frage falsch dargestellt wurde, und die Entgegenstellung der tatsächlichen Aussagen der Komintern und Lenins. Als Folge davon wurden marxistische Prinzipien wiederholt, aber die entscheidende Frage wurde ausgeklammert: wie man für sie kämpfen kann. Dabei verloren sich viele Genossen in bestimmten historischen oder theoretischen Argumentationen und Spekulationen über diese oder jene Situation, ohne die antimarxistische Methode des Artikels zu entlarven.

Im Gegensatz dazu besteht die marxistische Methode darin, jede Frage vom Standpunkt aus anzugehen, den Klassenkampf bis zur proletarischen Revolution voranzutreiben. Marxistische Prinzipien müssen konkret angewandt werden. Strategie und Taktik müssen von den objektiven Interessen der Arbeiterklasse ausgehen, angefangen mit ihren tatsächlichen Erfahrungen, die wir immer wieder aufgreifen müssen, um die bestehenden Illusionen und die derzeitige Führung der Arbeiterklasse bekämpfen zu können. Eine revolutionäre Führung zeichnet sich nicht durch ein Festhalten an starren Prinzipien oder Schriften der Vergangenheit aus, sondern



„Solange ihr nicht stark genug seid, das bürgerliche Parlament und alle sonstigen reaktionären Institutionen auseinanderzujagen, seid ihr *verpflichtet, gerade* innerhalb dieser Institutionen zu arbeiten, weil sich dort noch Arbeiter befinden, die von den Pfaffen und durch das Leben in den ländlichen Provinznestern verdummt worden sind. Sonst lauft ihr Gefahr, einfach zu Schwätzern zu werden.“
– *Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus* (1920)

Planeta

durch die Fähigkeit der Avantgarde, Prinzipien so anzuwenden, dass sie die Arbeiterklasse durch die Ereignisse führen kann, aus ihnen die Lehren zieht und für die Kämpfe einen Weg aufzeigt, der der aktuellen Lage entspricht und die Arbeiter bei der Durchsetzung ihrer Interessen voranbringt.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns mit der Frage der Wahlen und ganz besonders der Exekutivämter auseinandersetzen. Im Gegensatz zu den Fantasien der Formalisten, für die Prinzipien im luftleeren Raum schweben, hält die große Mehrheit der Arbeiter in der realen Welt immer noch an der bürgerlichen Demokratie fest. Diejenigen, die vielleicht akzeptieren, dass man das bürgerliche Eigentum angreifen oder sogar die Kapitalistenklasse enteignen muss, wollen wissen, warum dies nicht durch die Exekutivämter des kapitalistischen Staates und mit bürgerlich-demokratischen Mitteln möglich ist.

Sie werden nicht einfach wegen theoretischer Argumente über den Klassencharakter des Staates und der Demokratie zu unserer Sichtweise übergehen. Vielmehr wollen und müssen sie alles in der lebendigen Wirklichkeit testen, durch praktische Erfahrung. Eine revolutionäre Organisation, die mehr sein will als eine winzige Diskussionsgruppe, muss bereit und willens sein, die Arbeiter in diesem Prozess zu begleiten, nicht dadurch, dass sie ihre Illusionen teilt, sondern indem sie ihnen hilft, zu dem Schluss zu kommen, dass die bürgerliche Demokratie der Beschützer der Herrschaft des Kapitals ist und dass sie ihre eigenen Organe der Klassenherrschaft brauchen.

Es ist unmöglich, die Arbeiterklasse anzuleiten und ihre Illusionen in die bürgerliche Demokratie zu zerstören, wenn wir uns aus Wahlkämpfen heraushalten. Um zu zeigen, wie der Parlamentarismus ein Instrument der Täuschung ist, das durch Arbeiterdemokratie ersetzt werden muss, müssen wir im Parlament sein. Die Kommunisten arbeiten in dieser Arena, um die Verlogenheit des Parlamentarismus, der Bourgeoisie und ihrer Lakaien innerhalb der Arbeiterbewegung zu entlarven, und wollen damit den unvermeidlichen Gegensatz zwischen den dringenden Bedürfnissen der Massen und dem Hindernis, das der Parlamentarismus ihrer Befriedigung in den Weg legt, aufzeigen und verschärfen. Lenin argumentierte gegen die Ultralinken:

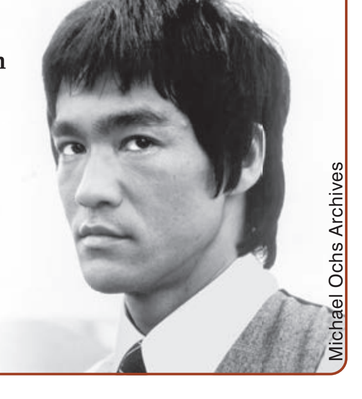
> „Solange ihr nicht stark genug seid, das bürgerliche Parlament und alle sonstigen reaktionären Institutionen auseinanderzujagen, seid ihr ***verpflichtet, gerade*** innerhalb dieser Institutionen zu arbeiten, weil sich dort noch Arbeiter befinden, die von den Pfaffen und durch das Leben in den ländlichen Provinznestern verdummt worden sind. Sonst lauft ihr Gefahr, einfach zu Schwätzern zu werden.“
> – *Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus* (1920)

Die gleiche Methode gilt auch für Exekutivämter. Unter den Werktätigen aller Länder bestehen tiefe Illusionen, durch die Kontrolle des kapitalistischen Staates sei es auf nationaler oder kommunaler Ebene möglich, eine radikale Veränderung – sogar eine sozialistische Umwälzung – zu erreichen. Was wir uns auch wünschen mögen, es ist fast eine Gesetzmäßigkeit der Geschichte, dass die proletarischen Massen, die durch scharfe soziale und politische Krisen in den Kampf getrieben werden, dann auch versuchen werden, „die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz [zu] nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung [zu] setzen“ (Karl Marx, *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, 1871).

Die Rolle von Revolutionären besteht nicht darin, am Seitenrand zu stehen und solche Vorhaben als prinzipienlos anzuprangern, sondern die Arbeiter durch solche Erfahrungen zu führen. Das bedeutet nicht, ihnen hinterherzulaufen, sondern jede Krise zu nutzen, um sie zu der Erkenntnis zu führen, dass ihre Bestrebungen einen Bruch mit dem Reformismus und eine unvermeidliche Konfrontation mit der Bourgeoisie erfordern.

Es ist absurd, die Teilnahme an einer bestimmten Art von Wahlen oder bestimmte Ämter „aus Prinzip“ abzulehnen. Solange die Massen ihre Hoffnungen auf die Wahlen zu Exekutivämtern setzen, müssen wir versuchen, daran teilzunehmen, und sie durch diese Phase ihres politischen Erwachens hindurchführen. Und wenn die Arbeiter uns wählen und verlangen, dass wir in diesem Amt kämpfen,

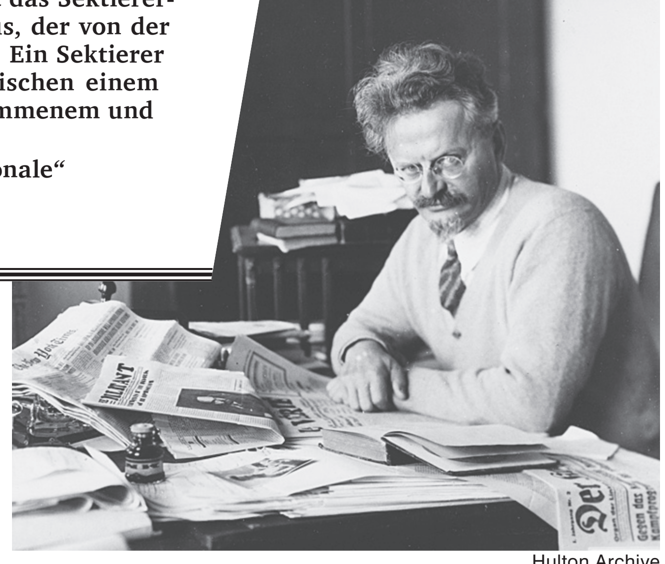
„Wenn du schwimmen lernen willst, spring ins Wasser. Auf dem Trockenen wird dir kein Geisteszustand helfen.“
– Bruce Lee



Michael Ochs Archives

„Obwohl es in jedem Satz auf den Marxismus schwört, ist das Sektierertum die direkte Negation des dialektischen Materialismus, der von der Erfahrung ausgeht und immer wieder zu ihr zurückkehrt. Ein Sektierer versteht nicht die dialektische Aktion und Reaktion zwischen einem fertigen Programm und einem lebendigen, d. h. unvollkommenem und unvollendetem Kampf der Massen.“

– „Sektierertum, Zentrismus und die Vierte Internationale“ (October 1935)



Hulton Archive

dann ***müssen wir das tun!*** Nicht als Reformisten, die sich an die Ämter anpassen, und nicht als Trostspender für die Illusionen der Arbeiter, sondern um so klar wie möglich zu zeigen, dass ein schrittweiser Weg zur Eroberung der Macht blockiert wird durch die Diktatur der Bourgeoisie und ihre Staatsmaschinerie.

Einfach gesagt, und genau das wurde zurückgewiesen: Der Zweck der revolutionären Partei besteht darin, die Arbeiterklasse zur Revolution zu führen. Die Genossen, die darüber nachdenken, ob wir ***überhaupt*** für dieses oder jenes Exekutivamt kandidieren oder es übernehmen dürfen oder nicht, müssen aufhören, die Frage so idealistisch zu stellen (und ich spreche hier von allen Exekutivämtern, einschließlich Polizeichef, Richter usw.). Die Methode, die Partei in starre und abstrakte Dogmen zu verwickeln, deren einzige praktische Wirkung es ist, uns von den Bewegungen der Massen abzuschneiden, ist typisch für kleine, isolierte Organisationen, die es sich in ihrer Position bequem gemacht haben. Sie ist durch und durch kleinbürgerlich.

Solange wir nicht stark genug sind, um die Exekutivämter abzuschaffen – das heißt, solange wir nicht stark genug sind, um eine Arbeiterregierung zu errichten –, müssen wir innerhalb dieser reaktionären Institutionen arbeiten und uns auf diesem Terrain mit den Arbeitern einlassen. Andernfalls sind wir nichts als Schaumschläger.

Dialektische Beziehung zwischen Prinzipien und politischen Kämpfen

Die Methode des *Spartacist*-Artikels ist eine Zurückweisung des dialektischen Materialismus. Jedenfalls kann man argumentieren, dass der frontalste Angriff auf die marxistische Methode nicht so sehr die Ablehnung ist, für Exekutivämter zu kandidieren, sondern wie wir ein neues „Prinzip“ ins Leben gerufen haben. Im Artikel heißt es:

> „Unsere frühere Praxis [für Exekutivämter zu kandidieren] entsprach der der Komintern und der Vierten Internationale. Das heißt nicht, dass wir in der Vergangenheit prinzipienlos gehandelt hätten: Weder unsere Vorgänger noch wir selbst hatten das Prinzip als solches erkannt. Programme entwickeln sich, wenn neue Streitfragen aufkommen und wenn wir die Arbeit unserer revolutionären Vorläufer kritisch untersuchen.“

Der Internationalistischen Gruppe (IG), die das Zustandekommen dieses „Prinzips“ verurteilte und unsere frühere Praxis verteidigte, hielten wir entgegen:

> „Unsere frühere Position entsprach der Praxis unserer revolutionären Vorfahren und war daher subjektiv kein Verstoß gegen marxistische Prinzipien. Prinzipienlos aber ist es, wenn die IG heute weiterhin solche Kandidaturen verteidigt.“

Demnach sollen wir glauben, dass auf dem Gebiet von Wahlen die Trennlinie zwischen prinzipienfestem und prinzipienlosem Handeln ... ein Antrag auf der Internationalen Konferenz der IKL von 2007 ist. Seit dem Zeitpunkt, an dem dieser Antrag angenommen wird, ist das Prinzip „als solches erkannt“, und wer sich nicht daran hält, verrät den Marxismus. Was unsere frühere Praxis sowie die der gesamten marxistischen Bewegung vor 2007 betrifft, so war sie „subjektiv kein Verstoß gegen marxistische Prinzipien“ („objektiv“ vielleicht?), weil der Antrag noch nicht angenommen worden war!

Richtig, „Programme entwickeln sich“. Aber nicht durch die Beschlüsse winziger Organisationen, die plötzlich Prinzipien erkennen, wenn sie in ihren Köpfen auftauchen. Programme und Prinzipien entwickeln sich ***mit der Entwicklung des Klassenkampfes***. Die Entstehung des Proletariats war die Vorbedingung für den Beginn des wissenschaftlichen Sozialismus. Die Revolutionen von 1848 bewiesen die Notwendigkeit einer unabhängigen Partei des Proletariats. Die Pariser Kommune führte zu dem Verständnis, dass das Proletariat den bestehenden Staat zerschlagen und seinen eigenen Staat errichten muss. Der Erste Weltkrieg markierte das Zeitalter des Imperialismus und die Notwendigkeit, sich vom Sozialchauvinismus abzuspalten. Und so weiter und so fort über die Russische Revolution und ihre Degenerierung bis hin zur Entstehung deformierter Arbeiterstaaten und zu den kapitalistischen Konterrevolutionen usw.

Was war die bahnbrechende Entwicklung im Klassenkampf, die uns dazu veranlasste, festzuschreiben, dass eine Kandidatur für Exekutivämter mit der proletarischen Revolution unvereinbar geworden ist? Die Frage wurde nicht einmal in diesem Sinne gestellt. Das Gleiche gilt für die Position, die wir zuvor vertreten hatten.

Marxistische Prinzipien sind komprimierte Lehren aus den Siegen und Niederlagen des revolutionären Proletariats. Laut Definition sind sie Abstraktionen, die als Handlungsanleitung für die Avantgarde immer wieder auf die Realitäten des Kampfes der Arbeiterklasse zu einem bestimmten Zeitpunkt angewendet werden müssen. Die Arbeiter wiederum können nur dann für den Marxismus gewonnen werden, wenn sie erkennen, dass seine Prinzipien für die Durchführung ihrer Kämpfe und die Durchsetzung ihrer Interessen lebenswichtig sind. Die Prinzipien des Marxismus

Eichhorn und der Spartakusaufstand

Aus der Ablehnung der bisherigen Opposition der IKL, für Exekutivämter zu kandidieren und diese zu übernehmen, folgt auch, dass wir den Artikel „Die Polizei und die Deutsche Revolution von 1918/19“ in *Spartacist*, deutschsprachige Ausgabe Nr. 30, Winter 2014/15, korrigieren müssen. Der Artikel kritisierte unsere Broschüre *Voran/ Militant Labour: Rührendes Vertrauen in den kapitalistischen Staat* von 1994 und verurteilte die Arbeit von Emil Eichhorn, einem linken Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD), der im November 1918 in Berlin aufständische Arbeiter bei der Entwaffnung der Polizei anführte. Als Eichhorn das Amt des Polizeipräsidenten übernahm, rekrutierte er eine Miliz aus Tausenden sozialistischen Arbeitern und Soldaten. Nach seiner Entlassung durch die preußischen Behörden im Januar 1919 erhoben sich die Arbeiter in dem bekannten Spartakusaufstand, der von der sozialdemokratischen Regierung blutig niedergeschlagen wurde.

Zur Rolle Eichhorns bei diesen Ereignissen stellte unsere Broschüre von 1994 richtigerweise fest:

> „Eichhorn war kein bürgerlicher Bulle, ebensowenig wie der Kern seiner Kräfte. In einer Situation des revolutionären Aufruhrs versuchten Eichhorn und seine Miliz, die bestehende bürgerliche Polizeimacht zu ***ersetzen***, und sie betrachteten sich als rechenschaftspflichtig gegenüber den Arbeiterräten und der Linken, nicht gegenüber der kapitalistischen Regierung. Jedoch war es ein fataler Fehler, symptomatisch für die Konfusion des Berliner Aufstandes, dass Eichhorn die alte Polizeimacht nicht auflöste, sondern seine Miliz mit ihr fusionierte.“

Der *Spartacist*-Artikel stieß diese Einschätzung um und stellte Eichhorn als reformistischen Dummkopf hin, der sich „vorgemacht“ habe, er könne im Laufe der revolutionären Ereignisse die Polizei ersetzen, und rügte auch die Arbeiter, die sich zu seiner Verteidigung erhoben. Die „fatale Illusion“, dass „man einfach die bestehenden Organe des bürgerlichen Staates übernehmen könnte“, erklärten wir, „bestimmte den Lauf der Ereignisse im Januar 1919 mit. Die Arbeiter, von denen viele bewaffnet waren, waren nicht für den Kampf um die Macht organisiert.“

Dieser Artikel verkörpert in Reinkultur die leblose, formalistische Methode, die hinter unserer früheren Position zu Exekutivämtern stand. Bei allen Fehlern, die Eichhorn

stehen in einem untrennbaren dialektischen Verhältnis zum Klassenkampf. Wie Trotzki in „Sektierertum, Zentrismus und die Vierte Internationale“ (Oktober 1935) schrieb:

> „Obwohl es in jedem Satz auf den Marxismus schwört, ist das Sektierertum die direkte Negation des dialektischen Materialismus, der von der Erfahrung ausgeht und immer wieder zu ihr zurückkehrt. Ein Sektierer versteht nicht die dialektische Aktion und Reaktion zwischen einem fertigen Programm und einem lebendigen, d. h. unvollkommenem und unvollendetem Kampf der Massen.“

Diese brillante Bemerkung trifft genau auf unsere frühere Methode zu. Ausgehend von richtigen Prinzipien – dem Wesen des kapitalistischen Staates und der Lehre von Marx aus der Pariser Kommune – lehnt diese Methode die Notwendigkeit, sich im „unvollkommenen und unvollendeten Kampf der Massen“ zu engagieren, um für diese Prinzipien zu kämpfen, vollständig ab und brandmarkt sie als Reformismus. Stattdessen zählt nur das fertige Programm und, um nur ja keine Illusionen in den kapitalistischen Staat zu schüren, diktieren wir, dass Marxisten sich von Wahlen für dessen Exekutivämter fernhalten müssen. Das führt in der Praxis dazu, dieses Feld den bürgerlichen und reformistischen Kräften zu überlassen, was wiederum die weitere Vorherrschaft und sogar die Stärkung der Illusionen garantiert, die wir angeblich bekämpfen. Das ist nichts anderes als die Liquidierung der revolutionären Partei.

Selbstverständlich haben wir versucht, diese Scholastik marxistisch zu verbrämen. In den ersten Zeilen des Artikels zum Beispiel haben wir die Frage wie folgt gestellt:

> „Hinter dieser Frage steht der grundlegende Gegensatz von Reformismus und Marxismus: Kann das Proletariat die bürgerliche Demokratie und den bürgerlichen Staat benutzen, um einen friedlichen Übergang zum Sozialismus zu schaffen? Oder muss das Proletariat stattdessen die alte Staatsmaschinerie zerschlagen, um an ihrer Stelle einen neuen Staat zu schaffen, der seine eigene Klassenherrschaft – die Diktatur des Proletariats – den kapitalistischen Ausbeutern aufzwingt, um sie zu unterdrücken und zu enteignen?“

Für jeden, der das Wesentliche aus den Augen verliert, könnte eine solche Zurschaustellung von Orthodoxie verlockend sein. Wer könnte dieses ABC des Marxismus anzweifeln? Aber diese Sammlung orthodoxer Formulierungen dient nur dazu, den grundlegenden Punkt bei der „Frage der Kandidatur für Exekutivämter“ zu verschleiern: dass das Proletariat, ***bevor*** es seine eigene Diktatur errichten kann, ***zuerst*** vom Reformismus ***gebrochen werden*** muss! Anstelle des dialektischen Prozesses, der diese beiden Fragen verbindet – d. h. anstatt das Problem so zu formulieren, dass die Arbeiterklasse vom Reformismus gebrochen und für den Marxismus gewonnen werden muss –, werden in dem Artikel zwei starre Positionen nebeneinander gestellt, die niemals miteinander in Konflikt geraten dürfen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Man kann das Prinzip, dass der Parlamentarismus durch die Sowjetmacht ersetzt werden muss, nicht von dem Kampf trennen, die Arbeiterklasse für dieses Verständnis zu gewinnen. Wer den Zusammenhang zwischen Prinzipien und politischem Kampf aufhebt, ist dazu verurteilt, in der Isolation dahinzuvegetieren.

Das gilt auch für die Position von 2019, dass es für Revolutionäre prinzipienlos sei, für das Europäische Parlament zu kandidieren (siehe *Spartacist*, deutschsprachige Ausgabe Nr. 32, Herbst 2020). Im Gegenteil, solange es Illusionen in die Europäische Union gibt, müssen Marxisten revolutionäre



Willy Römer

Berlin, 5. Januar 1919: Bewaffnete Mobilisierung gegen die Entlassung von Emil Eichhorn als Polizeipräsident

und die von ihm geführten Arbeiter begingen, „übernahmen“ sie nicht „einfach“ den Polizeiapparat, sondern nutzten Eichhorns Position, um eine neue Truppe aufzustellen, die sich auf die bewaffneten Arbeiter stützte und den Arbeiterräten gegenüber verantwortlich war – etwas, das jede Revolution versuchen muss. Eichhorn war sich über seine Ziele im Klaren, als er nach seiner Entlassung vor einer großen Menschenmenge verkündete: „Ich habe mein Amt von der Revolution empfangen, und ich werde es nur der Revolution zurückgeben!“ (*Die Rote Fahne*, 6. Januar 1919).

Unsere scholastische Verurteilung Eichhorns spielte die zentrale Lehre aus der gescheiterten deutschen Revolution herunter. Der Grund, weshalb die Arbeiter „nicht zum Kampf um die Macht organisiert“ waren, war, dass ihnen eine erfahrene revolutionäre Führung fehlte. Die Kommunistische Partei war erst Ende Dezember 1918 gegründet worden, nachdem ihre wichtigsten Führer mit der USPD gebrochen hatten. Ihre äußerst verspätete Abspaltung von den Sozialdemokraten war der entscheidende Grund für den tragischen Verlauf der Ereignisse von 1918/19, die in der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durch Gustav Noskes Bluthunde gipfelten. Diese grundlegende Wahrheit und die etwaigen Fehler Eichhorns schmälern in keiner Weise die Rolle, die er als Held unserer Klasse gespielt hat.

Arbeit im EU-Parlament leisten, um die Arbeiterklasse darauf vorzubereiten, diese reaktionäre Institution aufzulösen.

Wie werden bürgerlich-demokratische Illusionen zerstört?

Was genau rät der *Spartacist*-Artikel Revolutionären? Bestenfalls, dass wir für Posten der Legislative kandidieren und Parlamentarier in der Opposition haben können. Aber die Methode des Artikels würde auch jede ernsthafte Kampagne für Legislativämter sabotieren, da sie die zentrale Aufgabe des Kampfes gegen die Illusionen in die bürgerliche Demokratie ebenso ignoriert wie die Notwendigkeit, die Arbeiterklasse anzuleiten, indem man von ihren eigenen Erfahrungen ausgeht und ihr für die unmittelbaren Kämpfe einen Weg nach vorn zeigt. Man denke nur daran, was unser Kandidat auf die einfachste aller Fragen antworten würde: „Was würdet ihr anders machen, wenn ihr an der Regierung wäret?“ „Oh! Wir nehmen keine Exekutivämter an, danke. Aber sobald die Sowjetmacht errichtet ist...“ Kein Arbeiter würde das ernst nehmen.

Wahlen zu Exekutivämtern finden bei den Werktätigen oft die größte Aufmerksamkeit und bringen die meisten Illusionen hervor (wie die Präsidentschaftswahlen in Frankreich, Mexiko, den USA usw.). Der Artikel schlägt jedoch vor, absolut nichts zu tun, außer Propaganda zu schreiben oder bestenfalls andere kritisch zu unterstützen, während man darauf hinweist, dass eine Kandidatur bei diesen Wahlen prinzipienlos ist. Abgesehen von der Absurdität steckt dahinter ein zutiefst antimarxistisches Verständnis von Politik.

Illusionen in die bürgerliche Demokratie, wie in jede andere bürgerliche Ideologie, werden nicht durch Propaganda und Theorie zerstört. Diese sind zwar für die Festigung unserer Partei unerlässlich, aber keine einzige revolutionäre Organisation in der Geschichte der Klassengesellschaft hat jemals mit diesen allein eine ernsthafte Anhängerschaft gewonnen. Die Massen werden durch Taten gewonnen, und sie verlieren ihre Illusionen durch große Ereignisse und eigene Erfahrungen. Damit die Arbeiterklasse ihr Vertrauen in die bürgerliche Demokratie verliert, bedarf es einer Krise großen Ausmaßes, die den Konflikt zwischen ihren dringendsten und unmittelbarsten Bedürfnissen und der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Ordnung in den Vordergrund rückt. Die verschiedenen Mechanismen der bürgerlichen Gesellschaft, die zwischen den Krisen diesen Klassenkonflikt dämpfen können, werden durch die objektive Situation plötzlich einem enormen Druck ausgesetzt, was den Eintritt der Massen in die politische Arena und eine rasche Veränderung ihres Bewusstseins auslöst.

Selbst unter solchen Umständen zeigt die Erfahrung, dass sich das Bewusstsein nicht in Übereinstimmung mit der objektiven Situation entwickelt. Es lohnt sich, ausführlich zu zitieren, was Trotzki im Vorwort zu seiner *Geschichte der russischen Revolution* (1930) schrieb:

> „Schnelle Veränderungen von Ansichten und Stimmungen der Massen in der revolutionären Epoche ergeben sich folglich nicht aus der Elastizität und Beweglichkeit der menschlichen Psyche, sondern im Gegenteil aus deren tiefem Konservativismus. Das chronische Zurückbleiben der Ideen und Beziehungen hinter den neuen objektiven Bedingungen, bis zu dem Moment, wo die letzteren in Form einer Katastrophe über die Menschen hereinbrechen, erzeugt eben in der Revolutionsperiode die sprunghafte Bewegung der Ideen und

> Leidenschaften, die den Polizeiköpfen als einfache Folge der Tätigkeit von ‚Demagogen‘ erscheint.
>
> Die Massen gehen in die Revolution nicht mit einem fertigen Plan der gesellschaftlichen Neuordnung hinein, sondern mit dem scharfen Gefühl der Unmöglichkeit, die alte Gesellschaft länger zu dulden. Nur die führende Schicht der Klasse hat ein politisches Programm, das jedoch noch der Nachprüfung durch die Ereignisse und der Billigung durch die Massen bedarf. Der grundlegende politische Prozess der Revolution besteht eben in der Erfassung der sich aus der sozialen Krise ergebenden Aufgaben durch die Klasse und der aktiven Orientierung der Masse nach der Methode sukzessiver Annäherungen. Die einzelnen Etappen des revolutionären Prozesses, gefestigt durch die Ablösung der einen Parteien durch andere, immer extremere, drücken das anwachsende Drängen der Massen nach links aus, bis der Schwung der Bewegung auf objektive Hindernisse prallt.“

Die Massen betreten die politische Bühne nicht mit einem fertigen Plan, sondern mit der Gewissheit, dass das derzeitige Regime nicht weitermachen kann. Durch die Erfahrung heftiger Erschütterungen gelangen sie zu einem immer besseren Verständnis der Krise. Parteien und Führer werden auf die Probe gestellt; die Bewegung der Massen nach links erfolgt durch sukzessive Annäherungen.

Es ist fast eine historische Gesetzmäßigkeit, dass die Masse der Arbeiter in jeder ernsthaften Krise das bestehende System an seine äußerste Grenze treibt, indem sie versucht, die alte Staatsmaschinerie für ihre eigenen Zwecke zu nutzen. Von der Provisorischen Regierung in Russland im Februar 1917 und der SPD-USPD-Koalition 1918 in Deutschland über die Volksfronten in Frankreich, Spanien, Chile und anderen Ländern bis hin zu Attlees Labour-Regierung: Sie alle wurden von der Arbeiterklasse an die Macht gebracht, die glaubte, durch die Übernahme des kapitalistischen Staates den Weg zum Sozialismus freizumachen. Dies ist eine fast unvermeidliche Etappe im politischen Erwachen der Massen.

Die Herausforderung für die revolutionäre Partei besteht darin, diese verschiedenen Versuche ***nicht*** als reformistische Sackgassen abzustempeln und dann, wenn das Proletariat zerschlagen wird, zu sagen: „Wir haben es euch ja gesagt.“ Jeder Dilettant kann das von seinem Schreibtisch aus machen. Die wirkliche Herausforderung und Notwendigkeit besteht darin, der Arbeiterklasse durch diese Erfahrung so zu helfen, dass ihre Position gestärkt und der Bruch mit dem Reformismus vorangetrieben werden kann.

Dies erfordert die Fähigkeit, alle verfügbaren Waffen einzusetzen, um den grundlegenden Widerspruch zwischen dem, was zur Lösung der Krise getan werden muss – dem unabhängigen Kampf der Arbeiterklasse hin zur Enteignung der Bourgeoisie –, und dem, was seiner Verwirklichung im Wege steht – dem bestehenden Bewusstsein der Arbeiterbewegung und ihrer aktuellen Führung –, zu verschärfen. Dieses Problem kann nur durch den Kampfverlauf, durch praktische Erfahrungen gelöst werden. Dafür ist eine Führung notwendig, deren Perspektiven sich durch den Test der Ereignisse bestätigen und die dadurch bei den Arbeitern an Autorität gewinnt. Sie muss die Vorurteile der Massen bis an den Punkt treiben, wo sie an den objektiven Erfordernissen der Situation zerplatzen. Dies ist das ausschlaggebende Element, das die russische Erfahrung von jeder anderen unterscheidet.

Die Methode, der Partei sogenannte Prinzipien aufzuzwingen, die von vornherein den Einsatz dieser oder jener Waffe im Kampf gegen die Bourgeoisie ablehnen, bedeutet nur, dass man nichts versteht von der Dynamik des Klassenkampfes und des Kampfes um die kommunistische Führung. Die Kandidatur für Exekutivämter und die Übernahme solcher Ämter ist eine der Waffen, deren Gebrauch die revolutionäre Partei lernen muss.

Diese Vorgehensweise ist nicht nur in Zeiten einer revolutionären Krise von entscheidender Bedeutung. Der Ausbruch einer akuten Krise bringt Führer und Parteien nach vorne, die durch die gesamte vorangegangene Periode geformt wurden. In Zeiten der Reaktion und Stagnation muss die revolutionäre Partei jede noch so bescheidene Erfahrung bestmöglich nutzen, um ihre Kader auszubilden, sich an gemeinsamer Arbeit und politischem Kampf mit konkurrierenden Organisationen zu beteiligen, in den Klassenkampf einzugreifen und mit der Verankerung in den fortgeschrittenen Schichten der Arbeiterbewegung zu beginnen. Eine Partei, die sich an abstrakte Propaganda und pseudoradikale Dogmen klammert, isoliert vom Klassenkampf, wird bei der ersten Erschütterung hinweggefegt werden. Das war unsere Methode, die im März 2020 mit der Pandemie getestet wurde, und wir alle kennen das Ergebnis: Wir sind zusammengebrochen.

Ja, Kommunisten können Exekutivämter übernehmen

Genosse Jim Robertson, der 2004 zum ersten Mal vorschlug, die Kandidatur für Exekutivämter abzulehnen, warf die Frage auf, dass man bei solchen Wahlen „mit den Leuten reden kann, aber dabei hat schon die Aussage ‚Ich will Präsident des amerikanischen Imperialismus werden, aber ihn besser machen‘, ihre Probleme“. Ein Kernelement der antimarxistischen Methode, die unserer Herangehensweise zugrunde lag, war die Vorstellung, „die Annahme eines Exekutivamtes bzw. die Übernahme der Kontrolle eines bürgerlichen Parlaments oder Stadtrats, ob nun selbständig oder als Teil eines Regierungsbündnisses, bedeutet notwendigerweise, Verantwortung für die Verwaltung der kapi-

Kommunistische Taktik bei Wahlen 2024

Workers Hammer: To hell with Sunak and Starmer! Vote working class!

Amabolsheviki Amnyama: Class Struggle or Parliament: The Road to Land and Jobs — Vote EFF May 29!

Workers Vanguard: Liberals Make Trump Great Again — Vote Working Class—Vote PSL!

Kritische Unterstützung der IKL für linke Parteien in den USA, Südafrika und Britannien



Viktor Bulla

Lenin redet auf Zweitem Komintern-Kongress, 1920. Die „Leitsätze über die kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus" betonen, dass Kommunisten, die in Kommunalverwaltungen die Mehrheit erringen, die Unmöglichkeit eines „kommunalen Sozialismus" aufzeigen und revolutionäre Opposition gegen die nationale Regierung der Kapitalisten organisieren müssen

talistischen Staatsmaschinerie zu übernehmen", wie es im *Spartacist*-Artikel heißt. Anders gesagt, wenn der Staat kapitalistisch ist, dann wird jeder, der in ein Amt mit Verantwortung gewählt wird, zu einem kapitalistischen Politiker. Diese Logik ist reiner Formalismus. Plötzlich verschwindet der Klassenkampf und löst sich zusammen mit dem, was die revolutionäre Avantgarde ***tut***, in einer grob vereinfachenden mathematischen Gleichung auf.

Die Auffassung, dass der einzig mögliche Wahlkampf für ein Exekutivamt darin besteht, zu sagen: „Ich will den Imperialismus besser machen", und dass man ein solches Amt nur übernehmen kann, indem man die kapitalistische Staatsmaschinerie verwaltet und die Verantwortung für sie übernimmt, setzt voraus, den Klassenkampf als den entscheidenden Faktor abzulehnen und die revolutionäre Partei zu liquidieren. Man kann aber durchaus, wie es Generationen von Revolutionären vor uns getan haben, den Arbeitern im Wahlkampf sagen: „Ich kandidiere für das Amt des Präsidenten (oder Bürgermeisters oder ein anderes Exekutivamt). Unsere Partei will die ganze Großindustrie und alle Banken verstaatlichen, die Polizei und die Armee auflösen und die Arbeiter bewaffnen, den Imperialismus abschaffen und dafür sorgen, dass die Arbeiter und nicht die Kapitalisten das Land von oben bis unten regieren und die Früchte ihrer Arbeit genießen. Doch wir wissen, dass die Kapitalisten das niemals zulassen und starken Widerstand dagegen leisten werden. Genau deshalb kann unsere Bewegung nur erfolgreich sein, wenn die Arbeiter mobilisiert werden und bereit sind, für ihre eigene Macht gegen die Kapitalistenklasse zu kämpfen."

Daran ist nichts Reformistisches. Es bedeutet nicht, dass wir im Falle eines Wahlsiegs den Kapitalismus verwalten werden – es bedeutet genau das Gegenteil. Nur wenn man den Wahlkampf auf diese Weise führt, kann man die Arbeiter dort abholen, wo sie sind, und ihren Illusionen direkt entgegentreten. Betrachten wir die Alternative: „Wir kandidieren bei dieser Wahl, aber wir werden das Amt nicht antreten", womit man nur sagt: „Wählt mich, aber wenn ich gewinne, werde ich nicht kämpfen." Man stelle sich vor, wir würden tatsächlich eine Wahl gewinnen und unsere erste Amtshandlung wäre ... aufzugeben! Das würde unserer Partei irreparablen Schaden zufügen, sie in Misskredit bringen und die Arbeiter an die Reformisten ausliefern.

James P. Cannons *Socialism on Trial* (Pathfinder Press, 1970 – Sozialismus vor Gericht), das aus seiner Zeugenaussage im Prozess gegen 28 führende Trotzkisten und Teamsters aus Minneapolis im Jahr 1941 besteht, liefert ein hervorragendes Beispiel dafür, wie man den Arbeitern pädagogisch erklären kann, was wir wollen, wie wir es erreichen wollen und warum sie ihren eigenen Staat errichten müssen. Cannon erklärte:

> „Wenn wir sagen, dass es eine Illusion ist, zu erwarten, dass wir die Umgestaltung der Gesellschaft durch parlamentarische Aktionen bewirken können, bedeutet das nicht, dass wir es nicht wollen oder dass wir eine solche Methode nicht gerne akzeptieren würden. Aufgrund unserer Kenntnisse der Geschichte und aufgrund unseres Wissens um die Habsucht und Raffgier der amerikanischen herrschenden Klasse glauben wir nicht, dass diese eine solche Lösung zulassen wird."

Hat Cannon hier oder an irgendeiner anderen Stelle seiner Zeugenaussage davon gesprochen, die Verantwortung für die Verwaltung des Kapitalismus zu übernehmen? Natürlich nicht. Er erläuterte, welche Art von Umgestaltung notwendig ist, um die Arbeiterklasse zu befreien, und sagte, dass wir zwar froh wären, wenn dies durch die bürgerliche Demokratie geschehen würde, dass aber die Geschichte gezeigt hat, dass die herrschende Klasse nicht kampflos von der Bühne abtreten wird. In dem hypothetischen Szenario, dass eine revolutionäre Partei in das Präsidentenamt gewählt wird, würden die Revolutionäre, in Cannons Worten, das tun, was Lincoln mit den Sklavenhaltern tat: „Lincoln nahm, was er konnte, rekrutierte noch mehr und lieferte ihnen einen Kampf, und

ich hielt das immer für eine großartige Idee.“ Nur ein hoffnungsloser Formalist könnte auf den Gedanken kommen, dass diese einfache und populäre Erklärung reformistisch sei.

Revolutionäre und Kommunalverwaltungen

Die Chancen für eine revolutionäre Partei, das Präsidentenamt zu erobern, scheinen so gering zu sein, dass man sie leicht außer Acht lassen kann. Das gilt aber nicht für Kommunalverwaltungen, in die schon früher Kommunisten (nicht nur Stalinisten und Reformisten, sondern echte Revolutionäre) gewählt wurden. Es ist durchaus denkbar, dass eine eher kleine Partei mit bescheidenen Wurzeln in der Arbeiterbewegung die Mehrheit in einer Gemeinde gewinnt. Was ist dann zu tun? Auch hier müssen wir wieder mit dem Kampf gegen die vorherrschenden Illusionen beginnen. Die klassische Illusion auf diesem Gebiet ist der kommunale Sozialismus, d. h. die Vorstellung, dass der Sozialismus schrittweise eingeführt werden kann, indem man die Gemeinden übernimmt und diese Positionen nutzt, um mit kleinen sozialen Maßnahmen „sozialistische“ Freiräume zu schaffen.

Der *Spartacist*-Artikel verweist auf den Punkt 13 der „Leitsätze über die kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus“, die vom Zweiten Komintern-Kongress 1920 angenommen wurden:

> „Falls die Kommunisten die Mehrheit in Kommunaleinrichtungen haben, so sollen sie a) revolutionäre Opposition gegen die bürgerliche Zentralgewalt treiben; b) alles tun, um der ärmeren Bevölkerung Dienste zu leisten (wirtschaftliche Maßnahmen, Durchführung oder Versuche zur Durchführung der bewaffneten Arbeitermiliz etc.); c) bei jeder Gelegenheit die Schranken zeigen, die die bürgerliche Staatsgewalt wirklich großen Veränderungen entgegensetzt; d) auf dieser Grundlage schärfste revolutionäre Propaganda entwickeln, ohne den Konflikt mit der Staatsgewalt zu fürchten; e) unter gewissen Bedingungen die Gemeindeverwaltungen etc. durch lokale Arbeiterräte ersetzen. – Die ganze Tätigkeit der Kommunisten in der Kommunalverwaltung muss also ein Bestandteil der allgemeinen Zersetzungsarbeit des kapitalistischen Systems sein.“
>
> – Protokoll des Zweiten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Karl Liebknecht Verlag, Erlangen 1972

Ich halte das für ausgezeichnet. Im Gegensatz zu den falschen Behauptungen in unserem Artikel ging es hier nicht um kommunalen Sozialismus, sondern um das genaue Gegenteil. Punkt 13 bezweckte, das Handeln der Kommunisten darauf auszurichten, dass sie den Bankrott des kommunalen Sozialismus bestmöglich aufzeigen und solche Ämter dafür nutzen, den Arbeitern klarzumachen, dass sie die Macht auf nationaler Ebene übernehmen müssen.

Die Leitsätze, die in unserem Artikel charakterisiert werden als ein „widersprüchlicher Mischmasch, der eine Politik absegnete, in der der Keim des Ministerialismus enthalten war“ (!), hatten gerade den Zweck, sich sowohl von der opportunistischen Zweiten Internationale abzugrenzen, deren Parlamentarier sich der bürgerlichen Gesellschaft anpassten und als vulgäre Lakaien der Kapitalisten auftraten, als auch von den ultralinken Antiparlamentariern, die als Reaktion auf den Verrat der Zweiten Internationale jede Form der parlamentarischen Tätigkeit ablehnten. In Trotzkis Einleitung zu den Leitsätzen heißt es: „An die Stelle des alten Anpassungsparlamentarismus tritt der neue Parlamentarismus als eines der Werkzeuge zur Vernichtung des Parlamentarismus überhaupt.“ Es geht nicht um die Wahl zwischen opportunistischem Parlamentarismus und der Ablehnung jeder parlamentarischen Tätigkeit, sondern um die Teilnahme am parlamentarischen Kampf als Revolutionäre.


№ 4. По гор. Петрограду.

Центральнаго Комитета военной организацiи, Петербургскаго Комитета Россiйской Соцiалъ-Демократической Рабочей Партiи (Большевиковъ), Комитета Соцiалъ-Демократiи Польши и Литвы и Центральнаго Комитета Соцiалъ-Демократiи Латвiи

1. Ульяновъ (Ленинъ), Владимiръ
2. Радомысльскiй (Зиновьевъ), Евс
3. Бронштейнъ (Троцкiй), Левъ
4. Розенфельдъ (Каменевъ), Левъ Бо
5. Коллонтай, Александра Михай
6. Джугашвили (Сталинъ), Iосифъ
7. Мурановъ, Матвѣй Константин
8. Калининъ, Михаилъ Ивановичъ
9. Уншлихтъ, Iосифъ Станиславов
10. Черепановъ, Сергѣй Александров
11. Евдокимовъ, Григорiй Еремеевич
12. Николаева, Клавдiя Ивановна,
13. Кривобоковъ, Феодосiй Иванов
14. Авиловъ (Глѣбовъ), Николай
15. Шляпниковъ, Александръ Гавриловичъ, Дегтярная 25, кв. 5.
16. Дербышевъ, Николай Ивановичъ, Лиговская улица 44, комн. 176.
17. Лацисъ, Мартынъ Яновичъ, Выб. ст., Б. Самсонiевскiй пр. 62, кв. 2.
18. Шотманъ, Александръ Васильевичъ, Кавалергардская 22, кв. 17.

РАБОТНИЦЫ И СОЛДАТКИ

Ваши мужья, братья и отцы умирают на фронтѣ за интересы капиталистов.

ПАРТIЯ

№ 5 соцiал-демократов БОЛЬШЕВИКОВ № 5

БОРЕТСЯ

против грабительской войны

ПРОТИВ СМЕРТНОЙ КАЗНИ ДЛЯ СОЛДАТ.

Только эта партiя борется и требует

МИРА ХЛѢБА И СВОБОДЫ.

на выборах гласных в районыя думы 24 сентября голосуйте за № 5

Bolschewistische Flugblätter, 1917: Kandidatenliste für die Konstituierende Versammlung (links), Wahlkampfflugblatt für die Moskauer Kommunalwahlen mit der Forderung „Frieden, Brot, Freiheit“ (rechts)

Punkt 13 wurde nicht im luftleeren Raum geschrieben. Er enthielt auch keine „antimarxistischen Änderungen“, die die ursprünglichen Leitsätze verwässerten, wie in unserem Artikel behauptet wird. In den Punkt 13 gingen die Erfahrungen gerade der Bolschewiki ein, die zwischen Februar und Oktober 1917 in den Gemeinden Wahlkampf geführt hatten. Einer von mehreren Artikeln, die zu jener Zeit über die Plattform der Bolschewiki zu den Kommunalwahlen geschrieben wurden, war Lenins „Die Hauptsache vergessen“ (Mai 1917). Dort heißt es:

> „An der Spitze dieser ganzen Plattform, an der Spitze der Liste der Reformen müssen, wenn sie wirklich durchführbar sein sollen, als Grundbedingungen drei fundamentale Hauptpunkte stehen:
>
> 1. Keine Unterstützung des imperialistischen Krieges (weder in Form einer Unterstützung der Anleihe noch überhaupt in irgendeiner Form).
> 2. Keine Unterstützung der Regierung der Kapitalisten.
> 3. Verhinderung der Wiederherstellung der Polizei. Ihre Ersetzung durch eine allgemeine Volksmiliz.
>
> Konzentriert man nicht die Aufmerksamkeit in erster Linie auf diese Kardinalfragen, stellt man nicht klar, dass sie die Voraussetzung aller kommunalen Reformen bilden, so wird das Kommunalprogramm unvermeidlich (bestenfalls) ein frommer Wunsch sein.“

Lenins Absicht war es, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre zu entlarven, die zwar alle möglichen Reformen vorschlugen, deren verräterische Haltung zu diesen drei Punkten aber ein grundlegendes Hindernis für deren Umsetzung darstellte. Insbesondere auf dem dritten Punkt beharrte Lenin, indem er es für notwendig erklärte, die Polizei aufzulösen und eine Volksmiliz zu schaffen. Mit anderen Worten: Die Kommunisten, die in den Gemeinden eine Mehrheit erhielten, wies er an, ihre Ämter dazu zu nutzen, den Bruch

mit den Reformisten voranzutreiben und diese Ämter in Bastionen der Arbeiterklasse zu verwandeln, um die Erlangung der Staatsmacht durch die Sowjets zu erleichtern.

Wir hingegen waren der Ansicht, dass jede parlamentarische Tätigkeit auf dem Gebiet der Exekutivämter nur reformistisch sein kann. Das stimmt nur, wenn man denkt, dass wir Kommunisten, sobald wir gewählt sind, das Bürgermeisteramt übernehmen und die örtliche Staatsmaschinerie mit ihrer verkrusteten Bürokratie, den Polizeischlägern, den kleinlichen Vorschriften und dem knappen Budget verwalten und in diesem Rahmen versuchen würden, das Beste für die Armen zu tun. Ja, in diesem Fall würde aus dem sogenannten kommunistischen Bürgermeister ein bürgerlicher Bürgermeister werden: ein Verwalter des Mangels und ein Lakai der Zentralregierung.

Aber die Frage stellt sich völlig anders und neue Möglichkeiten eröffnen sich, wenn man sich weigert, an den Grenzen des Privateigentums haltzumachen. Anstatt die Exekutivämter vom Standpunkt der Verwaltung der örtlichen Staatsmaschinerie aus zu betrachten, würden Kommunisten auf die Organisierung und Mobilisierung der Arbeiterbewegung im Bündnis mit dem armen Kleinbürgertum und den Arbeitslosen setzen. Daraus wird ersichtlich, dass wir für solche Ämter auf einer klaren revolutionären Plattform kandidieren würden, die der Arbeiterklasse sagt, was wir zu tun beabsichtigen und was ohne Staatsmacht nicht getan werden kann. Natürlich würden wir nicht den lokalen Kapitalismus verwalten, sondern versuchen, Organe der Doppelherrschaft aufzubauen und die Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie zu mobilisieren; wir würden nicht die lokale Polizei leiten, sondern die Auflösung dieser Institution vorantreiben.

Viele Genossen bleiben in dem Szenario stecken, in einer nicht revolutionären Situation zum Chef einer Kommunalverwaltung gewählt zu werden, und machen sich Gedanken, wie wir dieses und jenes Problem angehen könnten, ohne in den Reformismus abzugleiten. Das ist keine dialektische Herangehensweise an die Frage, weil es völlig spekulativ ist. Ich glaube, es spiegelt unsere fast nicht vorhandene Erfahrung in der Bewegung der Massen wider.

Wenn man das Problem so stellt, muss man zwangsläufig tausend andere Faktoren außer Acht lassen, die unmöglich vorherzusagen sind – den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kontext auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene; die Intensität des Klassenkampfes; unsere eigene Verankerung und Autorität in der Arbeiterbewegung; die Situation der herrschenden Klasse. Alle diese Elemente und noch mehr sind entscheidend für die Einschätzung des Kräfteverhältnisses und dessen, was möglich ist oder nicht, und vor allem für die Frage, wie eine revolutionäre Partei ins Amt gelangen könnte.

Meine Antwort auf das obige hypothetische Szenario lautet: Wir werden für unser Programm kämpfen, so wie wir es überall sonst auch tun, mit den Methoden des Klassenkampfes. Wir würden unser Bestes tun, um das Proletariat zu führen und zu stärken und dabei seine reformistischen Illusionen unter den uns auferlegten Bedingungen zu unterminieren.

Vorbereitung auf die Schlacht

Die IKL hat nicht, wie der *Spartacist*-Artikel behauptet, ein ungelöstes Problem von unserer Bewegung geerbt. Dass die Komintern, Lenin, Trotzki, Cannon und viele andere keinen grundlegenden Unterschied zwischen Exekutiv- und Legislativämtern machten, war keine große Entdeckung unsererseits. Unsere Vorgänger haben die Frage nur nicht durch eine so formalistische Brille gesehen. Über die Gewaltenteilung zu grübeln, sich das Kampfterrain oder das einzusetzende Werkzeug herauszupicken ist ein Luxus, den sie sich nicht leisten konnten, und eine Methode, die sie von ganzem Herzen ablehnten.

Die Bolschewiki erklärten der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt den Krieg und verstanden, dass der Kampf in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens getragen werden musste. Von Kommunisten, die ins Parlament oder an die Spitze von Gemeinden, in Gewerkschaftsposten, Genossenschaften, Arbeitermilizen oder in andere leitende Ämter gewählt wurden, wurde erwartet, dass sie für den Kommunismus kämpften und dementsprechend unter der Parteidisziplin handelten, Punkt.

Die Bolschewiki verstanden, dass die revolutionäre Partei in ihrem Handeln nicht von Abstraktionen, sondern von den Erfordernissen des Klassenkampfes ausgehen muss. Sie verstanden, dass sich die Partei mit der Arbeiterbewegung verbinden und in jeder Lage flexibel bleiben muss, um sich den Erfordernissen des Endziels anzupassen. Sie waren bemüht, angehende Revolutionäre darin zu schulen, dass es die Rolle der Partei ist, das Proletariat in jeder Phase seines politischen Bewusstseins anzuleiten und dabei seine Erfahrungen zu nutzen, um es über den Bankrott des Reformismus und die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats aufzuklären. Genau das ist es, was unsere Partei für die bevorstehenden Schlachten lernen muss, und genau deshalb müssen wir schonungslos sein gegenüber unserer Vergangenheit. ■



Toralf Endruweit, unterstützt von Spartakist-Arbeiterpartei und Hafenarbeiter-Komitee, kandidiert auf Internationalistischer Liste/MLPD

— Frankreich —

Volksfront bahnt Le Pen den Weg



de Rosa/AFP



Abaca Press

Gründung der Neuen Volksfront in Paris, 14. Juni. Führer des rechtspopulistischen Rassemblement National, Marine Le Pen und Jordan Bardella

Nach den französischen Parlamentswahlen vom 7. Juli 2024 wurde der Sieg der Neuen Volksfront (NFP) von der Linken mit Jubel begrüßt. In Wahrheit war es ein Pyrrhussieg, wie auch der rasante Aufstieg des Rassemblement National (RN) von Le Pen/Bardella zeigte.

Die NFP, so benannt zu Ehren der Volksfrontregierung von 1936, ist eine unheilige Allianz aus vor allem der Sozialistischen Partei (PS) des ehemaligen Präsidenten François Hollande, der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF), den Grünen und dem links-populistischen La France Insoumise (Unbeugsames Frankreich – LFI) von Jean-Luc Mélenchon. Sogar die aus dem Trotzkismus stammende Nouveau Parti Anticapitaliste-l'Anticapitaliste (NPA-A) trat mit einem Kandidaten auf der Liste der NFP an.

Die Haltung zu solchen klassenübergreifenden Bündnissen ist, wie Trotzki in den 1930er-Jahren betonte, ein entscheidender Test: die Unterstützung der Volksfront ist keine Taktik, sondern ein Verbrechen, das die Arbeiterklasse lähmt und an die Bourgeoisie fesselt. Doch mit Ausnahme unserer kleinen Sektion, der Ligue trotskyste de France (LTF), hat die gesamte Linke die NFP auf die eine oder andere Weise unterstützt.

Nach einem monatelangen parlamentarischen Zirkus, der im Dezember mit dem Sturz der rechten Barnier-Regierung endete, hat Macron einen neuen Premierminister ernannt, der eine Regierung der sogenannten nationalen Einheit anführen soll, die Mélenchons France insoumise und (formell) Le Pens Rassemblement National ausschließt. Man kann nur darüber spekulieren, wie lange sie Bestand haben wird, aber eines ist sicher: Diejenigen, die diesen erbärmlichen Versuch zur Rettung des Macron'schen Liberalismus mitgemacht haben, ebnen weiter den Weg für Le Pen. Es ist dringender denn je, dass die Linke entschieden mit der Volksfront einschließlich ihrer linken Komponente der LFI bricht und für einen Pol der Arbeiterklasse kämpft, der sich sowohl Macron wie dem Rechtspopulismus und dem französischen Republikanismus entgegenstellt.

Im Folgenden drucken wir die gekürzte Übersetzung eines Vortrags ab, den unser Genosse Alexis Henri auf einer Veranstaltung der LTF am 11. Juli gehalten hat. Der vollständige Text ist in *Le Bolchévik* Nr. 236 (August 2024) veröffentlicht.

* * *

Diese Veranstaltung findet zu einem entscheidenden Zeitpunkt in der Geschichte dieses Landes statt. Wir stehen vor einem Trümmerhaufen, während die Rechte einen weiteren Riesenschritt in Richtung Macht vollzogen hat. Dennoch verkündete die NPA-R (NPA Révolutionnaires, in Deutschland Revolutionär Sozialistische Organisation) in ihrem Leitartikel vom 8. Juli „einen kleinen Moment des Glücks". Bereits am Sonntagabend überschlug sich Révolution permanente (RP, in Deutschland Revolutionäre Internationalistische Organisation) mit ihrer Erklärung: „Über den schweren Rückschlag für die Partei von Le Pen und Bardella können wir uns nur freuen." Wir freuen uns über einen „schweren Rückschlag", wirklich? Die RP bestätigt damit, dass sie sich den Sieg der Volksfront gewünscht hat. In Wirklichkeit bestätigt die zweite Runde den Trend früherer Wahlen, auch wenn oberflächlich betrachtet der Kurs durch die

> **„Die Frage der Fragen ist gegenwärtig die Volksfront. Die linken Zentristen versuchen, diese Frage als taktisches oder sogar als technisches Manöver darzustellen, um im Schatten der Volksfront mit ihrer Ware hausieren gehen zu können. In Wirklichkeit ist die Volksfront die Hauptfrage der proletarischen Klassenstrategie für diese Epoche. Sie bietet auch das beste Kriterium für den Unterschied zwischen Bolschewismus und Menschewismus."**
>
> **— Leo Trotzki, „Die niederländische Sektion und die Internationale" (Juli 1936)**

republikanische Front leicht gebremst wurde. Die rassistischen Reaktionäre des RN haben die Zahl ihrer Abgeordneten innerhalb von zwei Jahren um mehr als 60 Prozent gesteigert: von 8 Abgeordneten im Jahr 2017 auf 89 im Jahr 2022 und 143 heute. Ein komischer Rückschlag, na ja, eigentlich gar nicht komisch.

Und wenn man sich die Anzahl der Stimmen ansieht, ist der Erfolg des RN noch offensichtlicher. Er hat im zweiten Wahlgang zehn Millionen Stimmen auf sich vereint, drei Millionen mehr als die Volksfront auf der einen und die Macronisten auf der anderen Seite. ***Der RN erhielt 37 Prozent der abgegebenen Stimmen, das ist mehr als bei den Europawahlen und mehr als im ersten Wahlgang,*** gegenüber 26 Prozent für die Volksfront und ebenso vielen für die Macronisten. Dass der rechte Block bei den Sitzen an dritter Stelle und nicht an erster Stelle liegt, ist einzig und allein auf den undemokratischen Charakter des französischen Wahlsystems zurückzuführen, das auf dem Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen basiert.

Die republikanische Front wird in naher Zukunft nur noch mehr die Behauptung des RN stärken, er sei die einzige echte Opposition gegen Macron; die einzige angeblich wirkliche Anti-System-Partei, gegen die sich alle anderen verbündet haben, die einzige, die noch nicht ausprobiert wurde und die euch nicht verraten wird. Wenn die Arbeiterbewegung nicht bald die Kurve kriegt und kämpft, um die Arbeiter gegen die anti-muslimische Kampagne zu vereinen, der Bourgeoisie entgegenzutreten und sie zum Rückzug zu zwingen, wächst die Gefahr, dass die Macht sehr bald dem RN in die Hände fällt, vielleicht schon nächstes Jahr. Die Tatsache, dass sich die Linke, mit Ausnahme von uns selbst, geweigert hat, der republikanischen Front entgegenzutreten, ist ein „schwerer Rückschlag" – und zwar für die Arbeiterklasse, die letztlich an falsche Hoffnungen gekettet wird, dass die Volksfront zumindest einen Teil ihrer Versprechungen umsetzen wird.

Die einzige Möglichkeit, diese katastrophale Prognose zu vereiteln, besteht darin, dass die sich auf den Marxismus berufende Linke schnellstens eine kompromisslose Bilanz ihres völligen Versagens bei diesen Wahlen zieht. Denn durch ihre – und sei es auch nur teilweise – Unterstützung der Volksfront haben sie nicht zur Bildung einer neuen Führung beigetragen, sondern dies vielmehr erschwert und mit dafür gesorgt, die Arbeiterklasse zu lähmen, sie zu demoralisieren und letztlich einen Teil von ihr in die Arme des RN zu treiben.

Dank der republikanischen Front verschleiern die Wahlergebnisse den politischen Zusammenbruch der von Macron repräsentierten liberalen Mitte… Hier ein Zitat aus dem heutigen Leitartikel von *L'Humanité*: „Die Mobilisierung rund um die Neue Volksfront (NFP) hat die Macronisten vor dem Schiffbruch gerettet, der ihnen durch die Widersprüchlichkeiten ihrer Chefs blühte ... es war wieder einmal die Linke, die die Ehre bewahrt und die Republik gerettet hat." Der Macronismus war eine Karikatur des liberalen Triumphalismus der von den USA dominierten postsowjetischen Ordnung. Der Niedergang der US-Ordnung schlägt sich in einem Land wie Frankreich in einem noch tieferen Abstieg nieder, da die Amerikaner ihre imperialistischen Verbündeten zunehmend unter Druck setzen, insbesondere durch die Sanktionen gegen Russland und das Aufzwingen von amerikanischem Fracking-Gas. Das ist der materielle Kontext, der Absturz von Macrons Liberalismus in der Sphäre des Parlamentarismus ist nur ein blasses Abbild davon.



Pierre Crom

Jean-Luc Mélenchon

Allem Anschein nach bewegen wir uns auf eine explizite oder implizite Koalition (in Form einer „technokratischen Regierung") zwischen den Macronisten und der Volksfront unter Ausschluss aller oder eines Teils der Mélenchonisten zu. Davor hatten wir schon in unserem Flugblatt gewarnt, in dem wir zur Wahlenthaltung im zweiten Wahlgang aufriefen, auch mit Verweis auf die Erfahrungen in Italien, wo eine Regierung der nationalen Einheit die unmittelbare Vorstufe der rechten Regierung Meloni war. Die Mobilisierung der Linken und – kriminellerweise – der radikalen Linken für die republikanische Front wird nur dazu führen, die Agonie der liberalen Ordnung Macrons zu verlängern. Gleichzeitig wird das der Moral der Arbeiter und Unterdrückten einen enormen Schlag versetzen und den RN-Führern Le Pen/Bardella ihre Aufgabe sehr erleichtern, wenn sie an die Macht kommen.

Doch selbst wenn die Volksfront eine absolute Mehrheit errungen hätte, hätte das nichts an der Abwärtsspirale des Landes geändert. Um auch nur ihre Minimalreformen umzusetzen, hätte die Volksfront die französische Bourgeoisie schonungslos konfrontieren müssen, die durch ihren eigenen Niedergang dazu getrieben wird, die Massen hier in immer größeres Elend zu stürzen. Es ist klar, dass nicht nur Hollande und Marine Tondelier, Führerin der Grünen, eine solche Konfrontation abgelehnt hätten, sondern auch PCF und LFI. Das hat die NPA-R und RP nicht davon abgehalten, dazu aufzurufen, für die Volksfront zu stimmen, obwohl PCF-Führer Fabien Roussel im Fernsehen erklärte, er sei bereit, im Namen der republikanischen Einheit gegen den RN mit den Macronisten zu regieren.

Der Republikaner Mélenchon ... sieht sich vom Großteil der Volksfront isoliert, die hinter den Kulissen bereits auf ein Zusammengehen mit den Macronisten hinarbeitet. Aber auch Mélenchon selbst bleibt völlig hin- und hergerissen zwischen seinen eigenen republikanischen Glaubensbekenntnissen, seinen Aufrufen zu einer republikanischen Front ... und den Sympathien, die er sich aktiv durch einige schöne Worte in den quartiers (Viertel, in denen Immigranten und Minderheiten leben) und bei der pro-palästinensischen Bewegung erworben hat. Deshalb hätte auch die Wahl einer großen Zahl überzeugter Mélenchonisten ... nichts geändert.

Die Aufgabe der radikalen Linken war nicht, als Krücke für diesen linken Flügel der Volksfront herzuhalten, wie sie es getan hat, sondern bestand darin, einen Anti-RN-Arbeiterpol aufzubauen, der sich klar ***gegen*** die Volksfront

richtet und insbesondere die Arbeiter dazu bringt, mit ihrer linken, mélenchonistischen Komponente zu brechen. Das haben wir während des gesamten Wahlkampfs in den Vordergrund gestellt und uns dabei besonders an die Linke gewandt…

Sehr teuer werden jetzt die Arbeiterklasse und die Minderheiten nicht nur die Weigerung der radikalen Linken bezahlen müssen, sich unseren Aufrufen anzuschließen, sondern auch ihren offenen Verrat. Wer wird solchen Leuten noch glauben, die in der ersten Wahlrunde vormachten, eine Alternative zur Volksfront zu sein, und dann dazu aufriefen, für die Volksfront zu stimmen? Oder im Falle der LO, die sagte, dass man das ohne Scham tun könne, aber nachdem der Schaden angerichtet war, bombastische Erklärungen über Anti-Volksfront-Radikalismus abgab?



Abdelkafi/AFP

Nanterre, Juni 2023: Ermordung von Nahel Merzouk durch die Polizei löste Massenunruhen aus

Wir freuen uns nicht über die Diskreditierung dieser Organisationen, denn ihre Kapitulation vor der republikanischen Front hat die Herauskristallisierung einer Arbeiteropposition gegen die Volksfront erschwert. Erreicht haben sie bisher einzig und allein, die Hegemonie der LFI über die Arbeiterbewegung zu stärken. Dies wird sich jetzt noch mehr verfestigen, wenn die Volksfront in die Mélenchonisten der LFI, die aus dem republikanischen Kreis ausgeschlossen werden, und die anderen, die sich um die Macronisten geschart haben, zerfällt.

Wir mögen derzeit isoliert sein, aber wir sind zuversichtlich, dass die Richtigkeit unseres Programms bald immer breiteren Schichten der Avantgarde klar werden wird. Linke Organisationen werden von Krisen erschüttert werden, weil manche ihrer Mitglieder die Führungen für den katastrophalen Kurs, den sie eingeschlagen haben, zur Rechenschaft ziehen werden. Diese Krisen müssen genutzt werden, um einen Prozess von Spaltungen und Fusionen auf Grundlage eines revolutionären Programms in Gang zu setzen, mit der Perspektive, die Vierte Internationale wiederzuschmieden.

Die Wahlergebnisse

Ignoriert wird von der Linken eine Lehre aus den Wahlen: Wachsende Teile der Bourgeoisie freunden sich allmählich mit der Idee an, den RN an die Macht zu bringen. Daher die Krise der LR, auch wenn sich die Zahl ihrer Sitze nicht verändert hat, weil ihnen die Linke mit ihrer republikanischen Front aus der Patsche geholfen hat. LR-Präsident Eric Ciottis Ansage, mit der RN ein Bündnis eingehen zu wollen, ist nicht einfach nur eine persönliche Anekdote, sondern spiegelt die Rechtsverschiebung konservativer Teile der Bourgeoisie wider…

Le Monde mag noch so viele scheinheilige, politisch korrekte Reden schwingen, die Bourgeoisie und das wohlhabende Kleinbürgertum sowie die Rentner (mit anderen Worten: die Massenbasis der Macron-Wähler) sind beruhigt, dass die Demagogie Le Pens vor einigen Jahren im Zusammenhang mit der Europäischen Union oder letztes Jahr mit den Renten doch nur eine weitere Art von Lügen war, wie die Bourgeoisie sie verbreitet, um ihre eigenen Klasseninteressen gegen Arbeiter und Minderheiten durchzusetzen.

Die Macronisten haben jahrelang daran gearbeitet, die zentralen Propagandathemen des RN zu übernehmen und zu legitimieren, um die Arbeiterklasse zu spalten. Sie verbreiteten in der Regierung und in der bürgerlichen Presse ständig Propaganda über Immigrantenkriminalität und „wir fühlen uns hier nicht mehr zu Hause“, was von der Linken in Gestalt der nationalen Einheit gegen den Terrorismus und als Verteidigung des republikanischen Laizismus gegen Muslime weiterverbreitet wurde. Mit der Dämonisierung Mélenchons und der gleichzeitigen Einbindung des RN in den „republikanischen Kreis“ zu Gaza unter dem Deckmantel des sogenannten „Kampfes gegen den Antisemitismus“ haben sie eine neue Schwelle überschritten; und das alles mit der kaum verlegenen Zustimmung von PS und PCF. Es sind all diese liberalen, „progressiven“ Regierungen à la Macron oder Hollande, die Le Pen den Weg geebnet haben.

Die Meloni-Erfahrung war für die französische Bourgeoisie beruhigend, auch in anderer Hinsicht: Meloni öffnet weiterhin die Grenzen in dem Maße, wie die Bourgeoisie eingewanderte Arbeiter braucht; nur haben diese noch weniger Rechte als zuvor und können daher noch stärker ausgebeutet werden und sind den Bossen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert, was die Arbeiterklasse weiter spaltet und schwächt. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die französische Bourgeoisie den RN an die Macht bringt…

Warum die Wahl der NFP den RN nicht stoppen kann

Früher oder später wird die nächste Regierung der republikanischen Front, wie auch immer sie genau zusammengesetzt sein mag, stürzen, und die einzige Partei, die nicht kompromittiert ist, der RN, wird erheblich gestärkt hervorgehen und je nach Wahlverfahren entweder das Amt des Premierministers mit absoluter Mehrheit oder direkt das Präsidentenamt gewinnen. In jedem Fall wird die NFP mit ihrer republikanischen Front dem RN den Weg geebnet haben, genau wie wir gewarnt haben…

Es wäre durchaus möglich gewesen, dass ohne die Formierung einer republikanischen Front der RN eine absolute Mehrheit hätte erringen können, wahrscheinlich sogar dann, wenn die Front etwas schwächer gewesen wäre. Was hätten die Arbeiter also gewonnen, wenn die Arbeiterbewegung der republikanischen Front die Unterstützung verweigert hätte? Damit die Arbeiter mit ihrer Führung brechen, muss eine politisch glaubwürdige Alternative hervortreten, die konkret aufzeigt, dass es einen Weg außerhalb der Volks-

front gibt. Wäre das der Fall gewesen, so hätte sich ein Teil der Arbeiter nicht mit den Verrätern verbunden gefühlt, die uns heute regieren werden, und es wären objektive Grundlagen für den Aufbau eines Arbeiterpols gegen den RN geschaffen worden, der sich der Volksfront entgegenstellt.

Die Arbeiterklasse wäre in einer viel besseren Verteidigungsposition gewesen als heute. Ihre eigenen Führer, für die sie gestimmt hat (sofern die Arbeiter nicht für die offen arbeiterfeindliche und rassistische Rechte gestimmt haben), sind nun dabei, genau die Regierung an die Macht zu bringen, die die Angriffe auf die Arbeiterklasse durchführen wird. Die Gewerkschaften, von denen man sich hätte denken können, dass sie sich im Falle einer RN-Regierung erheben würden, um die Arbeiter zu mobilisieren, werden jetzt stattdessen bei ihrer Basis für Mäßigung plädieren und argumentieren, dass man den Zusammenbruch der republikanischen Front verhindern müsse aus Angst, dass der RN an die Macht kommt. Die LFI als Ganzes hat sich bereits seit zwei Jahren geweigert, Misstrauensanträge gegen frühere Regierungen zu stellen mit dem Argument, man dürfe nicht mit dem RN zusammen abstimmen.

Im neuen Zusammenhang werden sie es nicht auf sich nehmen, die Regierung Gabriel Attals oder seines nächsten Klons als Premierminister zu Fall zu bringen. Entweder stürzen die reformistischen Arbeiterführer die Regierung und beschleunigen die Machtübernahme des RN, oder sie halten sie künstlich am Leben, indem sie jede bittere Pille schlucken, die Macron ihnen auftischt. Mit anderen Worten: Sie werden Angriffe hinnehmen müssen, die die Arbeiterklasse schrecklich demoralisieren, was wiederum die Machtübernahme des RN beschleunigen wird, wie die Niederlage bei den Renten gezeigt hat. Entweder der RN gewinnt oder die Arbeiter verlieren, das ist die tödliche Alternative, in die uns die Mélenchonisten und andere Propagandisten der Volksfront verstricken, da es keinen Arbeiterpol gegen den RN gibt.

Da aus diesen Wahlen keine stabile Regierung hervorgehen wird, werden die sechs Monate oder ein Jahr oder maximal drei Jahre, die „gewonnen“ wurden, nur dazu dienen, die Arbeiteravantgarde noch mehr zu desorganisieren und zu demoralisieren, weil sie über diese Regierung, die sie mit ins Amt gebracht hat, an die Bourgeoisie gekettet wird. Je länger diese Regierung hält, desto schlimmer wird der Schaden sein. Seht, was fünf Jahre Hollande-Regierung der Arbeiterbewegung in diesem Land angetan haben.

Der einzige Erfolg der Stimmabgabe für die Volksfront und insbesondere für die LFI wird darin bestehen, einem Teil der Führer dieser Gruppierungen den Zugang zu den Futtertrögen der Macronisten in der Regierung oder im Parlament zu ermöglichen. Die Bürokraten und die LFI-Politiker, die mit Mélenchon gebrochen haben, werden sich so noch mehr kompromittieren, während die Illusionen in die Mélenchonisten, die von diesem schamlosen Zirkus ausgeschlossen wurden, zunehmen werden. Der Wechsel eines Teils der Mélenchonisten in die Lager von PS und Macron ist kein trauriger, unerwarteter und unnatürlicher Epilog. Die Arbeiter müssen verstehen, dass das der Zweck einer populistischen bürgerlichen Formation wie der LFI ist: der Bourgeoisie einen liberalen parlamentarischen Ausweg zu bieten, selbst wenn ein solcher Ausweg unmöglich erscheint. Und auf der anderen Seite werden die Arbeiter mehr Illusionen in die LFI-Rebellen haben, die bei Mélenchon geblieben sind, was die Arbeiterkämpfe ebenfalls lähmen wird.

So oder so wird die Arbeiterklasse noch weiter geschwächt werden, und der unweigerlich auf uns zukommende Sieg des RN wird unter viel schlechteren Bedingungen für Arbeiter und Minderheiten stattfinden. So ist die angeblich gewonnene Zeit bis zum vollständigen Sieg des RN also Zeit, die letztlich gegen uns arbeitet. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir mit parlamentarischen Mitteln nicht verhindern können, dass Le Pen an die Macht kommt; dazu müssen wir eine ***Arbeiteropposition*** gegen die Volksfront aufbauen, die Le Pen gerade den Weg ebnet.

Wie wir den RN stoppen

Um den Aufstieg des RN zu stoppen, brauchen wir ein Programm mit Forderungen und eine Führung, die in der Lage ist, die Arbeiter in den Kampf zu führen, um der Bourgeoisie diese Forderungen abzuringen. Wir haben einen großen Teil unseres letzten Flugblatts für die zweite Wahlrunde darauf verwendet, zu skizzieren, wie ein solches Kampfprogramm aussehen könnte (siehe „Avec le NFP c’est Le Pen à l’Élysée – Aucun vote au 2e tour!“ [Mit der NFP landet le Le Pen im Élysée-Palast], *Le Bolchévik* Nr. 236, August 2024). Wir wollten zeigen, dass die Mélenchonisten in jeder Phase als Bremse für den Kampf um diese Forderungen fungieren werden, wie beim Kampf um die Renten, bei der Verteidigung der Jugendlichen in den quartiers nach der Revolte vor einem Jahr und in der Bewegung für die nationale Befreiung der Palästinenser. Man kann der Liste auch den Kampf für die nationale und sozialistische Befreiung des Kanak-Volkes hinzufügen, wo die Mélenchonisten versuchen, die Kolonialabkommen von Matignon und Nouméa zu retten, damit der französische Imperialismus einen Fuß im Pazifik behalten kann…

Und nun geben RP und NPA-R großartige Erklärungen ab, dass es notwendig sei, zu kämpfen. RP leitet ihren ersten Artikel, der die zweite Runde kommentiert, mit der Feststellung



Spartacist

Streikende französische Eisenbahner demonstrieren gegen Renten-„Reform“, Dezember 2019. Niederlage im Rentenkampf in den Jahren 2019/20 und erneut 2023 stärkte die Reaktion

Wie sie ihre eigenen schönen Worte verrieten

Vor dem ersten Wahlgang...

„Das Wahlbündnis Neue Volksfront (NFP) präsentiert sich als das Gegenmittel zum RN. Dabei vergessen sie, dass der Aufstieg der extremen Rechten in den letzten vierzig Jahren durch die Verrätereien der regierenden Linken vorangetrieben wurde."
– *Lutte Ouvrière*, 21. Juni

„Für uns ist es wichtig zu zeigen, dass wir gegen die Volksfront sind, weil ihre Politik in völligem Widerspruch zu unserer steht. Das Wichtige ist, die Existenz einer kommunistischen, revolutionären und internationalistischen Strömung zu bekräftigen."
– Brief an LO, 12. Juni

„In diesem Zusammenhang halten wir es für wichtig, dass die extreme Linke bei dieser Wahl nicht völlig aufgelöst und zersplittert auftritt, sondern eine Form der Einheit zum Ausdruck bringt, die nichts mit der ‚Volksfront' der institutionalisierten Linken zu tun hat. Eine Wahlfront, die auf der Klassenunabhängigkeit basiert..."
– Brief an LO und NPA-R, 11. Juni







...danach

„Diejenigen, die für Lutte ouvrière gestimmt haben, wollen vielleicht für einen Kandidaten der Neuen Volksfront gegen den RN stimmen. Wenn das so ist, können sie es ohne Scham tun."
– Betriebsbulletins, 1. Juli

„Wir rufen aber dort, wo ein LFI- oder PCF-Kandidat gegen den RN kandidiert, oder ausnahmsweise, wo die Kandidatur einer anderen linken Partei dies rechtfertigt, dazu auf, diese Kandidaten zu wählen."
– Pressemitteilung, 1. Juli

„Die Grünen und insbesondere die PS sind bürgerliche Organisationen... Was die anderen Organisationen angeht, aus denen sich die NFP zusammensetzt, mögen lokale Bedingungen und der Kontext der zweiten Runde eine kritische Stimmabgabe für ihre Kandidaten rechtfertigen."
– Révolution Permanente, 3. Juli

ein, dass angesichts der Rechten „nur die Kämpfe von Arbeitern, der Jugend und der quartiers es ermöglichen werden, unsere Forderungen durchzusetzen und die extreme Rechte dauerhaft zurückzudrängen". Leider ist RP weit davon entfernt, daraus die notwendigen Schlussfolgerungen in Bezug auf die Führung zu ziehen, und begnügt sich damit, die bestehenden Gewerkschaftsführungen, die gerade vier Wochen lang für die Volksfront geworben haben, nach links drängen zu wollen. RP schloss ihren Artikel mit der Aufforderung, dass „die Führungen der Arbeiterbewegung, angefangen bei der CGT, sich an die Spitze dieser Arbeit stellen müssen, indem sie aufhören, sich der institutionellen Linken unterzuordnen". Leute wie Céline Verzeletti (CGT-Gewerkschaftsführerin, die zuvor eine „Gewerkschaft" von Gefängniswärtern führte) sollen auf einmal eine Erleuchtung haben? Im Ernst? Dabei hatte sich RP doch gerade der Auffassung angeschlossen, man könne für die Mélenchonisten und die PCF stimmen. Damit verhinderte sie doch gerade, dass linke Gewerkschaftsaktivisten mit der Volksfront brechen und ernsthaft für die Forderungen der Arbeiter zu kämpfen beginnen.

Der Bankrott der Linken bei diesen Wahlen

Ich komme also noch einmal auf die Kapitulation der Linken im zweiten Wahlgang zurück. Es wäre ihre Pflicht gewesen, vor dem ersten Wahlgang und während der gesamten Wahlkampfwoche bis zum zweiten Wahlgang die Notwendigkeit zu erklären, sich gegen die Volksfront zu stellen. Stattdessen führten LO und RP im ersten Wahlgang nur symbolische Kampagnen durch, in denen erstere ausdrücklich verneinte, dass ihre Listen bei der Neuorganisierung der Linken ein Faktor sein könnte, und RP öffentlich verkündete, sie führe keinen Wahlkampf gegen die Volksfront.

Gewiss sah es so aus, als ob die NPA-R deutlich konsequenter versuchte, einen der Volksfront entgegengesetzten Anti-RN-Arbeiterblock zu schmieden. Aber genau deshalb war ihr Aufruf vor dem zweiten Wahlgang, LFI-PCF oder sogar von Fall zu Fall andere linke Kandidaten zu wählen, umso verheerender. Für die Aktivisten der NPA-R ist es ein Lehrstück in Zynismus, drei Wochen lang zu predigen, wie es im Brief der NPA-R an LO vom 12. Juni heißt: „Für uns ist es wichtig zu zeigen, dass wir gegen die Volksfront sind", um dann, wenn der Druck der Volksfront zwischen den Wahlgängen ansteigt, im Wesentlichen zu sagen, dass es für die NPA-R wichtig sei zu zeigen, dass sie ***nicht*** gegen die Volksfront sei und sie sogar dazu aufrufe, für einige ihrer Bestandteile zu stimmen. Die NPA-R sprach sogar von der Möglichkeit, von Fall zu Fall für bestimmte Kandidaten anderer Parteien als LFI und PCF zu stimmen, also für die PS von Hollande-Faure und die Grünen.

Dasselbe gilt für Révolution permanente. Zwischen den beiden Wahlgängen schwor sie jeglicher Unabhängigkeit gegenüber den linken Bürokratien ab und rief zur Wahl der LFI und der PCF auf, wodurch sie den Aufbau einer revolutionären ***Opposition*** gegen diese Verräter ***behinderte***. Wir hatten in unserem Flugblatt vom 1. Juli öffentlich die Vermutung ausgesprochen, dass RP dies tun würde, da ihre Kampagne nicht in Opposition zur Volksfront stand. Und tatsächlich erklärte RP schließlich am 3. Juli, dass „lokale Bedingungen und der Kontext der zweiten Runde eine kritische Stimmabgabe für ihre Kandidaten rechtfertigen mögen", d. h. für die Kandidaten von LFI und PCF.

Es war einfach, jegliche Stimmabgabe für Hollande und seine Sozialistische Partei abzulehnen angesichts der Abscheu, den diese Partei wegen ihrer Verbrechen gegen die Arbeiterklasse während ihrer Regierungszeit immer noch hervorruft; da waren das El-Khomri-Gesetz, der anderthalbjährige Ausnahmezustand, der Gesetzentwurf über den Entzug der französischen Staatsbürgerschaft usw. usf. Die

eigentliche Frage war, sich gegen die LFI, den linken Flügel der Volksfront, zu stellen. Hierin haben die Leute Illusionen, und es sind gerade diese Illusionen, die den relativen Erfolg der Volksfront ermöglichten. Eine echte Opposition zur Volksfront erfordert den Kampf gegen Mélenchons Einfluss gerade in den Fragen, die ihm seine politische Autorität unter den Arbeitern eingebracht haben, genau in den Fragen, die der Bourgeoisie die Haare zu Berge stehen lassen: seine platonische Verteidigung der quartiers und Palästinas. Man musste zeigen, dass diese Autorität ***unzulässigerweise angeeignet*** wurde, da die Mélenchonisten aufgrund ihres Republikanismus nichts Konkretes tun können, um diese roten Linien der Bourgeoisie zu verletzen, und tatsächlich auch nichts Konkretes getan haben. Die Weigerung der radikalen Linken, diesen Kampf gegen den Mélenchonismus zu führen, kann angesichts einer fehlenden Alternative nur zur Demoralisierung einerseits und zur Stärkung des Einflusses des bürgerlichen mélenchonistischen Populismus andererseits führen…

LO positionierte sich einige Millimeter links von NPA-R und RP. Zwar erklärte sie nicht wie RP, dass es „gerechtfertigt“ wäre, LFI und PCF zu wählen, doch sollte man sich nicht schämen, dies zu tun. Ich zitiere: „Diejenigen, die für Lutte ouvrière gestimmt haben, wollen vielleicht für einen Kandidaten der Neuen Volksfront gegen den RN stimmen. Wenn das so ist, können sie es ohne Scham tun.“

Mit anderen Worten: Wenn du im ersten Wahlgang für LO gegen die Volksfront gestimmt hast, macht es nichts, wenn du im zweiten Wahlgang letztere unterstützt. Ihr habt im ersten Wahlgang für das Arbeiterlager gestimmt, nun, das Arbeiterlager hat sich bei Schließung der Wahllokale am 30. Juni aufgelöst, danach könnt ihr ruhig für das Lager der Bourgeoisie stimmen. Genau so hat LO während des Wahlkampfs das Wesen der Volksfront erklärt, und zwar zu Recht. LO weiß genau, dass eine Stimme für die NFP bedeutet, sich mittels der politischen Kaste der Bourgeoisie an diese zu ketten. Sie haben selbst gesagt, dass es bedeutet, die Arbeiter der Bourgeoisie auszuliefern, wobei sie sagen: „Wir haben euch gewarnt.“ …

Das ist das genaue Gegenteil der Rolle einer Avantgardepartei, die darin besteht, gegen den Strom zu schwimmen, wenn eine fieberhafte Kampagne läuft, um die Arbeiter an die republikanische Front und damit an die Bourgeoisie zu ketten, indem die Schreckensgestalt des RN beschworen wird. LO ist mit Haut und Haaren im stinkenden Sumpf der Volksfront versunken. Für LO ist das wirklich eine tief verwurzelte Haltung; sie rühmen sich damit, nahe am Puls der Arbeiter zu sein, man müsse sich an das Bewusstsein der Arbeiter anpassen. Ja, unterdrückte, in Unwissenheit gehaltene und von ihren Führungen hundertfach betrogene Arbeiter wählen die Reaktionäre des RN oder die heuchlerischen sogenannten Progressiven der Volksfront, aber LO nimmt das als Vorwand, um selbst vor der Volksfront zu kapitulieren. Das ist eine Haltung voller Feigheit und auch – seien wir doch ehrlich – kleinbürgerlicher Verachtung für die Arbeiterklasse. Das Argument von LO läuft darauf hinaus, dass die fortgeschrittenen Elemente der Klasse, diejenigen, die LO wählen, nicht in der Lage sind, revolutionäre Richtlinien oder auch nur klare Wahlanweisungen zur Klassenunabhängigkeit zu verstehen und zu befolgen.

Das ist umso bedauerlicher, als die Wählerschaft von LO zwar nicht in die Millionen geht, aber immerhin mehr als 350 000 ausmachte. Besonders unter ihnen werden sich die ersten Kader der revolutionären Arbeitermassenpartei befinden, zu deren Aufbau sowohl LO als auch wir selbst aufrufen. Aber das Erste, was dafür getan werden muss, ist, genau diese Wähler dazu aufzurufen, sich den Sirenen der Volksfront entgegenzustellen. Anstatt ihr Bewusstseinsniveau zu heben, versteckte sich LO hinter dem am wenigsten fortgeschrittenen Teil ihrer Wähler und überließ es ihnen, für die Volksfront zu stimmen, wenn ihnen danach ist.

Die kommende Periode kann nur dann als Atempause gesehen werden, wenn die marxistische Linke ihre katastrophale Politik in diesem Wahlkampf aufgibt und sich direkt daran macht, für einen der Volksfront entgegengesetzten Arbeiterpol zu kämpfen. Wenn sie das nicht dringend und ohne zu zögern tut, wird jede Sekunde dieser neuen Volksfront zu weiteren Niederlagen und einer noch tieferen Demoralisierung der Arbeiterklasse beitragen – mit anderen Worten, es wird den Vormarsch des RN in Richtung Präsidentschaft beschleunigen. Wir haben wenig Grund, in Bezug auf die radikale Linke optimistisch zu sein, aber wir werden keine passiven Zuschauer sein, die einfach mit verschränkten Armen dastehen und über die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution eines schönen Tages schwadronieren, wie es LO tut. Wir werden auch keine leeren Phrasen wie „Revolution ist dringend“ von uns geben, wie es die NPA-R tut. Die Zeit ist reif, eine Bilanz der Niederlagen zu ziehen seit dem Rentenkampf, der Revolte in den quartiers, der Palästina-Bewegung und jetzt diesem neuen Vormarsch des RN. Die Zeit ist reif für den Bruch mit der Volksfront als Voraussetzung dafür, dass die Arbeiterklasse für ihre eigenen unmittelbaren Klasseninteressen kämpft und auf die Revolution zusteuert. Das ist die Perspektive, die wir vorschlagen. Vielen Dank. ■

Ein Kampfprogramm gegen den RN

Um sofort mit dem Aufbau von Oppositionspolen zu beginnen, die eine alternative Führung zu den Mélenchonisten und den Gewerkschaftsbürokraten bieten, schlägt die Ligue trotskyste de France der Linken folgende Losungen vor:

- **Enteignet die Banken!**
  Für eine Planwirtschaft, um das Land zu reindustrialisieren!
- **Nieder mit NATO und EU!**
  Keine Militärhilfe für die Ukraine!
  Nieder mit dem französischen Imperialismus!
- **Freiheit für Palästina!**
  Weg mit allen Anklagen gegen pro-palästinensische Aktivisten!
- **Verteidigt die quartiers!**
  Amnestie für alle Jugendlichen, die nach der Revolte von 2023 inhaftiert wurden!
- **Nieder mit dem Gesetz gegen „séparatisme“ und den Einwanderungsgesetzen!**
  Volle Staatsbürgerrechte für alle Einwanderer!
- **Nieder mit dem Verbot von Schleier und Abaya!**
- **Für die sozialistische Unabhängigkeit von Kanaky!**
  Freiheit für alle Kanak-Kämpfer!

Für Arbeitermacht!

Marxisten und Palästina: 100 Jahre Versagen

LEHREN UND PERSPEKTIVEN



Universal Images Group

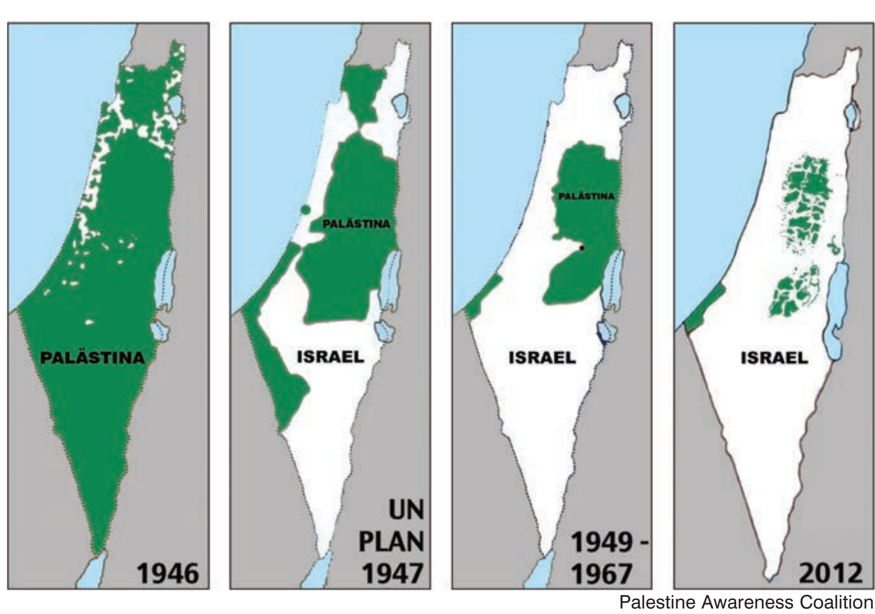
1948: Während Palästinenser in der Nakba aus ihrer Heimat vertrieben werden, feiern israelische Kommunisten auf einem Plakat Stalins Unterstützung für den zionistischen Staat – ein monumentaler Verrat

Der folgende Artikel beruht auf einem Referat, das Lital Singer auf einer Sitzung des Internationalen Exekutivkomitees der IKL im März 2024 gehalten hat.

Der Gazastreifen liegt in Schutt und Asche. Israelische Bombenangriffe und Bodenoffensiven haben in neun Monaten unzählige Palästinenser abgeschlachtet und dieses Freiluftgefängnis in eine Hölle auf Erden verwandelt. Im Westjordanland vertreiben israelische Truppen und zionistische Schlägertrupps die Palästinenser aus ihren Häusern, die sie mit Bulldozern dem Erdboden gleich machen, um neue jüdische Siedlungen zu errichten. Die Massenproteste, die nach der Offensive der Hamas am 7. Oktober weltweit ausbrachen, haben diesem Völkermord kein Ende gesetzt, und die Bewegung verliert an Schwung. Die arabischen Staaten ihrerseits haben für die belagerten Palästinenser meist nur leere Unterstützungsgesten übrig. Von den USA mitgetragene Waffenstillstandsverhandlungen, UN-Resolutionen und Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs dienen nur als diplomatisches Feigenblatt, während die USA und andere imperialistische Mächte den zionistischen Staat weiter aufrüsten und unterstützen. Unterdessen kommt Israel seinem zionistischen Ziel immer näher, ganz Palästina zu besetzen, from the River to the Sea.

Inmitten dieser Katastrophe wiederholen die meisten Linken die absurde Behauptung der palästinensischen Nationalisten, der Kampf komme gut voran und sei auf dem Weg zum Sieg. Eine gängige Parole ist „Palästina ist fast frei“. Es stimmt, dass die Sache der Palästinenser in der Öffent-

lichkeit viel Sympathie genießt, dass Israel Hunderte von Soldaten verloren und sein internationaler Ruf gelitten hat. Aber die Palästinenser stehen vor der Vernichtung, nicht vor der Befreiung. Um dem palästinensischen Kampf einen Weg nach vorn zu weisen, muss man als erstes die Wahrheit über die gegenwärtige Situation sagen. Weit davon entfernt, jubeln die meisten marxistischen Gruppen international die Bewegung hoch, während diese auf ihre Niederlage zusteuert. Anstatt für einen anderen Kurs zu kämpfen, folgen sie der Führung der Bewegung, ob liberal oder nationalistisch. So sind die sogenannten Marxisten zwar im Kampf allgegenwärtig, aber für dessen Ausgang weitgehend irrelevant.



Palestine Awareness Coalition

Palästina verschwindet

Das ist kein neues Problem, sondern nur eine Neuauflage des seit einem Jahrhundert andauernden Versagens der marxistischen Bewegung, eine revolutionäre Strategie für den palästinensischen Befreiungskampf zu formulieren. Vom Zickzackkurs der frühen Kommunistischen Partei Palästinas (PKP) über Stalins Unterstützung für die Nakba 1948 bis hin zur Hochjubelung von Jassir Arafats Palästinensischer Befreiungsorganisation (PLO) in den 1970er-Jahren hat die marxistische Bewegung in der Palästinafrage eine katastrophale Bilanz vorzuweisen, da sie sich nicht als ernstzunehmender Pol gegen Zionismus, Nationalismus und Imperialismus erwiesen hat. Heute ist es dringender denn je, die Lehren aus diesem Versagen zu ziehen und einen Kurs aufzuzeigen, wie der zionistische Staat besiegt und der Weg zur Befreiung und sozialen Emanzipation der Palästinenser geebnet werden kann.

Das ist das Ziel dieses Dokuments, das auf der Grundlage einer materialistischen Analyse der Palästinafrage die Ursache für das Scheitern in der Vergangenheit erklärt und einen Weg aufzeigt, der wirklich zum Sieg führt.

Der Charakter der Palästinafrage

Um die Palästinafrage zu verstehen, muss man ihre Ursprünge und ihre Entwicklung betrachten. Im Ersten Weltkrieg eroberten die Briten das Territorium Palästinas vom zerfallenden Osmanischen Reich. Zu dieser Zeit war die jüdische Bevölkerung eine kleine, schon lange in dem Gebiet ansässige Minderheit. Doch in der Balfour-Deklaration von 1917 unterstützten die Briten das zionistische Kolonialprojekt, aus diesem arabischen Land eine jüdische „Heimstätte“ herauszuschneiden. Dieses zynische Manöver sollte einen nationalen Konflikt in der Region schüren, um die britische Herrschaft besser durchsetzen zu können. Jüdische Kolonisten aus Europa wanderten nach Palästina aus, kauften Land von arabischen Großgrundbesitzern und vertrieben massenhaft die Bauern. Da der Zionismus für sein Überleben auf die direkte Unterstützung des Imperialismus – zunächst des britischen, dann des amerikanischen – angewiesen war, baute sich die jüdische Siedlerkolonie zu einer Festung der imperialistischen Reaktion gegen den übrigen Nahen Osten aus.

Der Zionismus war von Anfang an eine reaktionäre nationalistische Antwort auf die Unterdrückung der Juden und beruhte auf der Enteignung und Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seinem Heimatland. Die Zionisten gingen unter den Losungen „Eroberung der Arbeit“ und „Eroberung von Land“ nach Palästina, wohl wissend, dass Arbeit und Land durch die Vertreibung der arabischen Bevölkerung erobert werden sollten. Rechtsgerichtete Zionisten, die allgemein als „Revisionisten“ bezeichnet wurden, haben dieses Ziel immer konsequent verfolgt. Der liberale Zionismus, in der Vergangenheit als „sozialistischer“ oder Arbeiterzionismus bekannt, war immer heuchlerisch und versuchte, die erhabenen Prinzipien des „Sozialismus“ und der liberalen Demokratie mit der völkermörderischen Logik des zionistischen Projekts zu vereinbaren.

Natürlich rief die zionistische Expansion in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bei der arabischen Bevölkerung



picture alliance / Anadolu | Halil Sagirkaya

Berlin, November 2023: Machtlose liberale Appelle der Palästina-Bewegung konnten den israelischen Völkermord nicht stoppen. Nur revolutionäre Führung kann Freiheit Palästinas erkämpfen.



Hulton Archive

Arabische Gefangene im britisch besetzten Jerusalem, 1938

eine wachsende Gegenreaktion hervor, die sich in immer heftigeren Aufständen entlud. Gerade durch diese Kämpfe entwickelten die Palästinenser ein Nationalbewusstsein, das sich von dem der arabischen Bevölkerung in der übrigen Region unterschied. Ursprünglich kamen die Führer des palästinensischen Kampfes aus den Schichten der traditionellen arabischen Eliten, deren Interessen durch die Zionisten unmittelbar bedroht waren. Diese Schichten waren aber auch mit den Briten verbunden, die ihnen eine privilegierte Stellung gegenüber den arabischen Massen garantierten. Von den frühen traditionellen Eliten bis zu den modernen Nationalisten vertrat die Führung der palästinensischen Bewegung immer die Interessen einer Oberschicht, die zwar gezwungen ist, dem zionistischen Projekt entgegenzutreten, aber aufgrund ihrer Klassenlage unfähig ist, dem Imperialismus und dem Zionismus Niederlagen zuzufügen.

Die brutale Ausbeutung der Palästinenser und ihr heldenhafter Widerstand stellen sie an die Spitze des Kampfes gegen den Imperialismus im Nahen Osten. Doch die arabischen, türkischen und iranischen Massen sind gespalten und auf rivalisierende Staaten verteilt, die von einer Clique von Monarchen, Klerikern und Diktatoren regiert werden, die ihre reaktionären Interessen über den Kampf gegen Imperialismus und Zionismus stellen. Das historische Problem der palästinensischen Befreiungsbewegung besteht darin, dass sie die Unterstützung dieser Oberschichten sucht, anstatt die gesamte arbeitende Bevölkerung des Nahen Ostens zu vereinigen im Kampf gegen ihre eigenen Herrscher und die imperialistischen Oberherren. Dieses Problem ergibt sich aus dem Nationalismus selbst, der Konflikte ausschließlich durch die Brille des nationalen Antagonismus betrachtet. So können sich die palästinensischen Nationalisten nur vorstellen, gegen die gesamte israelische Nation zu kämpfen – eine Schlacht, die sie nicht gewinnen können –, sich auf die arabischen Regime zu verlassen, auf die sie nicht zählen können, und zwischen den Großmächten zu manövrieren, die direkt von der Unterdrückung der Palästinenser profitieren.

Der entscheidende Punkt bei der Palästinafrage ist, dass zwei Nationen das gleiche Territorium beanspruchen und beide nirgendwo anders hingehen können. Eine Wiedergutmachung des historischen Unrechts, das den Palästinensern angetan wurde, kann nicht dadurch erreicht werden, dass auf einem Bruchteil des historischen Landes Palästina ein palästinensischer Rumpfstaat errichtet wird, der ständig durch den weitaus mächtigeren zionistischen Staat bedroht ist. Auch nicht durch eine Konfrontation mit der gesamten israelischen Nation, die mit Sicherheit bis zum Tod für ihre nationale Existenz kämpfen wird. Vielmehr muss der zionistische Staat von innen heraus zerschlagen werden, indem das Band, das die Arbeitermassen mit dem zionistischen Projekt verbindet, durchtrennt wird. Grundlage dafür sind die Klasseninteressen der Arbeiter in Israel. Sie werden von den zionistischen Machthabern selbst ausgebeutet und entwürdigt durch die Unterdrückung der Palästinenser und ihre Rolle als Spielball der Imperialisten in der Region. Die Emanzipation der israelischen Arbeiterklasse geht Hand in Hand mit der nationalen Befreiung Palästinas. Wie Engels schrieb, ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren.

Die Kernfrage Palästinas ist ein nationales Problem, das aber nicht in einem rein nationalen Rahmen gelöst werden kann. Jeder Schritt hin zur palästinensischen Freiheit richtet sich gegen die gesamte kapitalistische Ordnung im Nahen Osten. Deshalb ist es offensichtlich, dass der palästinensische Befreiungskampf eine revolutionäre Führung braucht, die die nationale Frage mit der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse in der gesamten Region verbindet. Mit anderen Worten: das trotzkistische Programm der permanenten Revolution. Genau mit diesem Ansatz werden wir versuchen, die Bilanz der marxistischen Bewegung in der Palästinafrage auszuwerten.

Die jüdische Frage: Kommunismus kontra Zionismus

Die marxistische Bewegung verfügt über eine solide Grundlage in der nationalen und jüdischen Frage. In *Die jüdische Frage – Eine marxistische Darstellung* (Mehring Verlag, Essen 1995), geschrieben während des Zweiten Weltkriegs, lieferte der belgische Trotzkist Abraham Léon ein materialistisches Verständnis von der Unterdrückung der Juden. Er erklärte, wie die Juden im Feudalismus als Geldverleiher eine besondere wirtschaftliche Funktion erfüllten, die im Kapitalismus nicht mehr benötigt wurde. In Westeuropa öffneten die bürgerlichen Revolutionen die Türen der Ghettos, und die Assimilierung der Juden schien eine vollendete Tatsache zu sein.

Doch als in Osteuropa der Zusammenbruch der Feudalgesellschaft den Juden ihre materielle Existenzgrundlage raubte, gab es keine weit verbreitete Industrialisierung, die es den Millionen überflüssig gewordenen Zwischenhändlern ermöglicht hätte, sich in das Proletariat zu integrieren. Vor allem im Ansiedlungsrayon, dem westlichen Gebiet des Russischen Reiches, war das Leben der Juden von Verelendung im Schtetl (jüdisches Dorf) und häufigen Pogromen geprägt. Ein kleiner Teil der jüdischen Bevölkerung wurde Kapitalist oder Proletarier; ein größerer Teil wanderte aus und stoppte damit die Tendenz zur Assimilation in den westlichen Ländern. Die Mehrheit verharrte weiterhin im Elend der kleinen Kaufleute und wurde „zwischen zwei Systemen zerrieben: dem Feudalismus und dem Kapitalis-

„Im Namen des jüdischen Proletariats und der arbeitenden Massen protestieren wir daher aufs Schärfste dagegen, dass unter dem Vorwand der nationalen Befreiung eine privilegierte jüdische Minderheit der Bevölkerung Palästinas aufgenötigt wurde. Eine solche Politik ist eine blanke Vergewaltigung des Rechts der arabischen arbeitenden Massen in ihrem Kampf für Unabhängigkeit und für die vollständige Besitznahme des Landes und aller Erträge ihrer Arbeit.

Die Losung des jüdischen Proletariats und jedes Freundes der werktätigen Massen und jedes Kämpfers für nationale Befreiung muss lauten: ‚Hände weg von Palästina!'"

– Auszug aus der Erklärung des Zentralbüros der jüdischen Sektionen der Kommunistischen Partei Russlands, Baku (1920)



Harvard College Library

Kongress der Völker des Ostens, organisiert von der Komintern, Baku, 1920

mus, von denen jeder den Fäulnisprozess des anderen vorantreibt", wie Léon schrieb.

Die bolschewistische Revolution von 1917 befreite die Juden des Russischen Reiches und führte sie in großer Zahl weg vom Zionismus und hin zum Banner des Kommunismus. Sie sahen ihre Zukunft in der Zerschlagung der alten Wirtschaftsordnung, in der für sie kein Platz mehr war, und im Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft. Kommunismus und Zionismus waren von Natur aus Gegensätze, und die junge Kommunistische Internationale (KI) bekämpfte den Einfluss des Zionismus. So hieß es in den „Leitsätzen über die Nationalitäten- und Kolonialfrage" des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale 1920:

> „Als ein krasses Beispiel des Betrugs der arbeitenden Klassen jener unterdrückten Nation, zu dem der Ententeimperialismus und die Bourgeoisie der betreffenden Nation ihre Bemühungen vereinigen, kann die Palästinaaffäre der Zionisten bezeichnet werden (wie der Zionismus überhaupt unter dem Deckmantel der Schaffung eines Judenstaates in Palästina tatsächlich die arabische Arbeiterbevölkerung Palästinas, wo die werktätigen Juden nur eine kleine Minderheit bilden, der Ausbeutung Englands preisgibt)."
>
> – *Der zweite Kongress der Kommunistischen Internationale, Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau* (Karl Liebknecht Verlag, Erlangen 1972)

Auf das Ansuchen von Poale Zion (Arbeiter von Zion), der Komintern beizutreten, erwiderte das Exekutivkomitee der KI in einem Brief vom August 1921: „***In Ihrer Bewegung gibt es Tendenzen, die prinzipiell mit denen der Kommunistischen Internationale unvereinbar sind.***" Es wandte sich gegen die Vorstellung, dass die Ansiedlung von Juden in Palästina ein Akt der Befreiung sei, und betonte: „***Die vollständige Beseitigung einer solchen Ideologie ist die wichtigste Bedingung, die zu stellen wir uns gezwungen sehen***" (*Bulletin of the Executive Committee of the Communist International* Nr. 2, 20. September 1921). Außerdem forderte das Exekutivkomitee, dass sich Poale Zion der jüdischen Auswanderung nach Palästina entgegenstellt und sich in Kommunistische Partei Pälästinas umbenennt, um zu zeigen, dass sie nicht nur die jüdischen Arbeiter, sondern auch die arabischen Werktätigen vertreten wollte. Als die Mehrheit von Poale Zion sich weigerte, diese Bedingungen zu akzeptieren, stellte die Komintern klar, dass sie „zu großen Konzessionen auf dem Gebiete der Propaganda und Organisation bereit [war], um dadurch selbst dem rückständigen Teile des jüdischen Proletariats die Entwicklung zum Kommunismus zu erleichtern", und weiter: „Das einzige Verhältnis der Kommunisten zum Poale-Zion-Verband nach Ablehnung der Eintrittsbedingungen ist nun der schärfste Kampf" („An die Kommunisten aller Länder! An das jüdische Proletariat", *Internationale Presse-Korrespondenz*, 29. Juli 1922).

Kommunistische Partei Palästinas: zwischen Zionismus und arabischem Nationalismus

Als die Kommunistische Partei Palästinas (PKP) 1924 in die Komintern aufgenommen wurde, hatten in der Sowjetunion die Stalinisten die politische Macht übernommen und die KI befand sich auf dem Weg zur Degeneration. Aus einem Instrument der Weltrevolution wurde ein Anhängsel der stalinistischen Außenpolitik, die auf der reaktionären Perspektive des Aufbaus des Sozialismus in einem Land bei friedlicher Koexistenz mit dem Imperialismus beruhte. So war die Triebfeder der KI bei ihren Interventionen in die PKP nicht, was für den Aufbau einer revolutionären Partei notwendig ist.

Bei ihrer Gründung lehnte die PKP den Zionismus offiziell ab, aber dieser Bruch war nur unvollständig. Die PKP war aus dem linken Flügel der Poale Zion hervorgegangen, und ihre Mitglieder identifizierten sich nach wie vor mit dem linken Zionismus. Die Partei setzte sich hauptsächlich aus jüdischen Siedlern zusammen, die bei ihrer Ankunft nichts über Palästina wussten und den dort lebenden Menschen kaum Aufmerksamkeit schenkten. Ihre Mitgliedschaft war höchst instabil, da viele, die für den Kommunismus gewonnen worden waren, Palästina einfach verließen, um „der zionistischen Hölle" zu entkommen.

Die PKP versuchte zwar, Araber und Juden zu vereinen, aber sie tat dies, ohne sich frontal gegen den Zionismus zu stellen. So rief die Vorläuferorganisation der PKP in ihrem Flugblatt zum 1. Mai 1921 die arabischen Arbeiter dazu auf, sich der Demonstration der Kommunisten anzuschließen, und erklärte, dass jüdische Arbeiter als Verbündete im gemeinsamen Kampf gegen arabische und jüdische Kapitalisten nach Palästina gekommen seien. Das stieß natürlich auf taube Ohren, denn gleichzeitig vertrieben die Zionisten arabische Bauern von ihrem Land und arabische Arbeiter von ihren Arbeitsplätzen. Die Herangehensweise



Hulton Archive



Matson Photograph Collection

Links: Zionistische „Fliegende Brigade“, 1930er-Jahre. Rechts: Arabischer Aufstand gegen britische Oberherrschaft brach 1936 aus, als jüdische Masseneinwanderung Enteignung von Palästinensern beschleunigte

der PKP lief im Grunde auf die Forderung hinaus, als Vorbedingung zur Einheit sollten die arabischen Massen ihre legitimen nationalen Bestrebungen aufgeben; um sich gegen die Bosse zu „vereinen“, müsse der Kampf gegen den Zionismus warten.

Diese Position war völlig entgegengesetzt zur leninistischen Herangehensweise an die nationale Frage. Wie Lenin in „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ (Januar/Februar 1916) darlegte:

> „Das Proletariat der unterdrückenden Nationen kann sich mit den allgemeinen, schablonenhaften, von jedem Pazifisten wiederholten Phrasen gegen Annexionen und für die Gleichberechtigung der Nationen überhaupt nicht begnügen... Das Proletariat muss die Freiheit der politischen Abtrennung der von ‚seiner‘ Nation unterdrückten Kolonien und Nationen fordern. Andernfalls wird der Internationalismus des Proletariats zu leeren Worten; weder Vertrauen noch Klassensolidarität unter den Arbeitern der unterdrückten und der unterdrückenden Nation sind möglich.“

Auch wenn es in Palästina nicht um politische Abtrennung ging, behält Lenins Argument seine volle Gültigkeit. Jüdische Kommunisten in Palästina hatten und haben weiterhin zuallererst die Pflicht, sich der nationalen Unterdrückung der Palästinenser entgegenzustellen. Erst auf dieser Grundlage kann von Klasseneinheit überhaupt die Rede sein.

Genau diese Lehre lehnen viele sogenannte Kommunisten heute ab, wenn sie Einheitsappelle herausgeben, die nicht die Befreiung der Unterdrückten zur Grundlage haben. Lutte Ouvrière (LO) ist dafür berüchtigt und marschiert in den Straßen von Paris stolz unter Bannern mit der Aufschrift: „Gegen Imperialismus und seine Manöver, gegen Netanjahu und Hamas, Proletarier Frankreichs, Palästinas, Israels ... Vereinigt euch!“ Noch einmal, die Einheit wird nur ***durch die nationale Befreiung der Palästinenser*** erreicht werden, was LO ablehnt. Wie nicht anders zu erwarten, verklärt LO auch die Anfänge der PKP.

Von Mitte der 1920er- bis Mitte der 1930er-Jahre intervenierte die KI, um der PKP eine Ausrichtung auf die arabische Mehrheit aufzuzwingen. Dies war tatsächlich notwendig, wurde aber von den Stalinisten mit bürokratischen Methoden und im Dienste reformistischer Ziele durchgeführt. Die KI verlangte schließlich von den PKP-Mitgliedern eine Neuregistrierung, mit der sie sich dazu verpflichteten, die Arabisierung der Partei zu unterstützen, und ersetzte den größten Teil der jüdischen Führung durch Araber. Auf politischer Ebene leitete diese Wende einen Zickzackkurs ein zwischen einer pauschalen und sterilen Verurteilung der nationalistischen Führung der Araber, die „nichts weiter als ein Werkzeug der Reaktion“ sei, und einer regelrechten Anbiederung an genau diese Führer (zitiert in Joel Beinen, „The Palestine Communist Party 1919–1948“, *MERIP Reports*, März 1977).

Dieser Wandel in der Partei fiel mit Hitlers Machtübernahme in Deutschland zusammen, die eine Welle deutsch-jüdischer Einwanderung nach Palästina auslöste. Zwischen 1933 und 1936 kamen mehr als 130 000 Juden nach Palästina, und der Jischuv, die Gesamtheit der jüdischen Siedler, wuchs um etwa 80 Prozent. Diese Entwicklungen trieben die Spannungen zwischen Juden und Arabern zu einem neuen Höhepunkt, dem Großen Arabischen Aufstand von 1936–39, einer Erhebung, die von Protesten und Bauernaufständen bis hin zu einem Generalstreik und zum bewaffneten Aufstand reichte.

Die Kommunisten in Palästina unterstützten die Führung des Aufstands und stellten sich anfangs mit ihrer Autorität hinter den Mufti von Jerusalem, Amin al-Husseini, der als der Anführer aufgetreten war. Die PKP pries ihn dafür, dass er „dem extremsten antiimperialistischen Flügel der nationalistischen Bewegung angehört“ (zitiert in Ghassan Kanafani, *The 1936–39 Revolt in Palestine* [Committee for a Democratic Palestine, New York 1972]). Dies als Schönfärberei zu bezeichnen wäre eine grobe Untertreibung. Al-Husseini, das Oberhaupt einer reichen Großgrundbesitzerfamilie, war 1921 vom britischen Hochkommissar in sein Amt berufen worden, der ihn als unverzichtbar für die Aufrechterhaltung der Stabilität in Palästina ansah. Obwohl al-Husseini dem britischen Empire gegenüber loyal war, sah er im zionistischen Projekt eine Bedrohung für die von ihm vertretenen arabischen Eliten, und das trieb ihn dazu, anfangs den Aufstand anzuführen. Als sich die Bewegung jedoch ausweitete, begannen die aufständischen Arbeiter und Bauern die Interessen der Großgrundbesitzer zu bedrohen, einer Klasse, der er selbst angehörte. Also verbündete sich der Mufti 1936 mit den Briten, um den Generalstreik zu beenden, und half ihnen, die erste Phase des Arabischen Aufstands niederzuschlagen.

Es war zweifellos richtig, dass die PKP den Aufstand unterstützte und sogar Seite an Seite mit dem Mufti kämpfte.

Aber dabei hätte sie kritisch vorgehen und den Massen bei jedem Schritt zeigen müssen, wie der Mufti den Kampf behinderte, auch durch seinen Antisemitismus, der es verhinderte, jüdische Arbeiter für diesen Kampf zu gewinnen. Stattdessen unterstützte die PKP diesen klerikalen Führer, der nicht nur die Bewegung in die Niederlage führte, sondern auch buchstäblich die Ermordung von Kommunisten leitete. In „The Palestine Communist Party 1919–1948“ zeigt Joel Beinen, dass die Liquidierung der PKP in die nationalistische Bewegung so weit ging, dass ihre jüdischen Mitglieder aufgefordert wurden, sich an terroristischen Aktionen gegen die jüdische Gemeinschaft zu beteiligen.

Wie nicht anders zu erwarten, war die Politik der PKP bei ihrer jüdischen Basis unbeliebt und riss die Partei auseinander. Angesichts der sich vertiefenden nationalen Spaltung innerhalb der Partei schuf das Zentralkomitee der PKP eine neue Struktur, die Jüdische Sektion. Diese Sektion stand der übereifrigen Unterstützung des arabischen Aufstands kritisch gegenüber und passte sich zunehmend dem Zionismus an. Sie machte „progressive Kreise innerhalb des Zionismus“ aus und rief zu einer Volksfront mit zionistischen Gruppen und Parteien auf. Schließlich forderte das arabisch geführte Zentralkomitee die Auflösung der Jüdischen Sektion. Gegen diese Forderung gab es Widerstand, was zur Spaltung führte.

Die Niederschlagung des Aufstands von 1936–39 festigte die militärische und wirtschaftliche Grundlage für einen eigenständigen zionistischen Staat. Der britische Imperialismus setzte die Hagana, eine zionistische Miliz von mehr als 10 000 Mann, zur Niederschlagung des Aufstands ein. Fast 10 Prozent der erwachsenen männlichen arabischen Bevölkerung Palästinas wurden getötet, verwundet, eingesperrt oder verbannt, darunter auch der Mufti und fast die gesamte nationalistische Führung der Palästinenser. Gleichzeitig wurde ein Straßennetz zwischen den wichtigsten zionistischen Kolonien gebaut, das später einen wesentlichen Teil der Infrastruktur der zionistischen Wirtschaft bildete. Die Hauptstraße von Haifa nach Tel Aviv wurde asphaltiert, der Hafen von Haifa wurde erweitert und vertieft und bei Tel Aviv wurde ein Hafen gebaut, der später den arabischen Hafen von Jaffa ablöste. Darüber hinaus errangen die Zionisten das Monopol bei den Verträgen über den Nachschub für die britischen Truppen, die seit Beginn des Zweiten Weltkriegs nach Palästina strömten.

Dieser neue Konflikt beschleunigte den katastrophalen Kurs der PKP, besonders als sie – auf Befehl Stalins – Palästinenser und Juden gleichermaßen dazu ermahnte, sich gemeinsam mit den Briten an dem „demokratischen“ Krieg gegen das faschistische Deutschland zu beteiligen. In einer Polemik gegen die kleine Gruppe von Trotzkisten in Palästina, die er kurz vor dem Krieg schrieb, betonte Leo Trotzki, wie wichtig es sei, sich gegen beide imperialistischen Lager zu stellen. Er schrieb:

> „Soll auf den revolutionären Defätismus bezüglich der nicht faschistischen Länder verzichtet werden? Hier liegt die Crux der Frage; mit diesem Problem steht und fällt der revolutionäre Internationalismus. Sollten zum Beispiel die 360 Millionen Inder jedem Versuch entsagen, den Krieg für ihre eigene Befreiung zu benützen? Die Erhebung der Inder mitten im Krieg würde unzweifelhaft sehr dabei helfen, Großbritannien zu besiegen. Weiterhin sollten die britischen Arbeiter, wenn der Aufstand der Inder (trotz aller ‚Thesen‘) stattfindet, diesen unterstützen? Oder ist es im Gegenteil ihre Pflicht, die Inder zu besänftigen und in den Schlaf zu lullen – zugunsten eines siegreichen Kampfes des britischen Imperialismus ‚gegen den Faschismus‘? Welchen Weg sollen wir gehen?”
>
> – „Ein Schritt zum Sozialpatriotismus“ (7. März 1939)



In den 1930er-Jahren vom linken Flügel der Poale Zion herausgegebenes Plakat zum 1. Mai mit arbeiterzionistischen Forderungen nach „freiem Zutritt zum Land Israel“ und einem „sozialistischen Israel“

Damit sprach er genau das Problem an, das die PKP polarisierte. In der Tat war die Unterstützung des britischen Imperialismus bei ihren arabischen Mitgliedern unpopulär. Obwohl sie nicht unbedingt gegen die stalinistische Unterstützung des britischen Imperialismus im Krieg waren, war es für sie unerträglich, dass die PKP Araber für die verhasste britische Armee rekrutierte. Innerhalb weniger Jahre sahen sich die arabischen Mitglieder aufgrund dieser Differenz und zunehmender nationalistischer Trennlinien dazu genötigt, sich von der PKP abzuspalten und eine linke Organisation namens Nationale Befreiungsliga zu gründen. Die PKP wurde abermals auf ihre jüdische Mitgliedschaft reduziert. Dieser jüngste Kapitulationskurs sollte den größten Verrat der PKP vorbereiten: die Unterstützung Israels während der Nakba.

Unterstützung der Nakba: Stalins großer Verrat

Am Ende des Zweiten Weltkriegs zerbrach das britische Empire allmählich unter der Last seiner Kriegsanstrengungen und der Überforderung beim Zusammenhalten seines Kolonialreichs. Das führte zum Rückzug der Briten aus Palästina und zur Übergabe der Amtsgewalt an die Vereinten Nationen. 1947 verabschiedete die UN-Generalversammlung einen Teilungsplan, der Palästina in einen arabischen und einen israelischen Staat aufteilte. Letzterem wurden große Gebiete zugewiesen, von denen viele eine arabische Bevölkerungsmehrheit hatten.

Den Zionisten reichte das nicht. Sobald die UNO für die Teilung Palästinas gestimmt hatte, begannen die Zionisten



Plakat der israelischen Kommunisten, 1950, wirbt für jüdisch-arabische Zusammenarbeit und Frieden ... auf dem von den Palästinensern gestohlenen Land

eine Offensive, die schließlich zur Vertreibung von mehr als 700 000 Palästinensern und zur Eroberung von 78 Prozent des historischen Palästinas führte. Aus ganzen Städten wurden die Palästinenser bis auf den letzten Mann, Frau und Kind vertrieben und die Obstplantagen, Industriebetriebe, Transportmittel, Fabriken, Häuser und andere Besitztümer der Vertriebenen beschlagnahmt. Diese massenhafte ethnische Säuberung, aus der Israel hervorging, bekam von den Palästinensern den Namen Nakba – Katastrophe.

Die zionistische Anfangsoffensive löste in der gesamten arabischen Welt Schockwellen aus. In seinem Buch *Der Hundertjährige Krieg um Palästina* (Unionsverlag, Zürich 2024) beschreibt Rashid Khalidi die sich anbahnende Tragödie:

> „In dieser ersten Phase der Nakba vor dem 15. Mai 1948 führte ein Muster ethnischer Säuberungen zur Vertreibung und panikartigen Abreise von insgesamt etwa 300 000 Palästinensern. Bereits waren wichtige städtische, wirtschaftliche, politische, zivilgesellschaftliche und kulturelle Zentren der arabischen Mehrheit zerstört.
>
> Die zweite Phase folgte nach dem 15. Mai: Die neue israelische Armee besiegte die arabischen Armeen, die sich dem Krieg anschlossen. Mit ihrer verspäteten Entscheidung zur militärischen Intervention handelten die arabischen Regierungen unter starkem Druck der arabischen Öffentlichkeit, die durch den Fall der palästinensischen Städte und Dörfer und die Ankunft von Wellen mittelloser Flüchtlinge in den benachbarten Hauptstädten zutiefst aufgewühlt war.“

Wie Khalidi erwähnt, intervenierte die Arabische Liga, eine Koalition hauptsächlich aus Ägypten, Transjordanien, Irak und Syrien, gegen Israel. Der König von Transjordanien, Abdullah I., spielte in diesem Konflikt eine zentrale Rolle. Nachdem er zunächst mit den Briten und den Zionisten konspiriert hatte, um die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates zu verhindern und sodann einen Teil von dessen Territorium zu annektieren, wurde er schließlich zur Konfrontation mit Israel gedrängt und stellte in der Koalition die stärkste militärische Kraft dar. Seine verräterische Rolle hat maßgeblich zur Niederlage der Koalition beigetragen, die das Schicksal der Palästinenser besiegelte.

König Abdullah hat freilich nie behauptet, ein revolutionärer Marxist zu sein. Josef Stalin hingegen verriet die Sache der Palästinenser im Namen des Kommunismus und der Sowjetunion. Es war Stalin, der zusammen mit dem amerikanischen Präsidenten Truman den Teilungsplan in der UNO durchsetzte. Es war die Sowjetunion, die als erstes Land den Staat Israel offiziell anerkannte. Der spätere israelische Außenminister Abba Eban bezeichnete die sowjetische Anerkennung als „eine unglaubliche Chance; im Nu wurden alle unsere Pläne für die Diskussion in der UNO völlig anders“. Über den diplomatischen Verrat hinaus lieferte der Sowjetblock von 1948 bis 1949 über die Tschechoslowakei auch Waffen an die Hagana und versorgte so die zionistischen Milizen, die in den palästinensischen Städten und Dörfern wüteten, mit kriegsentscheidender Ausrüstung.

Die Unterstützung der Sowjetunion für die Nakba war ein Verrat von historischem Ausmaß, nicht zuletzt deshalb, weil die UdSSR in der ganzen Welt als Führer der Arbeiterklasse und der kolonialen Revolution angesehen wurde. Natürlich verschweigen oder leugnen die verschiedenen Kommunistischen Parteien und stalinistischen Organisationen, die heute an den Palästinademonstrationen teilnehmen, diese erbärmliche Bilanz. Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) beispielsweise vertuscht dieses Verbrechen. Sie schreibt: „Das Massaker an den Juden durch die Nazis und der von den bürgerlichen Klassen vor dem Zweiten Weltkrieg in vielen kapitalistischen Ländern geförderte Antisemitismus führten dazu, dass die UdSSR und die internationale Arbeiterbewegung die Gründung des Staates Israel neben dem Staat Palästina akzeptierten“ („Kurze Antworten auf aktuelle ideologisch-politische Fragen zum israelischen Angriff und Massaker gegen das palästinensische Volk im Gazastreifen“, inter.kke.gr, 20. November 2023).

Trotzkisten über die Nakba: Zionismus und Zentrismus

Neben der Kommunistischen Partei gab es in Palästina auch einen kleinen Kern von Trotzkisten. Sie stammten zumeist aus zionistischen Kreisen, von denen sie sich nie ganz trennten, und waren in den späten 1930er-Jahren im Bund Revolutionärer Kommunisten (Brit Kommunistim Mahapchanin) organisiert. Tony Cliff, ein Führer des Bundes, stammte aus einer bekannten zionistischen Familie im britisch besetzten Palästina und schloss sich in seiner Jugend einer arbeiterzionistischen Organisation an. In den 1950er-Jahren lebte Cliff in Britannien und bejubelte als Vorsitzender der Socialist Review Group, dem Vorläufer der Socialist Workers Party, den arabischen Nationalismus. Doch 1938 hatte Cliff ganz andere Töne angeschlagen: „Es ist offensichtlich, dass die Briten sehr wohl wissen, wie sie die elementaren Bedürfnisse des jüdischen Arbeiters ausnutzen können, nämlich Einwanderung und Kolonisierung, ***die beide nicht im Widerspruch zu den wirklichen Bedürfnissen der arabischen Massen stehen***“ („British Policy in Palestine“, *The New International*, Oktober 1938, unsere Hervorhebung). Die Masseneinwanderung von Juden nach Palästina und dessen Kolonisierung ***standen sehr wohl*** im Widerspruch zu den wirklichen Bedürfnissen der arabischen Massen. Diese Zeilen waren umso verheerender, als sie mitten im Großen Arabischen Aufstand gegen die zionis-

tische Kolonisierung geschrieben wurden.

Diese Ansichten waren in der trotzkistischen Bewegung durchaus umstritten. Cliff wurde von den südafrikanischen Trotzkisten scharf verurteilt:

> „Die ‚linken‘ kritischen Apologeten des Zionismus, die sogenannten Sozialisten und Kommunisten, die gerne von Marx und der Dialektik ***reden***, deren Sozialismus aber nicht tiefer geht als bis zur Haut, sind schockiert darüber, dass sich die Wut der Araber nicht nur gegen den britischen Imperialismus, sondern auch gegen die Juden in Palästina richtet. Diese Liberalen sind unfähig zu verstehen, warum die Araber angesichts einer vereinigten zionistischen Front aus Bourgeoisie und Arbeiterschaft, einer feindlichen Einheitsfront, die sich auf die Seite ihres Feindes, des britischen Imperialismus, schlägt und diesen unterstützt, zu dem Schluss kommen sollten, dass alle Juden in Palästina Zionisten und somit ihre Feinde sind. Diese Schlussfolgerung ist sicherlich falsch, aber wo sind die Signale, die dies den Arabern klar machen würden?“
>
> – „Zionism and the Arab Struggle“, November 1938, nachgedruckt in *The New International*, Februar 1939

Das war eine weitsichtige Kritik, aber sie wurde nie in Praxis und Programm der Trotzkisten in Palästina übernommen.

Die Schwierigkeiten der internationalen trotzkistischen Bewegung, ein angemessenes Programm für die Palästinafrage zu entwickeln, waren zum großen Teil durch ihre Dezimierung während des Weltkriegs verursacht. Trotzki selbst wurde 1940 auf Befehl Stalins ermordet, und viele der erfahrensten Kader der Vierten Internationale, wie Abraham Léon, wurden entweder von den Stalinisten oder von den Nazis ermordet. Die trotzkistische Bewegung ging geschwächt aus dem Krieg hervor und war angesichts der tiefgreifenden Veränderungen, die in der Welt stattfanden, desorientiert. Was Palästina und die jüdische Frage angeht, so geriet diese geschwächte Bewegung nach dem Holocaust und angesichts der Hunderttausenden von Überlebenden, denen die Einreise in die imperialistischen Länder verweigert wurde und die in Vertriebenenlagern dahinsiechten, stark unter Druck, dem Zionismus nachzugeben. Dieser Druck wurde noch dadurch verstärkt, dass die Stalinisten, die Sozialdemokraten und der größte Teil der Gewerkschaftsbewegung in den USA und Europa die Gründung Israels unterstützten.

Die Orientierungslosigkeit der Trotzkisten spiegelte sich in den 1947 von Ernest Mandel, einem Führer der Vierten Internationale, verfassten „Vorläufigen Thesen zur Judenfrage heute“ wider. Die Thesen enthielten viele richtige Punkte, unter anderem:



Universal Images Group

Jüdisches Flüchtlingsschiff, 1947. USA und Britannien verweigerten Juden die Einreise und leiteten schließlich Tausende nach Israel um

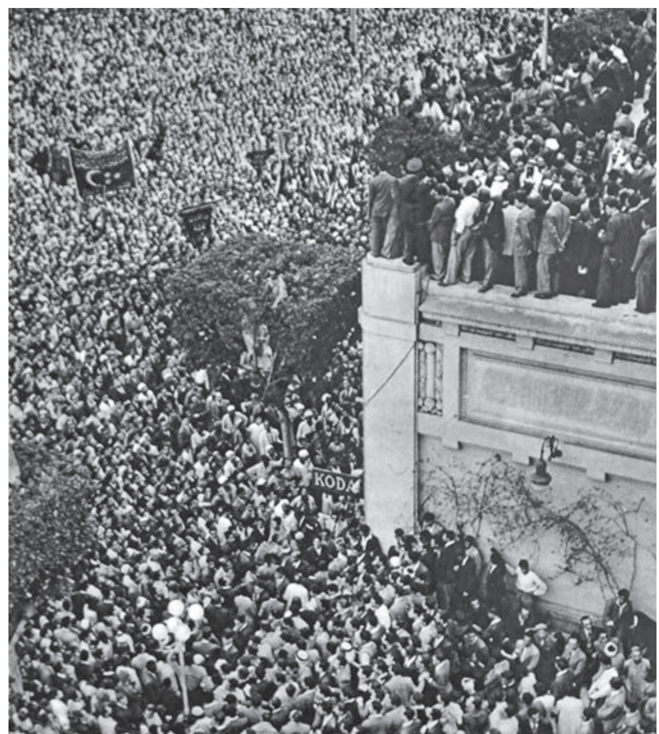


> „Die IV. Internationale muss daher ihr Äußerstes dazu beitragen, die jüdischen Flüchtlinge von der Einwanderung nach Palästina abzuhalten. Sie muss innerhalb einer weltweiten Solidaritätsbewegung versuchen, den Juden die Türen der anderen Länder zu öffnen, und muss sie warnen, dass Palästina für sie eine fürchterliche Falle ist. In ihrer ***konkreten Propaganda*** zur Frage der jüdischen Einwanderung muss sie von der ***Souveränität der arabischen Bevölkerung*** ausgehen.“
>
> – *Fourth International*, Januar/Februar 1948, auf deutsch abgedruckt in: *Zur jüdischen Frage (ISP Theorie 5)*, 1977

Allerdings wurde in den Thesen die Gründung eines zionistischen Staates als utopisch bezeichnet, obwohl die militärischen und wirtschaftlichen Grundlagen Israels bereits da waren. Außerdem wurde an die arabischen Massen appelliert, durch Angriffe auf die Briten „konkret die Frage nach dem Rückzug der britischen Truppen zu stellen“. Aber solche Angriffe führte die ultra-zionistische Miliz Irgun gegen Beschränkungen der jüdischen Einwanderung durch! In den Thesen wurde geleugnet, dass die Briten tatsächlich aus Palästina abzogen und dass der zionistische Terrorismus eine Vorstufe zur Massenvertreibung der Palästinenser war.

Was die Nakba selbst angeht, so kam die offenste Kapitulation vor dem Zionismus von Max Shachtmans Workers Party (WP) in den USA. Die WP unterstützte die Gründung Israels und behauptete, dessen Krieg gegen die arabischen Länder sei ein nationaler Befreiungskrieg. Sie pries die Unabhängigkeitserklärung Israels und verurteilte die Intervention der arabischen Staaten:

> „[Israels] Verteidigungsanlagen zu überfallen und seine Unabhängigkeit zu bedrohen, das war der reaktionäre Angriff einiger der rückständigsten und reaktionärsten Königtümer und Dynastien der Welt, der halb-feudalen Unterdrücker des arabischen Volkes.
>
> Diese reaktionäre Invasion hatte nur ein Ziel: dem israelischen Volk genau sein ***Selbstbestimmungsrecht*** zu nehmen.“
>
> – Hal Draper, „How to Defend Israel“ [Wie man Israel verteidigt], *The New International,* Juli 1948



World History Archive



AP

Links: Riesiger Protest in Kairo gegen die Teilung Palästinas. Oben: König Abdullah von Transjordanien mit Mitgliedern der Arabischen Legion kurz vor der Einnahme der Jerusalemer Altstadt durch arabische Truppen, Mai 1948

Diese reaktionäre zionistische Politik war das unmittelbare Ergebnis der Abspaltung der WP von der trotzkistischen Socialist Workers Party (SWP) in den USA 1940 aufgrund der Weigerung Shachtmans und seiner Clique, die Sowjetunion zu verteidigen. Diese Position spiegelte den Druck der kleinbürgerlichen öffentlichen Meinung wider, der insbesondere vom jüdischen sozialistischen Milieu in New York ausging.

Was die Vierte Internationale betrifft, so war sie zumindest gegen den UN-Teilungsplan für Palästina. So schrieb die britische Revolutionary Communist Party: „Die Teilung Palästinas ist in jeder Hinsicht reaktionär – weder den Juden noch den arabischen Massen ist damit gedient" (*Socialist Appeal*, Dezember 1947). Die US-amerikanische SWP veröffentlichte ihrerseits einen Leitartikel, in dem es richtig hieß: Die Juden „können sich nicht auf Kosten der nationalen Rechte der arabischen Völker einen Staat erschaffen. ***Das ist keine Selbstbestimmung, sondern die Eroberung des Territoriums eines anderen Volkes***" (*The Militant*, 31. Mai 1948, unsere Hervorhebung).

Im Krieg zwischen den Zionisten und der Arabischen Liga lehnte es die Vierte Internationale jedoch ab, sich auf die Seite der Araber zu stellen, und prangerte sie und die Zionisten als gleichermaßen reaktionär an. Im gleichen SWP-Leitartikel heißt es:

> „Auch die arabischen Herrscher führen keinen fortschrittlichen Kampf für nationale Unabhängigkeit und gegen den Imperialismus. Mit ihrem antijüdischen Krieg versuchen sie, den Kampf gegen den Imperialismus in eine andere Richtung zu lenken und das Streben der arabischen Massen nach nationaler Freiheit zu benutzen, um den sozialen Widerstand gegen ihre Tyrannenherrschaft zu ersticken."

Brit Kommunistim Mahapchanin in Palästina vertrat in einem Leitartikel mit dem Titel „Gegen den Strom" dieselbe Position und schrieb: „Wir sagen den jüdischen und arabischen Arbeitern: Der Feind steht in eurem eigenen Lager!" (*Fourth International*, Mai 1948)

Das war grundfalsch. Der Krieg von 1948 war ein nationaler Expansionskrieg der Zionisten gegen die arabisch-palästinensische Bevölkerung. König Abdullah und andere arabische Herrscher kämpften trotz ihres reaktionären Charakters und all ihrer Machenschaften objektiv gegen die ethnische Säuberung der Palästinenser. Es ist einfach falsch zu behaupten, dass der Sieg der Arabischen Liga genauso reaktionär gewesen wäre wie der Sieg Israels. Für die Palästinenser hätte ein Sieg der Araber bedeutet, auf ihrem historischen Land zu bleiben. Wäre der Krieg in irgendeiner Weise zu einem Unterdrückungskrieg gegen die jüdische Bevölkerung geworden, hätte er einen anderen Charakter angenommen, der eine andere Antwort erfordert hätte. Aber zu keinem Zeitpunkt stellte sich die Frage überhaupt.

Einige argumentierten damals wie heute, dass die Verbindungen zwischen der Arabischen Liga und dem britischen Imperialismus ein Beweis dafür seien, dass beide Seiten des Krieges reaktionär waren. Es stimmt, dass sowohl Israel als auch die arabische Seite in gewisser Weise von verschiedenen imperialistischen Mächten unterstützt wurden. Aber das war ein zweitrangiger Faktor. In dem Krieg ging es nicht um konkurrierende imperialistische Ziele in der Region, sondern um die Vertreibung der Palästinenser von ihrem Land. Der Krieg von 1948 und jeder folgende Krieg – 1967, 1973, 1982 usw. – waren zionistische Expansionskriege. Die einzig richtige Position für Marxisten in diesen Konflikten war es, für Palästina und die Araber Seite zu beziehen.

Die Weigerung der Trotzkisten im Jahr 1948, dies zu tun, war eine Kapitulation vor dem Zionismus und angesichts der Nakba ein absoluter Verrat. Dennoch halten fast alle heutigen Trotzkisten dieses Beispiel für vorbildlich – was eine revolutionäre Intervention heute unmöglich macht: von unserer Organisation (bisher) über die Revolutionäre Kommunistische Internationale, beide Bolschewistischen Tendenzen, die Liga für die Vierte Internationale und die Trotzkistische Fraktion/Left Voice. Left Voice schrieb dazu: „Wir denken, dass die jüdisch-palästinensischen Trotzkisten Ende der

1940er-Jahre die einzige realistische Vision für eine Lösung des Konflikts hatten“ („The Farce of the ‚Two-State Solution‘ and the Socialist Perspective for Palestine“ [Die Farce der „Zweistaatenlösung“ und die sozialistische Perspektive für Palästina], leftvoice.org, 16. Dezember 2023). Zu erklären, wie eine defätistische Position während der Nakba irgendetwas zur Lösung des Konflikts beigetragen hat, bleibt Left Voice überlassen.

Die Grüne Linie

Die nach dem Sieg Israels im Krieg von 1948 festgelegten Grenzen werden als Grüne Linie bezeichnet und wurden nach dem Krieg von 1967 in der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats anerkannt. Diese Resolution wurde zu einem Grundstein des arabisch-israelischen Konflikts und bildete die Grundlage für Israels Friedensverträge mit Ägypten (1979) und Jordanien (1994), für das Osloer Abkommen von 1993 und für alle Diskussionen über eine Zweistaatenlösung. Nayef Hawatmeh, Führer der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas, sagte vollkommen zu Recht über die Resolution 242:

> „Die Annahme der Resolution hat unmittelbar zur Folge:
> 1. Die Billigung der Eroberung und des Gebietsverlustes, die 1948 das Volk Palästinas heimgesucht haben.
> 2. Die Auflösung der palästinensischen Widerstandsbewegung, um die Grenzen des Staates Israel zu sichern.
> 3. Das Fortbestehen eines expansionistischen Staates, der eng mit dem amerikanischen Imperialismus verbunden ist, aufgrund des gemeinsamen Interesses der beiden Parteien, dass Israel als Instrument zur Expansion und zur Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung im Nahen Osten erhalten bleibt.“
>
> – „A Democratic Solution for the Palestine Problem” [Eine demokratische Lösung für das Palästina-Problem], 12. Januar 1970, abgedruckt in der DPFLP-Broschüre *The August Program and a Democratic Solution* [Das August-Programm und eine demokratische Lösung], undatiert

Damit dürfte klar sein, dass von einer Befreiung der Palästinenser auf der Grundlage der Grünen Linie und der Resolution 242 nicht die Rede sein kann. Aber pro-palästinensische Liberale wie die BDS-Bewegung, liberale Zionisten wie Norman Finkelstein und die Gruppe Gusch Schalom sowie Reformisten wie die KKE halten an der Grünen Linie als Israels legitimer Grenze fest. Mit diesem Argument soll eine falsche Unterscheidung hergestellt werden zwischen dem Land, das den Palästinensern im Krieg von 1948 gestohlen wurde, und dem Land, das bei späteren Expansionen gestohlen wurde. Somit gelten nur die nach 1967 besetzten Gebiete als „besetzte Gebiete“. Wohlhabenden liberalen Zionisten in Tel Aviv fällt es leicht, über die ärmeren Juden, die im Westjordanland leben, verächtlich als „Siedler“ zu sprechen. In Wirklichkeit aber ist der gesamte Staat Israel eine Siedlerkolonie, die auf der Enteignung der Palästinenser aufgebaut wurde. Die 700 000 Siedler im Westjordanland, die zum Teil schon seit Jahrzehnten dort leben, unterscheiden sich nicht grundlegend von denen im übrigen Israel.

Lediglich die Erweiterungen Israels nach 1967 abzulehnen erfüllt nicht nur den Zweck der liberalen Zionisten von Tel Aviv bis New York, sich gut zu fühlen, sondern nährt auch die Illusion, es könne für die Palästinafrage eine reformistische Kompromisslösung geben, bei der die Israelis einsichtig werden, sich hinter die Grüne Linie zurückziehen und den Palästinensern die Gründung eines Rumpfstaates


16 SPARTAKIST

Die Geburt des zionistischen Staates

Die jüdische Kolonialisierung von Palästina

„Die Geburt des zionistischen Staates“ erschien erstmalig am 23. November 1973 in Workers Vanguard Nr. 33, der Zeitung unserer amerikanischen Sektion, Teil 2 dieses Artikels erschien am 24. Mai 1974 in WV Nr. 45. Wenige Tage nach dem Waffen-

Kriege und Massaker, auch mit Beteiligung des deutschen Imperialismus, vorbereitet. Vor diesem Hintergrund sticht die marxistische Analyse der Geburt des zionistischen Staates hervor,

SPARTAKIST

Dreht die Gewehre Um!

SPARTACIST

Deutsche Ausgabe Nr. 1-Frühling 1974

Marxist Bulletin Series

Grundsatzartikel der Spartacist-Tendenz kapitulierten vor Zionismus

erlauben. Wer das glaubt, hat nichts vom zionistischen Projekt verstanden, dessen Verfechter bis zum Tod um jeden Zentimeter des „heiligen Landes“ kämpfen werden, das sie den Palästinensern geraubt haben.

Mit Losungen wie „Schluss mit der Besetzung“ und „Israelische Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten“ (womit nur die Gebiete jenseits der Grünen Linie gemeint sind) wird indirekt die Legitimität des Staates Israel anerkannt. Natürlich ist es notwendig, sich militärisch gegen das weitere Vordringen fanatischer Siedler auf palästinensisches Land und gegen die Besetzung insgesamt zu wehren. Aber zu glauben, dass das Problem der 700 000 Siedler, die das Westjordanland besetzen, gelöst werden kann, ohne den Staat Israel zu zerschmettern, ist eine gefährliche Illusion, die die Zionisten ausnutzen können, um die Palästinabewegung an die Kette zu legen.

Die Spartacist-Tradition

An dieser Stelle müssen wir uns mit dem unrühmlichen Erbe unserer eigenen Tendenz in der Palästinafrage auseinandersetzen. Die Revolutionary Tendency, die Opposition innerhalb der SWP, aus der in den 1960er-Jahren die Spartacist League/U.S. hervorging, wurde von einer Gruppe von Kadern geführt, die ursprünglich aus Shachtmans Independent Socialist League stammten und trotz ihres richtigen Kampfes gegen die Degeneration der SWP die traditionelle Position der Shachtman-Anhänger zu Palästina mitbrachten. Am deutlichsten zeigte sich dies in dem 1968 erschienenen Artikel „Arab-Israeli Conflict: Turn the Guns the Other Way“ [Arabisch-israelischer Konflikt: Dreht die Gewehre um] (englischsprachiger *Spartacist* Nr. 11, März/April 1968), der nicht nur rückblickend eine Seite für Israel im Krieg von 1948 bezog, sondern auch für die Niederlage beider Seiten im zionistischen Expansionskrieg von 1967 eintrat. Der Artikel forderte „die Unterzeichnung eines Friedensvertrags auf der Grundlage der Waffenstillstandsgrenzen von 1949 und damit eine Garantie der Araber für das Existenzrecht einer hebräischen Nation“. (Ähnlich forderte eine Erklärung „Dreht die Gewehre Um!“ von den Österreichischen Bolschewiki-Leninisten, deutschsprachiger *Spartacist* Nr. 1, Frühling 1974: „Friedensvertrag auf Basis der Grenze von 1949, Anerkennung des Existenzrechts der hebräischen Nation“.)

Diese pro-israelische Position wurde geändert mit dem Grundsatzartikel „Birth of the Zionist State“, Part Two (*Workers Vanguard* Nr. 45, 24. Mai 1974, siehe „Die Geburt des zionistischen Staates“, abgedruckt in *Spartakist* Nr. 159, Sommer 2005), in dem die Spartacist-Tendenz die etwas weniger reaktionäre Linie der SWP zum Krieg von 1948 übernahm: Defätismus auf beiden Seiten. Absurderweise wurde diese Änderung nicht damit begründet, dass die frühere Position offen zionistisch war, sondern damit, dass „neue Fakten“ ans Licht gekommen seien.

Darüber hinaus wurde in dem Artikel die sogenannte Theorie der geografisch vermischten Völker entwickelt und verkündet: „Die Lösung der demokratischen Frage der Selbstbestimmung für jede von zwei Nationalitäten oder Völkern, die geografisch vermischt sind, ist auf gerechte Weise nur denkbar im Rahmen des Proletariats an der Macht.“ Es stimmt, dass eine gerechte Lösung des Palästinakonflikts die proletarische Macht erfordert. Doch der Zweck der Theorie bestand darin, den Kampf für palästinensische Selbstbestimmung als illegitim hinzustellen mithilfe des Schreckgespenstes, jeder Kampf in diese Richtung würde das Selbstbestimmungsrecht der Israelis verletzen. Vor diesem Hintergrund veröffentlichte die Spartacist-Tendenz abstrakte Aufrufe zur Klasseneinheit und propagierte Losungen wie „Nicht Jude gegen Araber, sondern Klasse gegen Klasse!“ In den letzten Jahren hat unsere Tendenz in ihrer Propaganda den zionistischen Terror scharf verurteilt, sich aber weiterhin geweigert, die nationale Befreiung der Palästinenser in den Mittelpunkt einer revolutionären Perspektive zu stellen.

Die Frage der Selbstbestimmung für die Israelis ist ein Ablenkungsmanöver. Die Israelis haben bereits einen Staat, dessen Zweck es ist, die Palästinenser daran zu hindern, ihren eigenen Staat zu haben. Unter den gegenwärtigen Bedingungen im Namen israelischer Selbstbestimmung den Kampf für die palästinensische Selbstbestimmung abzulehnen läuft einfach darauf hinaus, den zionistischen Status quo zu verteidigen. Die eigentliche Frage lautet, wie die Palästinenser ***ihr*** Selbstbestimmungsrecht in einer Weise ausüben können, die mit dem Fortbestehen einer jüdischen Nation im Nahen Osten vereinbar ist. Dies ist nur in Form eines vereinigten binationalen Staates möglich, der auf der Wiedergutmachung des historischen Unrechts beruht, das an den Palästinensern begangen wurde, und in dem beide Nationen volle demokratische Rechte in Bezug auf Sprache, Kultur und Religion genießen. Ein solcher Staat kann nur durch die Zerschlagung des zionistischen Staates und durch eine revolutionäre Umwälzung in der gesamten Region errichtet werden.



Während die IKL inzwischen die pseudomarxistische Theorie der geografisch vermischten Völker ablehnt und eine harte Linie gegen sie gezogen hat, halten andere Organisationen aus unserer Tradition – die Liga für die Vierte Internationale, die Bolschewistische Tendenz und die Internationale Bolschewistische Tendenz – weiterhin an diesem Erbe der Kapitulation vor dem Zionismus fest.

Arabischer Nationalismus und die Niederlage von 1967

Nach dem Zweiten Weltkrieg brachen überall auf der Welt antikoloniale Aufstände aus, von Vietnam über Algerien bis nach Lateinamerika. In Ägypten fegte der Staatsstreich der Freien Offiziere von 1952 die britische Marionette König Farouk hinweg und brachte den radikalen Nationalisten Oberst Gamal Abdel Nasser an die Macht. Unter dem Eindruck der Niederlage gegen Israel 1948 versuchte Nasser, Ägypten vom Imperialismus zu befreien und das Land zu modernisieren. Er propagierte einen panarabischen Nationalismus und setzte sich für die Einheit der Staaten der Arabischen Liga ein, um die Imperialisten und Zionisten aus der Region zu vertreiben. 1956 verstaatlichte Nasser den Suezkanal, den er den bisherigen britischen und französischen Eigentümern abnahm, und sperrte ihn für den israelischen Schiffsverkehr. Diese Maßnahme stieß im Nahen Osten und in der gesamten Dritten Welt auf begeisterte Zustimmung. Daraufhin marschierte Israel gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich in Ägypten ein. Unter massivem Druck der USA und der UdSSR zogen sich die Invasionstruppen jedoch nach kurzer Zeit in einer demütigenden Niederlage wieder zurück.

Im Mai 1967 sperrte Nasser den Kanal erneut für israelische Schiffe. Israel übte abermals Vergeltung und zerstörte in einem präventiven Luftangriff fast die gesamte ägyptische Luftwaffe und startete anschließend eine Bodenoffensive auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel und im ägyptisch besetzten Gazastreifen. Dies führte zu einem neuen Krieg zwischen der Arabischen Liga und Israel, der mit einer weiteren katastrophalen Niederlage der Araber endete. Am Ende des sogenannten Sechs-Tage-Krieges hatte Israel die syrischen Golanhöhen, das von Jordanien annektierte Westjordanland (mit Ost-Jerusalem) und den von Ägypten besetzten Gazastreifen erobert. Etwa 300 000 der fast eine Million Palästinenser im Westjordanland wurden vertrieben, eine weitere Vertreibung, die langfristige Folgen haben sollte.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die palästinensischen Nationalisten ihre Hoffnungen auf arabische Regime wie das von Nasser gesetzt, um ihre eigene Befreiung voranzubringen. Die Niederlage von 1967 zeigte jedoch deutlich, dass das vom Imperialismus unterstützte Israel den arabischen Streitkräften in der konventionellen Kriegsführung weit überlegen war. Infolge dieser Niederlage und des ständigen Verrats durch die arabischen Regime kamen die palästinensischen Nationalisten zu dem Schluss, dass sie eine größere Unabhängigkeit von ihren Gönnern brauchten, und verstärkten ihre Strategie des Guerillakampfes, die sich an den Vorbildern in Kuba und Vietnam orientierte.

Vor diesem Hintergrund wurde die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) unter Jassir Arafat zur wichtigsten Kraft in der palästinensischen nationalistischen Bewegung. Als Ausdruck der Neuausrichtung überarbeitete Arafat 1968 die Palästinensische Nationalcharta und erklärte, dass „Guerillaaktionen ... den Kern des Befreiungskrieges des palästinensischen Volkes [bilden]". Die PLO war weiterhin auf die Unterstützung der arabischen Regime angewiesen, die sie sich durch das Prinzip der „Nichteinmischung" sicherte, d. h. durch die Zusage, die Regime nicht zu kritisieren. Die eher linken, marxistisch-leninistisch ausgerichteten Gruppen wie die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas kritisierten diese Kapitulation, teilten jedoch insgesamt die Guerillastrategie der PLO. Ende der 1960er- und in den 1970er-Jahren kam es zu einer Reihe von Flugzeugentführungen, Bombenanschlägen und Geiselnahmen, darunter die Entführung und der anschließende Tod israelischer Sportler während der Olympischen Spiele 1972 in München.

Die Taktik des individuellen Terrorismus ist von der marxistischen Bewegung, die ihre Perspektive auf die Massenmobilisierung der arbeitenden Massen aufbaut, immer abgelehnt worden. Aufgrund der Natur des Palästinakonflikts spielt der Guerillaweg hier eine noch verzweifeltere und kontraproduktivere Rolle. Erstens kann sich der israelische Staat im Gegensatz zu einer auf imperialistischer Korruption basierenden „Bananenrepublik" auf die militarisierte Faust einer ganzen Nation stützen. Dies und die massive Unterstützung, die er von seinen imperialistischen Schutzherren erhält, machen es den Palästinensern unmöglich, den Staat Israel mit konventionellen militärischen Mitteln zu bezwingen, ganz zu schweigen von Guerillataktiken. Zweitens schwächen Terrorakte gegen israelische Zivilisten, so auch die von Hamas am 7. Oktober, die zionistische Festung nicht, sondern stärken sie vielmehr, weil sie die Bevölkerung noch enger mit ihren Herrschern zusammenschweißen. Drittens hat der Guerillaweg in Palästina immer das Ziel verfolgt, entweder die arabischen Regime oder die imperialistischen Mächte dazu zu drängen, zugunsten der Palästinenser einzuschreiten, ein vergebliches und selbstmörderisches Bemühen.

Das soll nicht heißen, dass Marxisten den bewaffneten Widerstand ablehnen. Im Gegenteil, militärischer Widerstand, auch durch Einheitsfronten mit nationalistischen Kräften, ist von entscheidender Bedeutung. Er muss jedoch Teil einer umfassenderen revolutionären Strategie sein, zu der auch die Gewinnung von Teilen der israelischen Gesellschaft gehören muss, vor allem der Arbeiterklasse. Und das nicht aus humanitären Erwägungen, sondern aus einer lebenswichtigen Notwendigkeit für die Sache der Palästinenser. Es gibt einfach keinen anderen Weg, als Israel von innen her auseinander zu brechen. Selbst wenn Israel irgendwie mit rein militärischen Mitteln besiegt werden sollte, muss man sich nur an die Festung Masada erinnern, als die von den Römern belagerten Juden den Massenselbstmord einer Niederlage vorzogen, um zu verstehen, wozu die zionistischen Fanatiker angesichts einer existenziellen Bedrohung von außen bereit wären.



AP

Ägyptischer Präsident Nasser bei Kundgebung in Kairo, 1958, zwei Jahre nach Verstaatlichung des Suezkanals, die große Begeisterung hervorrief

Nach 1967 wechselte der größte Teil der westlichen Linken plötzlich von der Kapitulation vor dem liberalen Zionismus dazu über, den palästinensischen nationalen Widerstand zu bejubeln und dabei auch den Guerillaweg zu rechtfertigen. Dies verhinderte, dass die besten Elemente der Nationalisten für den Kommunismus gewonnen werden konnten. Am Ende wurden viele aus dieser Generation mutiger Kämpfer vom Mossad massakriert, darunter Ghassan Kanafani, ein PFLP-Führer, der 1972 durch eine Autobombe getötet wurde.

Heute ist es genau wie damals notwendig, die Methode des individuellen Terrorismus abzulehnen. Anstatt sich den palästinensischen Nationalisten anzubiedern, ist es die Pflicht der Marxisten, sie für eine internationalistische Perspektive der Arbeiterklasse zu gewinnen. Wie Lenin in dem bereits zitierten Artikel erklärte:

> „Anderseits müssen die Sozialisten der unterdrückten Nationen auf die vollständige und bedingungslose, auch organisatorische Einheit der Arbeiter der unterdrückten Nation mit denen der unterdrückenden Nation besonders bestehen und sie ins ‚Leben rufen. Ohne dies ist es unmöglich, auf der selbständigen Politik des Proletariats sowie auf seiner Klassensolidarität mit dem Proletariat



Bruno Barbey/Magnum

Ghassan Kanafani, ein Führer der linksgerichteten PFLP, wurde 1972 vom Mossad ermordet



Matzpen

Matzpen-Sozialisten kämpften für palästinensische Selbstbestimmung, gaben aber auf, jüdische Arbeiter vom Zionismus zu brechen

> der anderen Länder bei all den verschiedenen Streichen, Verrätereien und Gaunereien der Bourgeoisie zu bestehen. Denn die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen missbraucht beständig die Losungen der nationalen Befreiung, um die Arbeiter zu betrügen.“

Die Sozialisten der israelischen Matzpen

Die radikalste und antizionistischste Organisation der israelischen Linken war Matzpen. Gegründet 1962, wuchs sie nach dem Krieg von 1967 an, als sie zu argumentieren begann, dass Israel von Anfang an ein kolonialer Siedlerstaat gewesen sei, und für die Selbstbestimmung der Palästinenser eintrat. Matzpen vertrat den Standpunkt: „Gerade die Erkenntnis des grundlegenden Charakters der zionistischen Ideologie und der totale Bruch mit ihr ermöglicht die Bekräftigung einer internationalistischen Position und schafft damit die Grundlage für einen gemeinsamen Kampf von israelischen und palästinensischen Revolutionären“ („Military Escalation Within Israeli Society“ [Militärische Eskalation innerhalb der israelischen Gesellschaft], matzpen.org, 10. Februar 1972). Sie glaubte jedoch nicht, dass die israelische Arbeiterklasse vom Zionismus gebrochen werden könnte:

> „Obwohl es in der israelischen Gesellschaft Klassenkonflikte gibt, werden diese dadurch beschränkt, dass die Gesellschaft als Ganzes von außen subventioniert wird. Dieser privilegierte Status hängt mit der Rolle Israels in der Region zusammen, und solange das so bleibt, besteht wenig Aussicht, dass die sozialen Konflikte im Innern einen revolutionären Charakter annehmen. Andererseits würde ein revolutionärer Durchbruch in der arabischen Welt diese Situation ändern.“
>
> – „The Class Character of Israeli Society“ [Der Klassencharakter der israelischen Gesellschaft], matzpen.org, 10. Februar 1972

Matzpen sah ihre Rolle in Israel darin, auf die von außen kommende arabische Revolution zu warten. Außerdem glaubte sie, dass nur israelische Jugendliche, d. h. Studenten und Intellektuelle, vom Zionismus gebrochen werden könnten, aber nicht die Arbeiterklasse. Diese kleinbürgerliche Sichtweise baut eher auf die launenhaften „fortschrittlichen“ Ideen dieser sozialen Schicht als auf die Arbeiter, die ein materielles Interesse an einer Revolution haben. Ihre Forderung, Israel zu „entzionisieren“, läuft damit auf moralische Appelle an die aufgeklärte Mittelschicht hinaus.

Heute haben Gruppen wie die britische Socialist Workers Party viel Lob übrig für Matzpen, machen sich aber deren größte Schwäche zu eigen. Sie behaupten, dass die Arbeiterklasse in Israel im Gegensatz zu den Arbeitern in allen anderen Ländern niemals für eine Revolution kämpfen wird, weil sie von der Unterdrückung der Palästinenser profitieren würde. Als Beispiel bringen sie: „Der Durchschnittslohn der israelischen Arbeiter ist fast doppelt so hoch wie bei den Palästinensern“ („What Is the Role of Israel’s Working Class?“, socialistworker.co.uk, 16. Januar 2024).

Es stimmt, dass die israelischen Arbeiter durch Israels Allianz mit dem US-Imperialismus einen privilegierten Status in der Region einnehmen. Aber die Unterdrückung der Palästinenser liegt nicht im Klasseninteresse der israelischen Arbeiter. Die Lebensbedingungen der israelischen Massen sind viel schlechter als die in Britannien, den USA oder Deutschland, und Israel hat die zweithöchste Armutsquote unter den entwickelten Ländern. Die bedrückenden Lebensbedingungen – Militarisierung der Gesellschaft, Vorherrschaft der religiösen Reaktion, Rassenunterdrückung, krasse Ungleichheit – sind alle ein Produkt der Unterdrückung der Palästinenser. Dieses theokratische Pulverfass aus Klassen-, ethnischer und geschlechtsspezifischer Unterdrückung wird hauptsächlich durch die zionistische Ideologie zusammengehalten. Es gibt eine materielle Basis, um die israelische Arbeiterklasse für die Revolution und die Befreiung der Palästinenser zu gewinnen, aber dies erfordert einen vollständigen Bruch mit dem Zionismus.

Die Mizrachim zum Beispiel – die arabischen Juden, die einst im gesamten Nahen Osten lebten – wurden durch den zunehmenden von den arabischen Regimen geschürten Antisemitismus sowie durch die zionistischen Provokationen nach der Nakba gezwungen, nach Israel auszuwandern. In Israel wurden sie so behandelt, wie die Zionisten andere Araber behandelten, als rückständige Wilde. In den 1970er-Jahren stellten die Mizrachim 50 Prozent der jüdischen Bevölkerung Israels. Obwohl sie einen höheren Status hatten als die palästinensischen Bürger Israels, wurden sie von der aschkenasischen herrschenden Klasse am unteren Ende der israelisch-jüdischen Gesellschaft niedergehalten, wo ihnen die schlechtesten Jobs und die schlimmsten Lebensbedingungen mitsamt Rassentrennung zugeteilt wurden. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Mizrachim haben viel zu gewinnen, wenn sie für die Be-



Edmonds/AP

September 1993: Jassir Arafat schüttelt Israels Yitzhak Rabin im Weißen Haus die Hand, signalisiert damit Kapitulation der PLO vor dem vom Imperialismus gesponserten Oslo-Abkommen

freiung der Palästinenser kämpfen, die von demselben zionistischen Staat und derselben herrschenden Klasse unterdrückt werden. Doch in ihrem Bemühen, sich in die israelische Gesellschaft zu integrieren, übernimmt diese Schicht oft die fanatischsten zionistischen Ansichten. Dieser Widerspruch trifft den Kern des Problems einer Revolution in Israel. Die ideologisch reaktionäreren Schichten haben stärkere materielle Gründe, sich zu erheben, als die liberalen Schichten, die in Wirklichkeit, auch wenn die meisten Linken auf sie setzen, materiell stärker mit dem Status quo verbunden sind.

Die postsowjetische Weltordnung und die Niederlage von Oslo

Die 1980er-Jahre waren für den Kampf der Palästinenser eine Zeit der Niederlagen und des Rückzugs. Der Libanonkrieg von 1982 endete für die PLO in einer Katastrophe, und 1987 wurde die erste Intifada im Gazastreifen und im Westjordanland brutal niedergeschlagen. Diese militärischen Niederlagen gingen Hand in Hand mit der zunehmenden Isolierung der PLO im internationalen Umfeld, das von wachsender Kriegsbereitschaft der USA und dem Rückzug der Sowjetunion geprägt war. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR 1991/92 änderte sich die Weltordnung grundlegend. Das führte zu einer ideologischen Verschiebung im Kampf der Palästinenser, wobei deren Führung immer konservativer, kampfunwilliger und verzweifelter auf der Suche nach einem Abkommen wurde.

Im März 1991 verkündete US-Präsident George Bush Senior: „Die Zeit ist gekommen, dem arabisch-israelischen Konflikt ein Ende zu setzen", und vermittelte die ersten Friedensgespräche, an denen neben Israel und Palästina auch Ägypten, Syrien, Jordanien und der Libanon teilnahmen. Sein Nachfolger Bill Clinton trat in seine Fußstapfen und erklärte sich zum Friedensstifter im Nahen Osten. Diese großspurigen Ansprüche des US-Imperialismus waren symptomatisch für die Zeit der US-Hegemonie und des Triumphes des Liberalismus im Kalten Krieg. Die USA konnten es sich leisten, Großprojekte für den „Frieden auf Erden" unter einer Pax Americana in Angriff zu nehmen. Ihre Version von Frieden war natürlich die fortgesetzte Unterjochung des palästinensischen Volkes und die Stabilisierung von Israels Sicherheit.

Das führte Anfang der 1990er-Jahre zu dem von den USA vermittelten Osloer Abkommen. Das Abkommen bedeutete eine weitgehende Kapitulation der PLO, die den zionistischen Staat anerkannte und sich damit über die PLO-Charta von 1968 hinwegsetzte, die Palästina als „eine unteilbare territoriale Einheit" definiert. Darüber hinaus akzeptierte die PLO, dass die jüdischen Siedlungen im Westjordanland unter israelischer Kontrolle blieben, und stimmte der Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) zu, die als Israels Aufseher im Westjordanland und im Gazastreifen fungieren und das unter palästinensischer Kontrolle stehende Territorium überwachen sollte. Unter dem Vorwand laufender Verhandlungen überließ man Israel die Kontrolle über die Wasserversorgung und vereinbarte, dass die PA keine Befugnisse über die Außenbeziehungen, die äußere Sicherheit oder die Israelis in den von Palästinensern verwalteten Gebieten haben würde. Das Osloer Abkommen sah einen Ministaat in der Art eines Bantustans vor, ein groteskes Versprechen, das nicht einmal erfüllt wurde.

Ziel des Osloer Abkommens war es, durch die vage Hoffnung auf eine Zweistaatenlösung die Palästinenser ru-



Rebours/AP

Oktober 2000: Auf der Straße nahe Gaza-Stadt, mitten in der Intifada

higzustellen und den Konflikt einzufrieren. Die Zionisten nutzten die Kapitulation der PLO aus, um die Palästinenser immer stärker unter Druck zu setzen, indem sie deren Gebiet nach und nach verkleinerten und ständig Angriffe auf den Gazastreifen und das Westjordanland durchführten. Dieser Prozess gipfelte in der Unterzeichnung des Abraham-Abkommens von 2020 unter der Trump-Regierung, das den Grundstein legte für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Israel durch die Anerkennung der Souveränität Israels. Das Abkommen galt als ein Triumph Israels, der die Sache der Palästinenser zu einer Fußnote der Geschichte zu machen versprach.

Die Palästinenser immer fester in die Zange zu nehmen musste mit Sicherheit eine Reaktion provozieren. Der offene Verrat der PLO führte dazu, dass sich die Palästinenser zunehmend der Hamas und anderen islamistischen Kräften zuwandten, die eine radikalere Konfrontation mit Israel anboten. Sporadische Zusammenstöße zwischen Israel und der Hamas über mehr als ein Jahrzehnt gipfelten in einem Frontalangriff auf Israel mit der Operation Al-Aqsa-Flut am 7. Oktober 2023. Dieser Angriff und die völkermörderische Reaktion Israels erschütterten den Status quo in der Region und schlugen den letzten Nagel in den Sarg des Osloer Abkommens. Die Steigerung der Intensität und Brutalität des Konflikts überschneidet sich mit dem Niedergang der US-Hegemonie, der zunehmende Turbulenzen in der Welt mit sich bringt. Vor diesem neuen Hintergrund müssen Revolutionäre die nächsten Schritte im Kampf für die Freiheit der Palästinenser in Angriff nehmen.

Perspektiven der Marxisten heute

Zwar zerschlug der Hamas-Angriff den Status quo in der Region, doch hat sich in der marxistischen Linken der politische Status quo ihrer Desorientierung und Kapitulation keinen Millimeter bewegt. Sozialisten aller Schattierungen pendeln nach wie vor im Zickzackkurs zwischen zwei Polen: Zionismus und arabischem Nationalismus. Auf dem rechten Flügel finden wir Gruppen wie Lutte Ouvrière in Frankreich und Lotta Comunista in Italien, die zwar gegen



Workers Hammer



Spartakist

IKL-Kontingente auf Palästina-Demos. Spartacist League/Britain in London, 13. April 2024 (links), Spartakisten bei 3L-Demo 2024 in Berlin. Im Kampf für Freiheit Palästinas ist kommunistische Führung nötig

die Bombardierung des Gazastreifens durch Israel protestieren, aber den Kampf für die Befreiung Palästinas als reaktionäres nationalistisches Anliegen anprangern. Etwas weiter links, aber in der gleichen Hauptkategorie, finden wir das Komitee für eine Arbeiterinternationale und die Internationale Sozialistische Alternative, die ihre Ablehnung der nationalen Befreiung Palästinas hinter liberaler Solidarität mit der Bewegung und leeren Abstraktionen wie der folgenden verstecken:

> „Was wir brauchen, ist eine internationale Massenbewegung der Arbeiterklasse, die Militarismus, Nationalismus und Sektierertum überwindet. Eine solche Bewegung muss sich den herrschenden Klassen aller Länder, die von der Aufrechterhaltung des Status quo profitieren, entgegenstellen und die Werktätigen vereinigen, um alle reaktionären Regime auf der Grundlage eines revolutionären sozialistischen Programms für Frieden und Stabilität für alle zu stürzen."
>
> – „End the Slaughter in Gaza Once & for All" [Schluss mit dem Gemetzel in Gaza ein für alle Mal], socialistalternative.org, 4. Juni 2024

Solche Plattitüden über die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus sind bedeutungslos, wenn sie nicht die nationale Befreiung der Palästinenser zum Ausgangspunkt haben. Man muss verstehen, dass die Voraussetzung für die Einheit der Arbeiter in Palästina und Israel die Ablehnung des Zionismus ist und dass eine sozialistische Revolution nur möglich ist, wenn die nationalen Bestrebungen der Palästinenser von Anfang an in den Mittelpunkt gestellt werden.

Am anderen Ende des Spektrums stehen jene Linken, die die Führung der Palästinabewegung unkritisch bejubeln. Die Partei für Sozialismus und Befreiung (PSL) in den USA nimmt dabei kein Blatt vor den Mund: „Die Rolle der Bewegung in den Vereinigten Staaten besteht nicht darin, die Ideologie oder Strategie der palästinensischen Befreiungsbewegung zu kritisieren, sondern darin, unseren Teil zur Unterstützung der Palästinenser beizutragen, damit sie das Joch des Kolonialismus abschütteln und dann selbst entscheiden können, wie sie ihre Gesellschaft organisieren wollen" („Why the Palestine Movement Is a Struggle for National Liberation" [Warum die Palästinabewegung ein Kampf für nationale Befreiung ist], liberationnews.org, 3. März 2024). Die meisten, wie die britische SWP, sind nicht so unverhohlen, sondern kritisieren auch die Methoden und die Ideologie der Hamas. Aber diese Nachsätze sollen in keiner Weise den Einfluss des Nationalismus auf den palästinensischen Kampf in Frage stellen.

Für alle diese Gruppen besteht die Rolle der Kommunisten nicht darin, der Bewegung eine revolutionäre Richtung zu geben, sondern als Fußsoldaten für die Liberalen und Nationalisten zu fungieren. Darin sind sich beide Strömungen einig. Egal was ihre Position zu Palästina selbst ist, jubeln die meisten marxistischen Gruppen die Protestbewegung hoch, indem sie die Tatsache unter den Teppich kehren, dass die Bewegung von pro-imperialistischen Liberalen angeführt wird, oder indem sie diese Leute offen unterstützen – von Rashida Tlaib, einer Politikerin der Demokratischen Partei in den USA, bis zum Labour-Abgeordneten und NATO-Strohmann John McDonnell in Britannien.

Die perfideste Rolle spielen Zentristen wie Left Voice von der Trotzkistischen Fraktion. Es fällt ihnen nicht schwer, einige der Hauptprobleme der Bewegung zu benennen. So schreiben sie in einem Artikel über die USA:

> „Schon früh in der Bewegung positionierten Gruppen wie die Jüdische Stimme für Frieden und die Partei für Sozialismus und Befreiung sowie die Führer gemeinnütziger Organisationen die Bewegung als eine Lobbykampagne im Gegensatz zu einer Bewegung, die darauf abzielt, die unabhängige Macht der Arbeiterklasse und der Unterdrückten aufzubauen."
>
> – „The Movement for Palestine Needs Independent, Working-Class Politics" [Die Bewegung für Palästina braucht eine unabhängige proletarische Klassenpolitik], leftvoice.org, 7. April 2024

Sehr richtig. Aber welche praktischen Schlussfolgerungen zieht Left Voice aus dieser Analyse? Konzentriert sie ihre Interventionen in die Palästinabewegung darauf, sie von ihrer liberalen Führung loszureißen, die für die Demokratische Partei ist? Nein, tut sie nicht. Der größte Teil ihrer Aktivitäten besteht darin, leere Aufrufe zur „Schaffung einer Massenbewegung" und zur Organisierung „gemeinsamer Aktionen auf der Straße" zu erheben. In polemischer Auseinandersetzung mit Organisationen wie der PSL kann sie aufzeigen, wie diese vor der Hamas und der Kommunistischen Partei Chinas kapituliert, und sogar deren Anbiederung an die Demokraten kritisieren. Aber Left Voice ver-

liert kein Wort über deren Hochjubelung von Rashida Tlaib, die in der Demokratischen Partei die Hauptfigur ist, die die Palästinabewegung an die Partei des Völkermords bindet. Tatsächlich hat es Left Voice sorgfältig vermieden, Tlaibs verräterische Rolle zu entlarven.

Die Entlarvung von Tlaib in den USA, Mélenchon in Frankreich und John McDonnell in Britannien ist keine Nebensache. Wer es ernst damit meint, die Palästinabewegung von ihrem liberalen Kurs wegzubrechen, muss genau diese „linken“ Figuren entlarven. Es ist eine Sache, zu sagen: „Wir müssen gegen die Demokraten sein.“ Eine andere ist es, zu sagen: „Wir müssen gegen Rashida Tlaib sein.“ Ersteres mag für radikale Liberale akzeptabel sein. Letzteres ist eine Kampfansage an deren Illusionen.

Genau diesen Zentrismus, für den Left Voice ein Musterbeispiel bietet, prangerte Lenin in seiner Polemik gegen Kautsky an. Dieser konnte den Krieg im Allgemeinen und sogar den rechten Flügel der Sozialdemokratischen Partei verurteilen. Aber Kautsky weigerte sich, für eine Abspaltung von den sozialchauvinistischen Elementen in der Arbeiterbewegung zu kämpfen. Heute kann Left Voice zum Bruch mit den Demokraten im Allgemeinen aufrufen, weigert sich aber, für eine Abspaltung vom „links“bürgerlichen Teil der Bewegung zu kämpfen.

Genau das ist die zentrale Aufgabe der Kommunisten und das Leitprinzip der Intervention der IKL in die Palästinabewegung seit dem 7. Oktober. In den Ländern, in denen wir interveniert haben, versuchten wir, die Notwendigkeit einer kommunistischen Führung aufzuzeigen, indem wir eine Perspektive vorlegten, die konkret die Bewegung voranbringt und gleichzeitig die Grenzen und den Verrat ihrer derzeitigen Führer aufdeckt. Das ist der Unterschied zwischen Zentristen, die das Problem wahrnehmen, um es dann zu umgehen, und Revolutionären, die einen Weg aufzeigen, um die Hindernisse auf dem Weg zum Sieg zu überwinden.

* * *

Im palästinensischen Befreiungskampf beginnt ein neues Kapitel, das die Marxisten einmal mehr auf die Probe stellt. In Palästina müssen Revolutionäre aktiv am Kampf gegen den israelischen Ansturm teilnehmen und ihn organisieren, auch durch gemeinsame Aktionen mit den anderen palästinensischen Widerstandsgruppen. Doch sie müssen unter ihrem eigenen Banner marschieren und jede Gelegenheit nutzen, die islamistische Strategie einer schonungslosen Kritik zu unterziehen, wobei das Interesse der Gesamtbewegung immer an erster Stelle stehen muss. Gleichzeitig müssen Revolutionäre innerhalb der israelischen Gesellschaft aktiv werden, vor allem in der Arbeiterklasse und in der Armee, um jedes Anzeichen von Wut gegen die zionistische Regierung aufzugreifen und zu vertiefen, diese Wut mit der palästinensischen Sache zu verknüpfen und den Bruch mit allen Formen des Zionismus voranzutreiben.

In der muslimischen Welt müssen Revolutionäre die weit verbreitete pro-palästinensische Stimmung der arbeitenden Massen entfesseln, sie mit der imperialistischen Unterdrückung der gesamten Region in Verbindung bringen und sie auf den Kampf gegen die korrupten herrschenden Cliquen orientieren. Bedingungslose Opposition gegen den Imperialismus und entschiedener Widerstand gegen die Nationalisten sind Voraussetzungen für die Vereinigung aller Arbeiter und Bauern, besonders von unterdrückten nationalen Minderheiten, gegen die die Imperialisten ihre Teile-und-Herrsche-Politik anzuwenden versuchen (z. B. die Kurden). Boykotte und diplomatische Appelle führen im Globalen Süden zu nichts. Revolutionäre müssen den Kampf auf die Schwächung der Position der US-Imperialisten ausrichten, der Hauptmacht hinter Israel und auch Hauptunterdrücker des Globalen Südens.

Im Westen müssen Revolutionäre, wie bereits erwähnt, für die Abspaltung von den liberalen und reformistischen Führern der Bewegung kämpfen. Insbesondere müssen sie in der Arbeiterbewegung dafür kämpfen, die sozialchauvinistische Politik der Gewerkschaftsführer zu entlarven, und aufzeigen, wie deren (offene oder verdeckte) Unterstützung für Israel Hand in Hand geht mit ihrer Sabotage der elementarsten Kämpfe für die Lebensgrundlagen der Arbeiter.

Der Kampf für die Befreiung Palästinas stellt Revolutionäre an allen Fronten vor die Notwendigkeit, den Kräften, die ihn führen, frontal entgegenzutreten. Die hundertjährige Kapitulation der marxistischen Bewegung vor dem Zionismus oder Nationalismus wurde mit dem Blut der Palästinenser bezahlt, führte zu Verrat und Niederlagen ohne Ende und verwehrte den Palästinensern eine proletarische Lösung für ihre nationale Unterdrückung. Die vor uns liegende Aufgabe besteht darin, eine kommunistische Führung des palästinensischen und antiimperialistischen Kampfes aufzubauen – das entscheidende Element, das in den letzten 100 Jahren gefehlt hat. ■



Broschüren der Internationalen Sozialistischen Alternative (ISA), der Revolutionären Kommunistischen Internationale und der Revolutionären Kommunistischen Internationalen Tendenz (RCIT), die behaupten, dass China kapitalistisch und imperialistisch sei

China...

(Fortsetzung von Seite 76)

sei kapitalistisch und imperialistisch, weit davon entfernt sind, eine tragfähige politische Alternative zur KPCh zu bieten. Sie versuchen lediglich, sich mit den USA und ihren Verbündeten zu versöhnen. Was die von ihnen angeführten Argumente betrifft, so negieren sie grundlegende marxistische Prinzipien hinsichtlich des Staates und des Imperialismus. Zunächst werden wir darauf eingehen, warum China nicht imperialistisch ist. Dann werden wir darlegen, dass China trotz beträchtlicher kapitalistischer Durchdringung nach wie vor die Grundzüge eines deformierten Arbeiterstaats aufweist. Dabei wird das grundlegende Argument herausgearbeitet, dass das Vorantreiben der Interessen der Arbeiterklasse mit dem Widerstand gegen die ***von den USA dominierte*** Weltordnung beginnen muss. Diese Aufgabe erfordert die Verteidigung der verbleibenden Errungenschaften der Chinesischen Revolution von 1949, aber auch den Kampf für eine politische Revolution gegen die stalinistische KPCh-Bürokratie, die China mit ihrer Strategie und Politik in die Katastrophe führt.

ERSTER TEIL: CHINA IST NICHT IMPERIALISTISCH

1. Marxismus kontra Empirismus

Die unterschiedlichsten Leute werfen in den verschiedensten Zusammenhängen mit dem Begriff „Imperialismus" um sich. Um die Behauptung, China sei imperialistisch, objektiv zu bewerten, muss man das liberale Gezeter ausblenden und das Problem von einem marxistischen Standpunkt aus angehen. Die Schwierigkeit besteht nicht darin, Imperialismus zu definieren. Die meisten werden Lenins Definition zustimmen:

> „Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist."
>
> – *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (1916)

Umstritten ist vielmehr, welche Länder heute imperialistisch sind. Einige stellen China, Brasilien und sogar Griechenland auf eine Stufe mit den USA, während andere bestreiten, dass Japan und Deutschland überhaupt Großmächte sind.

Dieses breite Spektrum von Auffassungen ist ebenso ein Problem der Methode wie des Programms. Man darf die Frage des Imperialismus keinesfalls vom Standpunkt der Moral oder von abstrakten Idealen aus angehen, sondern muss ihn in seiner konkreten historischen Entwicklung untersuchen, d. h. mithilfe des dialektischen Materialismus. Die von Marx entwickelte Analyse des kapitalistischen Systems zum Beispiel untersucht, wie es sich als eigenständige Produktionsweise aus dem Klassenkampf der vorangegangenen feudalen Ordnung herausgebildet hat. Auf dieselbe Art muss der Imperialismus betrachtet werden: als lebendiges System, das sich im Laufe der Klassenkämpfe des letzten Jahrhunderts entwickelt hat und in dem ein einzelnes Land als Teil des Ganzen existiert.

Das ist ***nicht*** die Methode der Linken. Ein vulgäres, aber repräsentatives Beispiel dafür, wie sie die Frage angehen, findet sich in dem ISA-Artikel mit der Überschrift „Is China Imperialist?" [Ist China imperialistisch?] (chinaworker.info, 14. Januar 2022). Um die Frage zu beantworten, wird in dem Artikel nachgeprüft, ob China den verschiedenen Punkten aus Lenins Definition entspricht. Besitzt es



Hirarchivum Press/Alamy; Taipei Times

Maos Bauernarmee besiegte chinesische Bourgeoisie im Bürgerkrieg und vertrieb sie nach Taiwan

Monopole? Exportiert es Finanzkapital? Verfügt es über ein großes Militär? Ist jedes Kästchen auf der Checkliste angekreuzt, gilt China als imperialistisch.

Das ist kein Marxismus, sondern Empirismus. Anstatt die Entwicklung Chinas innerhalb des Weltsystems zu betrachten, beurteilt die ISA den Charakter des Landes, indem sie einfach empirische Fakten (Größe der Armee, Menge des exportierten Kapitals usw.) mit einer abstrakten Norm (Lenins Definition) vergleicht. Übertragen auf die Biologie wäre dies so, als würde man die Arten nur anhand ihrer physischen Merkmale kategorisieren und ihre Evolution ignorieren. Das Problem bei dieser Methode ist, dass sie praktisch rein subjektiv ist und es keine Möglichkeit gibt, objektiv zu entscheiden, welche Merkmale für den Umschlag von Quantität in Qualität maßgeblich sind. Mit diesem Ansatz ist es möglich, eine Reihe von Fakten auszuwählen, um zu „beweisen“, dass ein bestimmtes Land imperialistisch ist, ebenso wie eine andere Auswahl das Gegenteil beweisen kann.

Um solche haarspalterischen Debatten darüber, wer zum Klub der Imperialisten gehört, zu durchbrechen, muss man sich der gesamten Frage dadurch nähern, dass man untersucht, wie sich der Imperialismus konkret historisch entwickelt hat. Und um den spezifischen Platz Chinas in diesem System zu bestimmen, ist es notwendig, seine eigene Entwicklung in die des gesamten Weltsystems einzuordnen. Nur auf diese Weise können wir eine marxistische Antwort auf das Problem erhalten.

2. Die US-Weltordnung und China

Ausgangspunkt jeder Analyse des heutigen imperialistischen Systems muss das Jahr 1945 sein. Aus dem größten Gemetzel der Menschheit gingen die USA als dominierende imperialistische Macht hervor. Unter diesen Rahmenbedingungen wurden die Grundpfeiler der heutigen Weltordnung errichtet. Der US-Dollar als Weltreservewährung, die UNO, der IWF, die NATO und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Vorläuferin der Europäischen Union – EU) wurden allesamt geschaffen, um der UdSSR entgegenzutreten und den USA exorbitante Privilegien einzuräumen. Die anderen kapitalistischen Mächte – Britannien, Frankreich, Deutschland und Japan – hatten kaum eine andere Wahl, als den USA zu folgen. Die alten Kolonialreiche spielten bald keine unabhängige Rolle mehr in der Weltpolitik, ihr Status und ihre Privilegien hingen nun von ihren Beziehungen zu den USA ab.

Was China betrifft, so war das Land nach einem Jahrhundert imperialistischer Ausplünderung auf den Status einer Neokolonie herabgesunken. Der ständige Sitz, den es im UN-Sicherheitsrat erhielt, spiegelte lediglich wider, dass es ein amerikanischer Verbündeter gegen Japan war. Dieses Verhältnis änderte sich jedoch grundlegend, als 1949 Maos Bauernarmee das nationalistische Regime Chiang Kai-sheks besiegte, was zur Flucht der chinesischen Bourgeoisie nach Taiwan, zur Befreiung Chinas vom imperialistischen Joch und zur Errichtung eines Arbeiterstaats führte. Die Chinesische Revolution war ein demütigender Schlag für



Reuters

China tritt Welthandelsorganisation bei, November 2001 – ein Symbol für seine Integration in den von den USA dominierten Weltmarkt

die USA und führte unmittelbar zu einer Eskalation des Kalten Krieges. Um die Ausbreitung des Kommunismus zu stoppen und ein „zweites China“ zu verhindern, starteten die Amerikaner die McCarthy-Hexenjagd und intervenierten militärisch auf der koreanischen Halbinsel und später in Vietnam. In dieser Zeit standen sich die USA und China als Antagonisten in einer Weltordnung gegenüber, die von Konflikten über den Kommunismus, Kolonialkriege und die UdSSR geprägt war.

Dies änderte sich 1972 erneut grundlegend, als Nixon und Mao einen Pakt gegen die Sowjetunion schlossen. Da die USA in Vietnam gerade eine Niederlage erlitten, versuchten sie, ihre Position zu stärken, indem sie den zwischen der Sowjetunion und China entstandenen Konflikt ausnutzten. Die chinesisch-amerikanischen Beziehungen verbesserten sich weiter, als Deng Xiaoping Maos Nachfolge antrat und die „Reform- und Öffnungspolitik“ zur wirtschaftlichen Liberalisierung einschlug. Allerdings hatten die bilateralen Beziehungen einen sehr eigenartigen Charakter. Die beiden Länder arbeiteten gemeinsam an der Schwächung der Sowjetunion, doch ihre Gesellschaftssysteme blieben grundlegend gegensätzlich.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 markierte einen dramatischen Wendepunkt in der Weltlage und läutete eine neue Ära in den Beziehungen zwischen China und dem Westen ein. Nach dem Ende der UdSSR waren die USA die unangefochtene Weltmacht. Die amerikanische Dominanz und die Öffnung des chinesischen Marktes schufen die Voraussetzungen für die als Globalisierung bekannte massive Ausweitung von Auslandsinvestitionen und Handel. China wurde zum industriellen Zentrum der Welt, wo ausländische Unternehmen auf billige Arbeitskräfte, staatliche Planung und von der KPCh garantierten Arbeitsfrieden zählen konnten.

Aus amerikanischer Sicht stellte die Marktliberalisierung in China eine riesige Chance dar. Zudem wurde der chinesische Kommunismus, nachdem die liberale Demokratie „den Kalten Krieg gewonnen“ hatte, nicht mehr als Bedrohung angesehen, sondern einfach als Anachronismus, der durch die wirtschaftliche Integration mit dem Westen überwunden werden würde. Diese Stimmung brachte US-Präsident Bill Clinton deutlich zum Ausdruck, der meinte, dass „China mit dem Beitritt zur WTO [Welthandelsorganisation] nicht nur damit einverstanden ist, mehr unserer Produkte zu importieren, sondern auch einen der am meisten geschätzten Werte der Demokratie: wirtschaftliche Freiheit... Und wenn es in der Macht des Einzelnen liegt … seine Träume zu verwirklichen, wird er ein größeres Mitspracherecht fordern“ (9. März 2000).

Aus Sicht der KPCh war die neue Ära mit vielen Gefahren verbunden. Der Zusammenbruch der Sowjetunion war eine Warnung, was passieren würde, sollte die Partei ihre politische Kontrolle über das Land verlieren. Gleichzeitig hatte der Tiananmen-Aufstand 1989 gezeigt, dass die Massen unruhig waren und bessere Lebensbedingungen forderten. Die Lähmung wurde 1992 durch Dengs „Südtour“ durchbrochen, eine Kampagne, die die Partei nachdrücklich auf seine Agenda der Marktliberalisierung einschwören sollte. Die Idee war, dass ein ausreichendes Wirtschaftswachstum die politische Unzufriedenheit dämpfen und die Macht des Regimes festigen würde.

Das erwies sich als erfolgreich. Entgegen den amerikanischen Erwartungen führte die wirtschaftliche Integration Chinas nicht zum Sturz der KPCh oder zum Zusammenbruch der Staatsmonopole. Die konvergierenden Interessen der KPCh und ausländischer Kapitalisten in den 1990er- und 2000er-Jahren verringerten den allgemeinen Druck auf das Regime und ermöglichten es China, sich durch die Verbindung von staatlicher Wirtschaftskontrolle mit Liberalisierung der Kapitalströme und Ausweitung des Handels mit unglaublicher Geschwindigkeit zu entwickeln.

Es ist wichtig, diese Dynamik zu verstehen. Chinas explosives Wachstum erfolgte durch seine ***Integration*** in das US-Wirtschaftssystem, ***nicht*** in Opposition dazu. Chinas Außenpolitik war – wie die aller stalinistischen Regime – stets von dem Ziel geleitet, eine friedliche Koexistenz mit dem Imperialismus zu erreichen. In der Tat hat China bis heute keinen der Grundpfeiler der US-Vorherrschaft in Frage gestellt. Es trat der WTO bei, unterstützt IWF und UNO und handelt und investiert nach wie vor überwiegend in US-Dollar. Vor allem aber hat China nichts unternommen, um die USA als weltweite militärische Ordnungsmacht abzulösen.

3. Der Niedergang der US-Hegemonie

Der Widerspruch, der der heutigen Weltlage zugrunde liegt, besteht darin, dass die Hegemonie der USA zwar die Voraussetzungen für das erhebliche Wachstum Chinas und anderer Länder des Globalen Südens geschaffen hat, dass dies aber wiederum die amerikanische Position geschwächt hat. Die herrschende Klasse der USA ist sich dessen bewusst und untergräbt zunehmend die Hauptpfeiler ihres eigenen liberal-demokratischen Weltsystems. Typisch für diesen Wandel ist Donald Trump, der im Jahr 2015 bei der Ankündigung seiner ersten Präsidentschaftskandidatur erklärte:

> „Jetzt stellt euch das mal vor: Wir schulden China 1,3 Billionen Dollar. Japan schulden wir sogar noch mehr. Sie kommen also herein, nehmen uns unsere Arbeitsplätze und unser Geld, und dann leihen sie uns das Geld zurück, und wir zahlen ihnen Zinsen, und dann steigt der Dollar, so dass sie ein noch besseres Geschäft machen.
>
> Wie dumm sind unsere Regierungschefs? Wie dumm sind diese Politiker, dass sie so etwas zulassen? Wie dumm sind sie?“

Sinnbildlich dafür, dass die liberale Ordnung für die USA selbst zu einem Hindernis wird, droht Washington damit, den Internationalen Strafgerichtshof wegen seiner Ermittlungen gegen Israel zu sanktionieren, erwägt die Streichung der Mittel für die UNO und spricht sich manchmal sogar gegen NATO und EU aus. Die KPCh ihrerseits glaubt immer noch, dass die Globalisierung eine unveränderliche Kraft der Geschichte sei und China sich weiterhin innerhalb der von den USA aufgestellten Regeln entwickeln könne. Wir befinden uns nun in der bizarren Situation, dass China Freihandel und internationales Recht predigt, während die USA und die EU Protektionismus befürworten und ihre eigenen internationalen Regeln missachten.

Insgesamt unterscheidet sich die gegenwärtige Periode stark von der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, der klassischen Periode zwischenimperialistischer Rivalitäten. Damals sahen sich die etablierten Imperien Frankreichs, Britanniens und Russlands mit aufstrebenden imperialistischen Mächten (Deutschland, Japan und den USA) konfrontiert, die ihre eigenen Kolonialreiche aggressiv ausbauten. Anfang der 1900er-Jahre war das imperialistische System ***fragmentiert***, und Instabilität entstand durch die Expan-

sionsgelüste neuer, aber bereits etablierter ***Imperien***.

Seit 1945 ist das imperialistische System ***vereinigt***. Heute zerfällt das hochintegrierte imperialistische Kartell, das von den USA dominiert wird, zunehmend aufgrund des Aufstrebens verschiedener ***regionaler Mächte***. Es handelt sich dabei um Länder, die in den letzten Jahrzehnten von den USA und ihren Verbündeten massiv in die Enge getrieben wurden, die nun aber die Anerkennung ihrer regionalen und nationalen Interessen einfordern. Da die Stabilität des Weltsystems von der unangefochtenen Dominanz der USA abhängt, stellen bereits diese relativ bescheidenen Bestrebungen eine existenzielle Bedrohung dar und sind der Grund für die Turbulenzen der gegenwärtigen Epoche.

Stellt man die Entwicklung Chinas in den Kontext des imperialistischen Systems der postsowjetischen Periode, wird deutlich, dass es keineswegs einen expansiven imperialistischen Kurs verfolgt hat – was zumindest einen Bruch mit der amerikanischen Wirtschaftsordnung erfordert hätte. Tatsächlich sehen wir, dass China trotz seines im Vergleich zur UdSSR weitaus größeren wirtschaftlichen Gewichts eine zurückhaltende, überwiegend auf die Erhaltung des Status quo ausgerichtete Außenpolitik verfolgt hat. Aber selbst wenn wir einen Blick auf Russland werfen, das eine viel konfrontativere Strategie verfolgt, stellen wir fest, dass es nicht aggressiv expandiert, sondern eher auf die Machenschaften der USA an seiner Peripherie und gegenüber seinen Verbündeten (Georgien, Ukraine, Syrien) reagiert hat. Russland hat die USA herausgefordert, aber es strebt nicht nach Weltherrschaft. Unterm Strich ist die Weltpolitik ein Nullsummenspiel. Die Entstehung eines neuen imperialistischen Blocks ist nicht möglich, ohne dem imperialistischen Bündnis, das die Welt seit 1945 beherrscht, eine schwere Niederlage zuzufügen oder es zu zerstören.

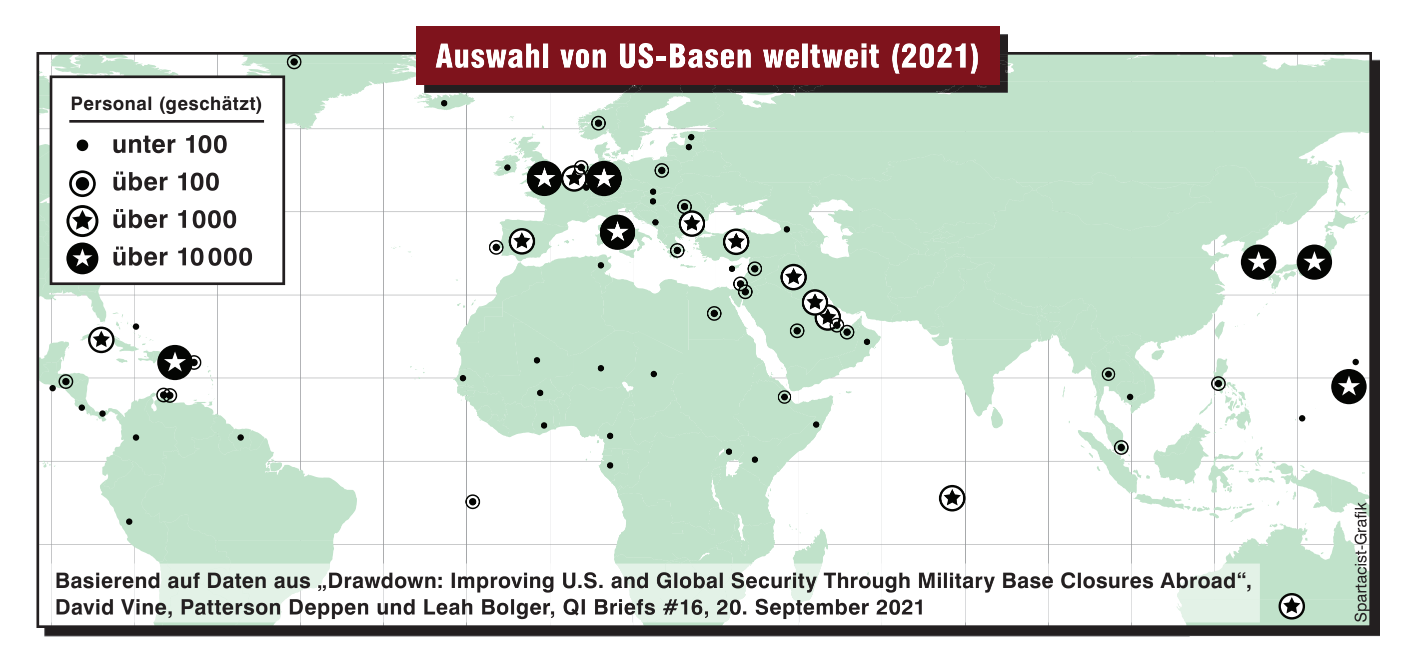
4. Friedlicher Imperialismus?

Der erste Fehler, den diejenigen begehen, die behaupten, China sei imperialistisch, ist die Annahme, dass eine neue imperialistische Weltmacht mit völlig friedlichen Mitteln entstehen könnte. Ob es sich nun um das Römische Reich der Antike oder um das von Lenin beschriebene moderne imperialistische System handelt, Imperialismus erfordert militärischen Zwang. Die Tatsache, dass Militarismus das Ergebnis wirtschaftlicher Beziehungen ist, macht ihn keineswegs zu einem optionalen Merkmal. Ausbeutung kann nur mit Gewalt durchgesetzt werden.

Die entscheidende Bedeutung militärischer Macht wurde in den letzten drei Jahrzehnten durch die überwältigende militärische Überlegenheit der USA etwas kaschiert. Die unangefochtene amerikanische Macht schuf die Voraussetzungen für eine stark vereinheitlichte Weltwirtschaft, die auf den ersten Blick weitgehend mit friedlichen Mitteln zu funktionieren scheint. Milliardäre aus Saudi-Arabien, Deutschland oder Indien können ihr Geld im Ausland anlegen, ohne befürchten zu müssen, dass ihr Eigentum beschlagnahmt wird oder ihre Kredite gekündigt werden. Der Grund dafür ist, dass das US-Militär als Vollstrecker des gesamten modernen imperialistischen Systems fungiert. Als Gegenleistung für den Dienst, den Kapitalisten auf der ganzen Welt private Eigentumsrechte zu garantieren, schöpfen die USA durch den US-Dollar und ihre Kontrolle über die wichtigsten Zentren und Institutionen des Weltfinanzkapitals einen unverhältnismäßig großen Anteil des Mehrwerts ab.

Es ist entscheidend zu verstehen, dass die Stabilität der Weltwirtschaft bis heute vom US-Militär abhängt. Es verfügt über mindestens 750 Stützpunkte in 80 Ländern. Die USA und ihre Verbündeten kontrollieren alle wichtigen maritimen Nadelöhre: den Panama- und den Suezkanal, die Meerengen von Malakka, Gibraltar und Hormus. Chinas Seemacht wächst, aber der Pazifik ist nach wie vor ein amerikanischer Teich, genau wie der Atlantik, der Indische Ozean und das Mittelmeer. Seit 1945 hat das US-Militär in mehr als 200 Konflikte im Ausland interveniert. Für sich genommen erscheinen viele dieser Interventionen weder wirtschaftlich noch strategisch sinnvoll. Sie müssen als Demonstration amerikanischer Macht gesehen werden, die dazu dient, im internationalen System als Ganzem den Frieden zu erhalten.

Wir haben bereits gesehen, dass Chinas wirtschaftliche Entwicklung vollständig innerhalb der zentralen Institutionen des imperialistischen Systems der USA stattgefunden hat. Selbst wenn China kapitalistisch wäre, müsste es, um



Basierend auf Daten aus „Drawdown: Improving U.S. and Global Security Through Military Base Closures Abroad“, David Vine, Patterson Deppen und Leah Bolger, QI Briefs #16, 20. September 2021

imperialistisch zu werden, mit dem amerikanischen System brechen und seine globalen wirtschaftlichen Interessen durch seine eigene Militärmacht und seine eigenen Institutionen sichern. Schon ein kurzer Blick auf die Weltlage zeigt, dass China keine ernsthaften Schritte in diese Richtung unternommen hat. Tatsächlich ist China die einzige bedeutende Militärmacht, die in den letzten 40 Jahren nicht im Ausland interveniert hat (UN-Friedenstruppen zählen nicht).

Bis heute stützt sich China bei Investitionen und Krediten im Ausland in allererster Linie auf die Institutionen der US-Herrschaft und nicht auf seine eigene Militärmacht. Ohne dieses wesentliche Attribut kann man China nicht als imperialistische Macht betrachten. Das Gegenteil zu behaupten hieße, den Imperialismus als pazifistisch darzustellen. Es würde bedeuten, dass Länder auf der ganzen Welt akzeptieren, aus rein kommerziellen Gründen überausgebeutet zu werden und dass die Welt bereits völlig friedlich unter den Großmächten neu aufgeteilt worden ist.

Was ist mit Ländern wie Deutschland und Japan? Auch sie sind vom US-Militär abhängig. Bedeutet das, dass sie nicht imperialistisch sind? Nein, keineswegs. Deutschland und Japan haben beide versucht, den USA die Vorherrschaft streitig zu machen – mit katastrophalen Folgen –, und sind seit ihrer Niederlage Partner im amerikanischen System. Beide nehmen dank ihres Bündnisses mit den USA eine privilegierte Stellung in der Weltwirtschaft ein. Anders als China, das trotz der tiefen wirtschaftlichen Integration der letzten Jahrzehnte immer ein Außenseiter geblieben ist.

5. Welche Länder unterdrückt China?

Natürlich gibt es keinen Imperialismus ohne die Unterdrückung fremder Länder. Das wirft die Frage auf: Welche Länder unterdrückt China? Es besteht kein Zweifel, dass das politische Regime in China seine eigene Bevölkerung unterdrückt. Es ist auch klar, dass China nationale Minderheiten innerhalb seiner eigenen Grenzen unterdrückt. Aber wenn das alles wäre, was nötig ist, um imperialistisch zu sein, dann würden der Irak und Sri Lanka in diese Kategorie fallen. Die meisten Länder unterdrücken nationale Minderheiten innerhalb ihrer eigenen Grenzen, und alle Länder werden zum Nachteil ihrer Bevölkerung regiert. Das macht sie nicht imperialistisch.

„Aber was ist mit dem Projekt der Neuen Seidenstraße" schreien ISA & Co. „Ist das nicht ein ausbeuterisches imperialistisches Projekt?" Es stimmt, dass China in Ländern Afrikas und Asiens Milliarden (von US-Dollar) in den Aufbau von Infrastruktur investiert und ihnen dabei Schulden aufgebürdet hat. Es besteht auch kein Zweifel daran, dass China bei diesen Investitionen nicht von den Interessen der Arbeiter ausgeht. Es hat Gewerkschaftsrechte angegriffen, Beamte bestochen, lokale Stimmungen missachtet und alle möglichen reaktionären Regime unterstützt. Die Frage ist jedoch nicht, ob Chinas Handlungen wohltätig sind, sondern ob Projekte wie die Neue Seidenstraße China in einen imperialistischen Unterdrücker verwandelt haben. Setzt China in den Ländern, in denen es massiv investiert hat, seinen Willen mit Gewalt durch?

Schauen wir uns Sri Lanka an, das Paradebeispiel für die chinesische „Schuldenfallen-Diplomatie". Sri Lanka war bekanntlich nicht in der Lage, die Zinsen für die chinesischen Kredite zu zahlen, die es für den Bau eines neuen Hafens aufgenommen hatte, und verpachtete ihn für 99 Jahre an China. Aber beherrscht China Sri Lanka? Nein. Als das Land 2022 nicht in der Lage war, seine ausländischen Gläubiger (in US-Dollar) zu bezahlen, war es nicht China, das die Bedingungen diktierte. Wie immer war es der IWF, und die Verhandlungen mit den Gläubigern fanden in Washington statt, nicht in Beijing. Selbst westliche Beobachter mussten zugeben, dass die Schuldenkrise Sri Lankas nicht auf chinesische Kredite zurückzuführen war.

Was ist mit Pakistan? 2017 gab die Revolutionary Communist International Tendency (RCIT) eine Erklärung heraus, in der sie verkündete: „Der chinesisch-pakistanische Wirtschaftskorridor ist ein Projekt des chinesischen Imperialismus zur Kolonialisierung Pakistans!" Die ISA wiederum behauptet, Pakistan sei Teil des imperialistischen Blocks Chinas gegen die USA („‚China's Rise' – An Outdated View" [‚Chinas Aufstieg' – eine überholte Vorstellung], chinaworker.info, 24. April 2024). Jeder, der auch nur Grundkenntnisse über Pakistan hat, weiß, dass das völliger Unsinn ist. China unterhält zwar enge Beziehungen zu Pakistan, aber die USA haben das Sagen. Das zeigte sich erst kürzlich, 2022, in aller Deutlichkeit, als die USA mit der pakistanischen Militärelite konspirierten, um Präsident Imran Khan aus dem Amt zu jagen und ins Gefängnis zu werfen. China hat daraufhin nichts unternommen.



Die Behauptungen über einen „chinesischen Imperialismus“ sind wohl am groteskesten, wenn es um Afrika geht. Die westlichen Mächte haben Afrika jahrhundertelang unterdrückt und den Kontinent in einem Zustand des Elends und der Konflikte gehalten. Französische und amerikanische Militärbasen gibt es überall auf dem Kontinent, nicht etwa chinesische Außenposten (Chinas einzige ausländische Basis befindet sich in Dschibuti). Frankreich hält die Hälfte der Devisenreserven und kontrolliert die Währungen von mehr als einem Dutzend afrikanischer Länder. Und wie überall geht es auch hier bei Schuldenkrisen um Zahlungen in Dollar und Euro, nicht Renminbi.

Noch einmal: Das soll nicht heißen, dass China in Afrika eine wohltätige Rolle spielt. Weit gefehlt. Es geht einfach darum, dass China keinem Land in Afrika seinen Willen aufzwingt. Nicht China verwüstete Libyen, Somalia, Mali, Niger, Tschad und so viele andere Länder. In all diesen Fällen sind die westlichen Imperialisten verantwortlich.

Damit kommen wir zum Süd- und Ostchinesischen Meer. Möchte China den Pazifik in einen chinesischen Teich verwandeln? Wir denken das nicht. Aber selbst wenn China das wollte, wäre es deshalb nicht imperialistisch. Man muss konkret fragen: Wie ist die derzeitige Situation? Seit der Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg sind die USA die Herren des Pazifiks. Man braucht nur einen Blick auf die Landkarte zu werfen, um zu sehen, dass China vollständig von amerikanischen Verbündeten umgeben ist, von denen die meisten amerikanische Truppen auf ihrem Boden willkommen heißen. Die Philippinen, Südkorea, Indonesien, Taiwan: Kein einziges dieser Länder wird von China unterdrückt, alle werden von den Amerikanern beherrscht.

Dies war kein friedlicher und allmählicher Prozess. Durchgesetzt wurde die US-Vorherrschaft mit den Brandbomben auf Tokio, dem Holocaust von Hiroshima und Nagasaki, dem Koreakrieg, dem Abschlachten der indonesischen Kommunisten und zahllosen anderen Verbrechen. Die Apologeten des westlichen Imperialismus schreien Zeter und Mordio über Chinas militärische Aufrüstung in der Region. Aber wen hat China überfallen? Man muss sich nur die Fakten objektiv ansehen, um zu erkennen, dass das Geschrei über einen chinesischen Imperialismus im Pazifik nichts anderes ist als eine krasse Kapitulation vor dem Status quo der US-Herrschaft.

Der Fall Taiwans wiederum ist ziemlich einzigartig. Historisch war es ein Teil Chinas. Nach der Revolution von 1949 wurde es zum Zufluchtsort für die chinesische Kapitalistenklasse. Seitdem bauten die Amerikaner Taiwan bewusst als Brückenkopf auf, um China erneut unter imperialistische Herrschaft zu bringen. Es stimmt, dass die meisten Menschen auf der Insel heute keine Wiedervereinigung mit China wünschen. Das liegt zum großen Teil daran, dass die KPCh dort nur Unterdrückung und die Aufrechterhaltung des Kapitalismus anbietet. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass es beim Taiwankonflikt um die imperialistische Vorherrschaft der USA und Japans in Asien geht. Diese Vorherrschaft ist der Grund für die Abtrennung Taiwans vom Festland. Ein Krieg um Taiwan wäre ein Krieg zur Vollendung der Revolution von 1949, kein imperialer Eroberungskrieg Chinas.

6. Politische Konsequenzen

Das Gezeter über einen chinesischen und russischen Imperialismus dient nur dazu, die Tatsache zu verschleiern, dass es die kleine Gruppe von Mächten unter Führung der USA ist, die den gesamten Planeten unterdrückt. Weder China noch Russland unterdrücken Nationen außerhalb ihrer unmittelbaren Grenzen oder Peripherie. In Wirklichkeit werden sie selbst seit Jahrzehnten vom westlichen Imperialismus belagert.



Yves Herman/Reuters

Protektionistischer Protest in Brüssel gegen chinesischen Stahl, 2016

Ausgangspunkt für eine revolutionäre Strategie und die Vereinigung des Proletariats in Ostasien und Osteuropa muss es sein, den US-Imperialismus aus der Region rauszuwerfen. Bedeutet das, dass es notwendig ist, die KPCh oder den Kreml zu unterstützen? Nein, natürlich nicht. Ihre reaktionäre Politik untergräbt den Kampf gegen den Imperialismus auf Schritt und Tritt. Zum Beispiel behindert die Unterdrückung der Ukrainer und Uiguren durch die russische und die chinesische Regierung die Einheit der Arbeiter gegen die USA und ihre Verbündeten. Anerkennung ihrer nationalen Rechte würde den Kampf gegen die Mächte ***stärken***, die Ostasien, Osteuropa und die ganze Welt unterdrücken.

Aber würde ein Sieg Russlands oder Chinas in einem Krieg gegen die USA nicht bedeuten, dass sie deren Platz an der Spitze des imperialistischen Weltsystems einnehmen? Es hängt alles von den konkreten Umständen ab, unter denen dieser Sieg errungen wird. Die Aufgabe von Kommunisten besteht gerade darin, dafür zu kämpfen, dass der Zusammenbruch der US-Ordnung zu revolutionären internationalistischen Bedingungen erfolgt, die für die Arbeiterklasse günstig sind. Um diesen Kampf zu entwickeln, ist es notwendig, sich in jeder Phase aktiv zu beteiligen. Es wäre das schlimmste Verbrechen, nicht für die Niederlage der USA zu kämpfen, der Macht, die ***heute*** die Welt unterdrückt, aus Angst, dass ***morgen*** eine andere Macht der neue Unterdrücker sein ***könnte***.

Im Grunde ist die Anprangerung eines „chinesischen Imperialismus“ nur ein dünnes Feigenblatt für die Weigerung, sich der Vorherrschaft der USA und ihrer Verbündeten entgegenzustellen. Die Hartnäckigkeit dieser Position in der Linken spiegelt die Realität wider, dass es in den mit dem Westen verbündeten Ländern unmöglich ist, von der Gewerkschaftsbürokratie oder liberalen Kreisen als respektabel angesehen zu werden, wenn man China gegen den Imperialismus verteidigt. Auch wenn es für einige radikal



Patrick Piel/Gamma Rapho

Umgestürzte Lenin-Statue in Berlin nach kapitalistischer Konterrevolution

klingen mag, die USA und China auf eine Stufe zu stellen, so ist es doch eine Tatsache, dass die USA seit 1945 das gesamte imperialistische System beherrschen, während China keinen Teil der Welt außerhalb seiner eigenen Grenzen beherrscht. Natürlich kann man kein Revolutionär sein, wenn man die Politik der KPCh verteidigt. Aber es ist grober Sozialchauvinismus, den Kampf gegen die Vorherrschaft der USA zu verweigern, indem man das Schreckgespenst des „chinesischen Imperialismus" heraufbeschwört.

ZWEITER TEIL: CHINA IST NICHT KAPITALISTISCH

1. Marxismus und der Staat

Bei der Diskussion darüber, ob der chinesische Staat kapitalistisch oder immer noch ein Arbeiterstaat ist, ist es wichtig, einen grundlegenden methodischen Ansatz einzuführen. Wie beim Imperialismus endet die Frage für den Großteil der Linken dort, wo sie gerade erst beginnt. Zur Klärung der Frage reicht es dem Lager „China ist kapitalistisch", auf die Zahl der Milliardäre und multinationalen Unternehmen zu verweisen. Der Gegenseite sind die staatliche Kontrolle über strategische Industrien und das hohe Wirtschaftswachstum Beweis genug dafür, dass China nicht kapitalistisch ist. Auch hier gilt, dass die Frage nicht durch die Betrachtung einzelner Momentaufnahmen verstanden werden kann, sondern in ihrer konkreten historischen Entwicklung betrachtet werden muss.

Die starke Ausbreitung von Kapitalisten und der hohe Anteil verstaatlichter Industrien sind beide für das Verstehen von China entscheidend, aber für sich genommen beweisen sie nichts. Wie Trotzki in „Der Klassencharakter des Sowjetstaats" (Oktober 1933) darlegte, verstaatlichten die Bolschewiki im ersten Jahr der Russischen Revolution die Industrie nicht; sie blieb in privater Hand unter Arbeiterkontrolle. 1921 führten die Bolschewiki mit der Neuen Ökonomischen Politik wieder Marktbeziehungen in der Landwirtschaft ein, doch bedeutete das keine Rückkehr zum Kapitalismus. Im Übrigen kann die Kapitalistenklasse als Reaktion auf bestimmte Krisen selbst große Teile der Industrie verstaatlichen (z. B. Portugal in den 1970ern). Diese Beispiele zeigen nur, dass die Eigentumsformen als isolierter Faktor nicht ***ausreichen***, um den Klassencharakter eines Landes zu bestimmen.

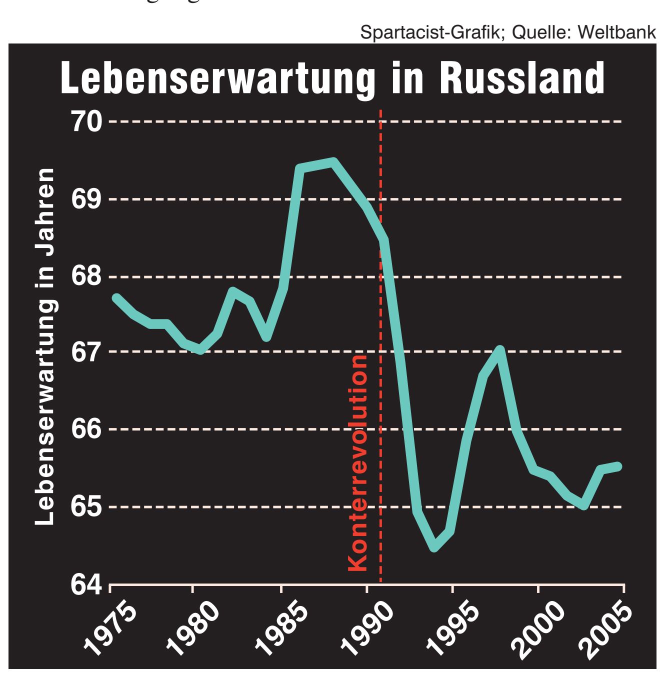
Der Kernpunkt hier für Marxisten ist der Staat selbst, d. h. die bewaffneten Formationen und die Bürokratie. Welche Klassendiktatur verteidigen sie? Trotz der vielen möglichen politischen Formen, die ein Staat annehmen kann (demokratisch, bonapartistisch, faschistisch usw.), repräsentiert er immer die Herrschaft einer bestimmten Klasse. Lenin fasst Engels zusammen und erklärt:

> „Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der ***Unversöhnlichkeit*** der Klassengegensätze. Der Staat entsteht dort, dann und insofern, wo, wann und inwiefern die Klassengegensätze objektiv ***nicht*** versöhnt werden ***können***. Und umgekehrt: Das Bestehen des Staates beweist, dass die Klassengegensätze unversöhnlich sind."
>
> – *Staat und Revolution* (1917)

Lenin betonte, dass die „kleinbürgerliche Demokratie" nie begreifen wird, „dass der Staat das Organ der Herrschaft einer bestimmten Klasse ist, die mit ihrem Antipoden (der ihr entgegengesetzten Klasse) ***nicht*** versöhnt werden ***kann***". Und so ist es bis heute. Jeder Irrtum über den Klassencharakter Chinas und die Zukunftsperspektiven der Volksrepublik (VR) China beruht auf der Zurückweisung dieser von Lenin dargelegten grundlegenden Konzeptionen des Staates.

Der Revisionismus in dieser Frage beginnt bei der KPCh selbst. Maos eigene, in „Über die neue Demokratie" (1940) skizzierte Konzeption ist die „gemeinsame Diktatur der vom chinesischen Proletariat geführten revolutionären Klassen Chinas" – was die nationale Bourgeoisie mit einschließen sollte. Dies erwies sich als völlige Illusion. Als Maos Volksbefreiungsarmee (VBA) die nationalistischen Kräfte der Guomindang besiegte, gab es keine „gemeinsame Diktatur". Die Bourgeoisie floh in ihrer überwältigenden Mehrheit nach Taiwan, und wer das nicht tat, wurde enteignet. Die VR China – eine Diktatur des Proletariats – konnte ***nicht*** mit ihrem Antipoden versöhnt werden, eine klare Bestätigung der marxistischen Theorie. Dieselbe Illu-

Spartacist-Grafik; Quelle: Weltbank





Archive Photos

Juli 1989: KPCh schlägt Aufstand vom Tiananmen-Platz nieder und sichert damit ihren Machterhalt

sion stand jedoch auch hinter Dengs Politik der „Reform und Öffnung“ und wird von der KPCh immer noch aufrechterhalten. Von Deng bis Xi basiert der „Sozialismus chinesischer Prägung“ auf dem Mythos, dass es keinen grundlegenden Konflikt zwischen der Bourgeoisie und dem Sozialismus gibt. Solche Illusionen sind eine tödliche Bedrohung für die VR China.

Denselben Fehler begehen auf andere Weise die verschiedenen Sozialisten, die behaupten, China sei kapitalistisch. Sie gehen nicht wie die KPCh davon aus, dass Kapitalismus und Sozialismus nebeneinander existieren können, sondern argumentieren, dass es einen allmählichen und nahtlosen Übergang von einem Arbeiterstaat nach 1949 zu einem kapitalistischen Staat in den 1990er-Jahren gab. Ihrer Ansicht nach fand dieser Übergang ohne eine Periode akuter Krisen statt, in der die staatliche Struktur der VR China ***zerschlagen*** und durch eine neue ersetzt wurde. Mit anderen Worten, sie glauben, dass der gleiche Staatsapparat, die gleiche Bürokratie und das gleiche Regime die Diktatur zweier antagonistischer Klassen verteidigen können. Das ist nur eine andere Art und Weise, den ***unversöhnlichen*** Klassenkonflikt, der in der bloßen Existenz des Staates verkörpert ist, aufzuheben. Als Antwort auf genau diese Argumente in Bezug auf die Sowjetunion der 1930er-Jahre erklärte Trotzki:

> „Die marxistische These vom katastrophischen Charakter des Übergangs der Macht aus den Händen einer Klasse in die einer anderen gilt nicht nur für revolutionäre Perioden, wenn die Geschichte mit Riesenschritten vorwärts eilt, sondern auch für konterrevolutionäre Perioden, wenn die Gesellschaft in ihrer Entwicklung zurückgeworfen wird. Wer also behauptet, der Sowjetstaat habe sich ***allmählich*** von einem proletarischen zu einem bürgerlichen Staat gewandelt, spult nur den reformistischen Film in umgekehrter Richtung ab.“
>
> – „Der Klassencharakter des Sowjetstaats“

Um den Klassencharakter Chinas festzustellen, ist das entscheidende Kriterium nicht das Ausmaß, in dem Marktbeziehungen oder Planwirtschaft vorherrschen, obwohl diese sicherlich wichtige Faktoren sind. Vielmehr geht es darum, ob es eine qualitative Veränderung in Wesen und Funktion des Staatsapparates gegeben hat. Diejenigen, die glauben, dass China kapitalistisch sei, müssen entweder argumentieren, dass Trotzki sich geirrt hat und es tatsächlich möglich ist, dass ein Staat seinen Klassencharakter allmählich ändert, oder sie müssen erklären, wann und wie die Konterrevolution in China stattgefunden hat.

2. Konterrevolutionen in Osteuropa und der UdSSR

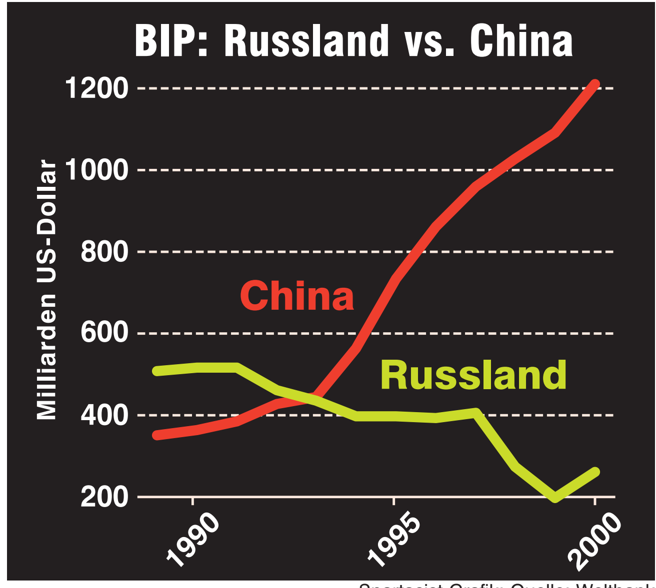
Ein wesentlicher Unterschied zwischen Trotzkis theoretischer Argumentation in den 1930er-Jahren und heute besteht darin, dass wir eine Reihe eindeutiger historischer Beispiele für Konterrevolutionen erlebt haben. Die Tatsache, dass der Kapitalismus in den ehemaligen Arbeiterstaaten Europas und in der UdSSR restauriert wurde, ist praktisch unumstritten. Der Prozess verlief in Polen, der DDR, Jugoslawien und der Sowjetunion selbst unterschiedlich, aber jedes einzelne dieser Beispiele bestätigt voll und ganz den „katastrophischen Charakter des Übergangs der Macht aus den Händen einer Klasse in die einer anderen“.

Ohne im Detail darauf einzugehen, wie die Konterrevolution in jedem einzelnen Fall triumphierte, lassen sich einige wesentliche Merkmale erkennen, die allen gemeinsam sind. In allen Fällen führte eine akute politische Krise zum Zusammenbruch des stalinistischen Regimes. Obwohl in einigen Ländern ehemalige Stalinisten in der Lage waren, herausragende oder sogar führende Positionen im Kapitalismus zu behalten, blieb in keinem Fall die ehemalige Kommunistische Partei an der Macht. Außerdem wurde in allen Fällen die Staatsstruktur grundlegend umgestaltet. In Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Ostdeutschland und der Sowjetunion lösten sich die Staaten auf oder wurden liquidiert. Aber auch dort, wo das nicht der Fall war, strukturierte der Staat seine Streitkräfte um und änderte seinen Namen, seine Verfassung und sein Rechtssystem.

Es gibt in Europa keine Roten Armeen oder Volksarmeen mehr. Auf den Nationalflaggen sind – abgesehen von Transnistrien – Hammer und Sichel verschwunden, und auch Sozialistische Republiken und Volksrepubliken gibt es nicht mehr. Manche mögen einwenden, dass solche Namen und Symbole bedeutungslos sind. Doch das ist falsch. Wie eine Eroberungsarmee brachte der Kapitalismus seine Fahnen, seine Symbole, seine Werte und seine Sprache mit. Diese Veränderungen spiegelten das endgültige ***Zerbrechen*** der Staatsmacht wider. Sie standen für den entscheidenden Sieg des Kapitalismus über den Stalinismus.

Betrachten wir die wirtschaftliche Seite der Frage. Im Vorfeld der Konterrevolution hatten viele Länder des Ostblocks im Laufe der Jahre Maßnahmen zur Liberalisierung ihrer Wirtschaft ergriffen. Die Rückkehr zum Kapitalismus war jedoch kein allmählicher wirtschaftlicher Übergang, sondern kam in Form eines katastrophischen Schocks. Die alten Wirtschaftsmodelle brachen schlagartig zusammen, und es wurde ein neues Modell eingeführt, in der Regel unter dem Diktat des IWF. Die unmittelbaren Folgen waren Deindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit, Inflation und Rezession.

Einer Studie der Weltbank von 1998 mit dem Titel „Income, Inequality, and Poverty during the Transition from



Spartacist-Grafik; Quelle: Weltbank

Planned to Market Economy“ [Einkommen, Ungleichheit und Armut beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft] zufolge sank der Gesamtwert der produzierten Waren und Dienstleistungen in den Ländern, die zum Kapitalismus übergingen, real um mindestens ein Viertel. In den meisten Fällen wurden die staatlichen Unternehmen in einer Art von Schlussverkauf liquidiert. Belarus ist die Ausnahme, die die Regel bestätigt. Dort wurden die Staatsbetriebe nicht liquidiert, doch der wirtschaftliche Schock war genauso brutal: Das Pro-Kopf-BIP ging um 34 Prozent zurück.

Die sozialen Folgen der kapitalistischen Restauration waren dramatisch. Die Lebenserwartung sank in den meisten Ländern. In Russland stieg die Sterblichkeitsrate so stark wie nie zuvor in einem Industrieland zu Friedenszeiten. Jugoslawien wurde im Bürgerkrieg zerstört. In den ehemals von Kommunistischen Parteien regierten Staaten explodierte die Armut. In der Studie der Weltbank über diese Länder (mit Ausnahme der kriegführenden) heißt es: „Während 1989 die Zahl der Menschen, die mit weniger als 4 Dollar pro Tag (zu internationalen Preisen) auskommen mussten, auf 14 Millionen geschätzt wurde (bei einer Bevölkerung von etwa 360 Millionen), leben heute schätzungsweise mehr als 140 Millionen Menschen unter dieser Armutsgrenze.“

Die Schlussfolgerungen sind eindeutig: Konterrevolution war überall ein brutaler Prozess. Ob auf politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Ebene, der Übergang vom Arbeiterstaat zum Kapitalismus war abrupt und stellte einen klaren Bruch mit der Vergangenheit dar.

3. Reform und Öffnung in China

Wie lassen sich die Konterrevolutionen in Osteuropa und der Sowjetunion mit der Politik von „Reform und Öffnung“ in China vergleichen? Wenn man sich nur auf einzelne Faktoren konzentriert, wie die Anzahl der Privatisierungen und die Ausbreitung von Marktbeziehungen, kann man auf Ähnlichkeiten verweisen. Aber wenn wir einen Schritt zurücktreten und das Gesamtbild betrachten, ist ganz klar, dass beide nichts gemeinsam haben.

Auf der politischen Ebene sind die Unterschiede am deutlichsten. China blieb von den politischen Unruhen, die Ende der 80er-Jahre die nicht-kapitalistischen Länder in Europa und Zentralasien erschütterten, nicht verschont. Das Ergebnis dieser Unruhen war jedoch genau das Gegenteil. Der weitreichende Aufstand von Studenten und Arbeitern, der durch die Tiananmen-Proteste von 1989 ausgelöst wurde, stürzte das KPCh-Regime in eine Krise. Doch anders als die stalinistischen Bürokratien in der DDR, in Polen und in der Sowjetunion brach die KPCh nicht zusammen, sondern schlug die Bewegung in einer blutigen Repressionswelle nieder. Damit festigte die KPCh ihre politische Machtposition. Das Ergebnis der Tiananmen-Ereignisse war politische ***Kontinuität***, nicht Bruch.

Heute sind alle wichtigen staatlichen Institutionen in ihrer Funktionsweise und ihrem Erscheinungsbild im Wesentlichen unverändert. China wird nach wie vor von einer Kommunistischen Partei regiert. Die Streitkräfte sind nach wie vor die VBA, die ihre Kontinuität auf Maos Bauernarmee zurückführt. Die Volksrepublik existiert nach wie vor, das höchste Staatsorgan ist (formell) immer noch der Nationale Volkskongress, und das prestigeträchtigste Amt ist immer noch das des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei. Niemand bestreitet diese Tatsachen – sie werden von denjenigen, die China für kapitalistisch halten, einfach als irrelevant abgetan.

Wie sieht es mit dem wirtschaftlichen und sozialen Bereich aus? Trotzki sagte voraus, dass eine Fortdauer der bürokratischen Herrschaft in der UdSSR, die den Zusammenbruch der proletarischen Diktatur zur Folge haben würde, „zum Stillstand des wirtschaftlichen und kulturellen Wachstums, zu einer furchtbaren sozialen Krise und zur Regression der gesamten Wirtschaft führen“ würde („Der Klassencharakter des Sowjetstaats“). Wir haben bereits gesehen, dass genau dies in Osteuropa und in der Sowjetunion geschehen ist. In China erleben wir jedoch gerade das Gegenteil. In den 1990er-Jahren kam es zur erstaunlichsten ***Entwicklung*** der Produktivkräfte in der Geschichte, einer beispiellosen Verringerung der Armut und einer allgemeinen Verbesserung der sozioökonomischen Indikatoren.

Das soll nicht heißen, dass die Marktliberalisierung in China im Interesse der Arbeiterklasse erfolgte. Abgesehen von den schrecklichen Arbeitsbedingungen in den neuen kapitalistischen Betrieben und ausländischen Unternehmen haben breite Schichten der Arbeiterklasse an den Privatisierungen und Marktreformen furchtbar gelitten. Aber im Ganzen gesehen hat die chinesische Wirtschaft einfach nicht denselben zerstörerischen Schock erlitten wie die Länder, in denen eine Konterrevolution stattfand. Der Reformprozess hatte dramatische Folgen, aber er erfolgte schrittweise und so, dass die Gesamtstruktur der Gesellschaft bewahrt wurde.

In Wahrheit zielte „Reform und Öffnung“ nicht darauf ab, den Kapitalismus wiederherzustellen, sondern die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der KPCh das Schicksal anderer stalinistischer Regime erspart blieb. Es lohnt sich, Deng Xiaoping aus der Zeit seiner Reise 1992 in den Süden zu zitieren, die von vielen als der Wendepunkt zur kapitalistischen Restauration hin angesehen wird, um zu sehen, wie die Bürokratie selbst diesen Wandel darstellte:

> „Was die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen angeht, so waren einige Leute von Anfang an gegen diese Idee und fragten sich, ob dies nicht die Einführung des Kapitalismus bedeuten würde. Die Erfolge beim Aufbau von Shenzhen haben diesen Leuten eine eindeutige Antwort gegeben: Sonderwirtschaftszonen sind sozialistisch, nicht kapitalistisch. Im Fall

von Shenzhen ist der öffentliche Sektor die Hauptstütze der Wirtschaft, während der Sektor mit Auslandskapital nur ein Viertel ausmacht... Es gibt keinen Grund, sich vor ihnen zu fürchten. Solange wir einen kühlen Kopf bewahren, gibt es keinen Grund zur Sorge. Wir haben unsere Vorteile: Wir haben die großen und mittleren staatlichen Unternehmen und die ländlichen Unternehmen. Und was noch wichtiger ist: Die politische Macht liegt in unseren Händen."

– „Auszüge aus Vorträgen in Wuchang, Shenzhen, Zhuhai und Shanghai" (18. Januar–21. Februar 1992)

Es geht nicht darum, inwieweit Dengs Bekenntnis zum Sozialismus der Wahrheit entsprach. Vielmehr sind diese Worte bedeutsam, weil sie einen klaren Wunsch nach ***Kontinuität*** erkennen lassen. Es sind nicht die Worte eines Boris Jelzin, der ein neues Gesellschaftsregime aufbauen will, sondern die Worte eines rechten stalinistischen Reformers (wie Bucharin oder Gorbatschow).

Doch wie steht es mit der Ungleichheit in China? Ist sie nicht genauso explodiert wie in Russland und anderen ehemaligen Arbeiterstaaten? Die Ungleichheit ist in der Tat ungeheuerlich, und das zeigt den reaktionären Charakter der Politik der KPCh. Aber man muss sich nur vor Augen führen, dass unter Mao Millionen Menschen verhungerten, um zu erkennen, dass dies nicht neu ist. Noch einmal: Es ist wichtig, tiefer zu blicken als nur auf die Statistik.

In Russland explodierte die Ungleichheit, und vor dem Hintergrund eines allgemeinen sozialen ***Niedergangs*** traten Milliardäre auf den Plan. In China vollzog sich dieser Prozess vor dem Hintergrund eines allgemeinen sozialen ***Fortschritts***. Im ersten Fall haben wir es mit einer verrottenden Gesellschaft zu tun, die von ausländischem Kapital und Oligarchen ausgeplündert wird. Im anderen Fall haben wir es mit Kapitalisten und Bürokraten zu tun, die sich einen unverhältnismäßig großen Anteil an einer sich schnell entwickelnden Gesellschaft aneignen. In beiden Fällen steigt der Gini-Koeffizient [Grad der Einkommensungleichheit], aber dies geschieht durch grundlegend unterschiedliche soziale Prozesse – Konterrevolution auf der einen Seite, auf der anderen ein hohes Wachstum, das auf der Verschmelzung von ausländischem Kapital mit wirtschaftlicher Staatskontrolle beruht.

4. Den Film des Reformismus umgekehrt abspulen

Die offensichtliche Tatsache, dass der chinesische Staat und das chinesische Regime im Wesentlichen intakt geblieben sind, müssen die verschiedenen Verfechter der These vom kapitalistischen China entweder ignorieren oder mit Theorie wegdiskutieren. Wir wollen uns zwei Beispiele ansehen, bei denen zumindest versucht wird, das Problem zu lösen.

Die Militant-Tradition

Die Militant-Tendenz war für ihre Auffassung bekannt, der Sozialismus könne durch eine parlamentarische Mehrheit von Sozialisten erreicht werden, die friedlich die Kontrolle über den kapitalistischen Staat übernehmen. Es ist kein Zufall, dass ihre verschiedenen Nachfolger zu den lautstärksten Verfechtern der Ansicht gehören, China sei kapitalistisch.

Vor dem Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa weitete das Committee for a Workers' International (CWI), ausgehend von den Theorien von Ted Grant, sein reformistisches Programm auf deformierte Arbeiterstaaten aus. In einem Dokument des Internationalen Exekutivkomitees des CWI von 1992 heißt es, in dieser Periode entstanden „eigentümliche Hybridstaaten, in denen konterrevolutionäre Regierungen bei ihren Maßnahmen zur Errichtung des Kapitalismus sich auf die vom Arbeiterstaat geerbten wirtschaftlichen Grundlagen stützten", und „unter solchen Bedingungen ist es nicht immer möglich, eine feste soziale Kategorie anzuwenden: kapitalistischer Staat oder Arbeiterstaat" („The Collapse of Stalinism" [Der Zusammenbruch des Stalinismus]). Vorbei ist es mit Lenins „Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze", es kommen die porösen „Hybridstaaten".



TASS

Moskau, 19. August 1991: Pro-kapitalistischer Putsch unter Führung Boris Jelzins signalisierte Sieg der Konterrevolution. Revisionistische Theorie veranlasste CWI, sich diesen Barrikaden anzuschließen

Das konkrete Ergebnis dieser revisionistischen Theorie war, dass sich das CWI aktiv an den Barrikaden beteiligte, die Jelzin errichtete, um die UdSSR zu Fall zu bringen. Das CWI leugnete, dass eine Konterrevolution überhaupt notwendig war, und beteiligte sich schließlich an einer. Denn wenn Russland vor 1991 kein Arbeiterstaat mehr war, dann gab es auch nichts zu verteidigen. Die katastrophalen Folgen der Zerstörung der Sowjetunion zeigen deutlich den vollständigen Bankrott dieser Sichtweise und den historischen Verrat, den sie darstellte.

Anstatt aus diesem Versagen zu lernen, haben das CWI und seine Ableger dieselbe Methodik auf das heutige China übertragen. In der Broschüre *Is China Capitalist?* [Ist China kapitalistisch?] (Mai 2000) verwendet Laurence Coates von der ISA den Begriff „hybrider Staat", um zu argumentieren, dass China allmählich zum Kapitalismus übergegangen sei:

„China war von den späten 1980er-Jahren bis 1991/92 eine Mischform. Die Transformation von einem System in ein anderes war noch nicht abgeschlossen – es war eine Zeit, in der zwei Wege oder Perspektiven möglich waren. Das ist heute nicht mehr der Fall. Der wichtigste Faktor waren internationale Ereignisse: Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Beschleunigung der Globalisierung, aber auch die Niederschlagung der Bewegung auf dem Tiananmen-Platz und deren Auswirkung auf das Bewusstsein stellten einen entscheidenden Wendepunkt dar."

Wie wir bereits gesehen haben, war das Ergebnis von Tiananmen politische Kontinuität und kein Bruch. Und der internationale Kontext ist von größter Bedeutung. Aber der ***Charakter eines Staates*** ändert sich nicht aufgrund von Ereignissen, die in einem anderen Land stattfinden. Die Geschicke des russischen Bürgerkriegs wurden zu einem



Bridgeman

Sturm auf den Winterpalast, 1917. Revolutionen sind kein schleichender Prozess

großen Teil von internationalen Ereignissen bestimmt, aber der Charakter des Staates änderte sich mit der ***Machtergreifung*** der Bolschewiki. Genau solche entscheidenden Wendepunkte wischt Coates weg. Anstelle des Staates als Beweis für unversöhnliche Klasseninteressen finden wir eine gleitende Skala von Staatsformen, die allmählich von einer Stufe zur anderen übergehen können, wobei das gesamte Regime und die Staatsstruktur intakt bleiben und es zu keinem entscheidenden Zusammenstoß von Klasseninteressen kommt. Dies ist einfach der alte parlamentarische Reformismus von Militant, angewandt auf China.

RCIT

Die RCIT, die einer anderen politischen Tradition entstammt, befasst sich zumindest ein wenig mit der Frage der politischen Macht. Ihr zufolge findet eine kapitalistische Konterrevolution statt, „wenn eine Arbeiterregierung der stalinistischen Bürokratie durch eine Regierung der bürgerlichen Restauration ersetzt wird oder sich in eine solche verwandelt", die „sowohl in Worten als auch in Taten fest entschlossen ist, eine kapitalistische Produktionsweise wiederherzustellen" (*Cuba's Revolution Sold Out?* [Wurde Kubas Revolution ausverkauft?], 2013).

Wir haben bereits gesehen, dass weder Xi noch Deng jemals „fest entschlossen" waren, den Kapitalismus wiederherzustellen. Wichtiger ist jedoch die Behauptung der RCIT, dass eine „Arbeiterregierung der stalinistischen Bürokratie" sich in eine „Regierung der bürgerlichen Restauration" verwandeln kann. Wie ist das möglich? Für die RCIT deshalb, weil sie glaubt, dass die Instrumente der staatlichen Repression in deformierten Arbeiterstaaten de facto bereits bürgerlich sind. Sie argumentiert:

> „Obwohl Trotzki es nicht ausdrücklich formulierte, geht aus seinen Schriften klar hervor, dass er davon ausging, dass die Revolution der Arbeiterklasse gegen die stalinistische Bürokratie viel gewalttätiger ausfallen würde als eine mögliche kapitalistische Restauration, die die proletarischen Eigentumsverhältnisse stürzen würde. Der Grund dafür ist, dass ***die ‚bürgerlich-bürokratische' Staatsmaschine (d. h. Polizei, stehendes Heer, Bürokratie) kein proletarisches Instrument ist***, sondern eines der kleinbürgerlichen stalinistischen Bürokratie, die der Bourgeoisie viel näher steht als der Arbeiterklasse." [unsere Hervorhebung]

Es ist zwar richtig, dass die stalinistische Bürokratie einen kleinbürgerlichen Charakter hat, aber es ist absolut falsch zu sagen, dass die von ihr befehligte Staatsmaschine „kein proletarisches Instrument" ist. Diese revisionistische Auffassung läuft darauf hinaus, die Definition eines Arbeiterstaates an sich abzulehnen. In *Staat und Revolution* erklärte Lenin:

> „Wie alle großen revolutionären Denker sucht Engels die Aufmerksamkeit der klassenbewussten Arbeiter gerade auf das zu lenken, was dem herrschenden Spießertum am wenigsten beachtenswert, am gewohntesten erscheint, auf das, was nicht nur durch fest eingewurzelte, sondern, man kann sagen, durch verknöcherte Vorurteile geheiligt ist. ***Das stehende Heer und die Polizei sind die Hauptwerkzeuge der Gewaltausübung der Staatsmacht.***" [unsere Hervorhebung]

Die „Hauptwerkzeuge der Gewaltausübung der Staatsmacht" der Diktatur des Proletariats in China sind „das stehende Heer und die Polizei", genau wie bei jeder anderen Klassendiktatur – der Sklavenhalter, der Feudalherren oder der Kapitalisten. In einem bürokratisch deformierten Arbeiterstaat werden diese „Formationen bewaffneter Menschen" von der Bürokratie gegen die politischen Interessen der Arbeiterklasse eingesetzt, aber sie bleiben Organe eines Arbeiterstaates.

In China wird die VBA seit der Zeit des Bürgerkriegs zur Unterdrückung von linker Opposition eingesetzt – was sich 1989 deutlich zeigte. Aber die VBA ***hatte*** den kapitalistischen Staat Chinas ***zerstört*** und die Diktatur des Proletariats errichtet. Blieb die VBA ein kleinbürgerliches Organ? War die VR China ein kleinbürgerlicher Staat? Nein, seit 1949 ist die VBA das wichtigste Organ der ***proletarischen Macht*** gegen innere und äußere Konterrevolution. Es ist der VBA zu verdanken, dass die chinesische Bourgeoisie in Taiwan nie auf das Festland übersetzen konnte.

Wie Trotzki erklärte, ist in einem deformierten Arbeiterstaat die Beziehung zwischen Staat und Bürokratie analog zu der Beziehung zwischen einer Gewerkschaft und pro-



Propagandaplakat zeigt VBA bei Abwehr einer Invasion taiwanesischer Kapitalisten auf US-Booten. Rechts: Chinesische Soldaten schwören Treueeid auf die KPCh



Jia Fangwen/VCG

kapitalistischen Bürokraten. Obwohl diese Bürokratie den Gewerkschaftsapparat zur Unterdrückung der Unzufriedenheit der Mitgliedschaft benutzen kann und „der Bourgeoisie näher steht als der Arbeiterklasse“, bleibt die Gewerkschaft selbst eine Institution der Arbeiterklasse und stellt durch ihre bloße Existenz einen Schutzwall gegen die Bosse dar. Damit ein Gewerkschaftsbürokrat vollends zu einem unbestrittenen Vertreter der Kapitalisten werden kann, muss er mit der Gewerkschaft brechen. Ebenso kann eine stalinistische Regierung nicht zu einer „kapitalistischen Regierung“ werden, ohne die Verbindung zu den Staatsorganen der Revolution zu brechen.

Genau diese Verbindung wurde 1991 in der UdSSR zerbrochen. Jelzin zerstörte den Arbeiterstaat und damit die Machtquelle der Bürokratie – und die Bürokratie selbst als herrschende Kaste. Dem ist die Bürokratie in China bewusst aus dem Weg gegangen, hat die staatlichen Repressionsorgane fest im Griff behalten und sich dadurch als einheitliche Gruppierung erhalten. Die „Theorie“ der RCIT über den Staat erfüllt nur den Zweck, den qualitativen Unterschied zwischen diesen beiden Beispielen wegzuwischen. Demnach ist ein nahtloser Übergang von einer Klassendiktatur zur anderen möglich – wobei die stalinistische Bürokratie intakt bleibt –, denn Polizei und Armee waren schon immer bestenfalls Organe der Kleinbourgeoisie. Dies ist eine Absage nicht nur an den Trotzkismus, sondern auch an den elementaren Leninismus in der Frage des Staates.

Der Logik ihrer Theorie folgend, erklärt die RCIT nicht nur China und Vietnam für kapitalistisch, sondern sogar Länder wie Kuba und Nordkorea! Weil es für die RCIT eine Konterrevolution nicht braucht, entdeckt sie überall schon den Kapitalismus, sogar in Ländern, deren Wirtschaft und Regime offensichtlich ein typisch stalinistisches Vorbild haben.

5. Wer herrscht über China?

Zweifellos wird die Bekräftigung marxistischer Grundprinzipien über den Staat unsere Kritiker nicht überzeugen. Sie werden entgegnen, dass die Fakten solchen theoretischen Erwägungen widersprechen. Schließlich gibt es in China 814 Milliardäre und viele der größten kapitalistischen Unternehmen der Welt, und selbst die Staatsunternehmen arbeiten nach marktwirtschaftlichen Prinzipien.

Dies sind sicherlich wichtige Fakten, aber um sie richtig interpretieren zu können, müssen sie in ein korrektes Verständnis der historischen Gesetzmäßigkeiten eingeordnet werden, die die Entwicklung Chinas bestimmen. Der Mensch hat die Wissenschaft des Fliegens gemeistert; dies setzt die Gesetze der Schwerkraft nicht außer Kraft. Tatsächlich ist es nur durch das Verständnis dieser Gesetze möglich zu erklären, wie ein Flugzeug abheben kann. China ist ein deformierter Arbeiterstaat, in dem es Kapitalisten gibt. Dies ist eine höchst widersprüchliche Entwicklung, die jedoch die marxistische Staatstheorie nicht außer Kraft setzt. Vielmehr können wir nur ***mit*** der marxistischen Theorie das empirische Beweismaterial richtig einordnen und die Frage beantworten, wer China wirklich regiert.

Wir haben bereits den Wert von Theorien gesehen, die von einer allmählichen Veränderung des Klassencharakters Chinas ausgehen. Aber die meisten, die denken, dass China kapitalistisch sei, legen ihr Augenmerk weniger auf das theoretische Problem als vielmehr auf eine impressionistische Interpretation der empirischen Fakten. So behauptet die RKI [Revolutionäre Kommunistische Internationale, in Deutschland früher Der Funke] in einer kürzlich erschienenen Polemik gegen zwei Verfechter des KPCh-Sozialismus:

> „Es ist ganz klar, dass der Staat die Wirtschaft nicht ‚beherrscht‘, auch wenn er eine einflussreichere Rolle spielt als in den Volkswirtschaften seiner westlichen Konkurrenten. Aber hier geht es darum, dass, selbst wenn die Banken ‚***in erster Linie*** der Regierung und nicht privaten Aktionären gegenüber rechenschaftspflichtig‘ sind, sowohl die Banken als auch die Regierung machtlos sind gegenüber den Diktaten des Marktes. Es ist nicht so, dass die Märkte ‚dem Sozialismus dienen‘.“
>
> – Daniel Morley, „‚Is the East Still Red?‘ Answering Those That Deny China Is Capitalist“ [„Ist der Osten noch rot?“ Antwort auf diejenigen, die bestreiten, dass China kapitalistisch ist] (7. Juni 2024)

Zur Untermauerung dieser Position verweist die RKI auf die Tatsache, dass die von der KPCh nach der großen Finanzkrise von 2008 ergriffenen Wirtschaftsmaßnahmen langfristige Ungleichgewichte in der chinesischen Wirtschaft begünstigt haben. Dies ist zwar richtig, beweist aber nur, dass die Politik der KPCh verfehlt ist, nicht aber, dass die KPCh vom Markt beherrscht wird und, in den Worten der RKI, „die Kontrolle über die Wirtschaft und ihre eigenen Staatsunternehmen verloren hat“. Tatsächlich beweist 2008 genau das Gegenteil. In *The Party* (2010) erklärt Richard McGregor:

> „Die Macht der Partei zeigte sich Ende 2008 und Anfang 2009... Die Zentralbank, die Aufsichtsbehörde und sogar die Banken selbst rieten zu einem vorsichtigen Umgang mit der



Ju Peng/Xinhua

20. Parteitag der KPCh unter Hammer und Sichel, 2022. Sieht so eine kapitalistische Partei aus?

> Krise. Alle drei hatten in den vergangenen zehn Jahren hart darum gekämpft, ein stabiles und zuverlässiges Bankensystem aufzubauen. Das Politbüro indes, das in den Abgrund einer tiefen Rezession blickte, ordnete an, die Geldschleusen zu öffnen. So hatten die Banken keine andere Wahl, als den Geldhahn aufzudrehen... Verglichen mit dem Höchstwert von einem Drittel im Jahr 2007, gingen lediglich 15 Prozent an private Haushalte und Betriebe. Die meisten Kredite wurden an staatliche Unternehmen vergeben."

Der Autor führt weiter aus, dass sich die Banken in China völlig anders verhielten als im Westen, wo die Regierungen in dieser Zeit die Banken zwar effektiv kontrollierten, sie aber nicht zwingen konnten, Geld zu verleihen. Grundsätzlich hat die Finanzkrise von 2008 gezeigt, dass die beiden Gesellschaftssysteme unterschiedlich reagiert haben. Im kapitalistischen Westen, wo der Markt dominiert, griff der Staat ein, um das Finanzsystem vor dem Ruin zu bewahren und Rentabilität und Stabilität zu gewährleisten. In China, wo die KPCh die Wirtschaft kontrolliert, intervenierte der Staat, um die Stabilität des Regimes zu sichern. Dabei handelte er im Widerspruch zu den Rentabilitätsprinzipien, die die Banken ein Jahrzehnt lang etabliert hatten.

Das erwähnt die RKI nicht. Sie stellt fest, dass es nach 2008 eine Spekulationsblase gab, und schließt daraus, dass China kapitalistisch ist und die KPCh „die Kontrolle verloren" hat. Aber noch einmal: Schauen wir uns die Frage genauer an. Wie reagierte die KPCh auf die Spekulationsblase? Im Jahr 2020 führte sie die Verordnung der „drei roten Linien" ein, die speziell darauf abzielte, die Immobilienblase platzen zu lassen. Dies führte zur Insolvenz des Immobilienriesen Evergrande und stürzte den gesamten Sektor in eine Depression. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Vorgehens der KPCh waren verheerend, nicht zuletzt für die chinesischen Bürger, die nie die Wohnungen bekommen werden, für die sie bezahlt haben. Das Beispiel zeigt, dass die KPCh in typisch stalinistischer Manier im Zickzackkurs von einem Extrem ins andere taumelt. Aber es zeigt keineswegs, dass die KPCh dem Markt hilflos ausgeliefert ist.

Dieses Vorgehen zeigt einmal mehr den ***Unterschied*** zwischen der KPCh und der US-Regierung. Im ersten Fall ließ der Staat selbst die Spekulationsblase platzen, um eine scharfe Krise zu vermeiden, die zu politischer Instabilität hätte führen können. Im Fall der USA hat die Regierung alles getan, um die Immobilienblase so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, und tut heute das Gleiche mit dem Aktienmarkt. Das sind alles Tatsachen. Aber sie richtig zu interpretieren ist nicht möglich, wenn man nicht versteht, dass beide Staaten nach grundverschiedenen Gesetzen handeln.

Chinas Wirtschaft ist unter anderem deshalb so schwer zu verstehen, weil die KPCh jahrzehntelang hart daran gearbeitet hat, dem Land den Anschein einer Marktwirtschaft zu geben, um ausländische Investitionen anzuziehen und die eigene Arbeiterschaft zu disziplinieren. Sie hat Staatsunternehmen teilprivatisiert, ihnen „unabhängige" Vorstände gegeben, Privatkapitalisten Multimilliarden-Dollar-Unternehmen aufbauen lassen und so weiter. Doch hinter dieser Liberalisierung behielt die KPCh sowohl öffentliche als auch private Unternehmen eisern im Griff. Angesichts dessen ist es irreführend, nur darauf zu achten, ob ein Unternehmen formal privat oder öffentlich ist. Unterm Strich müssen sie alle den politischen Vorgaben der KPCh entsprechen. Diese politische Kontrolle wird durch Institutionen wie die Zentrale Organisationsabteilung (ZOA) gewährleistet, die praktisch alle wichtigen Positionen im Land direkt besetzt. McGregor zieht folgenden Vergleich:

> „Um einen Eindruck davon zu gewinnen, welche Dimensionen die Arbeit der Abteilung hat, stellt man sich am besten ein ähnliches Gremium in Washington vor. Dieses würde einsetzen: die Mitglieder der amerikanischen Regierung, die Gouverneure der Einzelstaaten und deren Stellvertreter, die Bürgermeister der großen Städte, die Leiter aller Aufsichtsbehörden auf Bundesebene, die Geschäftsführung von General Electric, ExxonMobil, Wal-Mart und von etwa fünfzig der größten amerikanischen Unternehmen, die Richter am Obersten Bundesgericht, die Chefredakteure von *New York Times*, *Wall Street Journal* und *Washington Post*, die Chefs von Fernsehanstalten und Kabelfernsehsendern, die Präsidenten von Yale und Harvard und anderer großer Universitäten sowie die Leiter von Thinktanks wie der Brookings Institution und der Heritage Foundation."

Die durch die KPCh ausgeübte Kontrolle wird nicht diktiert vom Profitmotiv, sondern steht zu seinen Grundregeln in direktem Widerspruch. So beschloss zum Beispiel 2004 die ZOA ohne Vorwarnung, das Management der drei größten chinesischen Telekommunikationsunternehmen, die miteinander konkurrieren und den Regeln der westlichen Aktienmärkte folgen sollten, umzubesetzen. Die Rotation von Spitzenmanagern zwischen konkurrierenden Unternehmen verstößt gegen die grundlegendsten Gesetze des kapitalistischen Wettbewerbs. Das ist so, als ob die US-Regierung beschlossen hätte, Zuckerberg zum Chef von Tesla und Musk zum Chef von Meta zu machen. Die KPCh bediente sich eines solchen Manövers, um Preiskämpfe einzudämmen und ihre Autorität durchzusetzen. In welchem kapitalistischen Land macht man so etwas? Sieht das wirklich nach einem Diktat des Marktes gegenüber dem Staat aus?

Trotz aller Statistiken, die man vorlegen kann, um das Vorherrschen kapitalistischer Verhältnisse in China zu belegen, ist es eine grundlegende Tatsache, dass die Kapitalistenklasse nicht die Staatsmacht innehat. Die KPCh hat das Sagen. Die enorme Zunahme kapitalistischer Verhältnisse in China ist Ergebnis der ***Zusammenarbeit*** der KPCh mit Kapitalisten in den letzten Jahrzehnten. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Interessen der KPCh mit denen der Kapitalistenklasse identisch sind oder dass ihre Politik in

erster Linie von kapitalistischen Interessen geleitet wird. Ganz im Gegenteil. Die Bürokratie der Kommunistischen Partei nimmt nach wie vor eine Zwischenstellung ein und manövriert zwischen dem Druck des (in- und ausländischen) Kapitals und der Arbeiterklasse. Um ihre Position zu behaupten, muss sie den Staatsapparat gegen diese ***beiden*** Pole einsetzen.

6. Bonapartismus

Das Standardargument lautet, dass sich der Zwang, den die KPCh auf die Kapitalisten in China ausübt, überhaupt nicht von dem anderer bonapartistischer Regime unterscheidet. 2017 beschlagnahmte der saudi-arabische Kronprinz Mohammed bin Salman (MBS) den Besitz Hunderter saudischer Kapitalisten (zumeist Verwandter) und erpresste Milliarden von ihnen. 2003 sorgte der russische Präsident Putin dafür, dass sein Rivale Michail Chodorkowski, damals der reichste Mann Russlands, wegen Betrugs und Veruntreuung in Sibirien inhaftiert wurde. Wie unterscheiden sich diese Fälle von denen, in denen die KPCh regelmäßig Kapitalisten verschwinden lässt, oder von einigen der oben genannten Beispiele? Um den Unterschied zu verstehen, muss man die einzelnen Regime und ihr Verhältnis zur einheimischen Kapitalistenklasse genau betrachten.

Saudi-Arabien ist eine absolute Monarchie, die seit dem Zweiten Weltkrieg auf ihr Militärbündnis mit den USA angewiesen ist, um sich als Bollwerk der Reaktion im Nahen Osten zu behaupten. In Saudi-Arabien ist die königliche Familie im Wesentlichen auch die Kapitalistenklasse. Der berühmte Vorfall von 2017 war eine mittelalterliche, in die moderne Welt übertragene dynastische Fehde. Zweck der Erpressung der eigenen Familie durch MBS war hauptsächlich, seinen dynastischen Anspruch durchzusetzen, ein „normales" Vorgehen, das sich aus dem feudalen Charakter der saudischen Kapitalistenklasse ergibt. In Russland kam Putin vor dem Hintergrund anarchischer und gewalttätiger Fehden zwischen Gangsteroligarchen an die Macht. Der bonapartistische Charakter seiner Regierung spiegelte die Notwendigkeit eines Schiedsrichters wider, der die Spannungen im nach-konterrevolutionären Russland zügeln konnte. Dabei musste er seine Autorität gegenüber einzelnen Oligarchen durchsetzen, die aus der Reihe tanzten.

In beiden Fällen dienten die bonapartistischen Repressionsmaßnahmen dazu, die Stabilität der kapitalistischen Regime aufrechtzuerhalten. Der Bonapartismus des chinesischen Regimes ist von ganz anderer Art. Nach 1949 beruhte die Macht der KPCh auf der bürokratischen Kontrolle über einen Arbeiterstaat, der die Kapitalistenklasse ***zerschlagen hatte***. Da die KPCh ein revolutionäres internationalistisches Programm ablehnte, befand sie sich permanent in der Zwickmühle zwischen dem rückständigen Charakter der Wirtschaft, den wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft und dem feindlichen Druck des Weltimperialismus. Als der Stalinismus in den 90er-Jahren ringsum zusammenbrach, zog es die KPCh vor, sich stärker danach zu richten, woher der Wind weht: nach den Kapitalisten. Der globale und nationale Kontext änderte sich, nicht aber das Regime selbst.

Der bonapartistische Charakter der KPCh leitet sich grundlegend immer noch von denselben Klassenkräften ab. Anders als in Saudi-Arabien und Russland ist die Kapitalistenklasse in China nicht die Basis des Regimes, sondern ein Rivale. Dies gilt trotz der Tatsache, dass viele Kapitalisten der KPCh angehören oder mit Spitzenbürokraten verwandt sind. Klassengegensätze lassen sich nicht durch Heirat und Titel überwinden, eine Lektion, die die französische Aristokratie auf die harte Tour gelernt hat.

Trotz des bonapartistischen Charakters ihrer Regime können weder MBS noch Putin oder Xi die gesellschaftlichen Interessen überwinden, auf denen ihre Macht beruht: dynastische Interessen für die saudische Monarchie, oligarchische für Putin und bürokratische für Xi. Im Falle der beiden erstgenannten stützt sich die Macht der herrschenden Schichten auf die Kapitalistenklasse. Ein Angriff auf die grundlegenden Interessen der Kapitalisten würde dem Charakter des Regimes selbst zuwiderlaufen. Das ist bei der KPCh nicht der Fall. Sie könnte unter genügend äußerem und innerem Druck die Kapitalistenklasse enteignen. Natürlich wäre dies mit enormen Turbulenzen verbunden, und das ist nicht im Sinne der KPCh. Aber vergessen wir nicht: Sie hat es schon einmal getan, und vor 1949 wollte Mao die Kapitalisten auch nicht liquidieren.



Hier gibt es keine roten Fahnen

Saudi Royal Court

Grigory Sysoev/Sputnik


VCG/Getty

Massenweise gebaute Krankenhäuser während der COVID-Pandemie. KPCh konnte als Reaktion auf die Krise schnell enorme Ressourcen mobilisieren, weil die Kapitalisten die Wirtschaft nicht kontrollieren

Die unterschiedliche Klassenbasis dieser drei Regime wird noch deutlicher, wenn man sich das Verhalten der Kapitalisten ihnen gegenüber ansieht. Trotz der Tyrannei von MBS strömen Millionäre und Milliardäre nach Saudi-Arabien wie die Motten zum Licht. In Russland haben der Ausbruch des Krieges in der Ukraine und die Sanktionen des Westens zur Abwanderung einer beträchtlichen Zahl von Wohlhabenden geführt. Doch im Großen und Ganzen haben sich die Oligarchen um das Regime geschart. Seit 2022 haben Milliardäre mindestens 50 Milliarden Dollar an Auslandsvermögen nach Russland zurückgeholt. Der Grund dafür ist, dass das Regime angesichts der Feindseligkeit des Westens eine zuverlässige Stütze ist.

In China ist es genau umgekehrt. Die Kapitalisten fürchten das Regime mehr als den Westen, wohin sie in Scharen auswandern, wenn ihnen die Möglichkeit dazu gegeben wird. Jedes Jahr steht China ganz oben auf der Liste der Länder, die Kapitalisten verlassen, obwohl das Regime diese Auswanderung streng begrenzt. Nach Angaben der Unternehmensberatung Henley & Partners hat die Zahl der Hochvermögenden, die China verlassen, seit dem Ende der Pandemie jedes Jahr zugenommen und hat 2024 bisher einen neuen Rekordwert von 15 200 erreicht. In *Mao and Markets* [Mao und Märkte] (2022) behaupten Christopher Marquis und Kunyuan Qiao, dass „mehr als ein Viertel der chinesischen Unternehmer das Land verlassen haben, seit sie reich geworden sind, und Berichte deuten darauf hin, dass fast die Hälfte der Verbliebenen darüber nachdenkt, dies zu tun“. Warum sollte das der Fall sein, wenn die KPCh grundsätzlich der Verteidigung der Interessen der Kapitalisten in China verpflichtet ist? Warum fürchten die Kapitalisten in anderen Diktaturen ihre Regierung nicht ebenso?

7. Eigentumsrechte

Das ultimative Argument der „Trotzkisten“, die China für kapitalistisch halten, ist, dass sich die Bürokratie in eine Kapitalistenklasse verwandelt hat. Mit Zitaten aus *Verratene Revolution* (1936) berufen sie sich triumphierend auf Trotzkis Aussage:

> „Die Privilegien sind nur halb so viel wert, wenn man sie nicht den Kindern vermachen kann. Doch das Vererbungsrecht ist vom Eigentumsrecht nicht zu trennen. Es genügt nicht, Direktor eines Trusts zu sein, man muss Teilhaber sein. Ein Sieg der Bürokratie auf diesem entscheidenden Gebiet würde bedeuten, dass sie sich in eine neue besitzende Klasse verwandelt hat.“

Da KPCh-Funktionäre und ihre Verwandten Aktien besitzen, folgern unsere Kritiker, dass sich die Bürokratie in eine Kapitalistenklasse verwandelt hat. Dies mag oberflächlich betrachtet so aussehen, aber so einfach verhält es sich mit den Eigentumsrechten nicht.

In der abgeänderten Verfassung der Volksrepublik China heißt es: „Das gesetzmäßige private Eigentum der Bürger ist unverletzlich. Der Staat schützt, in Übereinstimmung mit dem Gesetz, die Rechte der Bürger auf privates Eigentum und Erbschaft.“ Damit ist die Angelegenheit jedoch noch nicht erledigt. In einem Brief vom 1. Januar 1936 wies Trotzki darauf hin, wie wichtig es ist, „die ***wirklichen*** Eigentumsformen von den vermeintlichen, d. h. von juristischen ***Fiktionen*** … zu unterscheiden“. Trotz der formalen Anerkennung des Privateigentums wird diese Frage, wie alles andere in China, bei näherer Betrachtung immer komplizierter.

Zunächst mal heißt es in der Verfassung auch: „Der Staat verteidigt die Einheitlichkeit und die Würde des sozialistischen Rechtssystems.“ Wie dies mit der Verteidigung des Privateigentums vereinbar ist, überlassen wir den stalinistischen Gelehrten. Ebenso rufen Aussagen wie: „Das sozialistische öffentliche Eigentum ist geheiligt und unantastbar“, sowie die Tatsache, dass es für Privatpersonen unmöglich ist, in der Stadt oder auf dem Land Grund und Boden zu besitzen, bei jedem Kapitalisten, der etwas auf sich hält, Zweifel hervor. Wenn das Kapitalismus ist, dann gewiss ein sehr ungewöhnlicher.

Aber folgen wir Trotzkis Mahnung und gehen wir über formale Rechtstexte hinaus. Ein grundlegendes Kriterium privater Eigentumsrechte ist die Möglichkeit, frei über das Eigentum zu verfügen, das man besitzt. Das ist der ganze Sinn und Zweck des Privateigentums. Die Frage ist also: Können Kapitalisten in China über ihre Vermögenswerte frei verfügen? Ja ... aber nur, wenn sie die in einer Weise nutzen, die den Wünschen der KPCh entspricht.

Einzelne Kapitalisten besitzen Anteile an Unternehmen, auch an Staatsunternehmen, aber sie haben nicht die endgültige Kontrolle über deren Geschäfte. Wir haben bereits gesehen, wie die KPCh die Ernennung von Top-Managern im Endeffekt kontrolliert. Aber die Kontrolle durch die Partei geht noch weiter. Es gibt unzählige Beispiele für direkte oder indirekte Eingriffe der KPCh, um klarzustellen, dass Eigentum, das auf dem Papier privat ist, in Wirklichkeit gar nicht so privat ist. So hat China beispielsweise den Westen dabei kopiert, Top-Manager von Staatsunternehmen mit Aktienoptionen zu belohnen. Als diese Manager jedoch beschlossen, solche Aktien zu verkaufen, wurde

ihnen zu verstehen gegeben, dass sie das nicht tun sollten. Sie besaßen das Unternehmen auf die gleiche Weise, wie man ein kleines Stück Regenwald besitzen kann – man kann sich sein Zertifikat an die Wand hängen, und das ist es dann auch schon.

Das bekannteste Beispiel ist natürlich, dass die KPCh den Börsengang der Ant Group verhinderte, nachdem deren Eigentümer Jack Ma die Partei kritisiert hatte. Ants Muttergesellschaft verlor Milliarden, und Ma verschwand für Jahre aus der Öffentlichkeit. Nach dem Skandal machte das Konglomerat eine „Umstrukturierung“ durch, bei der Mas Anteil von 53,46 Prozent auf nur noch 6,2 Prozent sank. Seine Anwälte haben wohl vergessen zu betonen, dass Privateigentum in China unverletzlich ist.

Derartige plötzliche Änderungen der Eigentumsverhältnisse sind kein Einzelfall. Im Jahr 2004 versuchten die Vorstände von Haier, ihren Anteil an dem Unternehmen zu erhöhen. Nachdem dies einen Skandal ausgelöst hatte, beschloss die Regierung ohne Vorankündigung, dass Haier nicht mehr privat, sondern staatlich sei. Das Unternehmen wurde im Handumdrehen verstaatlicht und nach jahrelangen Kontroversen ebenso plötzlich wieder in ein Privatunternehmen umgewandelt.

Der „flexible“ Charakter des chinesischen Privateigentums zeigt sich am deutlichsten in Krisenzeiten. Während der Covid-Pandemie war die KPCh in der Lage, Ressourcen in einer Weise und in einem Umfang zu mobilisieren, die weit über die irgendeines kapitalistischen Landes hinausgingen. Die Pandemie schlug überall zu, und die Regierungen reagierten auf jede erdenkliche Weise. Aber die kapitalistischen Länder waren, egal wie hart ihre Maßnahmen waren, durch den privaten Charakter des Eigentums eingeschränkt. Sie konnten die Produktion von Waren und Dienstleistungen nur in sehr begrenztem Maße steuern. Im Gegensatz dazu war China in der Lage, die gesamte Gesellschaft zu mobilisieren, um die von der Regierung beschlossenen Ziele zu erreichen. Dies war nicht etwa deshalb möglich, weil Chinas Regierung einfach autoritär ist – alle Regierungen waren während der Pandemie autoritär –, sondern weil sie sich über privatkapitalistische Interessen hinwegsetzen und nach einem Plan funktionieren konnte.

Zweifellos ist die heutige Situation in China nicht wie die in der Sowjetunion. Es gibt definitiv eine Kapitalistenklasse, die Privateigentum besitzt. Die Realität dieses Privateigentums ist jedoch höchst widersprüchlich. Die Kapitalisten haben ihre Ansprüche als Klasse noch nicht vollständig durchgesetzt. Sie haben weder volle wirtschaftliche noch volle politische Kontrolle, weil die Streitkräfte des Landes nicht ihnen, sondern der KPCh-Bürokratie gegenüber loyal sind. Damit die Kapitalistenklasse in China ihre Diktatur errichten kann, muss diese Realität geändert werden – muss die Macht der KPCh zerschlagen werden.



Chinatopix

Thibault Camus/AP

Nach Kritik des Ant-Group-Eigners Jack Ma an der KPCh strukturierte die Partei seinen Konzern um und reduzierte seinen Anteil auf 6 Prozent

8. Konterrevolution oder politische Revolution?

Wie würde eine Konterrevolution in China aussehen? Die Beispiele der UdSSR und Jugoslawiens geben uns eine Vorstellung davon. Ein Bürgerkrieg wäre durchaus möglich. Insgesamt hätten die Kapitalisten eine ungehemmte Kontrolle über die Wirtschaft. Staatliche Unternehmen würden in noch größerem Umfang privatisiert werden. Die Regierung würde die Kontrolle über den Bankensektor verlieren. Die Kapitalströme würden liberalisiert, was den chinesischen Markt sehr viel abhängiger von der imperialistischen Finanzwirtschaft machen würde. Millionen Menschen würden im Zuge der Umstrukturierungspläne zweifellos ihren Arbeitsplatz verlieren; aber diesmal nicht inmitten einer sich rasch entwickelnden Wirtschaft, sondern inmitten des sozialen Zerfalls. Auch eine Wiedervereinigung Chinas und



Verfassung der Volksrepublik China

Artikel 1

Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat unter der demokratischen Diktatur des Volkes, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht.

Das sozialistische System ist das grundlegende System der Volksrepublik China. Die Sabotage des sozialistischen Systems ist jeder Organisation oder jedem Individuum verboten.


Xinhua

Werftarbeiter in der Provinz Jiangsu. Wirtschaftswachstum schuf ein machtvolles Proletariat. Arbeiter zum Kampf für politische Revolution zu gewinnen ist entscheidend für Chinas Zukunft

Taiwans auf einer reaktionären kapitalistischen Grundlage – das strategische Ziel der Guomindang – ist sehr wohl möglich. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass irgendeine dieser Entwicklungen zu einer Verbesserung bei demokratischen Rechten oder bürgerlichen Freiheiten führen würde.

Die internationalen Auswirkungen einer Konterrevolution in China wären ebenso katastrophal. Wie beim Zusammenbruch der Sowjetunion würde der Untergang der VR China die Position der USA und ihrer Verbündeten stärken und es ihnen erneut ermöglichen, ihre Macht auf der ganzen Welt ungehindert auszuspielen. Darüber hinaus würde die massive Zerstörung von Produktivkräften, die mit einer kapitalistischen Restauration einherginge, den Lebensstandard auf dem gesamten Planeten senken.

Die sogenannten Marxisten, die behaupten, China sei kapitalistisch, arbeiten aktiv auf diese katastrophalen Ergebnisse hin, weil sie leugnen, dass es im heutigen China überhaupt etwas zu verteidigen gibt. Damit folgen sie dem Weg des Verrats, den der größte Teil der Linken in den 1980er- und 90er-Jahren beschritten hat. Von Polen über die DDR bis zur UdSSR hat die Linke die Konterrevolution bejubelt. Heute hat sie nichts daraus gelernt und praktiziert das Gleiche gegenüber China, indem sie erklärtermaßen proimperialistische Bewegungen wie die Demokratieproteste in Hongkong unterstützt. Anstatt chinesische Dissidenten von liberalen demokratischen Illusionen zu brechen und sie zu kommunistischen Revolutionären zu erziehen, verstärken diese Gruppen die konterrevolutionären Strömungen in der chinesischen Gesellschaft.

Glücklicherweise ist das Schicksal der VR China noch nicht besiegelt. Entscheidend wird sein, wie sich die chinesische Arbeiterklasse, die mächtigste der Welt, verhält. Doch um die Konterrevolution zu besiegen, muss sie sich ihrer politischen Aufgaben bewusst werden. In erster Linie bedeutet dies, zu verstehen, dass die Errungenschaften der Revolution von 1949 nur durch den revolutionären Sturz der KPCh gesichert werden können. Das wird eine ***politische Revolution*** sein. Anders als bei einer Revolution in einem kapitalistischen Land muss der Staatsapparat nicht völlig zerschlagen, sondern von oben bis unten gesäubert und unter die politische Kontrolle der Arbeiterklasse gebracht werden.

Bei dem Ausmaß an Degeneration der VR China und dem weit verbreiteten Einfluss des Kapitalismus wäre eine politische Revolution eine radikale und stürmische Umwälzung. Eine zentrale Aufgabe wird die Enteignung der kapitalistischen Industrie sein. Die Kapitalisten werden zweifellos Widerstand leisten. Allerdings werden sie dadurch behindert, dass der Staat nicht unter ihrer Kontrolle steht.

Gerade die Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz haben gezeigt, dass unter der Stoßkraft des Proletariats der Staatsapparat selbst ins Wanken geriet und ganze Bataillone der VBA, einschließlich oberster Kommandeure, Befehle verweigerten. Angesichts eines heftigen sozialen Konflikts hing die stalinistische Bürokratie in der Luft und begann ausein-



Vincent Thian/AP

Linke unterstützte mit überwältigender Mehrheit die pro-imperialistische „Demokratie“-Bewegung in Hongkong 2019/20



Hochgeschwindigkeitszug in Tibet

anderzufallen. Die verschiedenen Ausbrüche politischer Revolutionen, ob in China, der DDR oder Ungarn, zeigen alle, dass ein Aufstand der Arbeiterklasse in einem deformierten Arbeiterstaat die reale Chance hat, den Großteil des Staatsapparats auf seine Seite zu ziehen. Wenn das in China einträte, würde es die Enteignung der Kapitalisten zu einer einfachen administrativen Angelegenheit machen. Eine solche Spaltung des Staatsapparats ist in keinem kapitalistischen Land möglich und stellt ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zwischen einer politischen und einer sozialen Revolution dar.

SCHLUSSFOLGERUNG

Wir haben gezeigt, dass China weder kapitalistisch noch imperialistisch ist. Doch unabhängig davon, wie man es betrachtet, haben wir es offensichtlich mit einem höchst einzigartigen Phänomen zu tun. Durch die Verbindung von staatlicher Kontrolle und Kapitalismus war China in der Lage, sich mit einer Geschwindigkeit und in einem Ausmaß zu entwickeln, wie es in der Geschichte der Menschheit bisher einmalig ist. Bürgerliche Ideologen interpretieren dies als einen Triumph für das US-amerikanische Weltsystem des Freihandelskapitalismus. Anhänger der KPCh interpretieren dies als den Triumph des „Sozialismus chinesischer Prägung“. Und „Marxisten“, die China für ein kapitalistisch-imperialistisches Land halten, können die unglaublichen Errungenschaften der VR China herunterspielen oder leugnen, aber nicht erklären.

Um China als Marxist zu analysieren, muss man von den sehr ungewöhnlichen Bedingungen nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Krieges ausgehen. Lenin und Trotzki waren nicht mit einer Situation konfrontiert, in der die wichtigsten Imperialisten durch die überwältigende Vorherrschaft einer einzigen Macht geeint waren. Erst recht gab es in ihrer Welt nicht die eine Supermacht. Es reicht nicht aus, Lenin und Trotzki zu zitieren; es ist notwendig, ihre Analyse und ihr Programm auf solche einzigartigen Gegebenheiten auszuweiten. Im Grunde wird die Einzigartigkeit der gegenwärtigen Weltlage und der Entwicklung Chinas durch die Einzigartigkeit der postsowjetischen Welt erklärt.

Chinas gewaltige Entwicklung ist weder der Triumph des Imperialismus noch der Triumph des Stalinismus, sondern das Ergebnis spezifischer und einzigartiger Bedingungen. Mit der Niederschlagung der Tiananmen-Bewegung 1989 war sowohl der politischen Revolution als auch der Konterrevolution eine Zeit lang die Tür versperrt. So ging China aus den frühen 90er-Jahren als ein Arbeiterstaat im relativ günstigen internationalen Umfeld unversehrt hervor.

Oberflächlich betrachtet scheint die KPCh aus ihrem Pakt mit dem Teufel als Sieger hervorgegangen zu sein. Doch das hohe Wachstum und die Koexistenz mit dem Kapitalismus waren nur möglich, weil der äußere Druck auf das Regime niedrig war. In dem Maße, wie sich der internationale Kontext verändert und die USA China konfrontieren, stagniert das Wachstum und die internen Spannungen nehmen zu. Trotz aller Bemühungen der KPCh, den Klassenkampf zu beseitigen, wird der unerbittliche Konflikt zwischen Arbeitern und Kapitalisten wieder einmal ausbrechen und die politische Bühne bestimmen. Dann wird sich zeigen, wie tief der chinesische Stalinismus den Arbeiterstaat zersetzt hat.

Ob die VR China vor der Konterrevolution gerettet werden kann oder nicht, wird von der politischen Führung an der Spitze der Arbeiterklasse entschieden werden. Wenn pro-kapitalistischen Kräften erlaubt wird, die Führung zu übernehmen, ist die VR China zum Untergang verurteilt. Wenn dem Stalinismus, in welcher Form auch immer, Zugeständnisse gemacht werden, ist die VR China ebenfalls zum Untergang verurteilt. Der einzige Weg zum Sieg ist der Weg der Vierten Internationale: rücksichtsloser Kampf gegen den Imperialismus, Verteidigung der sozialen Errungenschaften der Revolution, Sturz der stalinistischen Bürokratie und das Schmieden eines internationalen Bündnisses der Arbeiterklasse zur sozialistischen Revolution. So wie Chinas einzigartige Entwicklung das Ergebnis des internationalen Klassenkampfes war, so wird auch sein künftiges Schicksal von der Vereinigung mit den Arbeitern aller Länder abhängen. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. ■



Erste Ausgabe der Zeitschrift der Dritten Internationale

Zu dieser Ausgabe...

(Fortsetzung von Seite 2)

Schwung, weil sie in ohnmächtigem Liberalismus und islamischem Nationalismus feststeckt. Trotz einiger Ausbrüche hier und da ist es der Arbeiterklasse nirgendwo gelungen, sich als ernstzunehmende politische Kraft durchzusetzen, die in der Lage ist, das Heft in die Hand zu nehmen und ihre Interessen den Interessen der herrschenden Klasse direkt entgegenzustellen.

Das Gleiche gilt für die linken und sozialistischen Bewegungen, die in fast allen Gesellschaften weiter an Bedeutung verlieren. Anstatt die geschwächte Position der US-Imperialisten auszunutzen, haben sich Sozialisten aller Schattierungen in reaktionären Koalitionen mit liberalen und „fortschrittlichen" Politikern aufgelöst, wie die Neue Volksfront in Frankreich und die von der Kongresspartei geführte Koalition in Indien. Oder aber sie verfolgen einen sektiererischen Kurs und sondern sich von der Masse der Arbeiter ab. In beiden Fällen ist die Arbeiterbewegung am Ende fest mit den Kräften des Status quo verbunden, gelähmt und in den Augen von Millionen diskreditiert.

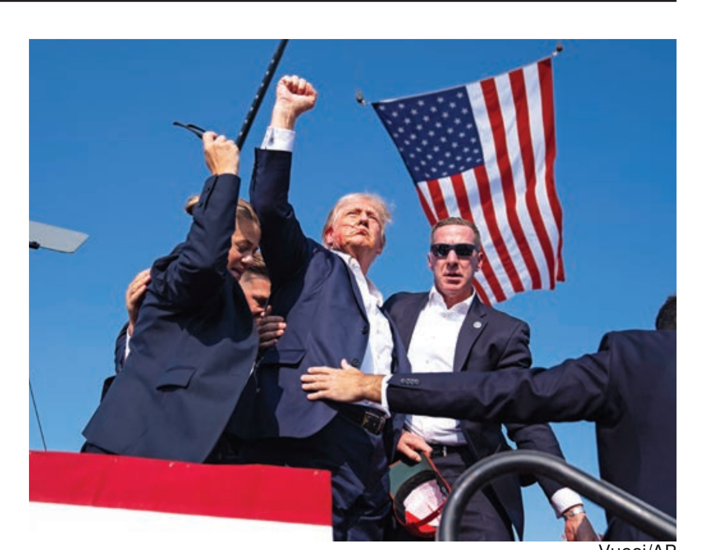
Infolgedessen ist die einzige politische Kraft, die wirklich zugelegt hat, die Rechte, die weltweit auf dem Vormarsch ist. Wachsende Arbeiterschichten sehen in rechten Demagogen die einzigen, die sich dem unerträglichen Status quo entgegenstellen. Und immer größere Teile der herrschenden Klasse legen ihr Schicksal in ihre Hände, weil sich der jahrzehntelange liberale Konsens als unfähig erweist, die Krise zu lösen, die die Welt erschüttert. Zu Trumps Sieg bei den jüngsten US-Wahlen siehe *Spartakist* Nr. 227, Herbst 2024.

Die Verschlechterung der politischen Lage für die Arbeiterklasse erfolgt an der Schwelle zu großen Erschütterungen. Da ist erstens die Weltwirtschaft. Sie hat sich zwar im letzten Jahr relativ stabilisiert, bleibt aber höchst instabil und wird durch Spekulationsrausch angetrieben. Es ist davon auszugehen, dass es in naher Zukunft zu einer Rezession oder sogar zu einem Wirtschaftskrach kommt. In Gesellschaften, die bereits von Konflikten und Polarisierung geprägt sind, wird dies unweigerlich zu tiefgreifenden politischen Unruhen führen. Zweitens wird die Ukraine auf dem Schlachtfeld gerade aufgerieben. Ein russischer Sieg, entweder militärisch oder durch eine Einigung mit den USA, scheint das wahrscheinlichste Ergebnis zu sein, denn Trump hat keinen Hehl daraus gemacht, dass er einen Deal zur Beendigung des Krieges bevorzugt. Dies hätte wesentliche Auswirkungen auf die gesamte politische und militärische Ordnung in Europa und darüber hinaus.



Libkos/AP

Ukrainischer Soldat im Schützengraben, März 2023



Vucci/AP

Bedrohlicher Aufstieg rechter Reaktion im Jahr 2024

Drittens ist da China. Sein auf postsowjetischer Stabilität basierendes Wachstumsmodell stößt an seine Grenzen. Das Land steht unter zunehmendem militärischen und wirtschaftlichen Druck der USA und erlebt wachsende interne Spannungen. Die herrschende Clique der Kommunistischen Partei, die sich zunehmend in der Zwickmühle zwischen dem Imperialismus und dem riesigen chinesischen Proletariat befindet, wird auf Unruhen in der für stalinistische Bürokratien typischen chaotischen und brutalen Weise reagieren. Dadurch werden sich die beiden Wege, die China offenstehen, noch viel deutlicher abzeichnen: kapitalistische Restauration oder Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, somit Neugestaltung der Volksrepublik. Um die Arbeiterklasse in den kommenden Konflikten anleiten zu können, ist ein richtiges materialistisches Verständnis von entscheidender Bedeutung, und darum geht es in unserem ausführlichen Artikel „Der Klassencharakter Chinas" auf Seite 76.

Ob es sich nun um eine wirtschaftliche Depression handelt, um das Ergebnis der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten oder die Verschiebungen in Ostasien, diese Entwicklungen werden zwangsläufig neue wirtschaftliche und geopolitische Erschütterungen auslösen. Doch angesichts der jetzigen Situation der Arbeiterklasse weltweit und der Tatsache, dass sie keine eigenständige Gegenkraft darstellt, besteht die Gefahr, dass diese Ereignisse zunächst einmal der politischen Rechten zugutekommen und die Umgestaltung der von den USA angeführten Weltordnung weg von liberalen Werten und Institutionen weiter beschleunigen, hin zu noch reaktionäreren Vereinbarungen auf Kosten der Arbeiter und Unterdrückten. Das wiederum wird die Verteidiger des liberalen Status quo – an den sich der größte Teil der Linken immer noch klammert – weiter unter Druck setzen und zu der üblichen Panik und Hysterie führen.

Der Kampf der Arbeiterklasse und ihr Auftreten auf der Bühne ist das einzige Element, das dieser Dynamik eine



Pezzali/AP

Kundgebung von Postarbeitern während Streikwelle, London, Dezember 2022. Gewerkschaftsspitzen haben Chance zunichte gemacht, das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiter zu verändern

progressive Richtung geben kann. Dafür in jeder Phase zu kämpfen ist für Sozialisten eine dringende Notwendigkeit. Andernfalls steuern wir auf eine Periode verstärkter Reaktion und von Angriffen auf die Linke und die Arbeiterbewegung zu – daher die Überschrift dieses Leitartikels. Zweifellos werden die kommenden Erschütterungen neue Möglichkeiten für Kämpfe und sogar soziale Explosionen mit revolutionärem Potenzial eröffnen – ein wenig davon ist in Nigeria, Kenia und Bangladesch zu sehen. Aber es ist völlig realitätsfern zu glauben, wie manche Linke es tun, dass die allgemeinen Entwicklungstendenzen die revolutionäre Bewegung begünstigen und dass kühne Offensiven an der Tagesordnung sind.

Vielmehr ist es die Aufgabe von Revolutionären in der nächsten Zeit, Verteidigungskämpfe gegen die wachsende Reaktion vorzubereiten, die geduldige Arbeit der Verankerung in der Arbeiterklasse zu leisten und politische Kämpfe mit anderen linken Organisationen zu führen, in deren Reihen es höchstwahrscheinlich zu Krisen kommen wird. Vor allem muss die kommende Periode dazu genutzt werden, den Kampf gegen die Arbeiterführer voranzutreiben, die das Proletariat in diese Lage gebracht haben, sowie gegen ihre „linken“ Mitläufer, die sie die ganze Zeit abschirmten. Man muss entschlossen gegen diejenigen kämpfen, die unter den Schlägen der Reaktion versuchen, die Arbeiterbewegung weiterhin an das liberale Kleinbürgertum zu binden und die Verratspolitik zu wiederholen, die uns überhaupt erst hierhin gebracht hat.

Diese Ziele sind nur mit einem richtigen Verständnis der Weltlage zu erreichen. In vielerlei Hinsicht ist der Inhalt dieser Ausgabe des *Spartacist* unser Beitrag zu diesen kommenden Kämpfen.

Verratene Gelegenheiten

Obwohl die Welt seit Jahren in ständigem Aufruhr ist, wäre es für Marxisten falsch, sich von der „Dauerkrise“ blenden zu lassen und das ständige Auf und Ab in unserer Zeit nicht zu erkennen – wann die Kämpfe der Arbeiterklasse für die Offensive reif sind und wann es Zeit ist, sich zurückzuziehen und eine defensive Haltung einzunehmen. So haben beispielsweise die wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen, die durch die Pandemie, das Ende der Lockdowns und den Ausbruch des Krieges in der Ukraine 2022 ausgelöst wurden und die bis 2023 andauerten, zu einem Aufschwung der Klassen- und sozialen Kämpfe geführt und der Arbeiterklasse wichtige Gelegenheiten geboten, in die Offensive zu gehen und das Blatt zu ihren Gunsten zu wenden. Größere Streikbewegungen erfassten Frankreich, Britannien, die USA und viele andere Länder, während soziale Explosionen den Iran und Sri Lanka erschütterten.

Die Streiks in Frankreich, Britannien und den USA werden von vielen Linken immer noch als großartiges Beispiel gefeiert („die Arbeiterklasse ist zurück“, heißt es), wobei bequemerweise weggelassen wird, dass diese Welle von Kämpfen durch ihre eigenen Führer sabotiert und verraten wurde. Weil die Führer der Arbeiterbewegung allesamt Leute von gestern sind, die das imperialistische System unterstützen, weigerten sie sich, eine ernsthafte Offensive gegen die herrschende Klasse zu starten, als die Zeit reif war. Stattdessen wurden in Britannien und Frankreich Streiks erstickt und eingedämmt, bis ihnen der Atem ausging und sie in einer Niederlage und Demoralisierung endeten. In den USA brachten die Gewerkschaftsbürokraten die Kämpfe der großen Gewerkschaften (Teamsters, Hafenarbeiter der ILWU und neuerdings der ILA, UAW in der Automobilindustrie und IAM bei Boeing) zum Scheitern, indem sie Lohnabschlüsse akzeptierten, die im wahrsten Sinne des Wortes Bestechungsgelder waren, die auf Druck des Weißen Hauses zustande kamen, um die Arbeiterbewegung ruhigzustelllen und um zu verhindern, dass sie als unabhängige Kraft auf die politische Bühne trat. Im Herbst 2023 war die machtvolle Gewerkschaftsbewegung in Québec wahrscheinlich in der besten Position im Westen, um eine Offensive zu starten, und musste dann mit ansehen, wie ihr bürokratischer Apparat die halbe Million Gewerkschaftsmitglieder, die damals in Tarifverhandlungen standen, niedermachte und den Kampf ausverkaufte.

So wurden auf unterschiedliche Weise hervorragende Gelegenheiten, das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen zu verschieben, sabotiert und die Position der Arbeiterklasse insgesamt geschwächt. In all diesen Fällen bestand die Aufgabe von Revolutionären darin, oppositionelle Gruppierungen innerhalb der Gewerkschaften zu bilden, um auf eine breite Offensive zu drängen, basierend auf einer Strategie, die in völligem Gegensatz zu allen Flügeln der Gewerkschaftsbürokratie steht. Stattdessen unterstützte der Großteil der Linken diese Gewerkschaftsbürokraten und Politiker, die linke Sprüche klopften, indem die Linken die Kämpfe bejubelten und ihre Kritik auf taktische Fragen beschränkten (wann soll gestreikt werden, wie lange usw.). Diese Niederlagen beschleunigten den politischen Rechtsschwenk. In allen oben genannten Ländern kam es nach der Niederlage der Streiks zu einem Anstieg von giftigen Polarisierungen gegen Immigranten.

Im Iran war der Mord an Mahsa Amini der Auslöser für eine starke Protestbewegung. Obwohl die Bewegung mit

enormer Repression durch das brutale klerikale Regime konfrontiert war, gelang es ihr nicht, breitere Bevölkerungsschichten politisch für sich zu gewinnen, zum Teil weil sie sich mit pro-imperialistischen und monarchistischen Kräften verband. Das Regime konnte an die tief verwurzelten antiimperialistischen Gefühle der Massen appellieren, um seinen Einfluss zu behalten und die Unterstützung der Bevölkerung für die Revolte zu neutralisieren. Dadurch wiederum verfestigte sich die Unterstützung der Opposition für die pro-imperialistische Politik. Heute lehnen es viele iranische Linke ab, sich für die Sache Palästinas einzusetzen, eben weil sie ein verräterisches Bündnis mit dem westlichen Imperialismus anstreben.



Türkisches Präsidialamt/Murat Cetin Muhurdar

Istanbul, Oktober 2023: Türkischer Präsident Erdoğan bei einer von der regierenden AKP organisierten Pro-Palästina-Kundgebung

Das Beispiel Iran verdeutlicht das allgemeinere Problem der Linken in der sogenannten „Dritten Welt", die ständig hin- und hergerissen sind zwischen der Unterstützung für verschiedenste Nationalisten im Namen des „Antiimperialismus" einerseits und dem Schulterschluss mit Liberalen, NGOs und anderen pro-imperialistischen Kräften andererseits. In beiden Fällen liquidieren sich sogenannte Revolutionäre letzten Endes in Kräfte, die den Interessen der arbeitenden Massen feindlich gegenüberstehen, und erweisen sich als irrelevant und diskreditiert. Das zeigt, dass der Fortschritt im Iran oder überhaupt im Globalen Süden nur durch revolutionäre Opposition gegen den Imperialismus erreicht werden kann, aber auch gegen die Nationalisten – seien sie links oder konservativ –, da sie unfähig sind, den Imperialismus zu bekämpfen, und von Natur aus dazu tendieren, sich mit ihm zu versöhnen.

Palästinensischer Befreiungskampf in der Sackgasse

Israels völkermörderischer Krieg nach der Hamas-Operation Al-Aqsa-Flut vom 7. Oktober stand im Mittelpunkt der meisten Protestbewegungen der letzten Monate. Doch der

Zurückweisung unserer Verleumdung gegen die BT

In einer Erklärung vom 13. Januar 2024, die bei der IKL-Debatte mit der Liga für die Vierte Internationale (LFI) in New York verteilt wurde, forderte uns die Bolschewistische Tendenz (BT) auf, die Verleumdungen gegen ihre Organisation durch unsere Tendenz zurückzunehmen, und verwies auf folgende Beispiele:

> „Der ganze Ton der BT erinnert an nichts so sehr wie an den Stil unterschwelliger Andeutungen, den man von dem berüchtigten COINTELPRO des FBI kennt."
>
> – *Workers Vanguard* Nr. 428, 15. Mai 1987

> „Was die eigenen politischen Positionen der BT angeht, so scheinen diese äußerst dubiosen Provokateure amerikanische Schwarze nicht zu mögen, sie kümmern sich eifrig um den Zionismus und begeistern sich über das wahllose Massenabschlachten von Amerikanern. Von allen staatlichen Agenturen der Welt hat nur der Mossad, der israelische Geheimdienst, ähnliche Appetite."
>
> – *Trotzkismus: Was er nicht ist – und was er ist* (*Spartacist*, deutschsprachige Ausgabe Nr. 14, Winter 1989/90)

Tatsächlich unterstellten wir bereits in dem oben zitierten Artikel von 1987 mit dem Titel „Garbage Doesn't Walk By Itself – What Makes BT Run?" [Müll läuft nicht von selbst – was treibt die BT an?], dass die „finstere" BT von kapitalistischen Staatsorganen unterstützt wird, ohne auch nur den geringsten Beweis dafür zu liefern. Die IKL nimmt diese Verleumdung und alle anderen der gleichen Art zurück. Diese destruktive Praxis diente nur dazu, Kritik zum Schweigen zu bringen und organisatorische Spaltungen in der Linken zu verhärten; das schadete sowohl der BT als auch unserer eigenen Mitgliedschaft.

Die Schmutzkampagne der IKL spiegelte politische Orientierungslosigkeit und in bestimmten Fällen die Unfähigkeit wider, auf die Kritik der BT zu antworten. Im Gegensatz dazu versuchen wir jetzt, mit der BT und der Internationalen Bolschewistischen Tendenz klärende programmatische Debatten zu führen. Wir glauben, aufgezeigt zu haben, dass sie, wie auch die LFI, in Sterilität und Dogmatismus gefangen sind und keine Antworten darauf haben, vor welchen Aufgaben Revolutionäre heute stehen. Verleumdung ist Gift für eine solche notwendige Debatte und Diskussion und steht im Widerspruch zu der Tradition, auf der unsere Organisation aufgebaut wurde.



Imago

Versammlung der rechtspopulistischen AfD in Erfurt, April 2023

Kampf steckt in einer Sackgasse. Trotz monatelanger Massenproteste in der arabischen Welt, im Westen und darüber hinaus ist die Bewegung ohnmächtig geblieben, unfähig dazu, Israel sofort zu stoppen oder die Unterstützung zu beenden, die es von den westlichen Mächten erhält. Dennoch behauptet der größte Teil der Linken weltweit, der Kampf sei im Aufschwung, wobei einige sogar skandieren: „Palästina ist fast frei“! Diese wahnwitzige Einschätzung dient dazu, eine Auseinandersetzung mit den politischen Problemen der Bewegung zu vermeiden, die ein Jahrhundert zurückreichen und die im Hauptartikel dieser Ausgabe ausführlich behandelt werden (siehe Seite 34).

Worum es bei Palästina geht, ist der Kampf für nationale Befreiung. In diesem Sinne ist es offensichtlich, dass Palästina noch nie weiter von der Befreiung entfernt war. Gaza wurde dem Erdboden gleichgemacht, eine neue Nakba ist im Gange und der zionistische Terror im Westjordanland hat neue Ausmaße erreicht. Viele verweisen darauf, dass Israels internationales Ansehen gelitten hat oder dass die palästinensische Sache jetzt weltweit mehr Aufmerksamkeit erfährt. Das ist wahr, aber zweitrangig. Viel wichtiger ist die Tatsache, dass die zionistische Bewegung bei ihrem Ziel, nämlich der Vertreibung und Vernichtung der Palästinenser vom Fluss bis zum Meer, viel schneller vorankommt als davor. Die Zerstörung von Gaza und die starke nationale Einheit in Israel hinter dem Krieg zeigen, dass die Strategie der Hamas – eine harte israelische Reaktion zu provozieren, um dann auf das Eingreifen der UNO, der „internationalen Gemeinschaft“ und der verräterischen arabischen Regime zählen zu können – den Palästinensern die Katastrophe gebracht hat.

Im Westen wird die Bewegung durch liberale Vorstellungen und durch Verbindungen zu genau den herrschenden Klassen und Parteien behindert, die den Völkermord unterstützen. In Britannien werden die Massendemonstrationen von Gewerkschaftsbürokraten und Politikern geführt, die die israelfreundliche Labour Party unterstützen. In den USA sind „linke“ Politiker der Demokratischen Partei an der Spitze, zusammen mit den Democratic Socialists of America, die die Demokratische Partei des Völkermords unterstützen und für sie Wahlkampf machen. In Deutschland ist die Bewegung trotz des Mutes der Aktivisten, die einem nahezu vollständigen zionistischen Konsens gegenüberstehen, nach wie vor an die Linkspartei und die SPD-geführte Regierung gebunden, die Israel voll und ganz unterstützen. Deshalb hat sich in all diesen Ländern die Arbeiterbewegung nicht in den Kampf eingeschaltet, und Aufrufe zu Arbeiterkampfmaßnahmen, um die Waffenlieferungen an Israel zu stoppen – was die Situation tatsächlich ändern könnte –, sind weitgehend Makulatur geblieben.

Im Globalen Süden ist die Dynamik anders, aber nicht grundlegend anders. Im Nahen Osten wird die pro-palästinensische Bewegung oft von den Regimen selbst angeführt – wie in Türkiye, im Iran und in Ägypten –, die Lippenbekenntnisse für die Palästinenser abgeben und gleichzeitig die Beziehungen zum US-Imperialismus ausbalancieren und die innenpolitische Stabilität bewahren wollen. Oft sind die einzigen, die in frontaler Opposition zu den Regimen stehen, Islamisten oder liberale Kräfte, deren Strategien Palästina nicht befreien können und deren Programme die Arbeiterklasse spalten.

Ob im Globalen Süden oder in der westlichen Welt, die Ziele, Forderungen und Methoden der Bewegung (z. B. Appelle an die UNO, Campus-Zeltlager, vom Regime geförderte Demonstrationen) sind alle durch ein Bündnis mit einem Flügel der herrschenden Klasse eingeschränkt. Dies garantiert Machtlosigkeit und wird Demoralisierung bringen und die Arbeiterbewegung weiter von der palästinensischen Sache trennen. So werden rechte Kräfte in die Lage versetzt, einen Gegenschlag gegen die Bewegung zu führen und hart gegen sie weiter durchzugreifen. Wir sind bereits Zeuge dieser Entwicklung.

Angesichts all dessen ist es für Revolutionäre ein Verbrechen, die Bewegung einfach nur zu bejubeln. Vielmehr müssen Revolutionäre gegen die liberalen und nationalistischen Sackgassen für eine grundlegend andere Vorgehensweise kämpfen. Unser Artikel „Marxisten und Palästina: 100 Jahre Versagen“ heißt nicht umsonst so. Solange die sozialistische Bewegung den Kampf in rosigen Farben malt und es ablehnt, die politische Sackgasse zu erkennen, in der sie sich befindet, ist der Kampf für die Befreiung Palästinas dazu verurteilt, die gleichen Fehler zu wiederholen. Nationalisten versöhnen sich schlussendlich mit dem US-Imperialismus und dem zionistischen Staat und werden dann von radikaleren Islamisten überholt, deren Aktionen die zionistische Festung stärken, während liberale Aktivisten im Ausland jedem zujubeln, der die Bewegung anführt.

Wahlergebnisse und die Arbeiterklasse

Im letzten Jahr fanden zahlreiche Wahlen statt. Ihre Ergebnisse sind sicher nicht die treibende Kraft für Veränderungen, weisen aber auf gesellschaftliche Entwicklungen hin und spiegeln aktuelle Polarisierungen wider. Gerade hier sind die Erfolge der Rechten am deutlichsten, mit Siegen in Italien, den Niederlanden und Argentinien und bedeutenden Zugewinnen in Deutschland, Österreich, Frankreich und vielen weiteren Ländern. In Südafrika kam es zu einer Koalition zwischen dem ANC und der Demokratischen Allianz, einer offen proimperialistischen und von Weißen dominierten Partei.

Viele Linke auf der ganzen Welt feierten die Wahlergebnisse

in Indien und Frankreich. Modi wurde mit einer deutlich geschrumpften Mehrheit wiedergewählt, was ihn zu einer Koalition zwang – ein Umstand, den viele Linke und Liberale als einen großen Sieg für die indische „Demokratie“ und das von der Kongresspartei geführte Volksfrontbündnis ansehen. Wie wir in unserem Artikel auf Seite 3 ausführen, liegt der Grund für Modis Stimmenverlust in den Grenzen und Misserfolgen des Wachstumsmodells der BJP und ist keineswegs das Verdienst des ohnmächtigen Bündnisses der Kongresspartei, das von den Kommunistischen Parteien bis zu Hindu-Chauvinisten reicht. Der sogenannte liberale Flügel der indischen Bourgeoisie, an den sich die Linke klammert, hat überhaupt keine Antwort auf Indiens Entwicklungsprobleme, die in der Abhängigkeit von ausländischem Kapital und im kapitalistischen Eigentum wurzeln. Er kann es nur fertig bringen, genau denjenigen rechten Kräften Auftrieb zu geben, die er zu blockieren behauptet.

Die gleichen triumphierenden Töne kommen aus Frankreich, und es geht um das gleiche Problem. Die Neue Volksfront, die bei den Parlamentswahlen auf Platz eins landete, ist eine große Koalition von Linken bis hin zu einigen der reaktionärsten Vertreter des französischen Imperialismus, die während ihrer eigenen Regierungszeit brutale Angriffe gegen die Arbeiterklasse anordneten. Ihr offen pro-imperialistisches Programm ist ein unzusammenhängendes Projekt, dessen einziger Zweck es ist, diesen instabilen Block zusammenzuhalten. Wie der Artikel auf Seite 28 zeigt, waren unsere französischen Genossen die einzigen, die sich dieser reaktionären Koalition entgegenstellten, während die Linke sich ihr ungeniert anschloss (PCF, NPA-A usw.) oder im zweiten Wahlgang vor ihr kapitulierte (LO, NPA-R und RP). Liberale und Linke feiern, aber wir sehen hier eine tragische Neuauflage der „republikanischen Front“ – der Aufeinanderfolge von Abkommen zur Klassenzusammenarbeit, die im Namen einer „Blockade gegen die Rechte“ getroffen wurden und deren einzige Erfolge die Angriffe auf die Arbeiterklasse waren und ... die weitere Stärkung der Rechten.

Von Indien bis Frankreich und Argentinien verdeutlichen die Wahlergebnisse, dass die Arbeiterklasse ständig an einen Flügel der herrschenden Klasse gekettet ist, der für die Verelendung verantwortlich ist, die wiederum die Kräfte der Reaktion nährt. In dem Maße, wie die Gefahr der rechten Reaktion zunimmt, wächst auch der Druck, sich mit Elementen der Bourgeoisie zu vereinigen. Viele „Revolutionäre“ bieten sich als der Leim für solche unheiligen Allianzen an, anstatt auf eigenen Füßen zu stehen, diese ganze reaktionäre

Widerruf des Ausschlusses der polnischen Sektion aus der IKL

Im April 2019 schloss das Internationale Exekutivkomitee (IEK) der IKL zwei Mitglieder der Spartakusowska Grupa Polski wegen „Verstößen gegen den demokratischen Zentralismus“ aus und löste damit die polnische Sektion auf. Im Folgenden drucken wir einen Antrag ab, der im März 2024 von dem auf der VIII. Internationalen Konferenz gewählten IEK angenommen wurde; darin wird der Einspruch der polnischen Sektion zur Aufhebung ihres bürokratischen Ausschlusses unterstützt.

* * *

Antrag: Dem Einspruch der SGP stattzugeben und ihre Ausschlüsse aufzuheben. Das IEK stimmt mit der folgenden Charakterisierung von Wartecki und Jedniak über ihre Ausschlüsse im März 2019 überein:

> „Wir sind mit der Entscheidung des IS [Internationales Sekretariat] nicht einverstanden und denken, dass das IS unter dem Vorwand eines belanglosen Vorfalls eine für sich unbequeme interne Diskussion beendet hat“ (SGP-Antrag, 24. März 2019, zitiert im Brief von Jedniak und Wartecki, 17. September 2023).

Der fragliche „belanglose Vorfall“ bestand darin, dass Genosse Wartecki einem Nichtmitglied eine SMS über seine Unzufriedenheit mit der Partei schickte, was nicht, wie das IS damals behauptete, eine politische Kollaboration darstellt. Genosse Wartecki hätte dies zwar nicht tun dürfen, wie er damals selbst einräumte, aber diese Handlung rechtfertigte keinen Ausschluss.

Die Ausschlüsse von Wartecki und Jedniak bedeuteten die Auflösung der polnischen Sektion der IKL. Des Weiteren schließt sich das IEK dem Einwand der polnischen Genossen an, dass dies gegen die eigenen Organisationsregeln der IKL verstieß, in denen es heißt: „Sektionen dürfen nur durch die internationale Konferenz oder durch einen Beschluss des IEK, der der nächsten internationalen Konferenz zur Ratifizierung vorzulegen ist, in die IKL aufgenommen oder aus ihr ausgeschlossen werden“ (Artikel IV).

Diese Entscheidung war eine bürokratische Folge des revisionistischen Programms für Polen, das die IKL grundsätzlich unfähig machte, sich mit der nationalen Unterdrückung Polens und der Rolle, die die stalinistische Bürokratie dabei spielte, auseinanderzusetzen. Dadurch war sie auch unfähig, sich mit den verschiedenen politischen Fragen zu befassen, die von den Genossen wiederholt aufgeworfen wurden. Innerhalb dieses revisionistischen Rahmens verleumdeten wir sie dann als rückständig in der Frauen- und Judenfrage, stalinophob und als Kapitulanten vor dem polnischen Nationalismus.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die ehemaligen SGP-Genossen gegenwärtig nicht Mitglied der IKL sein wollen. Wir sind bestrebt, mit den polnischen Genossen eine Diskussion darüber zu eröffnen, worin eine revolutionäre Perspektive für das heutige Polen besteht und welche Aufgaben sich für Marxisten daraus ergeben. Wir werden diese Entscheidung über ihren Einspruch im nächsten *Spartacist* öffentlich machen, insbesondere auch den verleumderischen Charakter unserer sogenannten Kritik an ihrer Politik.



HafenKomitee@proton.me



AmaBolsheviki Amnyama

Links: Von Spartakisten unterstütztes Komitee von Hamburger Hafenarbeitern bei Gewerkschaftsdemo im letzten Juni. Rechts: Spartacist/Südafrika in Einheitsfront mit EFF (Economic Freedom Fighters), mobilisieren zur Verteidigung des EFF-Kämpfers Xolani Khoza in Mbombela

Veranstaltung anzuprangern und einen unabhängigen Kurs einzuschlagen, um für das zu kämpfen, was die Arbeiterklasse wirklich braucht.

Allerdings gibt es auch einige Länder, die dem von uns skizzierten Trend nicht folgen, allen voran Mexiko. Dort führten die jüngsten Wahlen zu einem überwältigenden Sieg der links-populistischen Partei Morena gegen die weit unterlegene Rechte und damit zu einer zweiten Amtszeit. Diese Ausnahme ist jedoch nicht dem Handeln der Führer der Arbeiterbewegung zu verdanken, die sich in Morenas bürgerlichem Populismus aufgelöst haben, sondern der besonderen Stellung Mexikos in der gegenwärtigen Weltordnung. Während die Imperialisten ihr Kapital aus China abziehen, ist Mexiko zu einem Magneten für ausländische Investitionen geworden und hat im letzten Jahr China als größter Exporteur von Waren in die USA überholt. Das hat der Regierung zu einer Stärkung ihrer Position gegenüber den USA verholfen, die eine links-populistische Regierung (vorerst) tolerieren. Es führte aber auch zu einem Anwachsen des mexikanischen Proletariats, das in großen und modernen Fabriken arbeitet und einen wachsenden Anteil der US-Wirtschaft in seinen Händen hält. In einigen anderen Ländern, vor allem in Südostasien, ist ein ähnlicher Prozess zu beobachten.

Diese gewaltige Kraft, die ihre Muskeln noch gar nicht hat spielen lassen, hält den Schlüssel zum Fortschritt in der Hand und hat das Potenzial, die Welt in eine progressive Richtung zu verändern. Tatsächlich führten zum Zeitpunkt der Produktion der englischsprachigen *Spartacist*-Ausgabe die mächtigen Bergarbeiter von Lázaro Cárdenas im mexikanischen Michoacán einen militanten Streik gegen den imperialistischen Großkonzern ArcelorMittal durch, bevor ihnen ihre Gewerkschaftsführer, hinter denen die Regierung von Morena steht, in den Rücken fielen. Die Bergarbeiter haben der Welt eine Kostprobe ihrer Macht gegeben, aber auch gelernt und gezeigt, dass die Frage der Führung alle anderen Fragen entscheiden wird. Konkret zeigt sich dies in Mexiko durch die Notwendigkeit, die Zwangsjacke des Populismus zu zerreißen, die den Kampf gegen die Versklavung des Landes durch ausländisches Kapital behindert.

Ein Jahr Arbeit, die Linke und die anstehenden Aufgaben

Wir wiesen bereits darauf hin, dass viele Marxisten die gegenwärtigen Bewegungen in leuchtenden Farben sehen und revolutionäre Erhebungen für die unmittelbare Zukunft vorhersagen. Die vor kurzem gegründete Revolutionäre Kommunistische Internationale verkörpert diese Tendenz wohl am besten, wenn sie die wachsende Unruhe und ihre jüngsten Rekrutierungen in studentischen und kleinbürgerlichen Schichten als Beweis dafür interpretiert, dass sich die Massen der Welt dem Kommunismus zuwenden. Sicher werden sie uns Pessimismus vorwerfen.

Es ist kein Pessimismus, wenn man feststellt, dass der Arbeiterklasse harte Zeiten bevorstehen. Revolutionär zu sein erfordert Optimismus. Aber revolutionärer Optimismus bedeutet nicht, mit Illusionen und falschen Hoffnungen hausieren zu gehen, wie es der Rest der Linken tut. Die einzige Grundlage für Optimismus ist revolutionärer Realismus, der von einem materialistischen Verständnis der sozialen und politischen Verhältnisse ausgeht. Als Marxisten beurteilen wir den Gesamtverlauf des Klassenkampfes danach, ob die Position des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie gestärkt wird. Unser revolutionärer Optimismus entspringt unserer Einsicht in die Gesetze des Klassenkampfes und unserem Vertrauen in die Arbeiterklasse als die entscheidende Kraft des weltgeschichtlichen Fortschritts. Er hat eine viel solidere Grundlage als ein durch Impressionismus und Illusionen aufgeblasener Optimismus.

Während die veränderte Weltlage einige linke Organisationen dazu veranlasst hat, die Welt mit verwirrtem Optimismus zu betrachten, verkörpern andere buchstäblich die Krise der Linken. Hier finden wir Gruppen wie CWI, ISA, IST und andere, die ihr Schicksal mit den inzwischen untergegangenen Bewegungen um Syriza, Jeremy Corbyn und Bernie Sanders verbunden haben. Sie stehen orientierungslos und demoralisiert da und hoffen, die vergangene „Magie“ von der Mitte der 2010er-Jahre wieder aufleben zu lassen. Schließlich gibt es noch die unzähligen sektiererischen Gruppen, die sich an starre Dogmen und Formeln klammern, die von den Realitäten des Klassenkampfes völlig losgelöst und somit für die aktuellen politischen Entwicklungen irrelevant sind.

Alle diese Strömungen, ob impressionistisch, demoralisiert oder irrelevant, lehnen genau das ab, was unsere eigene Organisation vor kurzem in ihrer wesentlichen Neuorientierung bekräftigt hat: dass es die Aufgabe der Marxisten ist, eine revolutionäre Strategie vorzulegen, welche die Kämpfe der Arbeiter und Unterdrückten gegen ihre bürokratischen, liberalen und nationalistischen Führungen vorantreiben

kann. Im Grunde genommen läuft unsere zentrale Differenz mit allen anderen linken Organisationen auf die Frage der revolutionären Führung hinaus.

Seit 2023 versuchten die Sektionen unserer Internationale, in die verschiedenen Kämpfe ihrer jeweiligen Gesellschaft einzugreifen, um revolutionäre Pole zusammenzuschließen, und zwar nicht durch revolutionäres Geschwätz, sondern durch das Aufzeigen eines Weges, der den Kampf gegen die Sabotage der gegenwärtigen Führer voranbringt. Wir intervenierten in die britischen, französischen und amerikanischen Streikwellen, indem wir einen Weg zum Sieg aufzeigten und den Bürokratien in grundlegenden strategischen Fragen entgegentraten. Wir intervenierten in den propalästinensischen Kampf, versuchten in den USA Studentenstreiks zu organisieren, beteiligten uns in Deutschland an Einheitsfront-Verteidigungsaktionen und stellten in Australien Kontingente mit der Forderung auf, die Anbindung an die USA zu zerbrechen – in all diesen Fällen versuchten wir, eine Spaltung gegen die pro-imperialistischen Kräfte voranzutreiben, die die Bewegung fesseln.

Unsere griechischen Genossen intervenierten Anfang 2024 intensiv in die Studentenkämpfe und stellten sich dabei frontal gegen die Sabotage der stalinistischen KKE-Führung, versuchten den Kampf gegen die EU zu richten und verknüpften ihn mit der Arbeiterklasse. Wir haben auch versucht, unsere Interventionen im Globalen Süden, wo wir nur eine geringe Präsenz haben, durch Reisen nach Argentinien, Brasilien, die Philippinen, Nigeria und andere Länder zu verstärken.

Von zentraler Bedeutung sind unsere Interventionen beim Industrieproletariat. Insbesondere arbeiten unsere deutschen Genossen mit einem kämpferischen Komitee von Hamburger Hafenarbeitern zusammen, das gegründet wurde, um die Privatisierung des Hafens und die kriminelle Unterstützung dieses Angriffs durch die Gewerkschaftsbürokratie zu bekämpfen. Unsere Genossen machen sich dort einen Namen als „die, die nicht lockerlassen".

In den USA hat unsere anhaltende Intervention in die Streiks der Automobilgewerkschaft (UAW) sowie der ILA-Docker an der Ostküste und der IAM bei Boeing dazu geführt, dass *Workers Vanguard* mit Hunderten von Abonnements ein echtes Gehör bei den Arbeitern gefunden hat. Während des Streiks bei Boeing arbeiteten wir mit einem Mobilisierungskomitee in der IAM zusammen, das für eine echte Alternative zur Gewerkschaftsführung und gegen die miesen Vereinbarungen kämpfte, die diese den Streikenden zur Abstimmung vorlegte. In Kalifornien unterstützten wir die Kampagne gegen die Stufen-Segregation [faktische Rassentrennung durch Tarifeinstufungen] von Hafenarbeitern, die von Emily Turnbull, Mitglied des Exekutivausschusses der ILWU-Gewerkschaftssektion Nr. 10, angeführt wurde. Weitere Bemühungen, eine klassenkämpferische Opposition gegen die Gewerkschaftsbürokratie aufzubauen, gibt es unter anderem im Verkehrswesen, in der Elektrikergewerkschaft und im Gesundheitswesen.

Eine unserer größten Anstrengungen im letzten Jahr war der Kampf innerhalb der sozialistischen Bewegung um eine grundlegende Neuorientierung. Wo immer es möglich war, bemühten wir uns um Einheitsfrontaktionen mit anderen Gruppen und diskutierten mit anderen Organisationen, um politische Differenzen über Schlüsselfragen der marxistischen Bewegung zu klären. Der Artikel über China in dieser Ausgabe ist ein Ergebnis davon. Ebenso der Artikel „Marxistische Prinzipien und Wahltaktik neu überdacht" (Seite 18). Neben der Korrektur unserer früheren sektiererischen Herangehensweise an Wahlen bietet er eine umfassendere Darstellung, wie Marxisten Wahlen und die Anwendung von Taktiken in revolutionärer Weise nutzen können. Ausgehend von Diskussionen über diese Frage konnten wir intensive und lohnende Interventionen bei Wahlkämpfen in Britannien, Frankreich, Südafrika und den USA durchführen.

Entscheidend für all das war unser Bemühen, die Welt und die Gesellschaften, in denen wir arbeiten, zu verstehen und die politische Neuorientierung der IKL zu vertiefen. Im Oktober 2023 brachte unsere südafrikanische Sektion die erste Ausgabe ihrer neuen Zeitung *AmaBolsheviki Amnyama* heraus, mit einem ausführlichen Dokument über die Lehren aus dem Anti-Apartheid-Kampf (siehe „For National Liberation and Black Proletarian Power!" [Für nationale Befreiung und schwarze proletarische Macht!]). Unsere australische Sektion hat vor kurzem mit der Gruppe Bolshevik-Leninist fusioniert. Grundlage dafür waren wichtige Interventionen in der Arbeiterbewegung und anspruchsvolle Dokumente zu grundlegenden Fragen der australischen Politik, die in ihrer neuen Zeitung *Red Battler* veröffentlicht wurden. Unsere italienischen Genossen haben einen wichtigen Artikel verfasst, in dem sie genau beschreiben, wie die Verbindungen der Arbeiterbewegung mit der euro-atlantischen Ordnung, die bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs zurückreichen, ihre heutigen Kämpfe, nicht zuletzt gegen Meloni, lähmen. Diese Durchbrüche folgten auf nationale Konferenzen, die in den letzten Jahren in den USA, Mexiko und Britannien abgehalten wurden und auf denen wir versuchten, unseren nationalen Sektionen in den brennenden Fragen ihrer Gesellschaft eine feste Grundlage zu geben.

Aktive Intervention in verschiedene Bewegungen, um ihnen eine revolutionäre Richtung zu geben; Einheitsfrontaktionen mit anderen Organisationen in der Arbeiterbewegung; geduldige Verankerung in der Arbeiterklasse, um Pole des Kampfes gegen die Gewerkschaftsbürokratie aufzubauen. Entscheidend dabei sind Debatten und Kämpfe innerhalb der Linken, um Klarheit darüber zu erzielen, was in der Welt vor sich geht und was die Aufgaben von Revolutionären sind. Das ist die Arbeit, die wir geleistet haben, und das ist die Aufgabe, die sich in der vor uns liegenden Zeit jedem ernsthaften Revolutionär stellt. Sicher, wir sind eine kleine Organisation, und wir wissen, dass diese Arbeit bescheiden ist. Aber ihre Ziele sind nicht bescheiden.

Harte Zeiten liegen vor uns. In der zerrissenen liberalen postsowjetischen Welt erhebt die Reaktion ihr Haupt. Linke Gruppen, die keinen Kompass haben und demoralisiert sind, werden zerbrechen. Diejenigen, die blind sind für die Dynamik der Periode und glauben, die vor ihnen liegende Herausforderung könne durch Geschrei nach Kommunismus gemeistert werden, werden auf die harte Tour lernen, dass die kommunistische Bewegung nicht unabhängig von der allgemeinen Arbeiterbewegung wachsen kann.

Wir behaupten nicht, alle Antworten zu haben. Aber wir sind überzeugt, dass wir die Antworten auf bestimmte Kernprobleme haben, die die Linke heute plagen. Wir hoffen, dass dieser *Spartacist*, zusammen mit der vorherigen Ausgabe, denjenigen, die es ernst meinen mit dem Kampf für die Revolution, helfen kann, sich auf die kommenden, unvermeidlich stürmischen Zeiten vorzubereiten. ■

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

iclfi.org • spartacist@spartacist.org • SpartacistICL • Spartacist • Box 7429 GPO, New York, NY 10116, USA

Spartacist League of Australia

redbattler@exemail.com.au • (03) 9329 0275
RedBattlerSLA
Spartacist ANZ Publishing Co.
PO Box 967, North Melbourne Vic 3051, Australien



A$10 / 4 issues • International rate: A$15

Spartacist League/Britain

workershammer@btconnect.com • 07301 003174
WorkersHammer
Spartacist Publications
PO Box 42886, London N19 5WY, England

WORKERS HAMMER

£5 / 4 issues
Europe outside Britain and Ireland £7 • Other countries £9

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

spartakist@online.de • (0 30) 4 43 94 00 • +49 174 466 5332
spartakist_IKL
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin, Deutschland



Abo (3 Ausgaben): 5€ • Auslandsabo: 10€

Ligue trotskyste de France

ltfparis@hotmail.fr • 01 42 08 01 49 • leBolchevik_LTF
Le Bolchévik, BP 135-10, 75463 Paris Cedex 10, Frankreich



4 numéros : 5 € • Hors de France : 7 €
Chèques à l'ordre de : Société d'édition 3L

Τροτσκιστική Ομάδα της Ελλάδας
Trotzkistische Gruppe Griechenlands

spartacist@hotmail.com • 693 069 4112 • toe_icl
Τ.Θ. 8274, Τ.Κ. 10210, Αθήνα, Ελλάδα
Box 8274, Athen 10210, Griechenland





Συνδρομή Ελλάδα & Κύπρος 5 € ή 150 TL / 4 τεύχη
Ευρώπη 7 € • Υπόλοιπες χώρες 9 €

Lega trotskista d'Italia

red_sp@tin.it • spartaco_ltdi
Spartaco, Ufficio San Donato Milanese, Casella Postale 47,
20097 San Donato Milanese (MI), Italien



Abbonamento a 3 numeri: € 5
Europa: € 6 • Paesi extraeuropei: € 8

Grupo Espartaquista de México

elantiimperialista@protonmail.com
GEM_LCI • gem.lci2
Escribe sólo: Ángel Briseño, Apdo. Postal 006
Admón. Postal 13, CP 03501, Ciudad de México, Mexiko

EL ANTIIMPERIALISTA

México: Méx. $40 / 4 números
América Latina: Méx. $80
Otros países: US$6 o 6 €

Spartakistang Grupo Pilipinas
(Komite ng mga Korespondente sa Ultramar)

spartacist@spartacist.org • +1 212 732-7862
SpartacistGroupPilipinas • SpartacistPH
Box 1377 GPO, New York, NY 10116, USA

Talibang Anakpawis

₱100/4 issues (includes English supplements) • Overseas: ₱200

Ligue trotskyste au Québec et au Canada/ Trotskyist League in Quebec and Canada

republique.ouvriere@gmail.com
tl.workerstribune@gmail.com
(514) 728-7578
République ouvrière • Rep_Ouvriere
workerstribune • Workers_Tribune
Les Éditions collectives, C.P. 583 Succ. Place d'Armes
Montréal QC H2Y 3H8, Kanada

RÉPUBLIQUE OUVRIÈRE

3 numéros : 7 $Cdn • Prix international : 10 $Cdn

WORKERS TRIBUNE

3 issues: Cdn$7 • International price: Cdn$10
Chèques à l'ordre de / Pay to: Les Éditions collectives

Spartacist/South Africa

spartacist_sa@yahoo.com
Voicemail: 088-130-1035
AmaBolsheviki Amnyama • AmaBolsheviki
Spartacist, P.O. Box 61574
Marshalltown, Johannesburg 2107, Südafrika

AMABOLSHEVIKI AMNYAMA

R10 / 4 issues • International rate: R20

Spartacist League/U.S.

vanguard@tiac.net
(212) 732-7860
WorkersVanguard
Box 1377 GPO, New York, NY 10116, USA

WORKERS VANGUARD

US$5 / 4 issues • International: US$15 / 4 issues

Nicht imperialistisch, nicht kapitalistisch

Der Klassencharakter Chinas

China Daily

Parade zur Feier des 70. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik China in Beijing

Was ist China? An dieser scheinbar einfachen Frage scheiden sich die Geister, von den herrschenden Klassen bis zur Linken. Für den amerikanischen Kapitalisten Ray Dalio handelt es sich um ein staatskapitalistisches Regime, wo „Kapitalismus und Kapitalmarktentwicklung in China in ein paar Jahren stärker vorherrschen könnten als in den USA". Xi Jinping, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), widerspricht solchen Auffassungen rundheraus:

> „Einige haben unseren Weg ‚kapitalistischen Sozialismus' genannt, andere ‚Staatskapitalismus' und wieder andere ‚Technokratischen Kapitalismus'. Sie alle liegen völlig falsch. Wir antworten, dass der Sozialismus chinesischer Prägung Sozialismus ist, womit wir meinen, dass wir trotz Reformen am sozialistischen Weg festhalten – unserem Weg, unserer Theorie, unserem System."
>
> – Bezüglich des Aufbaus des Sozialismus chinesischer Prägung (5. Januar 2013)

Beide Auffassungen spiegeln unterschiedliche Interessen wider: Dalio gibt die Interessen des ausländischen kapitalistischen Investors wider, Xi die des KPCh-Regimes. Aber was ist mit der Arbeiterbewegung? Wie verhält es sich mit dem Charakter Chinas vom Standpunkt der Interessen der internationalen Arbeiterklasse?

Dies ist für die Linke heutzutage eine der wichtigsten und umstrittensten Fragen. Es gibt einige, die vor den Verbrechen der KPCh die Augen verschließen und China als sozialistisches Modell betrachten, dem man nacheifern sollte. Doch diese Auffassung ist in der internationalen marxistischen Bewegung nach wie vor in der Minderheit. Die meisten Organisationen behaupten, China sei eine kapitalistische und/oder imperialistische Macht. Von den Parteien, die sich als trotzkistisch bezeichnen, vertreten die International Socialist Alternative (ISA), die Revolutionäre Kommunistische Internationale (RKI – ehemals IMT), die Trotzkistische Fraktion und viele andere solche Auffassungen. Dasselbe gilt für Stalinisten der alten Schule wie die griechische KKE und die meisten Maoisten außerhalb Chinas, zum Beispiel die MLPD in Deutschland und die Sisonisten auf den Philippinen.

Der vorliegende Artikel richtet sich gegen diesen Trend. Wir werden zeigen, dass diejenigen, die behaupten, China

Fortgesetzt auf Seite 50